Niedersächsischer Landtag

Stenographischer Bericht 104. Sitzung

Hannover, den 27. Februar 1986

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten9901, 9922 Zweite Beratung: Menschenhandel mit Kindern aus der Dritten Welt — Illegale Adoptionsvermittlung — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 10/2568 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Rechts und Vor	Bruns (Reinhausen) (SPD) Berichterstatter
lung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen — Drs 10/53239901	Minister für Ernährung,
Isernhagen (CDU), Berichterstatter	Landwirtschaft und Forsten
(Erste Beratung: 56. Sitzung am 22. 6. 1984)	grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung — An-
Zweite Beratung: Sicherung der Existenz selbständiger bäuerlicher Familienbetriebe, Begrenzung der Konzentration in der Tierhaltung — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 10/2799 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten — Drs 10/5436	trag der Fraktion der Grünen — Drs 10/3634 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen — Drs 10/5437 — Änderungsantrag der Fraktion der Grünen — Drs 10/5592 — Änderungsantrag der Fraktion der SPD — Drs 10/5593

Raasch (CDU),	Frau Heinlein (SPD),
Berichterstatter9923, 9928	Berichterstatterin
Trittin (Grüne)	Frau Garbe (Grüne)
Fischer (Buxtehude) (FDP)9926	Hildebrandt (FDP)9952
Dr. Holtfort (SPD)9927, 9930	Thölke (SPD)
Beschluß9930	Dr. Stratmann (CDU)
(Erste Beratung: 71. Sitzung am 18. 1. 1985)	Meinsen (Grüne)9955
	Beschluß
Zweite Beratung: Modellschulen — Antrag	(Vorwegüberwiesen am 11. 1. 1984)
der Fraktion der Grünen — Drs 10/4057 —	
Beschlußempfehlung des Kultusausschusses	
Drs 10/54389931	Umweltschutz durch Wissenschaft und For-
Hildebrandt (FDP),	schung — Große Anfrage der Fraktion der
Berichterstatter9931, 9934	CDU vom 7. 10. 1985 — Drs 10/4982
Matthes (Grüne)	— Antwort der Landesregierung — Drs
Dr. Ahrens (SPD)	10/5707
Stauske (CDU)9936	Horrmann (CDU)
Beschluß	Dr. Cassens,
(Erste Beratung: 80. Sitzung am 18. 4. 1985)	Minister für Wissenschaft
7	und Kunst
Zweite Beratung: Erleichterungen zur	Bruns (Reinhausen) (SPD)
Gründung gewerblicher Existenzen — Antrag der Fraktion der FDP — Drs 10/3635	Matthes (Grüne)
Beschlußempfehlung des Ausschusses für	Hirche (FDP)
Wirtschaft und Verkehr — Drs 10/5535 —	Kirschner (SPD)
Änderungsantrag der Fraktion der SPD —	Frau Garbe (Grüne)
Drs 10/55949937	Tital Salze (State)
Hoffmann (SPD),	Zweite Beratung: 5 Jahre Bemühungen um
Berichterstatter9937	den Verkauf des "Jagdschlosses Nienover"
Engelhardt (SPD)	Antrag der Fraktion der SPD — Drs
Meinsen (Grüne)9940	10/3375 — Beschlußempfehlung des Aus-
Rau (FDP)	schusses für Wissenschaft und Kunst — Drs
Schrader (CDU)	10/5502 — Änderungsantrag der Fraktion
Beschluß9944	der SPD — Drs 10/55959970
Erste Beratung: 71. Sitzung am 18. 1. 1985)	Fischer (Göttingen) (CDU),
Zweite Beratung: Errichtung eines Untersu-	Berichterstatter
hungszentrums für hochgiftige Umwelt-	Silkenbeumer (SPD)
chemikalien — Antrag der Fraktion der	Dr. Möcklinghoff,
Grünen — Drs 10/2785 — Beschlußemp-	Minister des Innern
chlung des Ausschusses für Umweltfragen	Schörshusen (Grüne)
- Drs 10/5533	Ravens (SPD)
Hildebrandt (FDP),	Dr. Albrecht,
Berichterstatter	Ministerpräsident
Frau Garbe (Grüne)	Kohlenbach (CDU)9980
I noike (SPD)	Trittin (Grüne)
Dr. Freytag (CDU)	Beschluß
Beschluß9950	(Erste Beratung: 64. Sitzung am 8. 11. 1984)
Vorweguberwiesen am 14. 6. 1984)	3 Strong and O. 11. 1704)
·	Zweite Beratung: 5 Jahre Bemühungen zur
Weite Beratung: Immissionsbelastung im	Errichtung der 3. Bundesakademie für kul-
Raum Dollbergen — Antrag der Fraktion	turelle Bildung in Wolfenbüttel — Antrag
der Grünen — Drs 10/2013 — Beschluß-	der Fraktion der SPD — Drs 10/3374 — Be-
mpfehlung des Ausschusses für Umwelt- ragen – Drs 10/5512 9950	schlußempfehlung des Ausschusses für Wis-
$\frac{1}{1} \frac{1}{1} \frac{1}$	senschaft und Kunge Des 10/550/ 0002

Herbst (CDU), Berichterstatter	Zweite Beratung: Smog-Verordnung — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 10/4473 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Umweltfragen — Drs 10/5531
Zweite Beratung: § 116 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 10/5137 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Sozial- und Gesundheitswesen — Drs 10/5513	Beschluß
Zweite Beratung: Östrogenskandal bei der Kälbermast — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 10/5154 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten — Drs 10/5529 9998 Kruse (CDU), Berichterstatter 9998 Glup, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 9999 Bruns (Reinhausen) (SPD) 10000 Meinsen (Grüne) 10002 Dr. Hruska (FDP) 10002 Vajen (CDU) 10003 Beschluß 10005 (Erste Beratung: 87. Sitzung am 11. 7. 1985)	Zweite Beratung: Maßnahmen zur Verringerung der Umweltbelastung durch persistente Chemikalien; hier: Paradichlorbenzol (PDCB) — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 10/4040 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Umweltfragen — Drs 10/5558

Vom Präsidium:

Präsident Dr. Blanke (CDU) Vizepräsident Kreibohm (SPD) Vizepräsident Warnecke (CDU) Vizepräsident Bosse (SPD)

Schriftführer Baldauf (CDU)
Schriftführer Brunkhorst (CDU)
Schriftführerin Frau Flick (CDU)
Schriftführer Luiken (CDU)

Schriftführer Luiken (CDU)
Schriftführer Meyer (Twistringen) (CDU)
Schriftführer Reinemann (CDU)

Schriftführer Reinemann (CL Schriftführer Teyssen (CDU)

Schriftführerin Frau Lemmer mann (SPD) Schriftführerin Frau Lewandowsky (SPD)

Schriftsührer Neese (SPD) Schriftsührerin Frau Garbe (Grüne) Schriftsührer Rehkopf (FDP)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident
Dr. Albrecht (CDU)

Staatssekretär Meyer, Staatskanzlei

Minister des Innern Dr. Möcklinghoff (CDU)

Staatssekretär Dr. Heidemann, Ministerium des Innern

Minister der Finanzen Dr. Ritz (CDU)

Sozialminister Schnipkoweit (CDU)

Staatssekretär Dr. Freiherr von Richthofen, Sozialministerium

Kultusminister Oschatz (CDU)

Staatssekretär Schaede, Kultusministerium

Staatssekretär Prof. Dr. Hellwege, Ministerium für Wirtschaft und Verkehr

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Glup (CDU)

Staatssekretär Frau Dr. Meseke, Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Staatssekretär Rehwinkel, Ministerium der Justiz

Minister für Bundesangelegenheiten Hasselmann (CDU)

Staatssekretär Haaßengier, Ministerium für Bundesangelegenheiten

Minister für Wissenschaft und Kunst Dr. Cassens (CDU)

Staatssekretär Dr. Börner, Ministerium für Wissenschaft und Kunst Beginn: 9.01 Uhr.

Vizepräsident Bosse:

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich eröffne die 104. Sitzung im 35. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 10. Wahlperiode. Das Präsidium wünscht Ihnen an diesem kalten Morgen einen besonders schönen guten Morgen!

(Zurufe: Guten Morgen, Herr Präsident! — Hartmann [CDU]: Vielleicht auch einen heißen Tag!)

Wir sehen uns in der Lage, Sie gewissermaßen allesamt noch persönlich recht herzlich zu begrüßen. Ich halte Sie damit einverstanden, daß ich die Beschlußfähigkeit im weiteren Verlauf der Vormittagssitzung feststelle.

Zur Tagesordnung habe ich Ihnen zunächst folgendes zu sagen: Wir beginnen die heutige Sitzung mit Tagesordnungspunkt 14, Menschenhandel mit Kindern aus der Dritten Welt - Illegale Adoptionsvermittlung. Es handelt sich hierbei um einen Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 2568. Anschließend werden die noch nicht erledigten Tagesordnungspunkte ab Tagesordnungspunkt 15 in der Reihenfolge der Tagesordnung beraten. Die Tagesordnungspunkte 22 bis 24 sollen auf jeden Fall erst nach der Mittagspause beraten werden. Sollte nach der Erledigung des Tagesordnungspunktes 21 vor der Mittagspause — das wäre ca. 13 Uhr — noch Zeit sein, wird der Tagesordnungspunkt 25 vorgezogen. Ich bitte Sie, sich darauf einzustellen. Die heutige Sitzung wird gegen 19.30 Uhr beendet sein.

Sie hören nun geschäftliche Mitteilungen durch den Schriftführer.

Schriftführer Brunkhorst:

Von der Landesregierung haben sich entschuldigt der Minister für Wirtschaft und Verkehr, Frau Breuel, und der Minister der Justiz, Herr Abgeordneter Remmers. Ferner haben sich von der CDU-Fraktion die Abgeordneten Grill, von Essen und Drape, von der Fraktion der SPD die Abgeordneten Bertram, Dehn, Hoch, Lüttge, Stief und Theilen sowie von der Fraktion der Grünen die Abgeordnete Frau Schuran-Simmert entschuldigt.

Vizepräsident Bosse:

Vielen Dank, Herr Kollege Brunkhorst. — Ich rufe nunmehr den Tagesordnungspunkt 14 auf: Zweite Beratung: Menschenhandel mit Kindern aus der Dritten Welt — Illegale Adoptionsvermittlung — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 10/2568 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen — Drs 10/5323

Für die Beratung dieses Antrages stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 30 Minuten zur Verfügung. In der darauffolgenden Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: der CDU und der SPD jeweils bis zu acht Minuten, den Grünen und der FDP jeweils bis zu vier Minuten.

Der Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 2568 wurde in der 56. Sitzung am 22. Juni 1984 an den Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichterstatter ist der Kollege Isernhagen, dem ich das Wort erteile. — Bitte sehr!

Isernhagen (CDU), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen — Drucksache 5323 — enthält eine von den Ausschußmitgliedern einstimmig angenommene Entschließung, mit der die Landesregierung aufgefordert werden soll, den in der Charta des Kindes der Vereinten Nationen vom 20. November 1959 beschlossenen Grundsatz 9, daß das Kind in keinem Fall Gegenstand eines Handels sein dürfe, durch Maßnahmen in eigener Zuständigkeit oder über den Bundesrat zu sichern.

Mit dem Antrag hat sich zuerst der mitberatende Ausschuß für Jugend und Sport befaßt. Bereits in diesem Ausschuß zeigte sich, daß der Antrag im großen und ganzen die Zustimmung aller Fraktionen finden könnte, wobei allerdings ergänzende Wünsche der Fraktion der Grünen keine Zustimmung fanden.

Der Ausschuß kam überein, dem federführenden Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen die endgültige Ausformulierung zu überlassen, behielt sich jedoch vor, die Beratungen gegebenenfalls wiederaufzunehmen.

Auch im federführenden Ausschuß zeigte die Diskussion der einzelnen Punkte der Entschließung, an der auch die Vertreter der Landesregierung beteiligt waren, daß alle Fraktionen in der Tendenz und der Intention des Antrages einig sind. Einige mißverständliche Formulierungen mußten jedoch bereinigt werden. Der Ausschuß bat daher einvernehmlich das Justizministerium

Isernhagen

und das Kultusministerium um Stellungnahmen zu den einzelnen Nummern des Antrages. Nach Vorliegen dieser schriftlichen Stellungnahmen sollte ein zwischen den Fraktionen abgestimmter Text erarbeitet werden.

Die Stellungnahmen der beiden Ministerien enthielten zu einigen Ziffern des Entschließungstextes Bedenken. Auf die Einzelheiten möchte ich aber im Interesse der Zeitersparnis hier nicht eingehen.

Zur abschließenden Sitzung im Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen lag dann ein Tischpapier vor, dessen Wortlaut von den beauftragten Ausschußmitgliedern mit Unterstützung der Vertreter der Landesregierung erarbeitet worden war. Dieses Tischpapier ist dann einstimmig als Empfehlung des Ausschusses an das Landtagsplenum beschlossen worden. Zum ursprünglichen Antrag der SPD-Fraktion enthält es einige Abweichungen, die ich jetzt kurz erläutern will.

Unter Nr. 1 ist im letzten Satz die Forderung nach finanzieller Unterstützung der Adoptiveltern fallengelassen worden, weil strittig ist, ob es eine solche Unterstützung künftig geben soll. Die Formulierung schließt die Möglichkeit finanzieller Unterstützung der Adoptiveltern jedoch nicht aus.

Die Nrn. 2, 3 und 4, die jetzt zusammengefaßt sind in der neuen Nr. 2, befassen sich mit den rechtlichen Schwierigkeiten und den Bemühungen, rechtliche Rahmenbedingungen gegenüber Drittländern zu schaffen. Sie sind durch eine allgemeine Formulierung ersetzt worden. Damit wird auf Berichte der Landesregierung Bezug genommen, wonach auf Bundesebene entsprechende Überlegungen angestellt werden. Aus der Formulierung wird deutlich, daß nicht nur für Adoptionen, sondern auch für Adoptionsvermittlungen Regelungen anzustreben sind. Durch die ausdrückliche Erwähnung der Herkunftsländer wird auch auf die Möglichkeit bilateraler Abkommen hingewiesen.

Die Nr. 5 des Antrages ist unverändert geblieben und ist in der endgültigen Fassung die Nummer 3 geworden.

Die Nr. 6 soll entfallen, weil die darin enthaltene Formulierung, daß das Adoptionsverfahren verständlicher zu gestalten sei, sehr allgemein gehalten ist und Hinweise auf Schwachstellen des jetzigen Verfahrens, die zu konkreten rechtlichen Vorschlägen führen könnten, fehlen.

Die Nr. 7 ist ebenfalls unverändert geblieben und jetzt die Nr. 4.

Die Nrn. 8 und 9 sind geändert und zur neuen Nr. 5 zusammengefaßt worden.

Bei Nr. 8 ist eine Änderung des Wortlauts erforderlich, weil vom Vertreter des Kultusministeriums darauf hingewiesen wurde, daß die Jugendämter nicht im Rahmen der Auftragsverwaltung. sondern im eigenen Wirkungskreis tätig sind, so daß ihnen keine Anweisungen erteilt werden können. An die Jugendämter soll deshalb appelliert werden, die Zusammenarbeit mit nicht staatlich anerkannten Adoptionsvermittlern zu vermeiden. Mit der Wahl des Verbs "vermeiden" soll dem Eindruck entgegengewirkt werden, den das Wort "einstellen" — also die Zusammenarbeit einzustellen - hervorrufen könnte, als sei die Zusammenarbeit mit solchen Vermittlern zur Zeit gang und gäbe. In sehr vielen Jugendämtern ist das überhaupt nicht der Fall. - Der zweite Satz enthält lediglich eine redaktionelle Änderung.

Die Nr. 9 ist geändert worden, weil nach Hinweisen aus dem Kultusministerium die Öffentlichkeitsarbeit über illegale Vermittlungstätigkeiten möglicherweise den gegenteiligen Effekt haben könnte, daß dann überhaupt erst auf solche "Quellen" aufmerksam gemacht würde. Deshalb wird es für besser gehalten, im Rahmen des Appells an die Jugendämter darauf hinzuweisen, daß adoptionswillige Eltern in der Beratung über Methoden und Gefahren der illegalen Vermittlung aufzuklären sind.

Die Nr. 10 ist gestrichen worden, weil über die vorhandene praktische Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Stellen hinaus keinerlei Handlungsbedarf besteht.

Der mitberatende Ausschuß für Jugend und Sport hat diese Empfehlungen des federführenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen mit Zustimmung zur Kenntnis genommen.

Damit, meine Damen und Herren, bin ich am Ende meines Berichtes. Namens des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen bitte ich Sie, der Beschlußempfehlung in der Drucksache 5323 Ihre Zustimmung zu geben.

Vizepräsident Bosse:

Vielen Dank, Herr Kollege Isernhagen. — Ich eröffne die Beratung. Erster Redner ist der Kollege Möhrmann.

Möhrmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach mehr als zwei Jahren kommen wir heute dazu, den Entschließungsantrag meiner Fraktion zu verabschieden. Ich bedaure, daß es so lange gedauert hat. Ich bedaure auch, daß sich in den zwei Jahren, in denen dieser Antrag in den Ausschüssen geschmort hat und beraten worden ist, auf Bundesebene nicht sehr viel getan hat. Meines Wissens ist es bei dem geblieben, was der Herr Kultusminister uns hier als Antwort auf unsere Große Anfrage erklärt hat: Die Landesregierung begrüßt die Bemühungen der Bundesregierung, etwas gegen die illegale Adoptionsvermittlung zu tun. Möglichkeiten, sie seitens der Bundesländer sinnvoll zu fördern oder zu ergänzen, sieht sie nicht. Der zuständige Bundesminister verweist darauf, daß die Länder in Kontakt mit den Adoptionsstellen stehen und deshalb über einschlägige Erfahrungen verfügen. Es wird also ein Schwarzer Peter hin- und hergeschoben. Trotzdem werden wir dem vorgelegten Kompromiß zustimmen, weil wir meinen, daß immerhin mehr als bisher passiert.

Ich möchte Sie auf zwei Zeitungsmeldungen aufmerksam machen. Nach Angaben von Terre des Hommes — eine Meldung von dpa aus dem Jahre 1984 — werden bis zu 70000 DM für ein Kind bezahlt; die Dunkelziffer ist groß. Eine Meldung des Evangelischen Pressedienstes aus dem Jahre 1985: Costa Rica will den Handel mit Adoptionen eindämmen. — Ähnliche Meldungen, die dieses Thema betreffen, gibt es immer wieder in der Presse.

Ich wäre dankbar, wenn der Herr Minister uns hier erklären würde, wie weit der Fortschritt der Bundesländer inzwischen gediehen ist und wie weit die Bundesregierung inzwischen in ihren Überlegungen vorangekommen ist, z. B. durch bilaterale Abkommen gegen diese Praktiken einzuschreiten.

Die SPD-Fraktion stimmt der Beschlußempfehlung zu. Wir gehen davon aus, daß wir 1987 nicht nachfragen müssen, sondern daß endlich etwas passiert. Wir hoffen, daß uns der Minister im Jahre 1987 eine Erfolgsmeldung präsentieren kann.

(Zustimmung bei der SPD.)

Vizepräsident Bosse:

Frau Kollegin Schneider, Sie haben das Wort.

Frau Schneider (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion begrüßt, daß es nach mehr als zweijähriger Beratung gelungen ist, einen gemeinsam getragenen Entschließungstext zu finden. Wir bedauern die überlange Beratungsdauer, insbesondere angesichts des Ernstes der Problematik.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach vorliegenden Schätzungen sind ca. 10 % der Ehen in der Bundesrepublik unfreiwillig kinderlos. Der sehnliche und manchmal auch irrationale Wunsch nach einem Kind führt dabei oft auf einen Weg zu skrupellosen Kinderhändlern, die eine Notlage zu ihren Gunsten ausnutzen. Diese Adoptionsvermittler handeln insbesondere mit Kindern aus der Dritten Welt. Dabei werden die Adoptionen, unter Umgehung sowohl der deutschen als auch der jeweiligen Landesgesetze, oft im Ausland direkt vorgenommen. Sie haben sicherlich alle gelesen, daß kolumbianische Kinder nach dem Adoptionsverbot der dortigen Regierung nach Paraguay entführt wurden, um von dort vermittelt, im wahrsten Sinne des Wortes "verkauft" zu werden. So adoptierte Kinder — wir hörten es eben schon von Herrn Möhrmann — können bis zu 60 000, 70 000 DM kosten.

Warum wenden sich so viele Eltern mit ihrem Wunsch nach einem Kind an private und zum Teil illegale Adoptionsvermittler? — Sicherlich spielt eine Rolle, daß zukünftige Eltern möglichst kleine Kinder adoptieren wollen und in diesem Bereich die Nachfrage größer ist als das Angebot. Das hängt damit zusammen, daß die Kinder aufgrund komplizierter Vorschriften und Tatbestände von der Mutter, vom Vater oder von der zuständigen Behörde oft erst spät oder zu spät freigegeben werden. Gleichzeitig ist bei uns das Verfahren der Adoption sehr langwierig, kompliziert und oft entmutigend. Nicht selten wird der Weg zur Anerkennung als geeignet im Sinne der Adoptionsvermittler als demütigend und ungerecht empfunden.

Die vorliegende Entschließung fordert mit großer Deutlichkeit Verbesserungen insbesondere zum Schutz des Kindes, aber auch zum Schutz der adoptionswilligen Eltern. Dazu gehört unseres Erachtens zum Beispiel auch die Aufklärung der Öffentlichkeit darüber, daß derzeit nicht sicherzustellen ist, ob sich bei privat vermittelten Kindern die abgebenden Mütter ohne Druck haben entscheiden können, daß zunehmend Kinder in Gebieten der Armut zum Zwecke des Handels geraubt werden, daß das Geld, das privaten Adoptionsvermittlern gezahlt wird, in den seltensten Fällen bei der Mutter landet, und daß es eine ganze Reihe öffentlich anerkannter Organisationen gibt, die Adoptionen von ausländischen Kindern vermitteln.

Frau Schneider

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir Liberalen sind froh, daß der Niedersächsische Landtag eine gemeinsame Entschließung gegen den Menschenhandel mit Kindern aus der Dritten Welt verabschiedet. Wir hoffen, daß sich andere Bundesländer diesem Vorbild anschließen, damit der Boden für die geschäftstüchtigen Kinderhändler zu heiß und darum von ihnen weitgehend gemieden wird. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP. — Zustimmung von Möhrmann [SPD].)

Vizepräsident Bosse:

Nächster Redner ist der Kollege Isernhagen.

Isernhagen (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn die Position, die meine Fraktion in dieser Frage während der Beratungen eingenommen hat und auch heute einnimmt, auch weitgehend aus dem Bericht deutlich geworden ist, so lassen Sie mich doch noch ein paar Punkte kurz ansprechen. Es ging in diesem Antrag ganz wesentlich darum, daß dem Grundsatz, daß Eltern für Kinder und nicht etwa Kinder für Eltern zu suchen sind, Nachdruck verliehen wird, daß dieser Grundsatz unterstrichen wird und die Bundesregierung darauf hingewiesen wird, im Verhältnis zum Ausland nach diesem Grundsatz zu handeln. Mit der einmütigen Empfehlung an das Plenum bekräftigen wir diesen Grundsatz, Eltern für Kinder und eben nicht Kinder für Eltern zu suchen.

Eine strittige Frage war — das ist im Bericht angesprochen worden —, ob den adoptionswilligen Eltern für ältere Kinder und für behinderte Kinder nicht möglicherweise ein "Pflegegeld" gezahlt werden sollte. Dagegen hat es Bedenken gegeben. Man hat gesagt, das Verhältnis der adoptierten Kinder zu den adoptionswilligen Eltern soll möglichst dem Verhältnis der leiblichen Eltern zu ihren Kindern gleichgestellt sein. Von daher muß man es wohl mit einem Fragezeichen versehen, wenn für ganz bestimmte Adoptionen längerfristig eine besondere Entschädigung oder wie man das immer nennen will, gefordert wird. Man muß dabei bedenken, daß in vielen Fällen der Adoption eine Phase vorausgeht, in der das Kind bereits als Pflegekind in der Familie betreut wird, wofür dann ja ohnehin ein Pflegegeld gezahlt wird. Deshalb ist im Ergebnis eine solche Entschädigung bzw. ein solches Geld nicht ausgeschlossen worden, eine solche Forderung ist aber nicht in den Antrag aufgenommen worden.

In der ursprünglichen Fassung des Antrages stand, das Adoptionsverfahren sollte doch vereinfacht werden. In diesem Zusammenhang ging es besonders um das Ersetzungsverfahren. Für diejenigen, die sich damit noch nicht beschäftigt haben, kann ich zur Erläuterung sagen: Bei der Ersetzung geht es darum, den Willen der leiblichen Eltern durch einen staatlichen Akt dort sozusagen zu ersetzen, wo die leiblichen Eltern dazu nicht in der Lage sind. Wir haben gemeint, bei der Einschränkung des Rechtes der leiblichen Eltern doch sehr vorsichtig sein zu müssen.

Zur Vereinfachung des Adoptionsverfahrens möchte ich eine persönliche Bemerkung machen. Wenn im wesentlichen der Kollege Dehn, der heute ja nicht hier ist, und ich an dieser Stelle relativ schnell zu einer einmütigen Empfehlung gekommen sind, so lag dies auch daran, daß wir beide in gleicher Weise praktisch Betroffene sind bzw. waren. Von daher konnten wir beide sagen: Wir haben mit den Adoptionsvermittlungsstellen unserer Jugendämter nur die allerbesten Erfahrungen gemacht. Aus diesem Grunde schien uns dieser Appell auch nicht so besonders dringend und nötig zu sein. — Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU. — Möhrmann [SPD]: Andere Kollegen haben andere Erfahrungen gemacht!)

Vizepräsident Bosse:

Vielen Dank, Kollege Isernhagen. — Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Sie erfolgen auch nicht mehr. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 5323 zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. — Danke sehr. Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Empfehlung des Ausschusses ist einstimmig gefolgt worden.

Ich rufe dann Punkt 15 der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung: Sicherung der Existenz selbständiger bäuerlicher Familienbetriebe, Begrenzung der Konzentration in der Tierhaltung — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 10/2799 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten — Drs 10/5436 Für die Beratung des Antrages stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 50 Minuten Redezeit zur Verfügung. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: der CDU und der SPD jeweils bis zu zwölf Minuten,

den Grünen und der FDP jeweils bis zu sechs Minuten.

Der Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 2799 wurde in der 58. Sitzung am 11. Juli 1984 an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichterstatter ist der Abgeordnete Bruns (Reinhausen), dem ich das Wort erteile. Bitte sehr!

Bruns (Reinhausen) (SPD), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich darf als Berichterstatter vorweg sagen: Aufgrund der Lage der Familienbetriebe in unserem Lande hoffe ich, daß der Bericht auch die entsprechende Aufmerksamkeit findet.

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfiehlt Ihnen, den Antrag der Fraktion der SPD in einer geänderten Fassung anzunehmen. In Anbetracht der für diesen Antrag zur Verfügung stehenden Gesamtredezeit werde ich mich darauf beschränken, Ihnen nur die Änderungen zu erläutern, die der Ausschuß gegenüber dem Ursprungsantrag der SPD-Fraktion vorgenommen hat.

Zum ersten Spiegelstrich der Nr. 1 äußerten die Vertreter der Fraktion der CDU, daß ihre Fraktion gegenüber der in dem Antrag der SPD genannten "Einführung eines Steuerzuschlages für gewerbliche Tierhaltungen" Bedenken haben. Da die steuerlichen Regelungen für die Landwirtschaft und für den Mittelstand im wesentlichen übereinstimmten, müßten ihrer Ansicht nach bei Änderungen auf diesem Gebiet Landwirtschaft und Mittelstand gleich gesehen werden. Anstelle der in dem Antrag der SPD genannten Formulierung sollte folgende Wendung eingefügt werden: "Verbesserung der Wettbewerbschancen familienbäuerlicher Betriebe durch Beibehaltung der Mehrwertsteuerregelung."

Die Vertreter der SPD-Fraktion stimmten dieser Formulierung nicht zu, weil mit ihr eine Förderung umsatzstarker Betriebe festgeschrieben würde und durch sie kleine bäuerliche Betriebe sogar benachteiligt würden.

Der Vertreter der Fraktion der Grünen machte geltend, daß eine Formulierung, mit deren Hilfe umsatzstarke Betriebe nach dem Gießkannenprinzip bevorteilt würden, von seiner Fraktion nicht akzeptiert werden könne.

Demgegenüber vertraten die Vertreter der CDU-Fraktion die Auffassung, daß dann, wenn den Formulierungen in dem Antrag der Fraktion der SPD gefolgt würde, gerade die kleinen Betriebe betroffen würden, die auf die Veredelung angewiesen seien und durch sie entsprechende Umsätze erzielten. Im übrigen treffe es nicht zu, daß über die von der Fraktion der CDU vorgeschlagene Formulierung nur die größeren Betriebe gefördert würden, da bei der Mehrwertsteuerregelung die bekannten 5 % von einer bestimmten Grenze an nicht gewährt würden. Des weiteren bestünden gegen die Einführung steuerlicher Zuschläge bei gewerblicher Tierhaltung verfassungsrechtliche Bedenken. Die von der CDU-Fraktion in ih-Formulierungsvorschlag angesprochene Mehrwertsteuerregelung diene dem Ziel, den bäuerlichen Familienbetrieben zu helfen. Der Ausschuß sprach sich mit Mehrheit für die von den Vertretern der CDU-Fraktion vorgeschlagene Formulierung aus.

Zum zweiten Spiegelstrich der Nr. 1 ergab sich keine Aussprache. Der Ausschuß billigte die Formulierung entsprechend dem Antrag der Fraktion der SPD.

Zum dritten Spiegelstrich der Nr. 1 führten die Vertreter der Fraktion der CDU aus, daß es Ziel ihrer Fraktion sei, den Vieheinheitenschlüssel zu erweitern und an die heutige Situation anzupassen. Aus diesem Grunde solle wie folgt formuliert werden: "Änderung der Grenzen des § 51 des Bewertungsgesetzes durch Änderung des Vieheinheitenschlüssels". Mit dieser Formulierung seien nicht nur die in dem Antrag der SPD aufgeführten Jungmasthühner, sondern auch andere Tierarten gemeint. Auch diese Formulierung wurde im Ernährungsausschuß nur mit Mehrheit so beschlossen.

Zu der im Ursprungsantrag im vierten Spiegelstrich der Nr. 1 enthaltenen Forderung nach Einführung einer Prosperitätsschwelle beantragten die Vertreter der CDU-Fraktion, diese Forderung zu streichen. Ihrer Ansicht nach müsse vermieden werden, tüchtige Landwirte und Betriebe mit guten Einkünften zu bestrafen. Die Streichung dieser Forderung wurde im Ausschuß mit Mehrheit beschlossen.

Die Formulierung zu Nr. 2 — erster Spiegelstrich — billigte der Ausschuß in der Fassung des Antrages der Fraktion der SPD.

Zum zweiten Spiegelstrich der Nr. 2 beantragten die Vertreter der CDU-Fraktion, die in dem Antrag der SPD gewählte Formulierung durch den Text zu ersetzen, der jetzt in der Beschlußempfehlung enthalten ist. Ihrer Ansicht nach beinhalte diese Formulierung das, was im Antrag der Fraktion der SPD gemeint sei. Die neue Formulierung sei besser, wenn man daran denke, daß wahrscheinlich keine Landes-Gülleverordnung er-

Bruns (Reinhausen)

lassen werde, sondern daß Kreisverordnungen herausgegeben würden.

Demgegenüber betonten die Vertreter der SPD-Fraktion, daß ihre Fraktion die in ihrem Antrag gewählte Formulierung aufrechterhalte. Aufgrund der Erfahrungen sei deutlich geworden. daß eine Landes-Gülleverordnung nach wie vor erforderlich sei. Der Vertreter der Fraktion der Grünen vertrat die Ansicht, daß der Gülleerlaß nicht zu einer Senkung der Nitratbelastung des Grundwassers geführt habe. Seine Fraktion halte eine Gülleverordnung für Niedersachsen nicht für das richtige Mittel. Es sollten vielmehr flächengebundene Bestandsobergrenzen eingeführt werden. Dadurch könnten die Probleme der Massentierhaltung und der Güllebeseitigung gelöst werden. Die von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Formulierung wurde im Ausschuß mehrheitlich gebilligt.

Zum dritten Spiegelstrich der Nr. 2 und zum ersten Spiegelstrich der Nr. 3-wurden keine Änderungsanträge gestellt. Der Ausschuß billigte die Formulierungen entsprechend dem Antrag der Fraktion der SPD.

Zum zweiten Spiegelstrich der Nr. 3 beantragten die Vertreter der Fraktion der CDU, den Text des Antrages der Fraktion der SPD durch folgende Formulierung zu ersetzen: "Verhinderung von Formen der intensiven Tierhaltung, die den Erfordernissen des Tierschutzes widersprechen". Ihrer Auffassung nach sei diese Formulierung zeitgerechter als die in dem Antrag der SPD-Fraktion.

Die Vertreter der SPD-Fraktion hielten es für erforderlich, in diesem Text auch die Kälberhaltung zu erwähnen. Einvernehmlich wurde daraufhin der Klammervermerk angefügt.

Der Vertreter der Fraktion der Grünen erwähnte, es reiche nicht aus, lediglich von "Erfordernissen des Tierschutzes" zu sprechen, da die gegenwärtig geltenden Tierschutzgesetze einer artgerechten Tierhaltung, wie sie sich die Fraktion der Grünen vorstelle, nicht entsprächen. Die Fraktion der Grünen könne daher weder dem von der Fraktion der CDU vorgeschlagenen Text noch dem Text in dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen. Die nunmehr vogesehene Fassung wurde im Ausschuß bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung beschlossen.

Zur Nr. 4 des Ursprungsantrages beantragten die Vertreter der CDU-Fraktion, die darin angegebenen Forderungen zu streichen, da die unter dem ersten Spiegelstrich aufgeführte Forderung des Ursprungsantrages durch die Milchmarktordnung

überholt und die unter dem zweiten Spiegelstrich genannte Forderung durch die unter Nr. 6 — zweiter Spiegelstrich — gewählte Formulierung abgedeckt sei. Die Vertreter der SPD-Fraktion wiesen darauf hin, daß die einzelbetriebliche Milchquotenregelung in einigen Jahren auslaufen werde, so daß man sich damit erneut werde befassen müssen. Spätestens dann werde deutlich, wie die hiesigen Bauern gegenüber denen in anderen Ländern benachteiligt und wie kleinere Betriebe in ihrer Entwicklung gebremst worden seien. Die Streichung der Nr. 4 des Ursprungsantrages wurde mehrheitlich beschlossen.

Zum ersten Spiegelstrich der Nr. 5 machte der Vertreter der Fraktion der Grünen darauf aufmerksam, daß die einzelbetriebliche Förderung in der Vergangenheit dazu geführt habe, daß sich wenige Betriebe hätten vergrößern können, daß dafür aber viele Betriebe hätten weichen müssen. Das entsprechende Programm fortzusetzen würde bedeuten, weitere Klein- und Mittelbetriebe zu zerstören. Die Fraktion der Grünen könne somit der unter diesem Spiegelstrich aufgeführten Formulierung nicht zustimmen. Dazu stellten die Vertreter der SPD-Fraktion klar, daß das einzelbetriebliche Förderungsprogramm den heutigen Erfordernissen angepaßt werden solle, um so z. B. bäuerlichen Familienbetrieben zu helfen, ihre veralteten Hofanlagen zu modernisieren. Der Ausschuß sprach sich bei einer Gegenstimme für die Annahme der unter Nr. 5 - erster Spiegelstrich — des Antrages der Fraktion der SPD aufgeführten Forderung aus.

Zur Nr. 5 — zweiter und dritter Spiegelstrich — wurden keine Änderungsanträge gestellt. Der Ausschuß billigte diese Formulierungen in der Fassung des Antrages der Fraktion der SPD.

Zum vierten Spiegelstrich der Nr. 5 beantragten die Vertreter der CDU-Fraktion, folgende Formulierung vorzusehen: "Ausschöpfung der durch das Gesetz zur Neuordnung des landwirtschaftlichen Pachtwesens und durch das Landpachtverkehrsgesetz ab 1. Juli 1986 gegebenen veränderten Rahmenbedingungen".

Dazu führten die Vertreter der SPD-Fraktion aus, daß die gesetzlichen Vorschriften, durch die die Länder ermächtigt worden seien, die Frage zu regeln, von welchen Grenzen an sie bei Grundstücksangelegenheiten Einspruch erheben könnten, nach wie vor unzureichend seien.

Dem hielten die Vertreter der CDU-Fraktion entgegen, daß die Länder ermächtigt worden seien, die Grenze festzulegen, von der an z. B. eine ungesunde Verteilung von Grund und Boden vorliege. Aufgrund der unterschiedlichen Strukturen in den einzelnen Bundesländern müßten auch unterschiedliche Obergrenzen festgelegt werden.

Der Vertreter der Fraktion der Grünen vertrat die Auffassung, daß das Grundstücksverkehrsgesetz und das Landpachtverkehrsgesetz so geändert werden sollten, wie es in Hessen beabsichtigt sei, nämlich von einer bestimmten Wachstumsschwelle an ein Zupachtverbot vorzusehen. Das gegenwärtig geltende Grundstücksverkehrsgesetz begünstige Großbetriebe und benachteilige kleine Betriebe.

Dazu wiesen die Vertreter der CDU-Fraktion darauf hin, daß der gesetzliche Rahmen für das, was der Vertreter der Fraktion der Grünen beabsichtige, bereits heute vorhanden sei.

Die von den Vertretern der CDU-Fraktion beantragte Formulierung wurde vom Ausschuß bei einer Gegenstimme gebilligt.

Zum ersten und zweiten Spiegelstrich der Nr. 6 wiesen die Vertreter der CDU-Fraktion darauf hin, daß all die Maßnahmen, die auf EG-Ebene zur Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen unternommen würden, auch in Niedersachsen eine Rolle spielten. Die Fraktion der CDU begrüße daher die unter Nr. 6 aufgeführten Forderungen.

Dem Vertreter der Fraktion der Grünen reichten diese Formulierungen nicht aus. Er war der Meinung, wenn schon auf EG-Ebene Maßnahmen ergriffen werden sollten, dann müßten auch ein gestaffeltes Preissystem und flächengebundene Bestandsobergrenzen eingeführt werden.

Bei einer Gegenstimme sprach sich der Ausschuß für die Annahme der unter Nr. 6 genannten Forderungen aus.

Die Ihnen zur Annahme empfohlene Fassung der Entschließung wurde mit den Stimmen der Vertreter der CDU-Fraktion beschlossen. Die Vertreter der SPD-Fraktion und der Fraktion der Grünen sprachen sich dagegen aus. Der Vertreter der FDP-Fraktion enthielt sich der Stimme.

Mit dem gleichen Abstimmungsverhältnis haben sich der Ausschuß für Haushalt und Finanzen sowie der Ausschuß für Umweltfragen dem Votum des federführenden Ausschusses angeschlossen.

Damit bin ich am Ende meines Berichts und bitte Sie weisungs- und pflichtgemäß, der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die Zustimmung zu geben. An meinem Gesicht mögen Sie merken, daß mir das gar nicht so leicht fällt.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Bosse:

Herr Kollege Bruns, ich danke Ihnen für die Erfüllung Ihrer Pflichten. — Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege von Hofe.

Von Hofe (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fraktion der Grünen kann der mit der Stimmenmehrheit der CDU gefaßten Beschlußempfehlung — wie Herr Bruns eben ausführte — nicht zustimmen. Trotzdem sind die Grünen für die Sicherung der Existenz bäuerlicher Familienbetriebe und für die Begrenzung der Konzentration in der Tierhaltung.

(Isernhagen [CDU]: Nur, ihr wollt nichts dafür tun!)

Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, halten nur schöne Reden und geben Erklärungen ab, wie mit der Beschlußempfehlung, die hier vorliegt. In Wirklichkeit betreiben Sie aber eine andere Politik, nämlich die des Bauernlegens. Unsere Agrarpolitik zielt dagegen auf die Erhaltung der Klein- und Mittelbetriebe.

(Isernhagen [CDU]: Erreicht das Ziel aber nicht!)

Nur die klein- und mittelbäuerliche Betriebsstruktur bietet die Möglichkeit zum Einstieg in eine umweltverträgliche Landbewirtschaftung. Ich möchte anhand der vorliegenden Beschlußempfehlung im einzelnen erläutern, wie wir Grünen uns eine umweltverträgliche Landwirtschaft vorstellen. Wer — wie die CDU — behauptet, durch eine Beibehaltung der Mehrwertsteuerregelung bäuerliche Familienbetriebe erhalten zu wollen, hat dabei in Wirklichkeit die Förderung der Agrarfabriken im Auge. Gerade durch die Erhöhung der Vorsteuer um 5 % sind Schweinemäster wie Minister Glup mit seinen 3000 Schweinen über Nacht um 50000 DM reicher geworden, ohne daß sie dafür auch nur einen Finger krummmachen mußten.

(Zurufe von der CDU. — Funke [SPD]: Er soll darauf zumindest einen ausgeben!)

Doch viele kleine Schweinehalter können sich davon gerade ein Paar neue Schuhe kaufen. Der Bevorteilung umsatzstarker Betriebe wie des Betriebs von Herrn Glup durch die bestehende Mehrwertsteuerregelung muß endlich ein Riegel vorgeschoben werden.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.) Im zweiten Abschnitt der Beschlußempfehlung, der sich auf umweltpolitische Maßnahmen bezieht, geht es unter anderem um den berühmtvon Hofe

berüchtigten Gülleerlaß. Ginge es nach den Grünen, könnten wir auf einen solchen Erlaß gut und gerne verzichten. Denn der Erlaß ist kein Mittel, um die Belastung des Grundwassers mit Nitrat tatsächlich zu verringern. Im Gegenteil, der Jahresbericht der Wasserwirtschaft 1985 belegt, daß die Belastung des Grundwassers mit Nitrat im Raum Weser-Ems zugenommen hat.

Da die Umweltbeeinträchtigungen unmittelbar mit dem zu dichten Viehbesatz zusammenhängen, muß eine Koppelung von Fläche und Tierbesatz hergestellt werden. Die Einführung flächengebundener Bestandsobergrenzen in der Tierhaltung, etwa einer Obergrenze von 2,5 Vieheinheiten pro Hektar und 100 Vieheinheiten pro Betrieb, stellt eine geeignete Maßnahme dar, um die Massentierhalter in die Schranken zu verweisen und die übermäßige Ausbringung von Gülle zu verhindern. Zudem soll die Gülle nur auf selbstbewirtschafteten Flächen ausgebracht werden dürfen. Eine Weitergabe an andere muß unterbunden werden. Bis zum Erreichen der Bestandsobergrenzen müssen Übergangsregelungen her.

Meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie wirklich eine Begrenzung der Konzentration in der Tierhaltung wollen, kommen Sie um die eben aufgeführten Maßnahmen nicht herum. Agrarfabriken mit einer bodenunabhängigen Produktion, die mit Hilfe von Importfuttermitteln betrieben wird, belasten nicht nur bei uns, sondern auch in der Dritten Welt die Umwelt.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Sie bedrohen hier und dort die Existenz vieler bäuerlicher Betriebe. Sie, meine Damen und Herren, müssen mit einem Verbot der Massentierhaltung gegen die agrarindustrielle Produktionsweise vorgehen. Sonst sind all Ihre schönen Reden über die Erhaltung der Familienbetriebe Schall und Rauch.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Hinsichtlich der Fortsetzung der einzelbetrieblichen Förderung sind sich SPD und CDU einig. Ganze 317 — ich wiederhole: 317 — existenzfähige Betriebe in Niedersachsen kommen in diesem Jahr in den Genuß der einzelbetrieblichen Förderung. Diese wenigen Höfe werden mit 69 Millionen DM ins Wachstum gebracht, während mehr als 110 000 Betriebe leer ausgehen und zum Weichen verurteilt sind. Das Ganze, versehen mit dem Etikett "Förderung bäuerlicher Familienbetriebe", macht klar, für wen hier Politik gemacht wird, nämlich für eine kleine Zahl ausgewählter größerer Betriebe, die eine positive Eigenkapitalbildung nachweisen können. Wir fordern statt

dessen die Streichung des einzelbetrieblichen Förderungsprogramms.

(Beifall bei den Grünen.)

Zu Nr. 4 vierter Spiegelstrich — Pachtwesen — habe ich konkretere Vorstellungen. Im Rahmen des Grundstücksverkehrsgesetzes und des Landpachtverkehrsgesetzes muß die jetzige Banachteiligung kleinerer Betriebe aufgehoben werden. Auf Landesebene muß ein Zupachtverbot oberhalb der doppelten Wachstumsschwelle eines Landkreises eingeführt werden. Dies wird heute in Hessen bereits praktiziert und ist ein Ergebnis der Verhandlungen zwischen SPD und Grünen.

Strukturpolitik ist, wie das Pachtbeispiel zeigt, auch auf Landesebene möglich. Alte Instrumente der Agrarpolitik wie das einzelbetriebliche Förderungsprogramm sollten der Vergangenheit angehören.

(Beifall bei den Grünen.)

Heute sind neue Instrumente wie flächengebundene Bestandsobergrenzen angezeigt, wenn wir die Klein- und Mittelbetriebe wirklich erhalten wollen. Das ständige Lamentieren über die EG-Agrarpolitik bringt uns nicht weiter.

(Zuruf von Oestmann [CDU].)

In Niedersachsen müssen wir eine andere Agrarpolitik betreiben, die gegen das Prinzip "Wachsen oder Weichen" konsequent vorgeht. Die neue Agrarpolitik ist in Bonn und in Brüssel durchsetzbar, wenn wir es politisch nur wollen.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Bosse:

Herr Kollege Dr. Hruska, Sie haben das Wort.

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die weitere Existenz der leistungsfähigen bäuerlichen Familienbetriebe ist für die FDP Bestandteil der Orientierungslinien der Agrarpolitik.

(Beifall bei der FDP.)

Wenn Sie diesen Hinweis mit der Überschrift des Antrags vergleichen, dann werden Sie feststellen, daß ich einen zusätzlichen Begriff gebraucht habe, der in dem Antrag nicht verwendet worden ist, nämlich "leistungsfähige" bäuerliche Familienbetriebe.

Weitere Existenz der leistungsfähigen bäuerlichen Familienbetriebe bedeutet, daß wir unsere Landwirtschaft weiterhin bäuerlich und nicht als Agrarfabriken strukturiert sehen möchten,

(Beifall bei der FDP)

auch wenn dies teurer als eine andere Produktionsweise sein sollte. Wir wollen dies aus gesellschaftspolitischen Gründen, und wir wollen dies aus umweltpolitischen Gründen.

(Beifall bei der FDP.)

Wir wollen diese bäuerliche Struktur aber als leistungsfähige Struktur. Das bedeutet, daß wir diese Struktur nicht mit Maßnahmen aufrechterhalten wollen, die auch die leistungsfähigen Betriebe treffen. Wir dürfen nicht die Agrarfabriken meinen und mit Maßnahmen kommen, die die Leistung der Betriebe bestraft, die über dem Durchschnitt liegen.

(Beifall bei der FDP. — Rehkopf [FDP]: Sehr richtig!)

Das bedeutet aber auch, daß wir unseren Landwirten gegenüber ehrlich sein wollen. Auch wenn wir alle diese Maßnahmen durchführen, wird es sich nicht vermeiden lassen, daß einige der heute noch produzierenden Landwirte ihre Produktion auf Dauer nicht werden fortsetzen können.

(Rehkopf [FDP]: So ist es!)

Wir müssen ehrlich sagen, daß einige Betriebe aus der Produktion ausscheiden werden. Da unterscheiden wir uns ganz stark von den Grünen, die sagen, jeder Bauer, der heute produziere, ganz gleich, wie er produziere,

(Zuruf von von Hofe [Grüne])

ganz gleich, was er mache, müsse als Landwirt erhalten bleiben.

(Zuruf von von Hofe [Grüne].)

Wir wollen die bäuerliche Struktur, aber wir stellen nicht auf den einzelnen Betrieb ab, der vielleicht nicht leistungsfähig ist.

(Beifall bei der FDP. — Zuruf von von Hofe [Grüne].)

An diesen Orientierungslinien müssen die Maßnahmen gemessen werden, die heute zu beschließen sind. Dazu ist folgendes zu sagen.

Es ist ein Kompromiß zustande gekommen, der nach unserer Meinung nicht alle Maßnahmen enthält, die notwendig wären. Deshalb hat sich unser Vertreter im Ausschuß der Stimme enthalten. Heute werden wir der Beschlußempfehlung zustimmen, weil wir es — im Gegensatz zu den Grünen, die die Beschlußempfehlung ablehnen

wollen — für besser halten, den Kompromiß zu beschließen, als gar nichts zu tun.

(Von Hofe [Grüne]: Wir wollen was anderes!)

Wir werden dem Kompromiß zustimmen, auch wenn damit nicht alles erreicht werden wird, was wünschenswert ist.

Einzelnen Punkten des Antrages der SPD-Fraktion hätten wir nicht zustimmen können. Insofern sind einige Änderungen, die der Ausschuß vorgeschlagen hat, in vollem Umfang in unserem Sinne. Wir hätten bei den steuerlichen Maßnahmen an zwei Stellen nicht zustimmen können, und zwar bei der Anwendung von Maßnahmen aus dem Bereich der Gewerbesteuer und zweitens bei der Prosperitätsklausel. Wir schaffen die Gewerbesteuer in den nächsten Jahren ab.

(Beifall bei der FDP. — Engels [SPD]: Ja? Mit wem wollt ihr das denn machen? — Funke [SPD]: In Liechtenstein!)

— Warten Sie ab, das wird geschehen. — Dann wäre dieses Instrument ohnehin stumpf. Und wir wollen die Prosperitätsklausel, die Sie vorgeschlagen haben, nicht, weil — das habe ich am Anfang ausgeführt — das auch die leistungsfähigen bäuerlichen Familienbetriebe bestrafen würde, obwohl Agrarfabriken bestraft werden sollten.

Das sind die Maßnahmen, die wir aus dem ursprünglichen Antrag der SPD nicht hätten mittragen können. Was wir tragen können und was wir wollen und weshalb wir diesen Antrag hier unterstützen, ist folgendes: erstens aus dem Bereich der steuerlichen Maßnahmen die Ermäßigung der Viehzuschläge beim Einheitswert, zweitens die Änderung der Begrenzung des § 51 beim Bewertungsgesetz, und drittens wollen wir an der Mehrwertsteuerregelung festhalten. Wir haben festgestellt - der Niedersächsische Landvolkverband hat uns das ja einmal vorgerechnet —, daß 25 % der Einkommen aus dem letzten Jahr aus dieser 5prozentigen Mehrwertsteuerregelung kommen. Von daher wollen wir hieran festhalten. Das ist gerade für die Existenz der bäuerlichen Familienbetriebe ein wichtiger Punkt. Aus dem Bereich der umweltpolitischen Maßnahmen unterstützen wir den Beschluß in der Richtung, daß ab bestimmten Bestandsgrößen Genehmigungspflichten nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz notwendig sind.

(Zustimmung bei der FDP.)

Wir begrüßen, daß bei der Einfuhr von Futtermitteln Schadstoffgrenzen nicht anders sein dürfen als hier bei uns, weil das sonst wettbewerbsverzerDr. Hruska

rend wäre, und auch aus umweltpolitischen Gründen.

Im Bereich der umweltpolitischen Maßnahmen sind auch der Gülleerlaß und die Gülleverordnung diskutiert worden. Es besteht kein Zweifel daran — wir haben das hier auch niemals anders zum Ausdruck gebracht —, daß uns eine Gülleverordnung lieber wäre. Diese Gülleverordnung sollte allerdings Rahmenverordnung sein, die nicht bis ins Detail regelt. Wir wollen den Lüneburger Landwirt nicht für die Sünden der Vechtaraner und Oldenburger strafen.

(Beifall bei der FDP.)

Aber eine Gülleverordnung, die als Rahmenrichtlinie vorhanden wäre und im gesamten Land mehr Wirkung hätte, wäre uns schon lieber.

(Beifall bei der FDP.)

Aus dem Bereich der Produktionsmaßnahmen unterstützen wir den Ausschußantrag in der Richtung, daß wir die Tierschutzmaßnahmen stärker beachten wollen, daß wir uns gegen die Anwendung von Hormonen und Betablockern aussprechen.

Meine Damen und Herren, ich habe am Anfang gesagt, daß wir einige Maßnahmen vermissen. Zwei Maßnahmen könnten meines Erachtens für den bäuerlichen Familienbetrieb sehr wirkungsvoll sein. Diese sind — der Rahmen des SPD-Antrages hatte das so vorgegeben — hier nicht mit aufgeführt. Wir werden diese beiden Maßnahmen aber weiterverfolgen, weil wir sie für besonders wichtig halten. Das ist erstens ein Konsolidierungsprogramm.

(Beifall bei der FDP.)

Die Landwirtschaft ist heute im Durchschnitt mit 4000 DM pro Hektar verschuldet. Das sind für einen 40-Hektar-Betrieb im Durchschnitt 160000 DM. Dies bedeutet eine Zinsbelastung, die über 25 % des Jahresgewinnes abschöpft. Diese Kosten müssen unbedingt gesenkt werden, und hier sollte das Land Hilfen geben.

(Beifall bei der FDP. — Rehkopf [FDP]: Das ist relativ zum Einkommen unerträglich!)

Zweitens vermissen wir hier eine Regelung der Bestandsobergrenzen. Die Überschrift des Antrages der SPD-Fraktion hätte nahegelegt, daß dies in dem Antrag behandelt wird. Die landwirtschaftlichen Berufsvertreter sind hier im einheitlichen Denken und in ihren Vorstellungen schon weiter als die Politiker. Wir werden dafür sorgen, daß die Politiker so weit kommen, wie die Landwirte

heute schon sind, wenn es um die Diskussion um Bestandsobergrenzen geht.

(Beifall bei der FDP.)

Wir werden diesem Antrag also als Kompromiß zustimmen. Er bringt einige Lösungen, aber es sind noch nicht alle Lösungen gefunden. Daran werden wir weiterarbeiten.

(Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Bosse:

Weitere Wortmeldungen aus dem Plenum liegen mir nicht vor, obwohl mir bekannt ist, daß sich die von den beiden großen Fraktionen vorgesehenen Sprecher gegenseitig belauern.

(Heiterkeit.)

Vielleicht führen Sie eine Einigkeit darüber herbei, wer von Ihnen als erster das Wort wünscht.

(Bruns [Emden] [SPD]: Nächster Punkt! — Zuruf von Döring [CDU].)

Der Kollege Oestmann rafft sich auf. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Oestmann (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Von Belauern kann gar keine Rede sein.

(Funke [SPD]: Umkreisen!)

Es geht einfach darum, daß wir bei der Reihenfolge der Redner bisher immer eine Übung gehabt haben. Daran wollte ich mich auch heute morgen halten.

Lieber Herr Bruns, im Grunde haben wir ja gar nichts zu verbergen. - Durch den Ablauf der Debatte heute morgen — soweit es den Bericht und die erste Einlassung der Fraktion der Grünen anbelangt — hat sich ja das bestätigt, was wir seinerzeit bei der Einbringung dieses Entschließungsantrages hier schon gesagt haben, daß nämlich dieser Antrag im Kern sicherlich eine Hilfe sein kann, daß die mit der ursprünglichen Fassung angestrebten Ziele aber nicht erreicht werden können. Ich meine, von daher ist die jetzt im Ausschuß gefundene Kompromißformel ein einigermaßen gelungener Versuch, auf die widerstreitenden Interessen einzugehen. Ich will es mir ersparen, mich mit der Grundintention des Kollegen von Hofe auseinanderzusetzen, der ja mit dem Begriff Bauernlegen kommt, und dann ist für ihn die Diskussion in der Sache eigentlich schon zu Ende.

(Zuruf von von Hofe [Grüne].)

Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen, wer glaubt, einer solch differenzierten Situation mit Schlagworten gerecht werden zu können, der täuscht sich und andere, denn er erweckt mit dieser Formulierung den Anschein, als gäbe es eine Möglichkeit, mit Mitteln der Agrarpolitik strukturelle Veränderungen quasi zu verbieten. Ich glaube, wir sollten akzeptieren, daß Politik Wandel nicht verhindern kann. Unsere Aufgabe sollte es nach meiner Meinung sein, diesen Wandel in der Weise zu begleiten, daß er zu einer besseren Situation führt. Mit all den Überlegungen, die hier angestellt worden sind — ich erinnere dabei auch an die Ausführungen bei der Einbringung —, wurde ja der Versuch unternommen, mit einer Zunahme weiterer Regelungen oder Reglementierungen ungute Entwicklungen zu verhindern. Diejenigen, die dies hier als Lösung anbieten, polemisieren gleichzeitig gegen die eingeführten Reglementierungen, zum Beispiel bei der Milch. Dies ist nicht sonderlich konsequent.

Deshalb war das Bemühen in der Ausschußberatung davon gekennzeichnet, die notwendigen Instrumente sehr sorgfältig daraufhin abzuklopfen, ob mit ihnen auch eine Wirkung erzielt werden könnte.

Es ist ja nicht rundherum abzulehnen, wenn Herr von Hofe sagt, die Mehrwertsteuerregelung begünstige umsatzstärkere Betriebe. Das zu leugnen wäre albern,

(Funke [SPD]: Richtig!)

weil eine Dotation, die sich am Umsatz orientiert, natürlich demjenigen, der einen großen Umsatz macht, einen größeren Vorteil einräumt als demjenigen, der einen geringeren Umsatz macht. Dies sei soweit akzeptiert. Sie müssen dann aber ein Instrument anbieten, durch das nicht nur eine Stützung erreicht wird, sondern die das Ganze auch noch administrabel erhält. Man kann gegen die 5 %-Mehrwertsteuerregelung vorbringen, was man will: Es ist nicht zu leugnen, daß sie trotz der damit verbunden Ungerechtigkeiten alles in allem noch die am einfachsten zu administrierende Regelung war und ist. Das hat dazu geführt — ohne heute ins Detail gehen zu wollen -, daß wir, wenn wir die bäuerliche Familienstruktur unterstützen wollen, uns auch langfristig im Bereich dieser steuerlichen Präferenz ein geeignetes Hilfsinstrument vorstellen können. Wenn Sie damit nun unbedingt eine flächengebundene Veredelung in Verbindung bringen wollen, um den kleinen Betrieb zu stützen, Herr von Hofe, - wenn Sie diese strikte Bindung vorschreiben wollen dann müssen Sie akzeptieren, daß alle flächenkleinen Betriebe in der Regel wieder abgeschnitten werden von bestimmten Entwicklungsmöglichkeiten. Das ist ja auch durch die einvernehmlich vorgenommene Änderung des § 51 — wenn ich das richtig sehe — deutlich geworden.

(Zuruf von von Hofe [Grüne].)

Wir waren auch gar nicht unterschiedlicher Meinung darüber, daß die vielbeschworene und vielgefürchtete Umweltschutzgesetzgebung, die von den Landwirten oft als eine Bedrohung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit betrachtet wird, sehr wohl ein geeignetes Instrument sein kann, um unerwünschten Entwicklungen in Form von Konzentrationen und unsachgemäßer Tierhaltung entgegenzuwirken. Dies war gottlob auch nicht strittig. Unabhängig davon, ob dies nun über einen Gülleerlaß oder eine Gülleverordnung geregelt wird wir haben uns mehrfach ausgetauscht; neue Gesichtspunkte sind dazu nicht vorzutragen —, sollten wir eines akzeptieren: Das ganze kann unbeschadet der rechtlichen Qualität der Vorgaben nur wirken und wird auch nur wirken, wenn der Betroffene oder die betroffene Berufsgruppe dieses Problem auch — ich sage einmal — verinnerlicht und die Ausbringung und Anwendung von Gülle vorrangig unter ökonomischen Gesichtspunkten sieht. Wenn Sie einmal durch das Land fahren — auch in diesem Winter können Sie das sehen —, werden Sie feststellen, wie sich das konkrete Verhalten der Landwirte unbeschadet der rechtlichen Lage zum Guten geändert hat,

(Beifall bei der CDU)

da wir sie für diese Problematik sensibilisiert haben.

(Zuruf von Matthes [Grüne].)

Dieser Prozeß braucht auch Zeit. Daß es — wie häufig eingewandt wird — regional noch steigende Belastungen des Grundwassers gibt, hängt ja damit zusammen, daß dies ein Prozeß ist, dessen Ursachen schon Jahre zurückliegen. Sie wissen ja, daß das Durchsickern dieser belastenden Stoffe eine Langzeitwirkung ist. Von daher muß das kein Widerspruch sein.

(Von Hofe [Grüne]: Ich denke nur an die vielen Ausnahmegenehmigungen, die erteilt worden sind!)

Auf den Fortfall der alten Nr. 4 ist schon vom Berichterstatter hingewiesen worden. Wir haben uns darauf auch deshalb verständigt, weil wir — wie Sie vielleicht der Presse entnommen haben — auch in der Union am letzten Wochenende vor der Versuchung gestanden haben, Probleme mit dem Instrument der Strukturabgabe lösen zu wollen. Wir haben im letzten Moment — sage ich

Oestmann

einmal etwas selbstkritisch — die Kurve gekriegt und haben diesen Teil des Antrages, soweit er die Einführung einer Strukturabgabe als Instrument vorsah, aufgrund der besseren Einsicht zurückgelegt.

(Zuruf von von Hofe [Grüne].)

Ich will auf einen weiteren Widerspruch hinweisen, meine Damen und Herren, weil hier auch von Dr. Hruska notwendigerweise gesagt worden ist, daß wir Klarheit und Wahrheit brauchen, auch wenn sie unangenehm sind. Wenn es hinsichtlich der Förderung der bäuerlichen Familienbetriebe in dem Antrag heißt "Fortsetzung der einzelbetrieblichen Förderung mit dem Ziel der Stabilisierung", dann muß man korrekterweise sagen, daß die gegenwärtige offizielle Politik einzelbetrieblicher Förderung mit diesem einzelbetrieblichen Ziel ausgesetzt hat. Zur Zeit gibt es einzelbetriebliche Förderung nur noch im Bereich von Rationalisierung, aber nicht mit einzelbetrieblichen Wachstumszielen.

Ich sage hier in allem Freimut: Wir müssen über diese Position nachdenken, und zwar vor dem Hintergrund, daß wir erleben werden, daß auch zukünftig Produktionskapazitäten insonderheit in der Veredelung — aus welchen Gründen auch immer — aufgegeben werden. Wenn wir diese Kapazitäten im nationalen Bereich behalten wollen und nicht gleichzeitig hinnehmen wollen, daß diese Kapazitäten zu Einheiten laufen, die auf weitere Kapazitäten gar nicht angewiesen sind, sondern sie dort gebrauchen wollen, wo es in der Struktur und Substanz gesunde Betriebe mit zu kleiner Faktorausstattung gibt, dann müssen wir auch versuchen, diese Kapazitäten zukünftig vorrangig diesen Betrieben zukommen zu lassen.

(Zustimmung von Krapp [CDU].)

Denn die einzelbetriebliche Förderung — das ist ja auch eine dieser immer wieder aufgetischten Mären — dient ja nicht der Förderung von großen Betrieben, sondern damit werden Betriebe gefördert, die im Kern gesund, leistungsbereit und leistungsfähig sind, aber über zu geringe Ausstattungen verfügen.

Herr von Hofe, Sie gucken mich wieder so verträumt an.

(Heiterkeit. — Von Hofe [Grüne]: Ich höre Ihnen zu!)

Wir müssen akzeptieren, daß es auch darauf ankommt, daß eine Familie, wenn sie von dieser Tätigkeit leben will, einen Betrieb von einer bestimmten Mindestgröße braucht. Sie können dies nicht dadurch kompensieren — ungeachtet der Tatsache, daß Sie das gar nicht administrieren können —, daß Sie einem Betrieb mit einer zu kleinen Ausstattung etwas über Ihr Modell des gestaffelten Preises zukommen lassen. Ich glaube, das können wir schon auf nationaler Ebene vergessen; europaweit ist das nun überhaupt kein Thema. Das ist — ich sage das einmal so hart — wirklich eine Illusion, die täuscht.

(Beifall bei der CDU.)

Deshalb, meine ich, brauchen wir in dieser Frage schon die notwendige Flexibilität.

Dann ist hier zu Recht die Frage gestellt worden — gemessen an dem Ursprungsantrag —, wie wir jetzt beim Pacht- und Bodenmarkt reagieren wollen. Ich erkläre hier noch einmal ganz ausdrücklich, daß wir auch der Meinung sind, daß wir auf der Grundlage des veränderten Landpachtverkehrsgesetzes eine speziell für dieses Land erarbeitete Vorgabe dahingehend brauchen, wo die ungesunde Anhäufung von Grund und Boden beginnt. Darüber sind wir uns sicherlich einiger, als es gegenwärtig zu sein scheint.

Der Spiegelstrich in dem Ursprungsantrag, der sich mit den Milchmarktordnungen befaßt, ist, wie gesagt, durch die aktuelle Entwicklung überholt worden.

Ich komme zum Schluß. Unter Nr. 5 heißt es - insofern ist das, wenn Sie so wollen, die Generalüberschrift —: "EG-weite Durchsetzung". Wir sind uns darin einig, daß wir vor unserem landesspezifischen Hintergrund nicht nur über viele Dinge nachdenken müssen, sondern daß wir auch handeln müssen. Alles, was wir bedenken und was wir ansteuern, muß aber auch die Chance beinhalten, in der EG konsensfähig zu sein und zu werden. Wir müssen hier sicherlich mit einzelnen unserer Überlegungen auch werbend durch das Land ziehen. Ich bin schon der Meinung, daß wir mit einer Orientierung an dem real Machbaren eine größere Chance haben — das können dann bestenfalls Kompromisse sein -, als wenn wir uns zu optimalen Forderungen versteigen, mit denen wir in Schönheit politisch untergehen. Darum kann es nicht gehen.

Insofern bedauere ich es ein bißchen, daß im Zuge der Beratungen nur die Fraktion der FDP zu einem Mittragen dieser Kompromißentschließung bewegt werden konnte und daß sich die anderen beiden Fraktionen hierzu außerstande sehen. Bei den Grünen habe ich dafür Verständnis. Wenn aber die SPD ihre Taten an ihren Worten messen lassen will, wäre sie gut beraten, wenn sie sich in

bezug auf diese Formulierung etwas anders entschiede, als es wohl zu erwarten ist.

(Beifall bei der CDU. — Stock [CDU]: Sie kann dann nur nicht mehr so stramm Wahlkampf machen! — Zuruf von Bruns [Reinhausen] [SPD]. — Gegenruf von Döring [CDU]: Das war überzeugend vorgetragen!)

Vizepräsident Bosse:

Das Wort hat nunmehr der Kollege Funke.

Funke (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der CDU und bei der FDP ist es so: In Sonntagsreden wird das Hohelied des bäuerlichen Familienbetriebes gesungen. Wenn es aber darauf ankommt, hier wirksame Maßnahmen zu beschließen, wird es ins Gegenteil verdreht. Sie können sich darauf verlassen, daß wir auch draußen deutlich machen werden, daß dies so ist.

(Beifall bei der SPD. — Döscher [CDU]: Das kannst du doch so nicht sagen!)

- Herr Kollege Döscher, Sie haben ja an der Beratung mitgewirkt. Ich komme noch auf einzelne Punkte zu sprechen.

Dann tritt in der Tat das ein, was einige schon befürchtet haben: Die Maßnahmen aufgrund des jetzt vorliegenden Antrages wirken überhaupt nicht in Richtung bäuerlicher Familienbetrieb. Sie lassen in Wirklichkeit alles beim alten.

(Dr. Hruska [FDP]: Dann sind aber 80 % Ihrer ursprünglichen Vorschläge falsch!)

— Herr Dr. Hruska, auf Sie komme ich ja noch zu sprechen. Ich hätte mich ja gefreut — das muß ich Ihnen mal sagen —, wenn Sie als FDP-Vertreter im Ausschuß Anträge gestellt hätten. Sie haben nicht einen einzigen gestellt und stellen sich jetzt hierhin, als wären Sie der Gralshüter der bäuerlichen Landwirtschaft! Das ist doch kein politisch einsichtiges Verhalten! Das mußte ich Ihnen mal deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD.)

Ich möchte noch auf ein Argument des Kollegen Oestmann eingehen. Strukturwandel, Herr Kollege Oestmann, hat es in der Landwirtschaft immer gegeben, seitdem es Landwirtschaft gibt. Ihn wird es auch immer geben, und zwar aus den verschiedensten Gründen, die wir hier nicht zu erläutern brauchen. Es kommt doch aber darauf an, ob man die Politik für die Landwirtschaft in Richtung Großbetriebe, in Richtung Agrarindustrie gestaltet, oder ob man Agrarpolitik so gestaltet,

daß der bäuerliche Familienbetrieb auch wirklich davon profitiert. Das ist die Kernfrage.

(Beifall bei der SPD.)

Daß es dann immer noch Strukturwandel geben wird, ist unbestritten.

(Oestmann [CDU]: Sie kennen doch selbst 20 ha große Fabriken und 80 ha große Familienbetriebe!)

Da gibt es die unterschiedliche Tüchtigkeit der Betriebsleiter; da gibt es andere Voraussetzungen, die dazu führen, daß der eine tüchtiger ist als der andere, völlig klar. Wir sind aber entschieden dagegen, daß mit staatlichen Maßnahmen der Trend zum Großbetrieb, zur Agrarindustrie gefördert wird. Diesen Trend wollen wir umkehren. Das ist das Kernproblem.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von von Hofe [Grüne].)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb kann es auch bei dem, was wir vorschlagen, überhaupt nicht darum gehen, wie der Kollege Dr. Hruska gesagt hat, daß wir etwa die Leistungen des Betriebes, der überdurchschnittlich ist, in irgendeiner Form bestrafen wollten. Das ist überhaupt nicht das Problem. Selbstverständlich wird es immer Betriebe und Betriebsleiter geben, die im Betrieb mehr erreichen als andere. Das ist auch in der gewerblichen Wirtschaft so; das ist überall so. Das ist nicht das Problem. Die Frage ist nur, wenn ich staatliche Gelder für die Agrarpolitik, für die Betriebe ausgebe, bei welchem Betrieb diese staatlichen Gelder dann letztlich ankommen. Da sollen sie eben nicht, wie das jetzt vornehmlich geschieht, bei solchen Betrieben ankommen, die ohnehin schon wohlsituiert sind und gut sind, während die anderen Betriebe vernachlässigt werden.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Das ist keine Agrarpolitik und sichert nicht ein Maximum an Arbeitsplätzen im ländlichen Raum. Darum geht es, um nichts anderes!

(Barwig [SPD]: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, was hinter der Agrarpolitik der FDP steckt, wird ja auch in einem Satz deutlich. Herr Dr. Hruska, ich muß darauf leider sehr entschieden eingehen. Sie sagten, daß Sie für die Produktion in bäuerlichen Familienbetrieben seien, auch wenn diese Produktion unter Umständen teurer sei. Das ist eine sehr ökonomisch verengte betriebswirtschaftliche Betrachtung. Die Frage ist nämlich, was unter dem Strich, auch unter Einbeziehung ökologischer und gesellschaftlicher Kosten, günstiger ist: die Produktion im

Funke

bäuerlichen Familienbetrieb oder die Produktion agrarindustrieller Natur? Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn ich da die Kosten vergleiche ---

(Dr. Hruska [FDP]: Das habe ich doch gesagt! Sie haben überhaupt nicht zugehört!)

— Ich habe genau zugehört und mir das auch mitgeschrieben!)

(Dr. Hruska [FDP]: Ich habe gesagt: Die sind betriebswirtschaftlich teurer, aber unter umweltpolitischen und gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten wollen wir es trotzdem!)

— Sie haben von "betriebswirtschaftlich" nicht geredet. Ich nehme aber dankbar zur Kenntnis, daß Sie mir jetzt recht geben. Aber Sie haben bei dem, was Sie hier gesagt haben, nicht von "betriebswirtschaftlich" geredet!

So ähnlich ist es auch mit dem Schlagwort, man wolle ein Konsolidierungsprogramm. Für wen? In welcher Größenordnung? Wer soll da konsolidiert werden? Es kann doch nur darum gehen — und dann kann man mit uns auch über Konsolidierungsprogramme reden —, jene Betriebe zu konsolidieren, die unter staatlichen Maßnahmen in ihrer Existenz zu leiden haben; Stichwort "Milchkontingentierung".

(Beifall bei der SPD.)

Ich meine, daß man hier in der Tat — das habe ich hier schon einmal vorgetragen, und der Herr Ministerpräsident hatte sich ja bemüßigt gefühlt, das sogar als guten Gedanken zu akzeptieren und zu sagen, er wolle versuchen, das weiterzuverfolgen — zum Beispiel den Betrieben, die von der Milchkontingentierung betroffen sind, die in existentielle Nöte geraten sind, sagt: "Du fällst nicht unter die Härteregelung. Auch diese halbe Kuh aus dem Landesmilchprogramm bringt dich nicht zu höheren Einkommen. Also bieten wir dir an, daß du umschuldest und notwendige Investitionen zu günstigen Zinsbedingungen durchführen kannst."

(Dr. Hruska [FDP]: Genau dieses Beispiel hatte ich gebraucht!)

Das wäre der Ansatz für ein Konsolidierungsprogramm. Das ist das Entscheidende. Aber wir können doch wohl nicht sagen, daß wir grundsätzlich alle Betriebe, die aus irgendwelchen Gründen in Nöte geraten sind, die ja manchmal auch subjektiv verschuldet worden sind, nun zu konsolidieren gedenken. Das ist das Entscheidende in meinen

Augen, und dazu muß etwas gesagt werden. Sonst ist es wirklich Bauernfang. Jeder glaubt nämlich bei diesem Stichwort, er komme in den Genuß billiger Landesgelder. Das steckt ja in Wirklichkeit — so will ich hoffen — nicht dahinter.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will auf einige Punkte eingehen, bei denen wir uns in der Tat mit dem, was wir mit unserem Entschließungsantrag eigentlich bezweckt hatten, von dem unterscheiden, was letztlich dabei herausgekommen ist. Dies hat dann ja auch dazu geführt und wird im Plenum dazu führen, daß wir diesem Entschließungsantrag, wie er jetzt vorliegt, nicht unsere Zustimmung geben können.

CDU und FDP sagen, daß sie die von uns vorgeschlagenen steuerlichen Maßnahmen nicht mittragen könnten. Wir dagegen sagen, daß wir die gewerbliche Tierhaltung stärker besteuern wollen, daß wir auch einen Wegfall der Gewerbesteuerfreibeträge ab einer bestimmten Schwelle wollen und daß auf der anderen Seite bei agrarindustriellen Betrieben mit Steuerzuschlägen gearbeitet werden soll. Ich weiß, hier würde in erster Linie Ihre Klientel getroffen. Bloß muß man das akzeptieren, wenn man auf der anderen Seite für die bäuerlichen Familienbetriebe wirklich etwas tun will.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Sie müssen sich von der Vorstellung befreien, als könne man mit agrarpolitischen Maßnahmen alle gleichzeitig segnen. Auch Sie müssen sich entscheiden, was Sie mit Ihren Maßnahmen erreichen wollen: den bäuerlichen Familienbetrieb oder die Agrarindustrie. Wo Sie sich entscheiden müssen, bleiben Sie — zu Lasten der bäuerlichen Familienbetriebe — halbherzig.

(Beifall bei der SPD. — Oestmann [CDU]: Das klingt zwar gut, ist aber nicht richtig!)

Das gilt auch für die umweltpolitischen Maßnahmen, die wir in unserem Antrag angeführt haben. Wir haben doch — Herr Kollege Oestmann, das wird doch, nachdem uns jetzt die praktischen Erfahrungen vorliegen, wirklich niemand mehr bestreiten wollen — durch die Gülleerlaßgeschichte des Ministers, was Gülle anbelangt, nicht weniger Probleme, sondern mehr Probleme im Lande Niedersachsen bekommen. Zum einen ist das Problem der Gülle in den wirklich betroffenen Gebieten — Cloppenburg und Vechta mit Anrainergebieten — überhaupt nicht gelöst, nicht einmal eingeschränkt worden; das wissen wir. Auf der anderen Seite sind aufgrund dieses Erlasses die Schwierigkeiten für Betriebe, die an sich gar keine

Probleme mit der Gülle haben, größer geworden. Sie haben mehr Ungerechtigkeit, mehr Probleme durch diesen Erlaß geschaffen.

(Zuruf von Oestmann [CDU].)

Darum, sagen wir, kann dieser Erlaß in dieser Form nicht bestehenbleiben, sondern an die Stelle dieses Erlasses muß eine Verordnung gesetzt werden, die dort wirksam eingreift, wo es notwendig ist, und nicht alle über einen Kamm schert und alle gleichzeitig belastet, auch jene, die in Wirklichkeit überhaupt keine Probleme damit haben.

(Krapp [CDU]: Geben Sie mal ein Beispiel, wie das funktioniert!)

Es ist doch so, daß wir in manchen Grünlandgebieten, wo nicht so intensiv gewirtschaftet wird wie bei Ihnen, Herr Krapp, obwohl es — —

(Krapp [CDU]: Da bin ich stolz drauf, daß so gut gewirtschaftet wird!)

— Wenn Sie auf die intensive Wirtschaft in Ihrem Landkreis stolz sind, dann heißt das für mich zugleich, daß Sie damit ein Aus für viele bäuerliche Familienbetriebe sprechen. Das ist doch die Realität.

(Beifall bei der SPD.)

Ich habe sehr genau zugehört, als mein Kollege Oestmann, den ich sehr schätze — wir teilen einige Ansichten in der Agrarpolitik —, gesprochen hat, und beobachtet, wer da geklatscht hat. Sie haben noch nie so viel geklatscht wie jetzt. Darum ist die Richtung auch klar, die Sie letztlich mit diesen — in Ihren Augen — Verbesserungen — in unseren Augen Verschlechterungen — bewirkt haben. Das geht mehr in Richtung des Kollegen Krapp als in Richtung des Bauern auf einem Grünlandstandort, der extensiv wirtschaftet und jetzt unter der Gülleproblematik zu leiden hat.

(Krapp [CDU]: Bei uns sind 90 % der landwirtschaftlichen Betriebe unter 20 ha! Wenn Sie sagen, das sind keine Landwirte, dann kennen Sie eben die Struktur der Betriebe nicht!)

— Herr Kollege Krapp, es kommt doch in diesem Zusammenhang nicht auf die Größe des Betriebes an. Ich kann doch auf 10 ha so intensiv wirtschaften, daß ich die ganze Umwelt verhunze, und auf 80 ha so wirtschaften, daß ich die Umwelt nicht belaste.

(Beifall bei der SPD.)

Das ist nicht eine Frage der Größe, sondern eine Frage der Intensität der Bewirtschaftung. Daß ich

das jemandem aus einem Landkreis wie dem Landkreis Vechta sagen muß, bedaure ich sehr.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Sie wissen das doch auch. Sie verkaufen hier ein Stück Ideologie; ich verstehe das. Wichtig ist nur, daß die Bauern außerhalb Ihres Landkreises auf diese verfängliche Argumentation nicht hereinfallen.

(Engels [SPD]: Die haben ja auch noch darunter zu leiden! Das ist ja das Dumme dabei!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme auf einen weiteren Punkt zu sprechen. Herr Kollege Hruska hat gesagt, er sei für Bestandsobergrenzen, und davon sei in dem von uns initiierten Entschließungsantrag leider nichts zu finden. Das Wort "Bestandsobergrenzen" fehlt; das ist völlig richtig. Es könnte aber hineingesetzt werden; denn von uns sind in dem Entschließungsantrag zwei Punkte angesprochen worden, die in der Praxis auf Bestandsobergrenzen hinauslaufen. Zum einen fordern wir Preisabschläge zur Einschränkung der Konzentration in der Milchviehhaltung. Zum anderen fordern wir eine Strukturabgabe. Das sind natürlich — ganz klar — Forderungen nach Bestandsobergrenzen; sonst würden sie überhaupt nicht wirksam. Wir freuen uns, daß wir uns darin mit Ihnen einig sind. Aber dann hätten Sie nicht gemeinsam mit der CDU die beiden Spiegelstriche, in denen es um diese beiden Punkte geht, aus unserem Entschließungsantrag streichen dürfen. Entweder haben Sie das nicht genau genug gelesen, oder Sie sind darüber hinweggegangen. Sie hätten, wenn Sie für Bestandsobergrenzen sind, unbedingt fordern müssen, daß das erhalten bleibt.

Eines ist interessant: Auf dem Landesparteitag der CDU, bei dem es sehr um Agrarpolitik gegangen sein soll, hat man wohl, wenn ich es der Presse richtig entnommen habe, Bestandsobergrenzen gefordert. Ich frage mich, wieso man trotzdem bei der Streichung dieser beiden Spiegelstriche, in denen es um Bestandsobergrenzen geht, bleiben will. Sie hätten heute zumindest beantragen müssen, diese in irgendeiner Form wieder einzufügen, wenn Sie den Beschlüssen Ihres eigenen Parteitages zur Landesagrarpolitik treu bleiben wollten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Aber hierin liegt genau das Problem wie beim gesamten Thema "bäuerliche Familienbetriebe" in der CDU- und leider Gottes jetzt auch in der Funke

FDP-Fraktion: daß Anspruch und Wirklichkeit nicht zusammenpassen.

(Engels [SPD]: Im Bundestag haben sie ihr auch zugestimmt!)

— Herr Kollege Engels, völlig richtig: Wenn man sich dann einmal ansieht — —

(Oestmann [CDU]: Du mußt die Ziffer 6 mal richtig auslegen!)

Ah, ja, auslegen; da kommt es wieder. Da bin ich fast geneigt, Herrn von Hofe darin recht zu geben, daß man bei "Auslegen" auch an "Bauernlegen" denken muß. Wenn Sie etwa das nehmen, was Sie dort gemeinsam verabschiedet haben, dann ist da von Bestandsobergrenzen die Rede, dann ist von Strukturabgaben die Rede. Eine Strukturabgabe haben Sie auf dem Landesparteitag wiederum abgelehnt. Die Landesregierung stimmt im Bundesrat zu, Sie lehnen auf dem Parteitag ab. Hier streichen Sie Spiegelstriche, die Sie aufgrund von Landesparteitagsbeschlüssen eigentlich einfügen müßten. Ein Agrarpapier kriegen Sie wegen divergierender Interessen nicht zustande. Das ist gegenwärtig die Agrarpolitik der CDU in diesem Lande, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD.)

Ein letzter Punkt; ich muß zum Ende kommen.

(Zuruf von Kruse [CDU].)

Herr Kollege Kruse, Ihnen würde ich auch noch gern einige Dinge ins Stammbuch schreiben, wenn die Zeit reichte; das will ich Ihnen sagen.

(Heiterkeit bei der SPD.)

Sie diskutieren ja manchmal auch sehr vernünftig, die CDU-Kollegen quer durch die Reihen, je nachdem, woher sie gerade kommen. Deswegen kriegen Sie die Agrarpolitik ja nicht auf einen Nenner. Das ist doch der Punkt

Wir sind natürlich auch nicht einverstanden mit der Formulierung, daß jetzt endlich das, was im Grundstücksverkehrsrecht, im Landpachtverkehrsrecht novelliert worden ist, ausgeschöpft werden soll. Das Ausschöpfen ist notwendig. Aber, Herr Minister, in der Novelle zum Landpachtrecht ist ausdrücklich vorgesehen, daß die Ermächtigung der Länder, Rechtsverordnungen zu erlassen, vorgezogen wird — das Landpachtrecht tritt zum 1. Juli 1986 in Kraft —, damit die Länder diese Rechtsverordnungen möglichst schnell erlassen können. Wie steht es damit in Ihrem Hause, Herr Minister? Ist darüber gesprochen worden? Gibt es Ansätze, ist bereits etwas niedergeschrieben worden? Es wäre für uns hochinteres-

sant, das hier zu erfahren. Uns geht das aber nicht weit genug. Wir wollen im Grundstücksverkehrsrecht, im Landpachtrecht noch weitergehende Maßnahmen, damit wir dann auch wirklich die Flächen über die Grundstücksverkehrsausschüsse in erster Linie den kleinen und mittleren Betrieben zuordnen können. Das ist gegenwärtig noch nicht möglich. Hier müssen wir mehr ermöglichen, und deswegen sind wir mit der Formulierung auch nicht einverstanden.

(Beifall bei der SPD.)

Der Ministerpräsident — das ist auch typisch für die Agrarpolitik; man muß sich das alles auf der Zunge zergehen lassen — hat gesagt, es wären ein paar schwierige Übergangsjahre, man müßte der Landwirtschaft mit Ergänzungsmaßnahmen helfen, dann würde alles besser. Wir sehen das anders. In diesen paar Übergangsjahren, meine Damen und Herren, werden trotz dieser kleinen. nicht einmal wirksamen Maßnahmen, die Sie vorhaben, viele landwirtschaftliche Betriebe und damit Arbeitsplätze auf dem Land verschwinden. Das kommt letztlich dabei heraus. Wir sagen nicht wie der Ministerpräsident, daß es ein paar schwierige Übergangsjahre für die Landwirte geben wird, sondern wir sagen, daß jetzt möglichst schnell eine andere Agrarpolitik in Richtung der bäuerlichen Familienbetriebe gemacht werden muß, so schnell wie möglich, damit das Bauernsterben, das Sterben der Höfe auf dem Lande aufhört, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Das, was hier im Lande passiert, ist doch folgendes: Agrarpolitik findet nicht mehr statt. Der Minister ist längst auf dem Altenteil. In der CDU gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, wie es laufen soll. Mal lehnen Sie ab, mal stimmen Sie zu. Agrarpolitik findet zum Leidwesen der Bauern in Niedersachsen und mittlerweile zum Leidwesen des gesamten ländlichen Raumes nicht mehr statt, meine Damen und Herren. — Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Bosse:

Nächster Redner ist der Herr Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Glup, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich nehme gern die Gelegenheit wahr, zunächst zu einzelnen Punkten der Debatte Stellung zu nehmen, dann aber auch einmal die Position der Landesregierung zu diesem Generalthema zu beschreiben und darzulegen.

(Barwig [SPD]: Hat die eine?)

Zunächst einmal möchte ich sagen: Für Außenstehende ist der Eindruck erweckt worden, als gäbe es die Probleme der Überproduktion nur in der tierischen Veredelung, als wäre das die Branche, die als das Karnickel der Zukunft der Agrarpolitik überhaupt anzusehen ist. Meine Damen und Herren, mit dieser Vorstellung muß man doch wohl gründlich aufräumen

(Barwig [SPD]: Das hat ausdrücklich keiner gesagt!)

— Gründlich aufräumen möchte ich damit! — Meine Damen und Herren, wir haben es bei der Überproduktion mit unterschiedlichen Sparten zu tun. Fast alle Bereiche, die durch Marktordnungen geschützt sind, haben uns in die Überproduktion hineingebracht. Das ist das Problem. Die anderen Bereiche, die von den Marktordnungen nicht geschützt werden — z. B. die Schweineproduktion, die Eierproduktion, Geflügelproduktion, Kartoffeln,

(Funke [SPD]: Kaninchen!)

nein, nein — Gemüse, Zierpflanzen,(Zuruf von der SPD: Zahme Fasane!)

bringen uns zur Zeit überhaupt keine agrarpolitischen Überschußprobleme. Meine Damen und Herren, hier geht es einfach darum, daß wir einmal deutlich machen müssen, daß vor allem die tierische Veredlung nur ein Teil der Möglichkeiten für innerbetriebliche Aufstockungen gewesen ist, und zwar besonders auch für die Betriebe, die in dieser Richtung zwar fachlich orientiert, aber von der Fläche her zu klein ausgestattet waren. Wenn Sie hier dauernd Vechta oder Cloppenburg anführen, dann will ich Ihnen einmal sagen:

(Zurufe von der SPD.)

Machen Sie sich einmal die Mühe, und gehen Sie in der geschichtlichen Entwicklung dieses Raumes einen kleinen Schritt zurück! Wir hatten dort doch die große Zahl der Heuerleute. Wir hatten doch die große Zahl der Kinder, die woanders nicht untergebracht werden konnten. Die haben auf einer kleinen Fläche angefangen, um sich selbständige Existenzen zu schaffen. Jetzt stellen Sie sich hin und sagen: Hier wird eine industrielle Agrarpolitik betrieben. Die industrielle Agrarpolitik, meine Damen und Herren, bezieht sich leider auf zu viele, aber zur Zeit nur auf einige wenige Großbetriebe. Diese Großbetriebe wollen wir

alle doch nicht. Daran kann kein Weg vorbeigehen.

(Zurufe von der SPD.)

— Meine Damen und Herren, machen Sie es sich nicht so leicht. Ich könnte Ihnen Fälle nennen, wo im Emsland von Betrieben Kartoffelflächen angepachtet werden, um für die Firma Emsland-Stärke auf einigen hundert Hektar Fläche Kartoffeln anzubauen. Ich frage mich: Ist das nötig? Soll der Staat auch hier lenkend eingreifen, oder wäre es nicht doch eine Sache der örtlichen Vertretungen, hier selbst regelnd einzugreifen?

(Barwig [SPD]: Selbst können die das nicht!)

Herr Funke, Sie haben den Gülleerlaß angesprochen. Ich will Ihnen mal was sagen: Wenn die Gülle nicht die unangenehme Eigenschaft hätte zu riechen, dann wären Sie noch nicht auf die Idee gekommen, daß durch Überdüngung eine Grundwasserbelastung hervorgerufen werden könnte. Das ist das Problem!

(Lachen und Widerspruch bei der SPD.)

— Herr Funke, messen Sie doch auch einmal im Ammerland bei den Gemüsebauern oder bei den Zierpflanzenanbauern die Grundwasserbelastung. Das ist doch nicht nur ein Problem von Vechta oder Cloppenburg. Setzen Sie doch nicht solche Storys in die Welt! Das ist doch geradezu unverantwortlich, was Sie hier machen.

(Beifall bei der CDU. — Zurufe von der SPD und von den Grünen.)

Oder gehen Sie doch einmal zu den Weinbauern. Dort ist nie ein Eimer voll Gülle verwendet worden, und trotzdem ist die Nitratbelastung gerade in Weinbaugebieten so hoch. Das ganze Problem ist komplexer. Ich bedaure mit Ihnen zutiefst, daß die Gülle die unangenehme Eigenschaft hat, Gerüche von sich zu geben.

(Barwig [SPD]: Das ist aber nicht das Problem! — Trittin [Grüne]: Stinkt es in Münchehagen nach Gülle, Herr Minister? — Zempel [SPD]: Woher kommt sie denn? Dieses Gerede hier!)

Die Belastung des Grundwassers kommt von ganz woanders her. Das ist eine Frage der Überdüngung. Ich sage ganz deutlich: Hier sind wir — sicherlich zu Ihrem Leidwesen, weil Sie sich mit Ihrer Forderung nach einer Gülleverordnung ausgebootet fühlen — einen unglaublichen Schritt nach vorn gekommen. Bereits mehr als 9 000 Betriebe haben den Zuschuß in Anspruch genommen und Güllebehälter gebaut, so daß die Gülle jetzt, in einer Zeit, in der sie nicht ausgebracht

Glup

werden sollte, gespeichert wird, um sie den Pflanzen dann zu verabreichen, wenn diese aufnahmefähig sind.

(Beifall bei der CDU. — Zempel [SPD]: Keine Ahnung!)

Von den Wissenschaftlern wird uns auch ganz eindeutig nachgewiesen, daß wir große Fortschritte gemacht haben und daß sich die Nitratbelastung in den Böden teilweise sogar abbaut. Das muß man auch einmal sagen.

Vizepräsident Bosse:

Herr Minister, die Kollegen Bartels und Funke möchten Ihnen Fragen stellen. Wollen Sie antworten?

Glup, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Die müssen sich erst einmal ein bischen ausruhen. Die haben noch Zeit.

(Lachen bei der SPD.)

Die müssen sich auf den Wahlkampf vorbereiten. Ich will lieber meine Ausführungen machen.

(Zempel [SPD]: Nun kneift er auch noch!) Ich möchte deutlich sagen: Der Gülleerlaß ist nicht mehr und nicht weniger

(Zempel [SPD]: Der ist weniger!)

als eine Anerkennung der Mündigkeit der Landkreise als untere Naturschutzbehörden, die im Einzelfall eingreifen oder eine Kreisgülleverordnung erlassen können.

(Engels [SPD]: Das können wir doch gar nicht!)

Dagegen können wir nichts einzuwenden haben. Der Kollege Hruska hat deutlich gesagt: Was in Lüneburg Gültigkeit hat, muß in anderen Kreisen überhaupt keine Gültigkeit haben.

(Funke [SPD]: Eben! — Engels [SPD]: Das ist es doch!)

Wir haben nicht ohne Grund von einer Verordnung abgesehen, die allzuleicht dazu neigt, zu nivellieren und alles zu vereinheitlichen. Genau das ist nicht gewollt. Der Gülleerlaß hat eine große Wirkung gehabt und hat auch bei den Landkreisen sehr wohl positive Denkanstöße vermittelt.

Zum einzelbetrieblichen Förderungsprogramm hat der Kollege Oestmann dankenswerterweise Klarstellungen vorgetragen. Diese Landesregierung hat früher als alle anderen Landesregierungen in der Bundesrepublik davon Abstand genommen, Produktionsausweitungen z. B. bei der Schweinemast zu fördern.

(Zempel [SPD]: Wieder einmal Weltmeister!)

Die Summe ist die gleiche geblieben, nur wir setzen sie zur Kostendegression ein, um unsere Bauern und die große Zahl der Familienbetriebe in dem großen Kampf um die Marktanteile in Europa leistungsfähiger und wettbewerbsfähiger zu machen. Das muß einmal deutlich gemacht werden. In diesem Zusammenhang ist natürlich auch vorgesehen, die hygienischen Verhältnisse in den Ställen zu verbessern oder Arbeitserleichterungen zu schaffen.

Nun zum Konsolidierungsprogramm. Meine Damen und Herren, wir sind im Ministerium dabei, auch über dieses Programm nachzudenken. Wir stoßen dabei aber auf solch komplexe Probleme, daß die Landesregierung nicht in der Lage ist, von heute auf morgen etwas zu deklarieren, was fundiert vorgetragen werden könnte. Wir wollen den Landpreisverfall stoppen helfen, und zwar über die Niedersächsische Landgesellschaft. Ich werde im Kabinett in Kürze eine Vorlage einbringen mit dem Vorschlag, die NLG zu ermächtigen, mehr Kredite aufzunehmen, um damit in einigen Regionen Niedersachsens Land aufzukaufen, das dort sonst einem Preisverfall ausgesetzt wäre.

Herr Kollege Funke, Sie haben das Landpachtrecht angesprochen. Auch daran arbeiten wir zur Zeit. Wir stimmen uns mit den Kammern und dem Landvolk ab. Die Dinge sind hier aber nicht so ganz einfach; da sage ich einmal ganz offen. Wenn hier im Zusammenhang mit dem Konsolidierungsprogramm von nur 4000 DM Durchschnittsverschuldung gesprochen wird, dann brauchen wir, glaube ich, mit Sicherheit kein Konsolidierungsprogramm, meine Damen und Herren.

(Funke [SPD]: Genau! Das stimmt! Da hat er recht!)

Ich sage noch ein Weiteres. Es muß einmal nachgedacht werden über die Frage: Was sind eigentlich Schulden? Kann man von Schulden sprechen, wenn jemand zur Bank geht, anderer Leute Geld abholt und sich damit selbst Werte schafft?

(Funke [SPD]: Das sind negative Vermögenswerte, Herr Minister!)

Meine Damen und Herren, das wäre doch zu einfach. Ich bin vielmehr der Auffassung, daß über den Begriff "Verschuldung" ganz anders nachgedacht werden muß. Wenn sich jemand auf eine bestimmte Art und Weise in ein Risiko gestürzt

hat, indem er Geld von der Bank geholt und für sich Werte geschaffen hat, an die er glaubt, dann kann ich mich doch nicht hinstellen und sagen, der sei so hoch verschuldet! Das muß ganz sorgfältig auseinanderdividiert werden.

(Funke [SPD]: Herr Minister, Sie gucken mich so an! Das habe ich aber gar nicht gesagt!)

Wenn er allerdings seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, dann gerät er in eine Verschuldung.

(Zurufe von der SPD.)

Meine Damen und Herren, Sie haben mich gebeten, zu diesen Punkten vorweg Stellung zu nehmen

Die Landesregierung begrüßt es sehr, daß sich der Ausschuß vor allen Dingen mit der Bedeutung der bäuerlichen Familienbetriebe für unsere Gesellschaft so ausgiebig befaßt hat. Eine familienbetrieblich strukturierte bäuerliche Landwirtschaft, meine Damen und Herren, ist auch nach Auffassung der Landesregierung der beste Garant dafür, daß die Landwirtschaft den ihr gestellten Aufgaben auch in Zukunft in hohem Maße gerecht wird. Dies gilt zum einen für den Grundauftrag "Ernährungssicherung". Das ist die Grundlage jeder agrarpolitischen Zielsetzung. Das gilt zum anderen aber auch für den Schutz von Natur und Umwelt. Auch dafür gibt es keine bessere Betriebsform als den bäuerlichen Familienbetrieb. Der bäuerliche Familienbetrieb ist am ehesten geeignet, diese Dinge mit wahrzunehmen.

(Funke [SPD]: Da hat der Kollege Döscher recht!)

Damit verbunden ist natürlich die Vielfalt der Kulturlandschaft. Wir in unserem Land Niedersachsen können meiner Meinung nach recht stolz darauf sein, daß wir diese schöne Landschaft aufgrund einer großen Anzahl von Familienbetrieben haben gestalten können. Die Ziele sind allerdings auch nur auf der Basis breitgestreuten Eigentums und dann, wenn der Gestaltungs- und der Entscheidungsfreiraum — vor allem der Gestaltungsfreiraum — der Landwirte erhalten bleiben, zu realisieren.

Meine Damen und Herren, deshalb hat diese Landesregierung die Agrarpolitik in der Vergangenheit konsequent — ich sage ausdrücklich: nur — auf die Stützung der bäuerlichen Familienbetriebe ausgerichtet. Das wird sie auch in Zukunft tun. Wenn man von bäuerlichen Familienbetrieben spricht, sollte man wissen, daß es keine starren Grenzen bei der Darstellung dieses Begriffes

gibt und — davon bin ich überzeugt — auch nicht geben wird.

Für die Landesregierung muß ein bäuerlicher Familienbetrieb folgende Voraussetzungen erfüllen: Der Betrieb muß in der Lage sein, einer Familie - auch beim Generationswechsel — eine sichere Existenzgrundlage zu bieten. Dazu gehört auch die Kombination mit der außergewerblichen Tätigkeit und außerbetrieblichem Einkommen. Der Betrieb muß im wesentlichen von Familienangehörigen bewirtschaftet werden. Weitere wichtige Kriterien sind nach Auffassung der Landesregierung, daß der betreffende Betrieb bodengebunden wirtschaftet, daß die Bewirtschaftung von einer Hofstelle mit Wohn- und Wirtschaftsgebäuden ausgeht und daß der Betrieb vor allen Dingen als geschlossene Wirtschaftseinheit eine selbständige Bewirtschaftung auf eigenes Risiko der bäuerlichen Familie ermöglicht. Das, meine Damen und Herren, ist eine Kampfansage an die Gesellschaft bürgerlichen Rechts. Solange ich im Amt bin, haben Betriebe, die diese Bedingungen nicht erfüllen und nicht erfüllt haben, keine Mittel aus dem Landeshaushalt erhalten und werden sie auch in Zukunft nicht bekommen. Die Landesregierung nimmt erfreut zur Kenntnis, daß sich nun auch die SPD-Fraktion zur Zielsetzung der Landesregierung bekennt und die Sicherung der bäuerlichen Familienbetriebe in den Vordergrund auch ihrer Agrarpolitik rücken möchte. Damit sage ich deutlich: Ich hoffe, daß damit nun endlich auch die SPD-Fraktion

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Was heißt denn hier "endlich"?)

von der Konzeption des Mansholt-Planes Abstand genommen hat, nämlich die Landwirtschaft in Richtung größerer Produktionseinheiten zu konzipieren. Wenn in früheren Zeiten nicht demgemäß verfahren worden wäre, meine Damen und Hetren,

(Zurufe von der SPD)

würden wir manche Diskussion über diesen Punkt hier und heute nicht führen müssen. Das muß einmal deutlich gesagt werden.

(Zustimmung bei der CDU.)

Aber man kann dazulernen. Wer sollte das nicht tun? Es gibt viele Menschen, die das tun. Das wollen wir anerkennen. Zwischen uns bestehen aber noch immer unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der Wege, der Inhalte und vor allen Dingen der politischen Instrumente zur Erreichung dieses Ziels. Das wird auch so bleiben.

Im Zuge der Ausschußberatungen sind gegenüber der ursprünglichen Fassung des Antrags der SPD- Glup

Fraktion wichtige Korrekturen vorgenommen worden, die ich ausdrücklich begrüße und auch für notwendig erachte. So ist es nach meiner Auffassung in jedem Fall ein Irrweg, wenn man glaubt, man könne kleinen Betrieben automatisch dadurch helfen, daß man leistungsfähigen Betrieben das Wirtschaften erschwert. Meine Damen und Herren, wenn man die stärkeren Betriebe schwächer macht, werden deswegen nicht die schwächeren Betriebe automatisch stärker. Darüber muß man, glaube ich, sehr gründlich nachdenken. Diese Einsicht hat sich im Ausschuß doch offensichtlich mehrheitlich durchgesetzt.

Ich begrüße es daher, daß in der Beschlußempfehlung des Ausschusses nicht mehr die Forderung erhoben wird, zum Beispiel Landwirten ab einer bestimmten Einkommensgrenze die steuerlichen Freibeträge und die Sonderabschreibungsmöglichkeiten zu streichen. Nach dieser ursprünglich von der SPD erhobenen Forderung würden ja gerade erfolgreich wirtschaftende Familienbetriebe mit einer besonderen Ertrags- und Vermögensstruktur von steuerlichen Vergünstigungen ausgeschlossen werden.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Es kann doch nicht unser Ziel sein, meine Damen und Herren, durch Gleichmacherei — — Herr Kollege Funke, Sie haben gesagt, das wollten auch Sie nicht. Aber man muß auch aufpassen, daß dieser Effekt nicht dabei herauskommt.

(Funke [SPD]: Gleichmacherei?)

— Das wollen Sie nicht; das habe ich ja gesagt.

Es kann doch nicht unser Ziel sein, daß durch Gleichmacherei auch die noch gut laufenden Familienbetriebe kaputtgemacht werden. Wir wollen die Konkurrenzfähigkeit der kleinen Betriebe dadurch verbessern, daß man deren Wirtschaftlichkeit stärkt

(Zempel [SPD]: Ganz was Neues! — Weitere Zurufe.)

Insofern ist mir der in die Beschlußempfehlung neu aufgenommene Passus viel sympathischer,

(Funke [SPD]: Das glaube ich!)

nach der die Wettbewerbschancen bäuerlicher Familienbetriebe durch die Beibehaltung des Einkommensausgleichs über die Mehrwertsteuer verbessert werden sollen.

(Engels [SPD]: Das geht doch gar nicht auf Dauer!)

Meine Damen und Herren, die Wirksamkeit dieser Maßnahme ist im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1984/85 voll zum Tragen gekommen. Dank

des 5prozentigen Einkommensausgleichs hatten die Betriebe in der Tat ein erheblich besseres Einkommen zu verzeichnen. Nun muß man deutlich sagen — ich wiederhole das, was der Kollege Oestmann hier bereits gesagt hat —: Die 5 % stellen einen Einkommensausgleich für den Preisverfall dar, der infolge des Wegfalls des Grenzausgleiches entstanden ist.

(Zuruf von Funke [SPD].)

Ohne diese Ausgleichszahlungen hätten wir im Wirtschaftsjahr 1984/85 statt eines Einkommensanstiegs Einkommensverluste in der gesamten Landwirtschaft zu verzeichnen gehabt. Nach der Statistik der Kammer — ich nehme nicht einmal den Bericht des Bundesministers — ist es so, daß wir einen Gewinnzuwachs von 12,5 % — natürlich mit 5 % Mehrwertsteuer — zu verzeichnen haben. Ohne diesen Einkommensausgleich von 5 % wären die Gewinne im Wirtschaftsjahr 1984/85 um ca. 13 % gesunken. Ich halte diese Feststellung für so wichtig, daß in diesem Hause darauf noch einmal hingewiesen worden sein sollte.

Mit dem Ausschluß von Gewerbebetrieben und Betrieben mit mehr als 330 Vieheinheiten wird deutlich, daß der Mehrwertsteuerausgleich ausschließlich für die bäuerlichen Familienbetriebe gedacht war.

(Engels [SPD]: Ist das auch so?)

Meine Damen und Herren, mit Bedauern muß ich leider feststellen, daß es einige — ich sage: Gott sei Dank nur wenige — Großveredler gibt, die zum Teil durch Gesellschaftsverträge mit den Bauern und durch Betriebsteilungen aus diesem Grunde diese Zielsetzung bewußt unterlaufen. Das hat kein Mensch gewollt. Das muß man mal deutlich sagen.

(Engels [SPD]: Ist aber geschehen! Macht es doch anders! — Weitere Zurufe von der SPD.)

Ich sage Ihnen ein Weiteres. Die Landesregierung wird diesen Mißbräuchen — ich bezeichne das ausdrücklich als Mißbräuche — nicht untätig zusehen. Darauf können Sie sich verlassen.

(Engels [SPD]: Was ist denn geschehen in der Zwischenzeit? Das haben wir vor einem Jahr schon moniert! — Zempel [SPD]: Was geschieht denn wirklich? — Weitere Zurufe von der SPD.)

Vizepräsident Bosse:

Herr Kollege — — —

(Engels [SPD]: Da sollten die alle überprüft

werden! Gebt uns mal einen Bericht darüber!)

- Herr Kollege Engels, ich denke, Sie haben bemerkt, daß sich der Präsident zu Wort gemeldet hat!

(Engels [SPD]: Entschuldigung!)

- Gut; die Entschuldigung ist angenommen.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den Grünen.)

Herr Minister, der Kollege Funke fühlt sich offenbar ausreichend ausgeruht.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den Grünen.)

Er hat sich wieder zu einer Zwischenfrage gemeldet. Möchten Sie antworten?

Glup, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Bitte!

Vizepräsident Bosse:

Herr Kollege Funke, bitte!

Funke (SPD):

Herr Minister, ich habe Sie doch richtig verstanden, daß Sie zum Ausdruck gebracht haben, der 5prozentige Mehrwertsteuerausgleich sei zustande gekommen durch die Mindereinnahmen in der Landwirtschaft aufgrund des Abbaus des Grenzausgleichs?

Glup, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

So war es gedacht.

Funke (SPD):

Können Sie mir sagen, inwieweit Sie als Schweinemäster vom Grenzausgleich betroffen waren?

(Große Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Zuruf von den Grünen: Zigeunerbaron!)

Glup, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Das will ich Ihnen sagen. Der Grenzausgleich, meine Damen und Herren, war ein Einschnitt in die bis dahin gültige Agrarpolitik, eine Stützung der bäuerlichen Produktion allenthalben.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Aber die Preise betreffend!)

— Die Preise? — Ich weiß nicht, auf welchem Stern Sie leben.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den Grünen. — Funke [SPD]: Sind Sie betroffen oder nicht?)

Fragen Sie doch einmal die Schweinemäster, wie das denn zur Zeit mit der Einkommenssituation, mit der Rendite aussieht!

(Funke [SPD]: Das ist ja was anderes! — Engels [SPD]: Das ist ja was anderes! Aber ist der Schweinemäster direkt betroffen?)

— Das ist nichts anderes! Infolge des Grenzausgleichs hat es erhebliche Verschiebungen gegeben.

(Funke [SPD]: Doch nicht Grenzausgleich bei Schweinen! — Heiterkeit bei der SPD und bei den Grünen.)

— Ach, bei Schweinen! Herr Kollege Funke, ich weiß nicht, ob Sie das wirklich nicht begreifen.

(Barwig [SPD]: Das kann ja nicht stimmen!)

Der Grenzausgleich hat einen generellen Eingriff in das Preisgefüge im Bereich der Agrarprodukte mit sich gebracht.

(Zuruf von Funke [SPD].)

Die Rentabilität der Schweineproduktion — das wissen Sie doch genau — hängt nicht allein von den Schweinen ab, sondern auch von den Futtermitteln und von allem, was damit verbunden ist. Hier hat es doch den Unterschied gegeben.

(Barwig [SPD]: Das stimmt doch nicht! Das stimmt überhaupt nicht! — Zuruf von Bruns [Reinhausen] [SPD].)

Meine Damen und Herren! Ich betone noch einmal, die Landesregierung wird diesen Mißbräuchen nicht untätig zusehen. Sollten sich diese Mißbräuche in der bestehenden Rechtssituation durch die Verwaltung nicht verhindern lassen — das ist unser Problem —, wird die Landesregierung Gesetzesinitiativen mit dem Ziel anregen, daß die für die Familienbetriebe vorgesehenen Mittel nicht weiterhin in falsche Hände geraten.

Meine Damen und Herren! Unterschiede zwischen den Betrieben wird es geben, Unterschiede muß es wahrscheinlich auch geben.

(Barwig [SPD]: Nicht unbedingt! — Zuruf von Graeber [SPD].)

Die Stoßrichtung, die wir gemeinsam anstreben müssen, muß sich also — um das deutlich zu sagen — gegen die gewerblichen Großveredler richten. Glup

In der Beschlußempfehlung ist die Forderung nach einer Gülleverordnung nicht mehr enthalten. Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß ich vor diesem Hohen Hause schon mehrfach begründet habe, warum wir eine solche Verordnung ablehnen.

(Zuruf von Matthes [Grüne].)

Wir sind den Weg gegangen, der auch in der Beschlußempfehlung aufgezeigt wird.

(Zurufe von der SPD und von den Grünen.)

Es geht um die problemgerechte Anwendung des Gülleerlasses. Wie ich vorhin bereits ausgeführt habe, hat sich dieser Weg bewährt; diese Verfahrensweise hat sehr positive Folgen gezeitigt.

(Barwig [SPD]: Die Bewährung steht aber noch aus! — Zuruf von Matthes [Grüne].)

Meine Damen und Herren, ich möchte auf weitere Einzelheiten nicht näher eingehen. Die meisten der angesprochenen Maßnahmen sind heute bereits wichtiger Bestandteil der Landes-, vor allem aber auch der Bundesagrarpolitik. Das fängt an bei den investiven Förderungsmaßnahmen und geht hin bis zur Steuerpolitik.

Meine Damen und Herren, ich bin sogar der Meinung, daß die insbesondere von der Bundesregierung in jüngster Zeit eingeführten Maßnahmen bereits weit über das hinausgehen, was in dem Antrag gefordert wird. Ich denke hierbei beispielsweise an die steuer- und sozialpolitischen Vergünstigungen gerade für kleinere Betriebe, an die Erhöhung der Gewinnfreibeträge bei der Aufgabe und beim Verkauf von Betrieben oder von Betriebsteilen.

(Barwig [SPD]: Das hat Helmut Schmidt alles gemacht!)

an die Freibeträge für weichende Erben und an die Freibeträge für Gewinne aus der Veräußerung von Grund und Boden im Zusammenhang mit der Tilgung von Schulden. Nicht unerwähnt bleiben sollten auch die erhöhten Zuschüsse zur Altershilfe und zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung, die sogar zugunsten kleiner Betriebe gestaffelt sind, meine Damen und Herren.

Parallel dazu sind landesspezifische Maßnahmen eingeleitet worden. Ich nenne das Existenzsicherungsprogramm, das Sie alle beschlossen haben, und — ich sage es noch einmal — das Gülleprogramm. Ferner nenne ich den Erschwernisausgleich für Naturschutzflächen

(Zuruf von Matthes [Grüne])

und vor allem die geplante Hilfe für existenzgefährdete landwirtschaftliche Betriebe durch die Landankäufe auch der NLG.

(Zuruf von Rehwinkel [SPD].)

Abschließend möchte ich noch einmal betonen, daß die Landesregierung schon heute die politischen Weichen gestellt hat, um auch in Zukunft die bäuerlichen Familienbetriebe nachhaltig zu unterstützen und ihre Existenz sichern zu helfen. Der vorliegende Antrag deckt sich also weitgehend mit der Politik der Landesregierung. Insofern bedanke ich mich für die Denkanstöße und auch für die Unterstützung der Agrarpolitik dieser Landesregierung.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Bosse:

Weitere Wortmeldungen zur Beratung liegen mit nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Bevor wir zur Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 15 kommen, habe ich noch eine Feststellung hinsichtlich der Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 14 — Menschenhandel mit Kindern aus der Dritten Welt — Illegale Adoptionsvermittlung — zu treffen. Vor dieser Abstimmung hatte ich für mich die Beschlußfähigkeit des Hauses festgestellt, ich hatte es nur nicht gesagt.

(Heiterkeit.)

Da es aber darauf ankommt, was der Präsident feststellt, stelle ich hiermit fest, daß diese Abstimmung gültig war. — Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Das ist so.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 15 — Sicherung der Existenz selbständiger bäuerlicher Familienbetriebe, Begrenzung der Konzentration in der Tierhaltung —.

Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 5436 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Beschlußfähigkeit ist im übrigen gegeben. — Danke. Die Gegenprobe! — Danke. Enthaltungen? — Keine. Das erste war die Mehrheit. Der Beschlußempfehlung des Ausschusses ist gefolgt worden.

Gemäß § 76 unserer Geschäftsordnung hat nach Abschluß der Besprechung der Kollege Dr. Hruska Gelegenheit zu einer persönlichen Bemerkung. Bitte sehr.

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich fühle mich zu Unrecht angegriffen durch einige Bemerkungen des Kollegen Funke in dieser Debatte. Der Kollege Funke hat mir an verschiedenen Stellen vorgeworfen, ich hätte zum Beispiel keine Änderungsanträge gestellt, und ich hätte bei der Abstimmung über die Bestandsobergrenzen hinsichtlich der Strukturabgabe den SPD-Antrag nicht unterstützt.

(Funke [SPD]: Die FDP, habe ich gesagt!)

— Sie haben mich persönlich genannt. Ich möchte, weil ich mich persönlich angegriffen fühle, dazu folgendes erklären: Ich habe an den Beratungen im Ausschuß nicht teilnehmen können, weil ich zu einer Reserveübung bei der Bundesmarine war.

(Beifall bei der CDU.)

Aus diesem Grunde habe ich bei den Beratungen im Ausschuß nicht anwesend sein können. Erschwerend kommt hinzu, daß diese Angriffe von einer Fraktion kommen, die fünf Abgeordnete in den Ausschüssen hat und jederzeit durch andere ihre Anträge vorbringen kann. Hätte die Fraktion der Grünen einen solchen Vorwurf erhoben, müßte sie aus ihrem eigenen Verständnis heraus wissen, daß es bei einer Fraktion, die nur einen Abgeordneten in jedem Ausschuß hat, schwieriger ist, die Debatten zu verfolgen und auch entsprechende Anträge zu stellen.

(Trittin [Grüne]: Herr Hruska, unsere Mitglieder nehmen nicht an Reserveübungen teil!)

Ich weise aus diesem Grunde die Angriffe, die Herr Funke gegen mich vorgebracht hat, zurück.

(Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Bosse:

Der Kollege Funke hat ebenfalls für eine persönliche Bemerkung das Wort.

Funke (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Hruska, es lag mir nichts ferner, als Sie persönlich anzugreifen. Ich bin mir im Moment nicht sicher; ich meine aber, ich hätte gesagt, die FDP habe keine Anträge gestellt. Aber selbst wenn ich es personifiziert habe, meinte ich natürlich die FDP, die dann hätte Anträge stellen müssen; denn sie hätte auch bei Abwesenheit des Abgeordneten Anträge stellen können. Sie persönlich wollte ich in keiner Weise angreifen.

(Zustimmung bei der SPD.)

Vizepräsident Bosse:

Ich rufe den Punkt 16 der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung: Europäische Konvention zum Schutz von Häftlingen vor Folter und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 10/3634 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen — Drs 10/5437 — Änderungsantrag der Fraktion der Grünen — Drs 10/5592 — Änderungsantrag der Fraktion der SPD — Drs 10/5593

Für die Beratung dieses Antrages stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 30 Minuten zur Verfügung. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: der CDU und der SPD jeweils bis zu acht Minuten, den Grünen und der FDP jeweils bis zu vier Minuten.

Der Antrag der Fraktion der Grünen in der Drucksache 3634 wurde in der 71. Sitzung am 18. Januar 1985 an den Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen.

Berichterstatter ist der Kollege Raasch, dem ich das Wort erteile.

Raasch (CDU), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu Beginn der Beratung dieses Antrages der Fraktion der Grünen haben die Sprecher der einzelnen Fraktionen im Ausschuß für Rechtsund Verfassungsfragen ihre Positionen dargestellt, wie sie auch in der Diskussion in der 71. Plenarsitzung vertreten worden sind. Darauf verweise ich.

Zur Vorbereitung der weiteren Beratungen hat das Ministerium der Justiz auf Wunsch des Ausschusses Material vorgelegt. Dazu gehört der deutsche Text der vorläufigen Fassung der Empfehlung 971 der Parlamentarischen Versammlung über den Schutz von Häftlingen vor Folter und vor grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung, der der Entwurf eines entsprechenden europäischen Übereinkommens beigefügt ist.

Sein Kernstück ist die Bildung einer aus fünf Mitgliedern bestehenden Kommission, die Haftanstalten besuchen kann. Zu dem vom Ministerium der Justiz vorgelegten Material gehörten ferner eine vom Bundesministerium der Justiz übersandte Problemskizze zu diesem Konventionsentwurf sowie ein Ergebnisprotokoll über eine im Bundesministerium der Justiz durchgeführte Bespre-

Raasch

chung mit Vertretern der Landesjustizverwaltungen.

Auf der Grundlage dieses Materials, meine Damen und Herren, setzte der Ausschuß für Rechtsund Verfassungsfragen seine Beratungen fort. Ich fasse ihren Verlauf wie folgt zusammen: Alle Fraktionen des Landtages wenden sich uneingeschränkt gegen Folter sowie grausame und menschenunwürdige Behandlung oder Bestrafung von Mitbürgern und halten eine Bekämpfung derartiger Handlungsweisen für unbedingt erforderlich. Dabei legen sie Wert auf die Feststellung, daß es Folter und menschenunwürdige Behandlung in niedersächsischen Anstalten oder Einrichtungen weder generell noch in Einzelfällen gibt. Sie sehen die in der Diskussion befindliche Europäische Konvention durchaus als ein Mittel an, die angesprochenen Handlungsweisen dort, wo es sie gibt, zu verhindern oder zurückzudrängen, wenngleich eine derartige Konvention auch nicht als Allheilmittel betrachtet werden kann. Die Einzelheiten der in einer derartigen Konvention festzuschreibenden Punkte bedürfen noch weiterer Erörterungen.

Die Diskussion im Ausschuß ließ eine Chance erkennen, daß es zu einer gemeinsamen Beschlußempfehlung an den Landtag kommen könnte, nämlich dann, wenn Detailformulierungen zunächst ausgeklammert würden und eine allgemeinere Fassung gewählt würde. Ein Ausschußmitglied der CDU-Fraktion erklärte sich bereit, einen solchen veränderten Antragstext auszuarbeiten und mit den anderen Fraktionen abzustimmen.

Der so überarbeitete Antragstext lag dann in einer der nächsten Ausschußsitzungen vor. Allerdings gab es zwischen den Fraktionen keine Übereinstimmung. Sowohl die Fraktion der Grünen als auch die Fraktion der SPD wünschten Ergänzungen, die aber bei der CDU auf Widerspruch trafen. Der Ausschuß stellte daraufhin die Entscheidung erneut zurück, um Gelegenheit zu geben, nochmals den Versuch zu unternehmen, zu einer gemeinsam zu beschließenden Empfehlung an den Landtag zu kommen.

Der abschließenden Beratung lag dann erneut der seitens der CDU-Fraktion vorgelegte Text, und zwar unverändert, zugrunde. Der Sprecher der CDU-Fraktion begründete dies damit, der Deutsche Bundestag habe einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der die Bundesregierung aufgefordert werde, der endgültigen Fassung einer Eutopäischen Konvention zum Schutze von Häftlingen vor Folter und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung zuzustimmen. Bislang gebe es aber lediglich ei-

nen Konventionsentwurf. Die Parlamentarische Versammlung des Europarates habe den Entwurf einer Kommission zur Beratung überwiesen. Bei den Beratungen seien erhebliche Bedenken gegen die Konvention in der vorgeschlagenen Fassung erhoben worden. Zur Zeit werde daran gearbeitet, diese Bedenken auszuräumen. Dies bedeute, daß es gegenwärtig noch keine Fassung gebe, die der Rechtsausschuß in seine Beratungen einbeziehen könnte. Im Hinblick darauf und im Hinblick auf den einstimmigen Beschluß des Bundestages halte er es für richtig, daß sich der Landtag zu einer solchen Konvention bekenne, sich dabei aber nicht auf Einzelheiten festlege.

Außerdem sei zu bedenken, daß eine Reihe von Einzelfragen, wie die Frage der Besuchskommission, noch einer weitergehenden Prüfung bedürfe. Niedersachsen besitze mit dem Unterausschuß "Strafvollzug" bereits ein Gremium, das über alle Möglichkeiten verfüge, die durch die Europäische Konvention erst geschaffen werden sollten. Deshalb sollte allgemein zum Ausdruck gebracht werden, daß der Landtag einer Konvention, die geeignet erscheine, grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung zu unterbinden, zustimme.

Der Sprecher der Fraktion der Grünen bezeichnete den Vorschlag der CDU-Fraktion, zunächst einmal abzuwarten, was sich auf europäischer Ebene tue, und dann gegebenenfalls dazu Stellung zu beziehen, als reaktiv. Die Bedenken gegen den Antrag der Fraktion der Grünen hätten sich auf die Frage einer Besuchskommission konzentriert, die das Recht haben solle, jederzeit Haftanstalten zu besuchen. Diese Bedenken seien im Laufe der Diskussion zurückgenommen worden mit dem Argument, da Niedersachsen nichts zu verbergen habe, könne eine solche Besuchskommission jederzeit in niedersächsischen Justizvollzugsanstalten erscheinen. Wenn gegen die Besuchskommission also keine Bedenken mehr erhoben würden, könne das auch zum Ausdruck gebracht werden.

Der Sprecher der SPD-Fraktion erklärte, seine Fraktion halte einen zustimmenden Hinweis auf die in den Artikeln 1 bis 3 des Konventionsentwurfs niedergelegten Grundsätze für unverzichtbar. Kein einziges der von der CDU-Fraktion vorgebrachten Bedenken treffe auf diese Artikel zu.

Die CDU-Fraktion blieb bei ihrer Auffassung, daß sich der Landtag in seiner Entschließung nicht auf Einzelheiten festlegen sollte, und begründete dies eingehend.

Die weitere Diskussion führte zu keiner Einigung. Auf Anregung des Vertreters der Fraktion der Grünen ist dann schließlich über den Vorschlag der SPD-Fraktion, nämlich ausdrücklich auf die Artikel 1 bis 3 des Konventionsentwurfs hinzuweisen, abgestimmt worden. Dieser Vorschlag ist mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt worden.

Dem Landtagsplenum ist daraufhin mit acht Stimmen gegen eine Stimme bei fünf Stimmenthaltungen empfohlen worden, den Antrag der Fraktion der Grünen in der Fassung anzunehmen, die Ihnen in der Drucksache 5437 vorliegt.

Namens des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen bitte ich Sie daher, meine Damen und Herren, der Beschlußempfehlung Ihre Zustimmung zu geben. — Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Bosse:

Vielen Dank, Herr Kollege Raasch. Ich eröffne die Beratung. — Das Wort hat der Kollege Trittin.

Trittin (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist an sich verwunderlich, daß ein Entschließungsantrag, bei dem in der Sache, in den Worten dermaßen große Einigkeit besteht, letztendlich doch nicht zu einer einheitlichen Beschlußfassung des Landtages führt. Meines Erachtens ist das aber für die gesamte Diskussion über die Frage einer Europäischen Konvention gegen Folter bezeichnend. Hier im Landtag wiederholt sich im Grunde genommen nur das, was auf europäischer Ebene angefangen hat. Seit zweieinhalb Jahren wird zum Beispiel im Europarat über die Frage gestritten, wie denn eine solche Konvention aussehen müßte, sollte, könnte. Diese Konvention, meine Damen und Herren — das sage ich insbesondere zu Ihnen, liebe Kollegen von der CDU-Fraktion -, ist ja nicht aus irgendwelchen Gründen bis heute noch nicht fertig geworden. Sie ist nicht fertig geworden - so zumindest die Auskunft in einem Schreiben von amnesty international, das sicherlich auch Ihnen vorliegt —, weil sich die bundesdeutsche Regierung bisher mit dem Verweis auf die Bundesländer geweigert hat, bezüglich einer Besuchskommission mit jederzeitigem Zutrittsrecht zu einer Einigung zu kommen. Genau das war die Ausgangslage, daß wir nämlich vor einem Jahr gesagt haben: Wir als Landtag sollten den Bundesländern - darunter war eben auch Niedersachsen - in dieser Frage Beine machen.

(Dr. Holtfort [SPD]: Sehr richtig!)

Dann hat das ja insofern zum Erfolg geführt, als in den Ausschußberatungen von seiten des Mini-

steriums ausdrücklich gesagt worden ist: Ja, diese Bedenken für eine Besuchskommission haben wir nicht mehr. — Dann frage ich mich doch: Warum wird das nicht auch in den entsprechenden Antrag hineingeschrieben?

(Zustimmung von Schörshusen [Grüne] und Dr. Holtfort [SPD]. — Dr. Holtfort [SPD]: Das frage ich mich auch vergebens!)

So kommen wir letztendlich in dieser im Prinzip ganz konkreten und ganz klaren Frage — ich glaube, der Brief von amnesty international hat alles Nötige dazu gesagt — zu einer Resolution, die hinter den Stand der Beratungen zu Anfang und zumindest hinter den Beschluß des Deutschen Bundestages zurückfällt, der nämlich hierzu vor einem Jahr auf Initiative der Grünen einen einstimmigen Beschluß gefaßt hat, der fast wörtlich mit dem identisch war, was wir hier vorgelegt haben, der nämlich gesagt hat: Der vorliegende Entwurf und nicht nur die Grundsätze, die hier von der SPD und uns in unseren Änderungsanträgen noch einmal genannt worden sind, möge unterstützt werden. Das war das Votum des Deutschen Bundestages. Nur der Niedersächsische Landtag soll sich hier angesichts des Problems der Folter und der unmenschlichen Behandlung von Gefangenen nach Ihrem Willen mit einer Resolution begnügen, die an Allgemeinheit im Grunde genommen kaum zu überbieten ist und gegen die man aufgrund dieser Allgemeinheit im Grunde auch nicht einmal sein kann. Man kann nicht einmal mehr dagegen argumentieren. Das ist nichts; das flutscht einem so zwischen den Fingern hin-

(Dr. Holtfort [SPD]: Sagt nichts!)

das ist aber keine politische Positionsbestimmung dieses Landtages in der Frage Folter und der Europäischen Konvention gegen Folter.

(Beifall bei den Grünen. — Dr. Holtfort [SPD]: Angesichts der vorliegenden Beschlüsse ein Null und Nichts!)

Dies Ganze hat amnesty international mit den vielleicht etwas herben Worten beschrieben — das beziehe ich jetzt nicht auf Sie, sondern auch auf das gesamte Diskussionsverfahren auf europäischer und auf Bundesebene —, hier gehe es um ein zögerliches Inkaufnehmen einer solchen Konvention. Ich denke, wir sollten Folter und mögliche Schritte gegen Folter nicht mit der Haltung eines zögerlichen Inkaufnehmens begleiten.

(Beifall bei den Grünen. — Zustimmung von Dr. Holtfort [SPD] und Fischer [Buxtehude] [FDP].)

Trittin

Wir sollten hier klar und unzweideutig Stellung nehmen. Deshalb haben wir hier noch diesen Änderungsantrag eingebracht. Deshalb bitte ich Sie noch einmal ganz ausdrücklich und eindringlich, von Ihrer starren — um nicht zu sagen: störrischen — Haltung herunterzukommen und hier die Einigung zu suchen. Ich glaube, sowohl von der Seite der SPD als auch von der Seite der Grünen hat es in dieser Hinsicht, in diesem Falle und in dieser Frage überhaupt nicht an Bemühungen gefehlt.

(Beifall bei den Grünen. — Dr. Holtfort [SPD]: So ist es!)

Vizepräsident Bosse:

Nächster Redner ist der Kollege Fischer (Buxtehude).

Fischer (Buxtehude) (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die Position der FDP in dieser Frage ist völlig klar. Unser Fraktionsvorsitzender Hirche hat sie in der ersten Lesung mit aller Deutlichkeit herausgestellt. Die FDP in Bund und Ländern spricht sich unmißverständlich für die Ächtung von Folter in der ganzen Welt aus, und zwar nicht nur verbal. Wir wollen auch, daß die erforderlichen Kontrollmaßnahmen getroffen und durchgesetzt werden.

(Beifall bei der FDP.)

Darum geht es heute hier. Wenn auf UN-Ebene eine Konvention mit den erforderlichen Kontrollmaßnahmen nicht zustande kommt, dann sollten wir diese auf europäischer Ebene mit der vorgelegten Konvention verwirklichen.

(Zustimmung von Hirche [FDP].)

Es ist doch nicht hinnehmbar, daß die Bundesrepublik Deutschland die Verabschiedung und Inkraftsetzung dieser Konvention verhindert!

(Dr. Holtfort [SPD]: Unmöglich!)

So sieht es aus. Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland, wie wiederholt gesagt worden ist, nichts zu verbergen.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung von Dr. Holtfort [SPD].)

Eine Besuchergruppe kann unsere Haftanstalten und sonstigen Einrichtungen besuchen. Wenn sie sie nicht besuchen könnte, wäre es schlimm, meine Damen und Herren. Deshalb sollten wir uns gerade in der Bundesrepublik Deutschland auch dafür stark machen, daß eine Besuchergruppe die Anstalten in den anderen Ländern, in denen Folter ausgeübt wird, besuchen kann. Nur so kann die Besuchergruppe an Ort und Stelle kontrollieten, ob die verabschiedete Konvention von den Unterzeichnerstaaten auch eingehalten wird. Wirkönnten doch froh sein, wenn auch in den anderen Ländern Strafvollzug so praktiziert würde wie in der Bundesrepublik. Dann hätten wir es wahrscheinlich gar nicht nötig, uns hier über eine Konvention gegen Folter zu unterhalten.

(Beifall bei der FDP.)

Deshalb müssen wir auch als erste vorangehen und sagen: Wir öffnen unsere Anstalten für der artige Besuchergruppen, die da hineingehen wollen, um die anderen Länder, in denen eben heute noch Folger praktiziert wird, geradezu moralisch zu zwingen, auch ihre Anstalten zu öffnen, damit diese überprüft werden können.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung von Drechsler [SPD].)

Nur dann werden wir einen Schritt nach vorne leisten und der Abschaffung der Folter näherkommen. Es ist nicht damit getan, nur verbal Folter zu ächten, meine Damen und Herren. Hier müssen dann auch konkrete Schritte folgen.

Wenn ich aus einem Protokoll der Justizminister der Länder vom 28. Feburar 1985, das uns im Ausschuß übergeben worden ist, zitieren darf, dann heißt es dort u. a.:

> "Bei der anschließenden Diskussion bestand Einigkeit darin, daß für die Bundesrepublik Deutschland ein Bedarf an einer unabhängigen vorbeugenden Kontrolle von Haftanstalten und ähnlichem nicht besteht."

Mit dieser Begründung wird jetzt die Konvention verhindert; das kann doch wohl nicht wahr sein!

(Beifall bei der FDP und Zustimmung von Dr. Holtfort [SPD].)

Deshalb fordern wir die Landesregierung, den Justizminister, von dieser Stelle aus auf, nicht nur, wie in der Beschlußempfehlung zum Ausdruck gebracht ist, das mehr oder weniger hinzunehmen, sondern gegenüber der Bundesregierung aktiv zu werden, damit diese Konvention auch mit der Besuchergruppe unterzeichnet wird, damit wir einen Schritt vorankommen.

(Beifall bei der FDP.)

Hier ist das Land gefordert. Hier ist der Justizminister gefordert. Wir erwarten ja auch noch die Stellungnahme des Justizministers dazu, was denn in diesem einen Jahr geschehen ist. Wir haben bisher nichts darüber gehört, inwieweit er sich unter seinen Kollegen dafür eingesetzt hat.

Hier lautet der Appell der FDP, sich für die Unterzeichnung der Konvention über den Bundesrat stark zu machen und die Besuchergruppen zuzulassen, und zwar nicht nur hier bei uns in der Bundesrepublik — wir haben nichts zu befürchten —, sondern insbesondere auch in den anderen europäischen Staaten. Das wäre ein Schritt voran!

(Beifall bei der FDP und Zustimmung von Dr. Holtfort [SPD] und Dr. Riege [SPD].)

Nur so können wir möglicherweise etwas dazu beitragen, auch die Folter wirksam zu bekämpfen. — Danke schön.

(Beifall bei der FDP. — Hirche [FDP]: Sehr gut! — Dr. Holtfort [SPD] begibt sich zum Rednerpult.)

Vizepräsident Bosse:

Sie wollten sich offenbar zu Wort melden, Herr Kollege Holtfort, ja?

(Dr. Holtfort [SPD]: Ich habe es hiermit getan, Herr Präsident!)

- Ja, aber erst jetzt.

(Heiterkeit.)

- Bitte!

Dr. Holtfort (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir Sozialdemokraten setzen uns ebenfalls dafür ein, der Landesregierung eine deutliche Empfehlung auf den Weg zu geben, ihren Verhandlungen die sogenannten Grundsätze — das ist schon im Ausschußbericht gesagt worden — im vorliegenden Entwurf eines europäischen Übereinkommens zugrunde zu legen. Diese Grundsätze, an die wir die Landesregierung binden wollen, lauten:

Artikel 1: Eine Übereinkunft wird verlangt, in der "ein Verfahren zum Schutz von Häftlingen vor Folter und vor grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung vorgesehen wird".

Das ist Grundsatz 1. Warum der nicht angenommen werden kann, begreift kein Mensch. Alle Vorredner haben das gesagt.

Artikel 2 lautet:

"Dieses Übereinkommen soll gelten unter allen Umständen und an allen Orten für alle Personen, denen, aus welchen Gründen auch immer, die Freiheit entzogen worden ist, einschließlich der Personen, die zum Zwecke von Ermittlungen durch die für die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung verantwortlichen zivilen oder militärischen Behörden festgesetzt worden sind, Personen, die sich in vorläufiger administrativer Haft oder Unterbringung befinden, oder Personen, die irgendwelcher Straftaten beschuldigt oder deswegen verurteilt worden sind, sowie Personen, die aus medizinischen Gründen interniert sind."

Auch dazu ist kein Einwand gekommen. Es ist mir völlig rätselhaft, warum die CDU-Fraktion dem nicht zustimmen will.

Artikel 3 besagt dann nur noch, daß die bisherigen Schutzrechte der Gefangenen nicht verkürzt werden dürfen.

Die CDU-Mehrheit im Ausschuß hat den von mit beantragten und erläuterten Satz "Den Grundzügen des vorliegenden Entwurfs einer Europäischen Konvention sollte zugestimmt werden." abgelehnt. Sie empfiehlt dem Landtag statt dessen die Formulierung: Einer Konvention — also nicht dieser! -, die geeignet ist, diese Ziele in zweckmäßiger Weise zu verfolgen, sollte zugestimmt werden. - Also nicht dieser und auch nicht den von mir verlesenen Grundsätzen sollte zugestimmt werden, sondern zugestimmt werden sollte "in zweckmäßiger", also offenbar ganz anderer Weise. Wohlgemerkt, meine Damen und Herren, wir reden jetzt nicht über den Konventionsentwurf im übrigen, sondern nur über diese Grundsätze. Der Konventionsentwurf im übrigen kann ja verbesserungsbedürftig sein.

Es ist in den Beratungen völlige Einmütigkeit darüber zutage getreten, daß es unter keinen Umständen erlaubt sein kann, Gefangene in dieser Weise zu mißhandeln oder zu erniedrigen. Ebenfalls steht ganz und gar außer Streit, daß Bundesund Landesregierung in ihren Bereichen keinerlei Menschenrechtsverletzungen dulden. Dennoch wurde uns im Ausschuß entgegengehalten, das Land, welches den drei von mir verlesenen Grundsätzen zustimme, setze sich — so wöttlich — "irgendwelchen Interpretationsmöglichkeiten" aus, es würde Gefangene unmenschlich behandeln. Das ist so offenkundig ein Scheinargument, meine Damen und Herren,

(Hirche [FDP]: Richtig!)

daß die Mitglieder der Oppositionsfraktionen im Ausschuß immer wieder gefragt haben, welches nun eigentlich die wahren Gründe der CDU seien, die erwähnten Grundsätze zu verwerfen. DarDr. Holtfort

auf haben sie keine schlüssige Antwort bekom-

(Hirche [FDP]: Denken Sie an Herrn Hillermeier!)

Das weitere Scheinargument ist auch keine schlüssige Antwort; es lautet: Niedersachsen dürfe nicht vorpreschen, sondern müsse abwarten, wie dieses Thema sonst im Bund und in Europa angefaßt würde, also nach dem Prinzip: Hannemann, geh du voran! — Dazu hat Herr Firscher schon ganz richtig gesagt: Das ist doch völlig unmöglich; warum setzen wir denn nicht ein Beispiel, warum gehen wir denn nicht voran und regeln diese Sache? Das ist überhaupt nicht zu erklären, meine Damen und Herren!

(Hirche [FDP]: So ist es! Abwarter, nicht Aufsteiger! — Trittin [Grüne]: Wir hinken doch jetzt schon hinterher!)

— So ist es. — Das läßt nur einen geheimen Unwillen vermuten, etwas Praktikables zu unternehmen.

(Hartmann [CDU]: Das stimmt zwar nicht, aber es hört sich sehr gut an!)

Nicht nur den Menschenrechten würde es schaden, Herr Kollege Hartmann, sondern auch der nach eigenem Dafürhalten christlichen Volkspartei, wenn auf diese Weise die Vermutung genährt wird, die schon geäußert worden ist, präzise Regelungen gegen die Folter von Gefangenen seien aus außenpolitischer Rücksichtnahme auf NATO-Partner unerwünscht. Die von der CDU durchgesetzte Beschlußempfehlung des Ausschusses ist — das hat Herr Trittin ganz richtig gesagt – gemessen an der Menschenrechtskonvention und an den anderen in der Begründung des Antrages der Fraktion der Grünen erwähnten Normen und vor allem angesichts der eingangs von mir zitierten drei Grundsätze, ein bloßes Lippenbekenntnis, ähnlich ein bloßes Lippenbekenntnis wie die Resolution des Bundesausschusses der CDU am Tag der Menschenrechte, am 9. Oktober 1958. Auf gar keinen Fall ist es eine hinreichende Anleitung für die Landesregierung. Ich frage deshalb die Damen und Herren der CDU-Fraktion nochmals, wie schon im Ausschuß, aber jetzt vor aller Offentlichkeit: Welches sind Ihre wahren Gründe, die von mir wörtlich verlesenen Grundsätze abzulehnen?

(Zustimmung bei der SPD. — Dr. Schneller [CDU]: Alles schon beantwortet! Schaufensterfrage! — Hartmann [CDU]: Das haben wir im Rechtsausschuß eingehend diskutiert! — Wernstedt [SPD]: Repetitio est mater studiorum!)

Vizepräsident Bosse:

Herr Kollege Raasch!

Raasch (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Herren Kollegen von den Oppositionsfraktionen, ich bin ein wenig traurig über die Ausführungen zu diesem ausgesprochen ernsten Thema, bei dem Sie uns vorwerfen, wir trügen hier offenbar nur Scheinargumente und bloße Lippenbekenntnisse vor und zeigten eine starre, störrische Haltung. Angesichts der intensiven Beratung, die mehr als ein Jahr gedauert hat, kann ich diese Dinge so nicht stehen lassen. Ich will versuchen, aus unserer Sicht, aus der Sicht der CDU-Fraktion, die Dinge ein wenig zu beleuchten. Ich hoffe, daß wir letztendlich vielleicht doch noch zu einer Einmütigkeit kommen können.

In dem Bericht, den ich Ihnen zu Beginn der Beratung dieses Tagesordnungspunktes heute gegeben habe, habe ich abschließend darauf hingewiesen, daß die Beschlußempfehlung mit acht Stimmen gegen eine Stimme bei fünf Enthaltungen gefaßt worden ist. Ich möchte einleitend meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, daß ungeachtet dieses Abstimmungsergebnisses im Ausschuß das Plenum heute der Beschlußempfehlung doch einmütig folgen möchte. Wenn ich die Änderungsanträge neben die Beschlußempfehlung lege, dann komme ich zu dem Ergebnis, daß man durchaus Einmütigkeit zeigen kann. Diese Hoffnung gründet sich darauf, daß wir in den Ausschußberatungen zumindest zwischenzeitlich in der Sache doch weitestgehend übereingestimmt haben. So bestand insbesondere volle Einigkeit darüber, daß alle Fraktionen des Landtages uneingeschränkt gegen grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung von Gefangenen in allen Staaten innerhalb und außerhalb Europas eintreten und die Bekämpfung einer derartigen Gefangenenbehandlung für unbedingt erforderlich halten.

(Hartmann [CDU]: So ist es!)

Ferner waren sich die Vertreter aller Fraktionen auch darüber einig — ich meine, dies muß hier ganz besonders pointiert hervorgehoben werden —, daß es eine menschenunwürdige Behandlung in niedersächsischen Justizvollzugsanstalten weder generell noch in Einzelfällen gegeben hat noch gibt.

(Hirche [FDP]: Das behauptet auch keiner!)

— Herr Hirche, Sie sind bei diesen Beratungen nicht dabeigewesen. Insofern bitte ich um Nach-

sicht, wenn ich diese Dinge hier ein wenig einbinde.

(Fischer [Buxtehude] [FDP]: Trotzdem hat das keiner behauptet!)

Meine Damen und Herren, wenn wir dennoch in den zahlreichen Ausschußberatungen keine endgültige Einigung haben erzielen können, so lag dies - wie ich schon dargelegt habe - daran, daß sowohl die Grünen als auch die SPD nicht ganz mit dem zweiten Satz der von uns vorgeschlagenen Fassung des Entschließungsantrages einverstanden waren. Dieser zweite Satz soll nach unserer Auffassung folgendermaßen lauten: "Einer Europäischen Konvention, die geeignet ist, diese Ziele in zweckmäßiger Weise zu verfolgen, sollte zugestimmt werden." Sowohl SPD als auch Grüne neigten demgegenüber dazu, zu formulieren, daß den Grundzügen des vorliegenden Entwurfs einer Europäischen Konvention zugestimmt werden sollte. Meine Fraktion meint demgegenüber, daß diese Formulierung nicht recht sinnvoll ist; denn unstreitig steht bis heute nicht fest, wie diese Europäische Konvention letztendlich aussehen wird. Es liegt lediglich ein Entwurf vor, von dem auch die SPD-Vertreter im Ausschuß gesagt haben, daß sie sich durchaus noch Verbesserungen dieses Entwurfes vorstellen könnten.

(Dr. Schneller [CDU]: Das ist der entscheidende Punkt!)

So ist insbesondere noch völlig ungeklärt, auf welcher Rechtsgrundlage und in welcher Weise die Besuchskommission, die in dieser Konvention vorgesehen ist, tätig werden soll.

Vizepräsident Warnecke übernimmt den Vorsitz.)

Es besteht die Möglichkeit, daß eine besondere Besuchskommission eingerichtet wird. Es besteht aber auch die Möglichkeit, daß die Aufgaben einer solchen Besuchskommission durch die bestehende Menschenrechtskommission mit wahrgenommen werden. Wir haben ferner die Schwierigkeit, daß die Präambel des vorgelegten Entwurts der Europäischen Konvention zumindest geeignet ist, den Eindruck zu erwecken, als ob in allen europäischen Ländern gefoltert werde. Mit einer derartigen Präambel erscheint uns die Konvention natürlich nicht zustimmungswürdig.

(Fischer [Buxtehude] [FDP]: Das ist doch ein Eiertanz!)

— Das ist kein Eiertanz!

(Fischer [Buxtehude] [FDP]: Aber wie!)

Wenn aber nun feststeht, daß die Konvention mit Sicherheit nicht in der Form verabschiedet werden wird, in der sie ursprünglich vorgelegt worden ist, erscheint es mir wenig sinnvoll, wenn wir die Formulierung wählen würden, die von den Grünen und der SPD vorgeschlagen worden ist. Die von uns vorgeschlagene Formulierung stellt mit aller Deutlichkeit klar, daß einer Europäischen Konvention, die geeignet ist, menschenunwürdige Behandlungen von Gefangenen zu unterbinden, zugestimmt werden sollte. Weiter sollten wir bei dem derzeitigen Stand der Beratungen nicht gehen, um uns nicht schon auf Dinge festzulegen, die dann möglicherweise gar nicht verabschiedet werden.

Zu dem weiteren Vorschlag der Grünen, die Einrichtung einer Besuchskommission besonders zu begrüßen, bleibt zu bemerken, daß es mir nicht richtig erscheint, einen einzigen Detailpunkt gesondert herauszugreifen, auch wenn es sich dabei um einen sehr wesentlichen Punkt handelt. In der Sache selbst möchte ich aber ausdrücklich darauf hinweisen, daß wir selbstverständlich nichts gegen eine solche Besuchskommission hätten. Sie könnte jederzeit in Niedersachsen Kontrollen durchführen, ohne daß es zu irgendwelchen Beanstandungen kommen würde. Ich möchte aber doch betonen, daß die Funktionen, die dieser Kommission zugemessen werden sollen, bei uns in Niedersachsen ohnehin bereits in hervorragender Weise vom Unterausschuß "Strafvollzug" wahrgenommen werden.

(Hartmann [CDU]: Richtig!)

Meine Damen und Herren, abschließend kann ich nur noch einmal an alle Mitglieder dieses Hohen Hauses appellieren, der Beschlußempfehlung des Ausschusses zu folgen. Die geringfügigen Differenzen, die im Ausschuß noch bestehengeblieben sind, sind meines Erachtens so wenig schwerwiegend, daß wir uns die Chance nicht entgehen lassen sollten, hier durch eine einmütige Beschlußfassung das zu unterstreichen, was wir schließlich alle wollen — alle, meine Damen und Herren! —, nämlich die Unterbindung grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung von Gefangenen in aller Welt. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat noch einmal der Abgeordnete Dr. Holtfort.

Dr. Holtfort

Dr. Holtfort (SPD):

Meine Damen und Herren! Ich komme insofern schweren Herzens noch einmal an das Pult, als ich Herrn Kollegen Raasch, den ich persönlich außerordentlich schätze, jetzt folgendes sagen muß: Herr Kollege Raasch, nehmen Sie es mir nicht übel, aber Ihre Rede glich einem Eisenbahnzug, der sich an keinen Fahrplan hält, der in unbekannte Richtung fährt und der vermutlich niemals an einem Zielort ankommen wird. Sie haben den drei Grundsätzen, die ich verlesen habe, inhaltlich verbal ausdrücklich zugestimmt, Sie haben dagegen überhaupt nichts gesagt, und dennoch wollen Sie in Ihrem Antrag diese drei Grundsätze ablehnen. Ein solch widerspruchsvolles Verhalten ist schlechthin unerklärlich.

Auch die Bundesregierung kann doch nicht erklären, warum sie dem ihr nun seit mehr als zwei Jahren vorliegenden Entwurf dieser europäischen Antifolterkonvention nicht zustimmt. Wie amnesty international am 10. Dezember 1985 zum Tag der Menschenrechte verlautbarte, vermutet die Menschenrechtsorganisation, daß der Abschnitt, der unter anderem die Abschiebung und Auslieferung von Personen in ein Land verbiete, das diese mit Folter bedrohe, offenbar zumindest zum Teil den Widerstand einiger Bundesländer und der Bundesregierung selbst begründe.

(Hartmann [CDU]: Es gibt doch überhaupt keinen Widerstand, Herr Kollege!)

- Es ist ein ausdrücklicher Widerstand, wenn Sie auf der einen Seite den drei Grundsätzen zustimmen, auf der anderen Seite aber dann, wenn wir darum bitten, unserem Antrag zuzustimmen, der diese drei Grundsätze und nur diese drei Grundsätze enthält, sagen: Ja, da ist aber noch mehr, da sind noch Verfahrensgeschichten und die Präambel. - Die sind in unserem Antrag nicht enthalten. Niemandem in der ganzen Welt können Sie erklären, warum Sie sich so widersprüchlich verhalten, einerseits verbale Lippenbekenntnisse von sich geben und andererseits nur eine Floskel wollen, die nichts sagt, die angesichts der allgemeinen Haltung zur Folter ganz selbstverständlich ist und die nicht die mindeste Handlungsanleitung für die Landesregierung darstellt. - Ich danke Ihnen für das Zuhören.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf von Hartmann [CDU].)

Vizepräsident Warnecke:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Besprechung.

Meine Damen und Herren, ich bitte jetzt um Ihre Aufmerksamkeit. Wir kommen zu den Abstimmungen. Neben der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen in der Drucksache 5437 liegen die Änderungsanträge der Fraktion der Grünen in der Drucksache 5592 und der Fraktion der SPD in der Drucksache 5593 vor. In diesem Fall entfernt sich der Änderungsantrag der Fraktion der Grünen in der Drucksache 5592 am weitesten von dem Antrag. Nach unserer Geschäftsordnung müssen wir daher zunächst über diesen Änderungsantrag abstimmen. Falls er abgelehnt wird, lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 5593 abstimmen. Wenn auch dieser abgelehnt wird, steht die Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 5437 zur Abstimmung an. In dieser Reihenfolge werde ich abstimmen lassen. Falls einer der Änderungsanträge eine Mehrheit findet, sind die anderen Anträge abgelehnt.

(Dr. Schneller [CDU]: Keine Gefahr!)

Wir kommen zur ersten Abstimmung. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der Grünen in der Drucksache 5592 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. —

(Wernstedt [SPD]: Unerhört! — Stock [CDU]: Unerhört, aber richtig!)

Danke. Enthaltungen? — Dieser Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Fischer [Buxtehude] [FDP]: Aber nur knapp!)

Zweitens. Wer nunmehr dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 5593 zuzustimmen wünscht, den bitte ich gleichfalls um ein Handzeichen.

(Dr. Schneller [CDU], zur SPD: Welchen wollt ihr denn? Ihr stimmt ja jedem zu!

— Gegenruf von der SPD: Wir wollen das Beste für die Menschen!)

Ich bitte um die Gegenprobe. — Enthaltungen? Auch dieser zweite Änderungsantrag wird abgelehnt.

(Stock [CDU]: Nach diesem abgestuften System müßten sie jetzt eigentlich unserem Antrag zustimmen!)

Wir kommen schließlich zur Abstimmung über die Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 5437. Wer dieser Ausschußempfehlung folgen will, den bitte ich um ein Handzeichen. —

(Zuruf von der CDU: Jetzt seid ihr dagegen! — Hartmann [CDU]: Das müßt ihr aber politisch verkaufen!)

Danke schön. Wer ist dagegen? — Wer enthält sich? — Danke schön. Der Ausschußempfehlung wurde mit Mehrheit gefolgt.

(Dr. Schneller [CDU]: Das war ein gutes Ergebnis!)

Ich rufe nun auf den Tagesordnungspunkt 17:

Zweite Beratung: Modellschulen — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 10/4057 — Beschlußempfehlung des Kultusausschusses — Drs 10/5438

Für die Beratung dieses Antrages stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 30 Minuten zur Verfügung. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: CDU und SPD jeweils bis zu acht Minuten, Grüne und FDP jeweils bis zu vier Minuten.

Der Antrag der Fraktion der Grünen in der Drucksache 4057 wurde in der 80. Sitzung am 18. April 1985 an den Kultusausschuß zur Beratung und zur Berichterstattung überwiesen. Als Berichterstatter ist der Abgeordnete Hildebrandt vorgesehen. Er hat wissen lassen, daß er den Ausschußbericht zu Protokoll gibt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

(Zu Protokoll:)

Hildebrandt (FDP), Berichterstatter:

Mit der Beschlußempfehlung — Drucksache 5438 — empfiehlt Ihnen der Kultusausschuß, den Antrag der Fraktion der Grünen abzulehnen.

Im Kultusausschuß begründete der Abgeordnete der Fraktion der Grünen den Antrag eingehend. Im wesentlichen führte er hierzu aus, daß der Antrag von dem Grundgedanken ausgehe, daß Kinder lernen wollen und können, wenn man ihnen hierzu den geeigneten Raum schaffe. Um dem Lernbegriff, der dem Antrag der Fraktion der Grünen zugrunde liege, nachkommen zu können, bedürfe es der Erfüllung von zwei Voraussetzungen, nämlich der Individualisierung des Unterrichts und der Veränderung der Lehrerrolle. Diesen Anforderungen werde die herkömmliche Schule jedoch nicht gerecht, da Lernsituationen und Lernformen dieser Schulen durch mehr oder weniger starre Regeln bestimmt würden. Hinzu komme die Tendenz, alles "pädagogisieren" zu wollen, das heiße, Kinder lückenlos beobachten, bewerten, beeinflussen und verändern zu wollen.

Als Folge dessen sei zwangsläufig die Bewegung der Freien Schulen und der Alternativschulen entstanden. Die Fraktion der Grünen sei aber der Auffassung, daß die in Freien Schulen praktizierten pädagogischen Ansätze auch in staatlichen Schulen möglich sein müßten. Dieses sei schon deshalb notwendig, weil der Besuch der Schulen in freier Trägerschaft in der Regel nur für Kinder wohlhabender Eltern möglich sei.

Die SPD-Ausschußmitglieder im Kultusausschuß waren ebenfalls der Meinung, daß in vielen Bereichen der Schule neue Dinge ausprobiert und mehr Freiheitsspielräume gegeben werden müßten. Sie bemängelten, daß Modellversuche vorzeitig abgebrochen und positive Modelle nicht auf Dauer fortgeführt würden. Dennoch lehnten die SPD-Abgeordneten den Antrag der Fraktion der Grünen ab, weil ihnen der Antrag zu allgemein formuliert und die Vorstellungen über die Modellschulen zu abstrakt seien. Ihnen erschiene es sinnvoller, die in den Schulen, vor allem in den Gesamtschulen, schon jetzt vorhandenen positiven Ansätze zu aktivieren und auszubauen. Nach Meinung der SPD-Ausschußmitglieder lasse eine Vergrößerung der Handlungsspielräume der Schulen eher als der Antrag eine schnelle und effektive Verwirklichung pädagogischer Wünsche und Ansprüche erwarten.

Die CDU-Ausschußmitglieder schlossen sich im wesentlichen den Kritikpunkten an. Sie waren der Auffassung, daß die Vorstellungen der Fraktion der Grünen in der Praxis nicht durchführbar seien. Als Beispiele seien der weitgehende Verzicht auf die Schulaufsicht und die Einsetzung von Lehrkräften und Schulleitern mit dem Einverständnis der betreffenden Schule zu nennen.

Das Ausschußmitglied der Fraktion der Grünen bekräftigte jedoch seine Auffassung, daß das öffentliche Schulsystem zu starr geworden sei. Insbesondere am Beispiel der Gesamtschulen werde deutlich, daß die daran geknüpften Erwartungen wegen der Vielzahl der Reglementierungen nicht hätten erfüllt werden können. Die von Modellschulen innerhalb des öffentlichen Schulsystems ausgehenden Impulse könnten daher eine Erneuerung der bestehenden Schulformen bewirken. — Der Abgeordnete der Fraktion der Grünen bat schließlich darum, eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen.

In der nachfolgenden Sitzung des Kultusausschusses wurde der Antrag noch einmal kurz beraten, ohne daß sich Annäherungen bei den unterschiedlichen Standpunkten ergaben. Hildebrandt

Die SPD-Ausschußmitglieder wiesen noch einmal nachdrücklich darauf hin, daß viele Schulkollegien von den gegebenen Möglichkeiten zuwenig Gebrauch machten und auch die Exekutive oftmals restriktive Bedingungen schaffe, die einer weitergehenden Ausschöpfung vorhandener Freiraume der Schule entgegenstünden. Die von der Fraktion der Grünen geforderte Konzeption ließe sich jedoch nur über eine Änderung des Schulgesetzes erreichen.

Das FDP-Ausschußmitglied schloß sich den Ausführungen der CDU- und SPD-Ausschußmitglieder an. — Der Antrag auf Anhörung wurde von den CDU-Ausschußmitgliedern bei Stimmenthaltung der SPD und der FDP abgelehnt.

Die Entschließung der Fraktion der Grünen wurde mit den Stimmen der Abgeordneten der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP abgelehnt.

Namens des Kultusausschusses bitte ich Sie, der Beschlußempfehlung des Kultusausschusses in der Drucksache 5438 Ihre Zustimmung zu geben.

Vizepräsident Warnecke:

Ich eröffne die Besprechung. — Das Wort hat der Abgeordnete Matthes.

(Rehkopf [FDP]: Mach's kurz!)

Matthes (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Wenn die Ausschußempfehlung "Ablehnung" heißt, kann das nur unser Bedauern hervorrufen. Zugegebenermaßen wurde unser Antrag betreffend Einrichtung von Modellschulen im Kultusausschuß ordnungsgemäß beraten; meines Erachtens auch durchaus gründlich. Was aber der Sinn solcher Beratungen ist, fand nicht statt. Vielmehr muß ich den Eindruck haben, daß sich die Regierungsfraktion mit dem Antrag kaum befaßt, sondern ihn kaltlächelnd abgelehnt hat, weil er von uns kommt. Dabei tritt einmal mehr das Vorurteil zutage, daß von den Grünen nichts Gutes kommen darf. Diesen Vorwurf muß ich hier einfach einmal erheben.

(Jahn [CDU]: Dürfte schon! Aber kommt nicht!)

Aber auch die SPD-Fraktion konnte sich nicht die Gelegenheit versagen, einmal mehr zu zeigen, daß sie im Prinzip eine dem Zentralismus zuneigende Partei ist. Tiefstes Mißtrauen zeigt sie immer dann, wenn sich irgendwo etwas entwickelt, was sie nicht steuern und bestimmen kann. Friedensbewegung und Antiatombewegung sind ja ähnliche Beweise dafür.

Wir haben in unseren Antrag die vielfältigen Ethahrungen einbezogen und in ihm zusammengefaßt, die in freien Schulen bzw. in Alternativschulen in freier und auch in öffentlicher Trägerschaft sowohl im Inland als auch im regulären Schulwesen des Auslandes gemacht worden sind. Es handelt sich also keineswegs um traumtänzerische Wünsche, die an der harten Schulwirklichkeit scheitern müssen, wie die CDU meint, aber auch nicht um bereits jetzt realisierbare Forderungen, die in den bestehenden Schulen umsetzbar sind, wie die SPD meint.

Ich darf hier noch einmal in aller Kürze einige der elf Punkte darstellen, die in staatlichen Schulen sehr wohl umgesetzt werden können, aber nicht unter den gegebenen Rahmenbedingungen. Dazu bedarf es doch einmal eines Entschließungsantrages.

Erstens. Modellschulen, wie wir sie vorgestellt haben, beginnen mit der Klasse 1 und werden eingerichtet, wenn Eltern und Lehrer — Lehrerinnen eingeschlossen — es wünschen.

Zweitens. Die rechtliche und die fachliche Aufsicht der Schulbehörden werden als wechselseitiger Lernprozeß verstanden. Gestatten Sie mir den Hinweis darauf, daß das zur Zeit in der hierarchischen Organisation nicht möglich ist, sondern die Schulaufsicht sich in erster Linie als Instrument begreift, das Anordnungen und ähnliches von oben nach unten durchsetzt.

Drittens. Dieser Punkt gewährt den Modellschulen weitgehend Selbständigkeit in der Mittelverwendung. Zum Beispiel können sie auf den Kauf eines Computers verzichten und dafür Gartengeräte für ökologisch betriebenen Gartenbau kaufen,

(Hildebrandt [FDP]: Gartenzwerge!)

was möglicherweise vielen Schülern mehr entgegenkommt, als die Akzeptanz von Computern zu fördern, die ihnen hinterher den beruflichen Garaus bereiten.

Viertens. Dieser Punkt entbindet die Schulen von der Pflicht, jährlich oder halbjährlich Zeugnisse mit Noten zu erteilen. Erst am Schluß einer Schulstufe wird ein Lernbericht verfaßt. Auch die Versetzungsordnung soll für die Modellschulen nicht gelten, um die Kinder nicht fortwährend Ausleseprozessen zu unterziehen.

Fünftens. Die herkömmliche Stunden- und Pauseneinteilung wird von vielen Schülern und Lehrern als zwanghaft empfunden.

(Wernstedt [SPD]: Ist sie auch!)

Sie wird weder der Lernbereitschaft der Kinder noch dem Stoff gerecht. Als ob sich jeder Unterrichtsgegenstand in 45-Minuten-Zeittakte zergliedern ließe! Sinnvoller ist es, die Stundentafel im Jahresdurchschnitt nachzuweisen, wie das unser Antrag empfiehlt.

Die nächsten beiden Punkte möchte ich nur noch stichwortartig benennen: regelmäßige pädagogische Konferenzen und wissenschaftliche Begleitung.

Hervorhebenswert ist noch, daß Behinderte zu integrieren sind. Das bedeutet, daß die Schulen über entsprechende therapeutische Einrichtungen verfügen müssen, die heutzutage nicht in dem erforderlichen Umfang vorhanden sind.

Die von uns vorgeschlagenen Modellschulen sollen noch mehr als bisher in das örtliche und gesellschaftliche Umfeld eingebunden sein. Das bedeutet nicht nur Zusammenarbeit mit anderen Bildungsstätten und Betrieben, sondern auch Hereinnahme von beruflich qualifizierten Personen in den Unterricht. Keine Angst, sie sollen nicht als Hilfslehrer fungieren, können aber doch wesentlich zur Verlebendigung des Unterrichts beitragen.

(Beifall bei den Grünen.)

Das alles ist in den real existierenden Schulen nicht möglich. Deswegen muß ein Entschließungsantrag her. Ich kann nur bedauern, daß Sie sich dem aus ausgesprochen unpädagogischen Gründen versagen wollen. Aber vielleicht dämmert es später auch bei Ihnen. Dann kommen wir gerne noch einmal auf das Angebot zurück und werden diesen Antrag unter anderen Umständen vielleicht erneut stellen müssen. — Vielen Dank für Ihr Zuhören.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Professor Dr. Ahrens.

Dr. Ahrens (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion muß diesen Antrag ablehnen, weil er, lieber Herr Matthes, zwar interessant, aber völlig unpraktikabel ist.

(Matthes [Grüne]: Das stimmt doch gar nicht!)

In diesem Antrag sind inhaltlich sehr viele Unklarheiten. Es wird eine Reihe von interessanten und guten Grundsätzen postuliert, von denen wir aber alle wissen, daß sie etwas klarer ausformuliert und im Hinblick auf ihre Praktikabilität etwas besser dargestellt werden müssen; denn es reicht nicht aus, nur hehre Grundsätze zu beschließen. Wenn man pädagogisch wirksam werden will, muß man auch sagen, wie denn der Weg dorthin aussehen soll. Die Antworten auf diese Fragen bleiben Sie leider schuldig.

Ich will das einmal an einem Beispiel verdeutlichen. Sie fordern — das ist ein sehr interessanter Vorschlag — die Gleichwertigkeit von theoretischem und praktischem Lernen. Sie wissen aber, daß das ja nicht nur eine schulische Frage ist.

(Kaiser [SPD]: Keine Frage der Modellschulen!)

Die Ungleichwertigkeit der sozialen Bewertung von Hand- und Kopfarbeit ist es ja, die leider bis in die Schulen hinein wirkt und auch dazu führt, daß es dann Fächer mit angeblich unterschiedlicher Wertigkeit gibt.

(Matthes [Grüne]: Das ist doch der Grund, warum wir das machen!)

Man muß alse viel weiter greifen, wenn man in diesem Bereich Änderungen erzielen will. Eine Kollegin von uns hat diese Problematik hier einmal auf die klare Formel gebracht: Wenn man das Facharbeitereckgrundgehalt auf A 13 bringt, kommen wir der Sache vielleicht etwas näher.

(Matthes [Grüne]: Wir haben nichts dagegen!)

Aber solange diese gesellschaftliche Bedingung nicht besteht, werden wir uns immer wieder an dieser Frage beißen.

Herr Matthes, nichtsdestotrotz finde ich Ihre Vorschläge durchaus interessant. Man muß aber auch sagen, wie man sie verwirklichen will. In der Pädagogik reicht es nicht aus, mit guten Absichten aufzuwarten. Wir wissen, die Schwester der guten Absicht sind viele schwere Fehler, die man begehen kann. Deshalb muß man die Vorschläge hinteichend konkretisieren.

Mein zweiter Einwand ist, daß der von Ihnen vorgeschlagene Weg zur Verwirklichung von Reformen im Schulwesen unpraktikabel ist. Dieser Weg ist für Ihre Absichten untauglich. Ich will das einmal erläutern: Sie haben vorgeschlagen, den wechselseitigen Lernprozeß zwischen Schulverwaltung und Schule zu fördern — das ist in der Tat nötig — und zu versuchen, ein erhöhtes Maß an Selbstverwaltung einzuführen, auch was die Entwicklung etwa eigener Curricula und die Durchführung derselben angeht. Sie wissen, wenn man dieses will, wenn man also Änderun-

Dr. Ahrens

gen der Schulverfassung anstrebt — das ist es ja, was Sie im Kern fordern —, müssen wir das Niedersächsische Schulgesetz novellieren. Wenn Sie diese Absichten haben, hätten Sie für diese Punkte eine Novelle zum Niedersächsischen Schulgesetz vorlegen müssen.

(Hildebrandt [FDP]: Die FDP-Fraktion hat zu Beginn der Legislaturperiode einen solchen Antrag vorgelegt!)

Übrigens greifen Sie auch ins Haushaltsrecht ein. Sie hätten dazu die notwendigen rechtlichen Änderungen vorschlagen müssen.

Wir haben über diese Fragen bereits anläßlich der Novellen zum Niedersächsischen Schulgesetz diskutiert. Wir wissen auch, daß wir leider — das sage ich jetzt aus sozialdemokratischer Sicht und bekomme insoweit vielleicht auch Ihre Zustimmung — für solche Novellierungen in diesem Landtag gegenwärtig keine Mehrheit finden. Ich hoffe aber, daß der Landtag der nächsten Wahlperiode so zusammengesetzt sein wird, daß wir für solche Absichten die parlamentarischen Mehrheiten bekommen, um im Schulgesetz die entsprechenden Änderungen durchzusetzen. Dann haben wir die Dinge, sage ich einmal, konkret voreinander.

Die Forderungen zu anderen Bereichen — ich will das hier nur antippen —, etwa was die Zensurengebung, das Abgehen von Zeugnissen und die weitgehend eigene Gestaltung der Curricula anbelangt, betreffen auch die Vereinbarungen der KMK über die Abschlüsse, die leider von oben über diese Vereinbarungen tief in unsere Schulen hineinregiert und den Reformspielraum, den wir uns alle wünschen, sehr stark verengt. Ich sage das jetzt ganz grundsätzlich. Ich halte die Tatsache, daß Länderministerkonferenzen hochpolitische Entscheidungen treffen, ohne daß wir als Landtag ein Wort dabei mitreden können, für ein großes Ärgernis.

(Zustimmung von Kaiser [SPD] und Hildebrandt [FDP].)

Ich würde mir wünschen, daß wir Verfahren finden, um darauf von der politischen Seite her stärker einwirken zu können.

Der dritte Punkt schließlich ist, daß Sie mit Ihrem Antrag hohe Ansprüche formulieren. Ich stehe einem Teil dieser Forderungen mit großer Sympathie gegenüber, kann Ihnen aber auch sagen, daß wir dazu konkretere Vorschläge unterbreitet haben. Wir stellen uns eine integrierte Gesamtschule unter dem Dach eines aufgrund entsprechender Schulgesetzänderungen erweiterten Spielraums durchaus so vor, daß eine Reihe der von Ihnen an-

gesprochenen Grundsätze verwirklicht werden kann.

Wenn man aber alles auf einmal will, lieber Herr Matthes, nämlich Schulverfassungsversuche, völlig neue Curricula, die Integration von Behinderten — das halte ich für sehr wichtig —, wissenschaftliche Begleitung, Einbindung in die Umwelt, dann muß man auch ungefähr andeuten. wie man denn dahin kommen will. Jede einzelne dieser Aufgaben ist für sich genommen schon schwer genug zu bewältigen. Dann muß man eben doch konkreter werden. Was wir brauchen. sind gründlich erarbeitete Konzepte, wie wir sie zum Beispiel für die Grundschule vorgelegt haben. Unser Konzept der kleinen Gesamtschule und unser Konzept der veränderten Hauptschule stellen solche gründlich erarbeiteten Konzepte dar. Wir haben ausführlich dokumentiert, wie wir uns das vorstellen. Auf der Grundlage solcher Konzepte kann man weitergehen, um das zu erreichen, was Sie hier leider in zu allgemeiner Form dargestellt haben.

So bleibt uns bei diesem Stand der Beratung nichts anderes übrig, als der Beschlußempfehlung des Ausschusses zu folgen und Ihren Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Hildebrandt.

Hildebrandt (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Ahrens hat schon einige wichtige Gesichtspunkte angedeutet, die es auch uns schwermachen, diesem Antrag zuzustimmen. Er enthält eine ganze Menge positiver Punkte, die wir uns zu eigen machen können. Beispielhaft möchte ich nur anführen, daß es natürlich auch nach unseren Vorstellungen den Schulen möglich sein sollte, innerhalb einer Art Pauschalhaushalt über die Verwendung der Mittel selbst zu entscheiden. Es gibt eine Fülle anderer Punkte, die Sie hier angesprochen haben, und es gibt vor allem auch unsere Forderung, das Lernen mit Kopf, Herz und Hand zu verstärken. All dies sind wichtige und gute Ansätze. Es sollte versucht werden, diese Ansätze im öffentlichen Schulwesen durchgehend zu verwirklichen,

(Beifall bei der FDP)

statt dies lediglich einzelnen Modellschulen zu überlassen.

(Zustimmung von Kaiser [SPD].)

Wir wollen versuchen, den Gang in die Breite des Schulwesens anzutreten.

Ich will Ihnen, Herr Matthes, durchaus zugestehen, daß der Antrag bis zu einem gewissen Grade berechtigt ist. Nach meiner Erinnerung habe ich bereits bei der ersten Beratung angedeutet, daß man darüber nachdenken müßte, warum es einen verstärkten Bedarf an Schulen in freier Trägerschaft gibt. Dies macht deutlich, daß im öffentlichen Schulwesen Defizite bestehen; zumindest wird dies von einem großen Teil der Eltern so gesehen.

(Küpker [FDP]: So ist es!)

Besonders bedauerlich ist in diesem Zusammenhang, daß noch nicht einmal das geschieht, was an sich denkbar ist, nämlich die Schaffung der von allen Seiten gewünschten Konkurrenzsituation zwischen Schulen in freier Trägerschaft, besonderen alternativen pädagogischen Konzepten und dem öffentlichen Schulwesen. Durch die Schaffung einer solchen Konkurrenzsituation könnte es zu wechselseitigen Anregungen kommen. Aber nicht einmal dies wird praktiziert. Deshalb sagen wir, wir wären aufs erste schon zufrieden, wenn es überhaupt zu einem pädagogischen Gespräch zwischen Lehrern der genannten unterschiedlichen Schulformen kommen könnte.

(Beifall bei der FDP.)

Dies könnte z. B. durch eine gemeinsame Lehrerfortbildung erreicht werden. Das wäre ein möglicher konkreter Ansatz.

In Ihrem Antrag stellen Sie eine Fülle von Forderungen auf. Diese Forderungen sind interessant, und einige davon unterstützen wir auch. Sie zeigen allerdings keinen gangbaren Weg auf, den man beschreiten könnte. Dazu hat Herr Professor Ahrens schon Ausreichendes gesagt.

Im übrigen haben Sie durchaus die Möglichkeit, Modellschulen in freier Trägerschaft selbst zu initiieren. Die notwendigen Mittel stehen Ihnen in Ihrem Ökofonds zur Verfügung. Wenn sich solche Modellschulen bewährten, dann bekämen sie auch Mittel vom Land. Sie haben also die Möglichkeit, das, was Sie in Ihrem Antrag vorschlagen, uns mal vorzuexerzieren.

(Kaiser [SPD]: Stichwort "Staatsknete"!)

— Ja, Staatsknete. Damit ist das Stichwort genannt. Ich schlage Ihnen vor, geben Sie erst einmal Ihre private Knete aus, bevor Sie den Einsatz von Staatsknete anstreben.

(Zuruf von Matthes [Grüne].)

Herr Professor Ahrens sprach auch davon, daß wir als Freie Demokraten — das hat er zwar nicht ausdrücklich gesagt, aber er hat unseren Antrag angesprochen, den wir zu Beginn der Wahlperiode eingebracht haben — auch eine verstärkte Mitbestimmung und Selbstentscheidung der Schulen vor Ort haben wollten. Die dafür notwendige Mehrheit war in diesem Hause aber nicht zu erreichen. Das bedauern wir nach wie vor. Ich kann mir vorstellen, daß durch andere Mehrheiten, Herr Professor Ahrens — nicht in Ihrem Sinne, aber in unserem Sinne —,

(Beifall bei der FDP — Heiterkeit bei der SPD)

das gewünschte Ergebnis erreicht werden kann.

(Dr. Ahrens [SPD]: Das muß in unserem Sinne sein, sonst läuft das nicht!)

Herr Ahrens, Sie haben eine viel längere parlamentarische Erfahrung als ich. Sie wissen doch, was Freie Demokraten in Koalitionsregierungen durchsetzen konnten. Sie haben eine Menge an Initiativen ergriffen, um alles das, was wir vernünftigerweise durchgesetzt haben, wieder abzuschaffen.

(Beifall bei der FDP.)

Ich will als Beispiel nur den ganzen Bereich der Gemeindereform ansprechen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist wohl deutlich geworden, daß wir Freien Demokraten einzelne Punkte in dem Antrag positiv einschätzen, daß wir den Weg, der darin vorgeschlagen wird, aber nicht unterstützen können und daß wir es nicht zulassen wollen, daß mit öffentlichen Mitteln bezahlte grüne pädagogische Inseln im Bildungswesen installiert werden.

(Zurufe von Matthes [Grüne] und von Meinsen [Grüne].)

Statt dessen wollen wir die pädagogische Diskussion in den öffentlichen Schulen verstärken, und wir sind dafür, daß in den öffentlichen Schulen insgesamt das Lernen mit Kopf, Herz und Verstand verstärkt wird.

(Beifall bei der FDP. — Zurufe von den Grünen.)

Wir meinen — dies sollten wir uns alle zur Aufgabe machen —, daß die öffentlichen Schulen gegenüber den Schulen in privater Trägerschaft wieder konkurrenzfähiger gemacht werden müssen.

(Kaiser [SPD]: Das ist gut!)

Dazu gehört natürlich auch — darin gebe ich Ihnen recht, Herr Matthes —, daß über die Punkte, die Sie angesprochen haben, in verstärktem Maße

Hildebrandt

nachgedacht wird. Sie müssen aber ein vernünftiges, in sich schlüssiges Konzept vorlegen, das einen gangbaren Weg aufzeigt. Dann wären wir die letzten, die dazu von vornherein nein sagten. Ihr vorliegender Antrag enthält kein Konzept.

Ich schlage Ihnen noch einmal vor, setzen Sie Ihren Ökofonds ein, schaffen Sie eine Schule in freier Trägerschaft, und dann machen Sie mal das vor, was Sie für die öffentlichen Schulen mit Staatsknete durchsetzen wollen.

(Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Warnecke:

Als nächster erhält der Abgeordnete Stauske das Wort.

Stauske (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich eine Vorbemerkung machen. Natürlich, Herr Kollege Ahrens, dürfen Sie von anderen Mehrheiten träumen.

(Dr. Ahrens [SPD]: Nicht träumen, sondern das entscheidet das Volk!)

Vermutlich träumen Sie von einer rot-grünen Mehrheit. Am 15. Juni 1986, 18 Uhr, werden Sie ausgeträumt haben. Dann werden Sie nämlich wieder auf der Oppositionsbank sitzen wie jetzt auch.

(Dr. Ahrens [SPD]: Warten wir mal ab!

— Glogowski [SPD]: Hochmut kommt vor dem Fall! — Weitere Zurufe von der SPD.)

Dies wollte ich nur nebenbei kurz angemerkt haben.

Gestatten Sie mir eine zweite Vorbemerkung. Herr Kollege, man kann zwar über die Kultusministerkonferenz denken, daß sie möglicherweise oder tatsächlich einige Dinge einengt.

(Zuruf von Kaiser [SPD].)

Es gibt aber auch positive Aspekte, wie Sie wissen, Herr Kollege Ahrens. Denken Sie nur an die Vergleichbarkeit der Abschlüsse. Das ist ein nicht unwichtiger Punkt.

(Dr. Ahrens [SPD]: Da fängt das Übel an!) Oder denken Sie an andere Fragen, bei denen man sagen muß, die Kultusministerkonferenz hat eine Funktion, und zwar auch eine positive Funktion. Ich schließe nicht aus, daß es nebenbei auch negative Aspekte gibt. Das will ich nicht bestreiten.

Aber nun zu dem Antrag der Grünen. Ich will das sehr kurz machen, Herr Kollege Matthes, weil aus

den Ausschußberatungen sehr deutlich geworden ist, daß Sie nicht gerade sehr konkret werden konnten. Deswegen in der gebotenen Kürze einige Anmerkungen.

(Matthes [Grüne]: Das ist ein Entschließungsantrag!)

Erstens. Der Antrag der Grünen wird der Notwendigkeit, einen Unterricht nach pädagogischen Gesichtspunkten rational zu planen und ihn dann auch durchzuführen, beileibe nicht gerecht, im Gegenteil, dieses Element scheint den Grünen überhaupt fremd zu sein.

(Zuruf von Matthes [Grüne].)

— Wenn die Schüler bestimmen dürfen, was im Unterricht stattfindet und was Schule darstellen soll, wie das ja von Ihnen gesagt worden ist, Herr Kollege Matthes, wenn sie auch über die Inhalte bestimmen sollen, dann wird man schon einige Zweifel anmelden dürfen; denn immerhin müssen wir ja mit irgendeinem Ergebnis aus dieser Schule herauskommen. Insofern glaube ich, daß das wenig durchdacht gewesen ist, was Sie dort angeboten haben.

Zweitens. Die Aufzählung von zumeist nicht hinreichend konkretisierten Absichten — ich darf sie noch einmal nennen —, zum Beispiel Gleichwertigkeit von theoretischem und parktischem Lernen, die Einbeziehung des sozialen und kulturellen Umfeldes der Schule in die Lernprozesse, die Einbeziehung von nicht als Lehrern qualifizierten Personen als Lehrkräfte in den Unterricht, beweist doch im Grunde — —

(Zuruf von Matthes [Grüne].)

— Das steht doch darin, lesen Sie es doch in Ihrem Antrag nach! Dies beweist im Grunde genommen einen erheblichen Mangel an pädagogischer Theorie und schulpraktischer Erfahrung. Das gilt auch für längst versuchte und inzwischen durchaus, wenn auch mit der notwendigen Vorsicht praktizierte Verfahren, zum Beispiel gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern, teilweiser Verzicht auf Zensuren und auf Versetzungsentscheidungen.

Nun, meine Damen und Herren, eines ist ein bißchen untergegangen, obgleich Sie das angesprochen haben; aber über die Konsequenzen muß man sich im klaren sein. Sie haben gefordert, Modellschulen von jeder Art von Nachweispflicht, daß sie auch das zu bieten haben, was Schulen zu leisten haben, zu entbinden. Ich glaube, das geht ein wenig zu weit.

(Zuruf von Meinsen [Grüne].)

— Das ist die Konsequenz aus Ihrem Antrag. Das geht zu weit. Das ist nicht tragbar. Daß Schulaufsicht zu wechselseitigem Lernprozeß degenerieren soll, ist ein Schritt, den man in der Tag wohl kaum gehen kann. Ich weiß nicht, wozu dann überhaupt Aufsicht da sein soll. Es wäre dann konsequent zu sagen, wir schaffen die Schulaufsicht auch ab. Daß die Schulen über die Finanzmittel, die ihnen von den Schulträgern zur Verfügung gestellt werden, aber auch über die Sondermittel des Landes nach eigenem Belieben entscheiden sollen, ohne jegliche Kontrolle, macht deutlich, daß Sie irgendwo in einem Wolkenkuckucksheim leben und an den praktischen schulischen Gegebenheiten und Realitäten vorbeigehen.

> (Matthes [Grüne]: Das steht doch nicht darin! Das ist einfach nicht richtig!)

Nun kann man sagen — das will ich durchaus konzedieren —, daß diese letztgenannten Forderungen vielleicht bei einem gewissen Wohlwollen noch als eine Mischung von Schwärmerei und Ignoranz angesehen werden können.

(Matthes [Grüne]: Sie haben sich wirklich nicht damit beschäftigt!)

Den Punkt 10 der im Antrag der Grünen genannten Rahmenbedingungen allerdings kann man nur noch als verschrobenes elitäres Sektierertum der Grünen interpretieren. Da heißt es: "Die Modellschulen erarbeiten selbständig die Aufnahmekriterien für Eltern und Kinder und achten darauf, daß soziale Gesichtspunkte ausreichend berücksichtigt werden." Verehrter Herr Kollege Matthes, dies ist doch nichts anderes als die spezifisch grüne Form von Selektion.

Noch gravierender wird es bei dem Punkt 11. Dort heißt es ganz einfach: "Lehrer/innen und Schulleiter/innen dürfen nur mit dem Einverständnis der betreffenden Schule eingesetzt werden." Das heißt doch mit anderen Worten—jetzt hören Sie sehr gut zu! — nichts anderes als: Andersdenkende unerwünscht.

(Zuruf von Matthes [Grüne].)

Wissen Sie, das läßt fatale Erinnerungen hochkommen.

Meine Damen und Herren! Zusammenfassend ist festzustellen, daß der Antrag der Grünen vorhandene pädagogische Erfahrungen nicht aufgreift. Versuchsabsichten werden wenig konkretisiert. Es ist nicht zu erkennen, wie sichergestellt werden soll, daß Schüler einen nach Inhalt und Qualität verantwortbaren Unterricht erhalten. Der Antrag

der Grünen ist sinnbildlich Ausdruck nichtpraktikabler Schulpolitik.

(Matthes [Grüne]: Er setzt doch nicht das Schulgesetz außer Kraft!)

Deswegen empfehlen wir, ihn abzulehnen.

(Beifall bei der CDU. — Matthes [Grüne]: Das zeigt, daß Sie ihn nicht verstanden haben und auch nicht verstehen wollen!)

Vizepräsident Warnecke:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Besprechung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 5438 zustimmen und damit den Antrag der Fraktion der Grünen in der Drucksache 4057 ablehnen möchte, den bitte ich, das durch ein Handzeichen zu bekunden. — Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. — Enthaltungen? — Der Ausschußempfehlung wurde gefolgt. Der Antrag ist abgelehnt.

Die Tagesordnungspunkte 18 und 19 haben wir gestern schon erledigen können.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 20:

Zweite Beratung: Erleichterungen zur Gründung gewerblicher Existenzen — Antrag der Fraktion der FDP — Drs 10/3635 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr — Drs 10/5535 — Änderungsantrag der Fraktion der SPD — Drs 10/5594

Für die Beratung dieses Antrages stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat 30 Minuten zur Verfügung. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: CDU und SPD jeweils bis zu acht Minuten, Grüne und FDP jeweils bis zu vier Minuten.

Der Antrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 3635 wurde in der 71. Sitzung am 18. Januar 1985 an den Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr zur Beratung und Berichterstattung überwiesen.

Der Bericht des Ausschusses wird erstattet durch den Kollegen Hoffmann. Ich erteile ihm das Wort.

Hoffmann (SPD), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Drucksache 5535 empfiehlt Ihnen der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr mit den Stimmen der CDU-Mehrheit, den Antrag in einer Hoffmann

geänderten Fassung anzunehmen. Die der SPD bzw. der Fraktion der Grünen angehörenden Ausschußmitglieder enthielten sich der Stimme. Der Vertreter der FDP-Fraktion, der im Wirtschaftsausschuß nur beratende Stimme hat, hat erklärt, er könne die vom Ausschuß empfohlene Fassung der Entschließung mittragen.

Lassen Sie mich nun die gegenüber dem Ursprungsantrag empfohlenen Änderungen kurz erläutern. Wie bereits die erste Beratung des Antrages in der Plenarsitzung am 18. Januar 1985 gezeigt hat, sehen alle Fraktionen die Notwendigkeit, Existenzgründern in der Startphase besondere Hilfen des Landes anzubieten. Unterschiedliche Auffassungen sind in den Ausschußberatungen dagegen über die Ausgestaltung und das Ausmaß dieser Hilfen deutlich geworden. So berühren die auf Initiative der CDU-Vertreter vom Ausschuß empfohlenen Änderungen zwar nicht die grundsätzlichen Ziele des Antrages, wohl aber die Forderungen im einzelnen.

Ausgehend von den bereits in der Nr. 1 des Ursprungsantrages enthaltenen Zielvorstellungen soll die Landesregierung nach Auffassung des Ausschusses — insoweit bestand Einvernehmen — aufgefordert werden, in ihrem Zuständigkeitsbereich administrative Vorschriften weiter abzubauen, soweit sie sich für die Gründung gewerblicher Existenzen als unnötig und hemmend herausgestellt haben. Entsprechende Initiativen soll die Landesregierung für den Bundesbereich anregen.

Unberücksichtigt bleiben soll dagegen nach dem Willen der Ausschußmehrheit aus rechtssystematischen Gründen die weitergehende Forderung der FDP-Fraktion, bestimmte Vorschriften für die Gründungsphase auszusetzen, das heißt, auf ihre Anwendung zeitlich befristet zu verzichten.

(Hirche [FDP]: Das ist höchst bedauerlich!)

Nicht in die Entschließung aufgenommen werden soll auch die in der Nr. 2 des Ursprungsantrags vorgesehene Aufforderung, ein Landesprogramm zur Gewährung einer Existenzgründungsprämie einzurichten. Dieses Förderinstrument, so hatte der Vertreter der FDP-Fraktion ausgeführt, sei für eine Übergangszeit erforderlich, denn das zum 1. Juli 1985 auf Bundesebene geschaffene Programm über die Ansparförderung zur Existenzgründung werde erst nach einer Ansparzeit von drei bis vier Jahren wirken. Bis dahin sollte das Land Existenzgründern eine Prämie von 20 % des bei der Existenzgründung eingesetzten Eigenkapitals gewähren.

Dem hielten die Vertreter der CDU-Fraktion entgegen, mit einer derartigen Lösung verlöre das Ansparmodell seinen Sinn, denn dieses Programm sei gerade darauf gerichtet, daß der potentielle Existenzgründer während der Ansparphase Gelegenheit erhalte, sich fachlich auf die künftige selbständige Tätigkeit vorzubereiten. Der Landtag solle deshalb dieses Ansparmodell ausdrücklich begrüßen — eine entsprechende Formulierung findet sich in der Beschlußempfehlung —, im übrigen aber kein weiteres Förderinstrument schaffen.

Um zu einer größeren Zahl von Existenzgründungen zu kommen, müsse allerdings sichergestellt werden, daß derjenige, der ein neues Unternehmen aufbauen wolle, die erforderlichen Mittel aus den vorhandenen Programmen dann auch erhalte. Die CDU-Ausschußmitglieder hielten es deshalb für richtig, Existenzgründungen im Rahmen des Landesdarlehnsprogramms vorrangig zu berücksichtigen und eine entsprechende Forderung in die Entschließung aufzunehmen.

Während die Vertreter der anderen Fraktionen dieser Forderung zuzustimmen vermochten, hielten sie eine Erwägung der CDU-Ausschußmitglieder, die Vergabe der Existenzgründungsmittel an den Nachweis der fachlichen Qualifikation zu binden, für überzogen. Es gehöre gerade zum Wesen von Existenzgründungen, so legten sie dar, daß diese auch ein besonderes Risiko des Scheiterns in sich trügen. Zudem gebe es in den handwerks- und gewerberechtlichen Vorschriften Zugangsvoraussetzungen, die bei Aufnahme einer selbständigen gewerblichen Tätigkeit zu beachten seien. Überdies werde auch bei der Vergabe von Fördermitteln geprüft, ob ein unternehmerisches Konzept vorliege und die geplante Neugründung Marktchancen habe. Beides lasse sich in der Regel nur bestätigen, wenn der Existenzgründer fachlich genügend qualifiziert sei. Einer weiteren Qualifikationsprüfung bedürfe es deshalb nicht.

Die CDU-Ausschußmehrheit sah nach diesen Hinweisen davon ab, eine darüber hinausgehende Forderung in die Entschließung aufzunehmen.

Unberücksichtigt geblieben ist in dem Ihnen zur Annahme empfohlenen Text des weiteren die von den Vertretern der SPD-Fraktion und der Fraktion der Grünen gewünschte ausdrückliche Klarstellung, nach der neue Betriebs- und Unternehmensformen ebenso vorrangig zu berücksichtigen seien. Zwar komme für sie auch nach den geltenden Programmen eine Förderung in Betracht, es bestehe aber, so hatten Sprecher der SPD-Fraktion dargelegt, in der Praxis der Eindruck, als würden derartige Unternehmen gleichwohl nicht ausreichend berücksichtigt. Durch die ausdrückli-

che Erwähnung solle deshalb signalisiert werden, daß die staatlichen Fördermaßnahmen auch für alternative Unternehmensformen bereitstünden. Zugleich werde damit klargestellt, daß sich die Unternehmen innerhalb eines bestimmten gesetzlichen Rahmens zu bewegen hätten.

Der Vertreter der Fraktion der Grünen im Ausschuß vertrat den Standpunkt, es müsse sichergestellt werden, daß alternative Betriebe unter Berücksichtigung der besonderen Probleme, die sich aus den andersgearteten Organisationsformen ergäben, gleichberechtigt behandelt würden. Damit solle kein Sonderrecht gegenüber den herkömmlichen Unternehmensformen geschaffen, sondern lediglich den zusätzlichen Schwierigkeiten begegnet werden.

Dem hielt das FDP-Ausschußmitglied unter Zustimmung der CDU-Vertreter entgegen, zwar schließe er sich der Auffassung an, daß herkömmliche und alternative Betriebsformen gleichrangig behandelt werden müßten; Voraussetzung für die Gewährung von staatlichen Mitteln sei allerdings, daß sich auch die alternativen Betriebe an die vorgegebene Rechtsordnung hielten. Aus diesen Gründen verbiete es sich, sie besonders herauszustellen.

Der mitberatende Ausschuß für Haushalt und Finanzen hat sich der Empfehlung des Wirtschaftsausschusses ohne weitere Diskussion mehrheitlich angeschlossen. Namens des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr bitte ich Sie deshalb, der Empfehlung in der Drucksache 5535 zu folgen, das heißt, die Entschließung in der geänderten Form anzunehmen.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Warnecke:

Ich danke dem Kollegen Hoffmann für die Erstattung des Ausschußberichts. Ich eröffne die Besprechung. — Das Wort hat der Abgeordnete Engelhardt.

Engelhardt (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dem ausführlichen Bericht des Kollegen Hoffmann kann ich mich darauf beschränken, auf den zweiten Halbsatz unter Nr. 2 unseres Änderungsantrages kommentierend einzugehen.

Auch im Bericht wurde deutlich gemacht, daß alle im Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr vertretenen Fraktionen im analytisch bewertenden Teil fast einheitlich argumentierten. Wir waren uns also einig in der Beurteilung der Situation, in

der sich kleine und mittlere Unternehmen in unserem Lande befinden. Wir waren uns auch einig in der Beurteilung der Lage, die geprägt ist unter anderem von der Tendenz zur strukturellen Verarmung — Stichwort Insolvenzen. In dieser Richtung haben wir in unserem Hause erst vor kurzem diskutiert. Auch bei dem Thema der Konzentration im Einzelhandel gab es eine weitgehende Übereinstimmung. Dies alles sind Indikatoren für die eben schon erwähnte strukturelle Verarmung, besonders natürlich in den Problemgebieten, in den Problemregionen unseres Landes.

Ich stelle fest, daß Vermachtung innerhalb unserer Wirtschaft — ein altes Problem in neuer Form — wieder zunehmend stattfindet. Hier müssen wir als Gesetzgeber gegenhalten. Wir müssen die Rahmenbedingungen zugunsten der gesellschafts- und beschäftigungspolitisch für uns doch besonders interessanten kleinen und mittleren Betriebe entsprechend ändern. Das ist relativ unproblematisch, wenn es sich um die klassischen Unternehmensformen handelt. Anders wird das schon, wenn das Stichwort — das Reizwort, möchte ich beinahe sagen — "alternativ" fällt. Mir geht das übrigens genauso.

(Jahn [CDU]: Zu Recht!)

Verantwortlich dafür, Herr Kollege Jahn, sind sicherlich diejenigen, die dieses Wort oft zu leichtfertig und zu extrem anwenden,

(Zustimmung von Jahn [CDU])

wodurch ihr Auftreten nicht gerade vertrauenerweckend auf uns wirken kann.

(Jahn [CDU]: Eben!)

Wir müssen jedoch bei sachlicher Betrachtung genauso wie unsere westeuropäischen Nachbarn oder auch andere Bundesländer, die mit der Förderung solcher sogenannter alternativer Unternehmen gute Erfahrungen gemacht haben, den Mut zum Experimentellen haben. Es ist also festzustellen, daß sie sehr wohl einen Beitrag zur strukturellen "Blutauffrischung" leisten können. Wir dürfen also nicht administrativ blockieren, sondern wir sollten, offensiv beratend und gegebenenfalls finanziell fördernd, neue unternehmerische Organisationsformen mit entwickeln. Überlassen wir doch dieses Feld nicht den sogenannten Wilden, sondern mengen wir uns da durchaus bewußt ein, und formen wir die Sache mit! Ich sehe da Chancen.

Wie sieht es denn aus, wenn solche alternativen Unternehmen bzw. die Vertreter solcher Unternehmen ihren Antrag einbringen? Dann fehlen schon mal die drei herkömmlichen klassischen Kreditvoraussetzungen. Das ist einmal die entEngelhardt

sprechende Betriebsstruktur. Da diese Betriebe meistens nach dem Kostendeckungsprinzip arbeiten, können sie natürlich auch keine Gewinne nachweisen. Darüber hinaus sind die herkömmlichen Formen der Sicherheitsgebung bzw. -gewährung nicht vorhanden. Hier muß nach unserer Meinung ein verantwortbarer Kriterienkatalog entwickelt werden, der die Beteiligung solcher Unternehmen an Förderprogrammen oder an der Kreditvergabe sichern kann.

Abschließend möchte ich noch etwas Persönliches anfügen. Ich meine, wir sind verpflichtet, jede vertretbare Chance zur aktiven Strukturpolitik zu nutzen und diesen Betrieben mit eben nicht herkömmlicher Organisationsform eine faire Chance einräumen. Ich denke, vorausschauende Politik ist immer auch von einem Quentchen Utopie bestimmt. Die Frage ist: Haben wir den Mut zu einer solchen Utopie?

In diesem Sinne bitte ich im Namen meiner Fraktion, unserem Änderungsantrag zuzustimmen.
— Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Warnecke:

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Meinsen.

Meinsen (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann es kurz machen.

(Oestmann [CDU]: Dann tun Sie es auch!) Mein Vorredner hat mir eigentlich ziemlich viel vorweggenommen. Er hat viel gesagt, was ich voll unterstützen kann und was auch ich gesagt hätte. Ich will aber noch einmal versuchen, den Unterschied zu erklären, auf den wir auch im Ausschuß bereits hingewiesen haben. Wir haben gesagt, wir hätten es ganz gut gefunden — deshalb hätten wir uns gefreut, wenn das noch aufgenommen worden wäre —, wenn man auf die spezifischen Schwierigkeiten, die sich aus der Organisationsform von Alternativbetrieben ergeben, expressis verbis hingewiesen hätte. Das wird teilweise auch in dem SPD-Änderungsantrag deutlich. Hier sind zum Beispiel genossenschaftliche Organisationen genannt.

Meine Damen und Herren, Sie wissen alle, daß gerade die Gründung von Genossenschaften heute in Folge der restriktiven Auslegung des Genossenschaftsrechts extrem schwierig ist. Wenn das leichter möglich wäre, hätten auch Betriebe dieser

Art viel weniger Schwierigkeiten. Gerade das Genossenschaftsrecht enthält eine Menge Hindernisse, die es erschweren, Genossenschaften zu gründen. Daraus erwachsen dann zum Teil Schwierigkeiten, die zu denen, die hier schon vorhin genannt worden sind, noch hinzukommen. Das nur kurz zur Ergänzung.

Ich halte also trotzdem auch die jetzt von der SPD-Fraktion gewählte Formulierung - wir haben es versäumt, unsere Vorstellungen noch in einem gesonderten Änderungsantrag in die Debatte einzubringen — für ausreichend, um zumindest auf das Problem hinzuweisen. Es mag ja sein wir haben schon einmal einen etwas weiter gehenden Antrag dieser Art eingebracht -, daß die von der SPD-Fraktion gewählte zurückhaltende Formulierung — das hoffe ich jedenfalls — auch von der Mehrheit dieses Hauses unterstützt werden kann. Denn hier ist ein neuer Bereich genannt, und da braucht man nicht auf andere europäische Länder Bezug zu nehmen, sondern da braucht man sich nur in der Bundesrepublik umzusehen. Es gibt bereits konservative Landesregierungen, etwa die von Berlin, die in diesem Bereich ganz anders verfahren. Wenn man aber liest, daß dort bereits 12000 Leute in diesem Sektor arbeiten, also in einer doch relativ überschaubaren Stadt, dann sieht man, welche Größenordnung dieses Problem gewinnen kann.

Ich bitte Sie also ganz herrlich,

(Heiterkeit)

— ganz herzlich —, den Änderungsantrag der Fraktion der SPD zu unterstützen.

(Beifall bei den Grünen. — Senff [SPD]: Jetzt kriegen Sie aber Ärger mit Ihren weiblichen Mitgliedern!)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Rau.

Rau (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die hohe Arbeitslosigkeit in Niedersachsen ist ebenso unbestritten wie die immer noch unterdurchschnittliche Produktivität in vielen Wirtschaftsbereichen und die zunehmende Zahl derer, die in nächster Zeit in diesem Lande einen Arbeitsplatz suchen werden. Unbestritten ist auch, daß kleine und mittlere Betriebe im Vergleich zu der Großwirtschaft sehr beschäftigungsintensiv sind und sich schnell neuen Situationen anpassen. Dann muß es eigentlich für ein Land wie Niedersachsen ein besonderes Gebot sein, mittelständische Be-

triebe zu erhalten und die Gründung neuer Existenzen stärker zu fördern, als das andere Bundesländer bereits längst tun.

(Beifall bei der FDP.)

In Wahrheit sieht das aber so aus, daß die Insolvenzquote in Niedersachsen über dem Bundesdurchschnitt liegt und zum Beispiel auch die Landesausgleichsbank in Niedersachsen gerade nicht eine Welle von Existenzgründungen erkennen kann.

(Meinsen [Grüne]: Sehr richtig!)

Angesichts dieser alten und immer wieder bestätigten Erkenntnisse haben wir unseren Antrag "Erleichterungen zur Gründung gewerblicher Existenzen" vor nunmehr über einem Jahr im Landtag eingebracht.

Eine Woche nach Einbringung rief der Wirtschaftsminister über seinen Pressedienst zu, wie es hieß, "mehr Mut zur Selbständigkeit" auf. Nun konnte es ja losgehen. Nun mußte man glauben, daß unser Antrag auf fruchtbaren Boden gefallen sei und zügig beraten und umgesetzt werden würde. Doch weit gefehlt. Im Interesse der Wirtschaft und der Beschäftigung der Leute im Lande hätte ich mich gefreut, wenn unser Antrag heute eigentlich als erledigt zu betrachten wäre. Statt dessen streiten wir immer noch über Wesentliches und gar nicht so sehr über Details. Statt dessen kommt die Mehrheitsfraktion zu der Überzeugung, daß die Landesregierung tatsächlich aufgefordert werden sollte, den weiteren Abbau - immer noch! - hemmender administrativer Vorschriften zu betreiben. Meine Damen und Herren, wir begrüßen diesen Aufruf. Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen.

Aber nach einem Jahr des Liegenlassens hätte es eigentlich eine Bilanz derjenigen Vorschriften geben müssen, die schon abgeschafft worden sind.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung von Meinsen [Grüne]. — Hirche [FDP]: Nicht zuviel Selbständigkeit von der CDU verlangen!)

Daran zeigt sich die sogenannte Dynamik der Landesregierung. Daran wird deutlich, wie wenig die Landesregierung die Probleme des Mittelstandes und der Existenzgründer kennt. Und daran wird auch deutlich, wie wenig ernst sie diese Probleme oft nimmt. Ich bin skeptisch, meine Damen und Herren von der CDU, ob die Landesregierung die Entschließung, die wir nun heute, in welcher Form auch immer, fassen werden, mit dem Eifer aufnehmen wird, der eigentlich erforderlich wäre.

Ich hätte mir gewünscht, daß der Antrag in der ursprünglichen Fassung erhalten geblieben wäre und die Landesregierung aufgefordert würde, solche Vorschriften, die möglicherweise nicht abgebaut werden können, für Existenzgründer befristet auszusetzen. Ich wiederhole das allseits bekannte Beispiel der zwei Toiletten bei sechs Beschäftigten unterschiedlichen Geschlechtes. Das muß nicht am Anfang der Existenz stehen; das kann auch nach ein oder zwei Jahren geschehen.

(Schlotmann [CDU]: Was sollen die denn zwischenzeitlich machen?)

Dies ist ein Beispiel dafür, daß es eine Reihe von Auflagen und Vorschriften, von Paragraphen und Regelungen gibt, die potentielle Existenzgründer wirklich erheblich abschrecken.

Aber, meine Damen und Herren, nicht nur die administrativen Hemmnisse sind ein Hinderungsgrund. Ein Hinderungsgrund für Existenzgründer ist auch der zunehmende Kapitalbedarf. Fremdkapitalhilfe wird — in Grenzen — von Bund und Land gewährt; das sei auch anerkannt. Aber, meine Damen und Herren, Fremdkapital bedeutet zugleich auch Fremdbestimmung. Derjenige, der Kapital erbittet, muß gegenüber Dritten begründen, erklären, ja, er muß Verbeugungen machen. Notwendig ist es daher, Eigenkapital zu haben.

(Senff [SPD]: Richtig!)

Das Fremdkapitalproblem schränkt das Unternehmersein ein. Vor zu hohem Fremdkapitaleinfluß, verbunden mit den sich daraus ergebenden Verpflichtungen und Bindungen, schrecken viele potentielle Existenzgründer zurück.

Das hat in anderen Bundesländern und beim Bund selbst zu Konsequenzen geführt. Der Bund hat ein Programm zum Existenzgründungssparen mit einem maximalen Zuschuß von 10000 DM aufgelegt. Das angesparte Geld und der Zuschuß können aber frühestens 1989/90 ausgezahlt und zur Existenzgründung genutzt werden. Was geschieht in der Zwischenzeit? In anderen Ländern gibt es dafür eine Existenzgründungsprämie. Wir sind gar nicht einmal so originell gewesen; wir haben gesagt: Das gleiche muß auch in Niedersachsen möglich sein. Wenn wir schon nicht an der Spitze der Länder marschieren wollen, dann, bitte schön, wenigstens im Gleichschritt. Aber was passiert? — Wir wollen die Prämie als Übergangsangebot, die Mehrheitsfraktion nicht.

Dieser Vorgang macht deutlich, daß die CDU und die Landesregierung nicht nur nicht an der Spitze bei der notwendigen Strukturanpassung marschieren wollen, sondern noch nicht einmal das nachvollziehen, was andere vorgemacht haRau

ben. Dieser Vorgang ist ein weiteres Beispiel dafür, daß die Landesregierung hinnimmt, wenn sich die Schere zum Bundesdurchschnitt und zu anderen Bundesländern weiter öffnet. Der immer wieder angeführte, unzulässige Vergleich zu Stadtstaaten oder zu anderen Ländern, die noch größere Strukturprobleme haben, kann nicht über Versäumnisse in Niedersachsen hinwegtäuschen.

(Glocke des Präsidenten.)

Wir begrüßen im übrigen, daß die SPD den Versuch unternimmt, unseren Antrag noch einmal zum Leben zu erwecken. Aber er ist im Grunde schon durch die Entscheidungen der Mehrheitsfraktion gestorben; denn im Abstimmungsverfahren gibt es eine Reihenfolge, nach der es dazu gar nicht mehr kommen wird. Falls die CDU ihre Truppen jedoch nicht zusammenbekommt — das darf ich Ihnen sagen —, werden wir Ihrem Antrag zustimmen. Wir wollen das, was in der Beschlußempfehlung des Ausschusses übriggeblieben ist,

(Glocke des Präsidenten)

allerdings nicht behindern. Wir wollen aber mit Nachdruck anmerken, daß wir wesentlich mehr wollen als das, was letztendlich übriggeblieben ist.

(Beifall bei der FDP. — Hirche [FDP]: So ist es!)

Vizepräsident Warnecke:

Herr Kollege Rau, manchmal reichen wohl optische und akustische Zeichen nicht aus!

(Kuhlmann [CDU]: Wenn Herr Rau erst einmal richtig in Fahrt ist!)

Das Wort hat der Abgeordnete Schrader.

Schrader (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Rau hat hier eben kritisiert, daß dieser Antrag vom 8. Januar 1985 erst ein Jahr später endgültig verabschiedet wird. Herr Rau, ich habe das Gefühl, daß darunter auch Ihr Erinnerungsvermögen bezüglich dessen, was Sie ursprünglich mit diesem Antrag wollten, gelitten hat. In Ihrem Antrag steht nämlich überhaupt nichts von dem, was Sie hier gefordert haben. În dem Antrag steht nichts davon, meine Damen und Herren, daß verstärkt mittelständische Existenzen gegründet werden sollen. Das hat die CDU mit in den Antrag aufgenommen; ich komme darauf noch zu sprechen. Ich will Ihnen deswegen einmal erläutern, was tatsächlich in dem Antrag steht.

Der Antrag enthält zwei Punkte. Einmal fordert er den Abbau von Vorschriften bzw. die befristete Aussetzung von Vorschriften, auf die das Land selbst Einfluß hat. Und er fordert den Bund auf, auf diesem Gebiet etwas zu tun. Dieser Punkt ist unstrittig: er ist auch in dem neuen Entschließungsantrag enthalten. In dem zweiten Punkt geht es lediglich um ein Landesprogramm zur Gewährung einer Existenzgründungsprämie. Das heißt, hier wird ein minimaler Ausschnitt dessen angesprochen, was auf diesem Sektor getan werden kann. Herr Rau stellt sich nun heute, ein Jahr später, hier hin und fordert genau das, was die CDU-Fraktion in diesen Antrag eingefügt hat. Wir haben die Punkte 1 a und 1 b unverändert gelassen; wir haben lediglich eingefügt: einen weiteren Abbau. Damit wollten wir deutlich machen, daß diese Landesregierung, insbesondere Frau Breuel und ihr Haus, auf diesem Sektor schon außerordentlich viel getan hat.

(Kuhlmann [CDU]: Sehr richtig!)

Alles andere ist in den Punkten 1 a und 1 b unverändert geblieben. Im Punkt 2 - das ist unseres Erachtens ein wesentlicher Punkt —, der den gesamten Komplex anspricht, heißt es: eine vorrangige Berücksichtigung von Existenzgründern im Rahmen des Landesdarlehnsprogramms. Hier wird das, was eigentlich seit zwei Jahren zunehmend praktiziert wird, worauf der Kollege Haselbacher auch bei der Einbringung hingewiesen hat, noch einmal expressis verbis dargelegt. Es geht hier nicht um einen kleinen Ausschnitt, um eine weitere Prämie für eine begrenzte Übergangszeit, nein, hier wird deutlich gemacht, daß die Existenzgründung im Rahmen des Landesdarlehnsprogramms verstärkt und vorrangig berücksichtigt werden soll. Die Zahlen weisen aus, daß inzwischen knapp die Hälfte des Landesdarlehnsprogramms für Existenzgründungen ausgegeben wird.

(Rau [FDP]: Fremdkapital!)

— Ich komme auf den Punkt noch, Herr Kollege Rau. — Meine Damen und Herren, dies macht eigentlich deutlich, daß selbst der Antragsteller inzwischen weiter ist als sein ursprünglicher Antrag, das aber gleichzeitig nun kritisiert. Ich meine, wir sollten hier redlich miteinander umgehen und dann auch anerkennen, daß von uns in diesen Antrag eine wesentliche Verbesserung eingebracht worden ist.

Ich will aber noch einmal auf die vielen Gemeinsamkeiten eingehen, die es bei diesem Antrag letztlich gibt; der Kollege Engelhardt hat das schon deutlich gemacht. Bei Punkt 1 gibt es kaum Unterschiede. In Punkt 2 ist etwas dargestellt, was

wir alle wollen. Sozusagen in einem Nachsatz wird dann etwas aufgegriffen, was in der Zwischenzeit in der Tat bereits erfüllt worden ist, nämlich das am 1. August 1985 in Kraft gesetzte Programm zur Ansparförderung von Existenzgründungen. Dieses Programm ist im Bund nach dem Einbrungungstermin dieses Antrages verabschiedet worden. Es entspricht in etwa dem Bausparförderprogramm. Mit diesem Programm wurde von Anfang an nicht die Absicht verfolgt, Existenzgründer sofort zu unterstützen, Existenzgründer, die sozusagen morgen anfangen wollen. Diese Leute, die es immer gegeben hat und immer geben wird, können in ganz andere Programme einsteigen, in vorhandene Programme. Bei den Existenzgründern im Sinne des Ansparförderprogramms geht es um die jungen Leute, die nach dem Abschluß ihrer Ausbildung zunächst in einen größeren Betrieb gehen, die sich dort die ersten Erfahrungen aneignen wollen, aber schon überlegen, daß sie sich vielleicht in vier, fünf, sechs Jahren selbständig machen könnten, die als Steuerpflichtige der Klasse 1 möglicherweise auch schon relativ hohe Einkommensteuer zahlen müssen. Denen soll die Möglichkeit gegeben werden, nicht nur wie bisher für ein zukünftiges Haus zu sparen, sondern dafür zu sparen, daß sie sich in der Zukunft selbständig machen können. Genau um diese Leute geht es. Es war von Anfang an Bestandteil dieses Programms - wer die Protokolle über die Debatten in Bonn gelesen hat, weiß das —, daß mit einem gewissen Vorlauf die ersten Wirkungen des Programms erst in einigen Jahren eintreten können. Für diejenigen, die sofort etwas tun wollen, war und ist dieses Programm nicht gedacht.

Im übrigen möchte ich noch sagen: Wir sind hier nicht nur sozusagen in einer politisch heilen Welt, sondern wir müssen auch einmal folgendes deutlich machen. Herr Kollege Rau, warum hat denn Ihr Wirtschaftsminister — seit 1969 stellen Sie in Bonn die Wirtschaftsminister — nicht in den 70er Jahren verschiedene Initiativen der Mittelstandsvereinigung der CDU in Bonn aufgegriffen, die genau darauf abgezielt haben? Wenn sich Graf Lambsdorff nicht zum Erhard der 80er Jahren einer gewesen wäre, dann hätte er den Beifall der CDU bekommen, wenn er das gemacht hätte, was wir damals gewollt haben.

(Zuruf von Hildebrandt [FDP].)

Jetzt hat die Regierung gewechselt, jetzt machen wir das gemeinsam, und jetzt kritisieren ausgerechnet Sie das. Das hätten Sie damals in Ihren eigenen Reihen vielleicht auch zu einer wesentlichen politischen Maßnahme machen sollen. Viel-

leicht wollten Sie auch bei diesem Thema die Politik praktizieren, daß der Schwanz mit dem Hund wackelt, was Sie sonst ja auch in anderen Bereichen tun.

(Schlotmann [CDU]: Das ist große Politik!) Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal auf die Nrn. 1a und 1b eingehen. Dabei ist wohl weniger der Abbau von Vorschriften angesprochen. Auch der Kollege Arens hat darauf hingewiesen. Es gibt eine ganze Reihe von Vorschriften, die, für sich gesehen, durchaus vernünftig sind. Ich denke, es geht mehr um die Anwendung dieser Vorschriften. Wir müssen unsere Verwaltungen dazu bringen, daß sie politische Absichten, die im Landtag geäußert werden, nicht durch eine anderslautende oder konterkarierende Anwendung vor Ort, in den Kreisen, Kommunen usw., ins Gegenteil verkehren. Wir erleben heute sehr oft, daß etwa bei den Bauvorschriften bestimmte Absichten bekundet werden. daß die Beamten diese Vorschriften dann aber richtig schön minutiös durchführen, sie also nicht im eigentlichen Sinne anwenden, sondern nach dem Motto "dies und dies und dies muß so sein" in ganz krasser Form durchsetzen.

Wir stimmen überein, wenn es darum geht, daß bestimmte Dinge nicht unbedingt zu Beginn vorhanden sein müssen. Herr Kollege Rau hat einige Beispiele genannt. Das Beispiel mit den Toiletten könnte man auch auf uns übertragen. Als Abgeordnete bekommen wir zu Hause viel Besuch. Ich weiß nicht, wann der Zeitpunkt kommt, zu dem man aufgrund der Tatsache, daß es Männer und Frauen sind, die uns besuchen, die Aufforderung ausspricht, daß auch Abgeordnete getrennte Toiletten haben müssen. Das wäre konsequenterweise so, wenn man davon ausgeht, daß schon ein Zweimannbetrieb mit einer weiblichen und einer männlichen Kraft zwei verschiedene Toiletten benötigt.

(Schlotmann [CDU]: Hast du kein Gästeklo zu Hause?)

Ich denke, wir sind uns einig, daß hier flexibler vorgegangen werden und die Bürokratie die Vorschriften großzügiger anwenden muß.

Zum Kapitalbedarf möchte ich noch eine kurze Anmerkung machen. Ich habe schon vor zwei Jahren auf das venture capital als Risikokapital in der Wirtschaft hingewiesen.

(Glocke des Präsidenten.)

Die Praxis hat leider gezeigt, daß die Banken, die hier tätig geworden sind, nicht das erreicht haben, was sie uns versprochen haben und was wir uns davon versprochen haben. Wir haben uns Schrader

neulich über die drei Fonds, die es in Hannover gibt, informiert, nämlich über RBI, Hannover-Fonds und NordGI. Dabei sind erschreckende Zahlen herausgekommen. Ich möchte sie anhand eines Beispiels nennen. Die NordGI hat uns mitgeteilt, daß ihr seit gut einem Jahr 50 Anträge vorliegen, die sie bearbeitet, wobei es zu vier Abschlüssen gekommen ist. Dabei sind Beträge zwischen 165 000 und 600 000 DM gewährt worden. Bei 40 Anträgen sind insgesamt vielleicht 1,5 Millionen DM gewährt worden.

(Glocke des Präsidenten.)

Wenn ich mir vorstelle, welches Material bei diesen Anträgen zusammenzustellen war, dann haben diese Anträge möglicherweise schon 1 Million DM an Verwaltungskosten verursacht, während nur 1,5 Millionen DM Risikokapital bewilligt worden ist. Das kann nicht Sinn und Zweck unserer Forderung sein, daß in der Wirtschaft mehr Risikokapital gebraucht wird. Ich muß feststellen, daß das, was dort geschieht, aus meiner Sicht — das möchte ich so deutlich sagen — zumindest gegenwärtig noch Etikettenschwindel und sonst überhaupt nichts ist.

Ich möchte abschließend deutlich machen, daß wir dem Änderungsantrag der SPD, dem sich die anderen Fraktionen angeschlossen haben, nicht zustimmen können, weil er im Prinzip nichts anderes als unser geänderter Antrag aussagt. Er bezieht die Betriebe der Selbstverwaltungswirtschaft ein. Wir haben deutlich gemacht, daß diese Betriebe, wenn sie - ich sage bewußt - eine seriöse Konzeption haben, auch schon heute gefördert werden können, so daß wir die nicht gesondert aufzuführen brauchen. Wir haben weiter deutlich gemacht, daß ein Landesprogramm zur Gewährung der Existenzgründungsprämie zusätzlich nicht erforderlich ist, weil die Konzeption dieses Ansparprogramms unseren Intentionen nicht entspricht.

Wir werden diesem Antrag also nicht zustimmen. Ich bitte Sie, der Beschlußempfehlung zu dem Antrag der FDP Ihre Zustimmung zu geben.

— Danke schön.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Herr Kollege Schrader, auch für Sie gilt das, was ich bereits dem Kollegen Rau gesagt habe. Akustisch und optisch war Ihre Redezeit längst abgelaufen.

(Senff [SPD]: Herr Präsident, er hatte doch nur Angst, daß zuwenig Leute da sind! — Schlotmann [CDU]: Der kann nur schwarz sehen! Da müssen wir eine schwarze Lampe hinsetzen!)

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mit nicht vor. Ich schließe die Besprechung.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr in der Drucksache 5535 entfernt sich inhaltlich am weitesten von dem Antrag. Nach unserer Geschäftsordnung ist zunächst über die Beschlußempfehlung abzustimmen.

> (Hirche [FDP]: Es ist schade, daß nicht zuerst über den weitergehenden Antrag abgestimmt wird!)

Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 5535 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke.

(Senff [SPD]: Das sind aber wenige!)

Ich bitte um die Gegenprobe. — Danke. Enthaltungen? — Danke. Der Beschlußempfehlung des Ausschusses ist gefolgt worden. Sie ist damit angenommen. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 5594 abgelehnt.

Ich rufe nunmehr auf den Tagesordnungspunkt 21:

Zweite Beratung: Errichtung eines Untersuchungszentrums für hochgiftige Umweltchemikalien — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 10/2785 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Umweltfragen — Drs 10/5533

Für die Beratung dieses Antrages stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 30 Minuten zur Verfügung. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: CDU und SPD jeweils bis zu acht Minuten, Grüne und FDP jeweils bis zu vier Minuten.

Der Antrag der Fraktion der Grünen wurde am 14. Juni 1984 im Vorwege an den Ausschuß für Umweltfragen zur Beratung und zur Berichterstattung überwiesen. Als Berichterstatter ist der Abgeordnete Hildebrandt vorgesehen. Er hat seinen Bericht zu Protokoll gegeben.

(Zurufe: Bravo!)

(Zu Protokoll:)

Hildebrandt (FDP), Berichterstatter:

Mit der Beschlußempfehlung in der Drucksache 5533 schlägt Ihnen der Ausschuß für Umweltfragen vor, den Antrag der Fraktion der Grünen, durch den die Landesregierung aufgefordert werden soll, die Errichtung eines Untersuchungszentrums für hochgiftige Umweltchemikalien zu veranlassen, abzulehnen. Diese Empfehlung ist im federführenden Ausschuß für Umweltfragen mit den Stimmen der CDU-Vertreter und des der FDP-Fraktion angehörenden Ausschußmitgliedes beschlossen worden. Die Vertreter der SPD-Fraktion haben sich der Stimme enthalten. Der mitberatende Ausschuß für Sozial- und Gesundheitswesen ist dem Votum ohne weitergehende inhaltliche Diskussion mit Mehrheit gefolgt.

Ziel des den Ausschüssen am 14. 6. 1984 im Vorwege zur Beratung überwiesenen Antrages - so hatten die Vertreter der Fraktion der Grünen in den Beratungen erklärt — sei es, das Land zu veranlassen, ein eigenes Untersuchungszentrum zu schaffen, das die erforderlichen analytischen Nachweise verschiedener hochgiftiger Stoffe erbringen könne. Zugleich solle dieses Zentrum in der Lage sein, die toxischen Wirkungen verschiedener Umweltchemikalien zu beurteilen. Der Fraktion der Grünen komme es darauf an, daß in einem solchen unabhängigen Zentrum sowohl Überwachungsaufgaben wahrgenommen als auch die notwendigen Forschungen betrieben werden könnten. Denn bislang habe sich immer wieder gezeigt, daß in Niedersachsen keine Möglichkeit bestehe, Substanzen wie etwa Dioxine oder Furane zu analysieren. Selbst die zuständigen Überwachungsbehörden seien bei Schadstoffuntersuchungen auf die Zuarbeit auswärtiger privater Einrichtungen angewiesen. So gesehen, könne der Antrag auch als Versuch, Spitzenforschung in Niedersachsen zu betreiben, angesehen werden. Denn durch Einrichtung eines Untersuchungszentrums ließen sich die Vorarbeiten, die an verschiedenen niedersächsischen Hochschuleinrichtungen bereits geleistet worden seien, sinnvoll weiterentwickeln.

Die um Stellungnahme gebetenen Ministerialvertreter haben dazu in den Ausschußberatungen vorgetragen, zwischen den zuständigen Ressorts der Landesregierung bestehe Einvernehmen, daß die Überwachung hochgiftiger Stoffe weiterhin zu den Fachaufgaben des Sozialministeriums, des Landwirtschaftsministeriums und des Ministeriums für Bundesangelegenheiten gehören müsse. Entsprechende Überwachungsfunktionen würden von den Ressorts auch bereits wahrgenommen. So führe das Ministerium für Bundesangelegenheiten etwa in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Immissionsschutz Schadstoffuntersuchungen durch. Die Analysen selbst würden zwar derzeit noch durch fachkundige externe Institute vorge-

nommen. Angestrebt werde aber, die Untersuchungen künftig im Landesamt selbst vorzunehmen. Das Sozialministerium habe bereits ein Dioxinlabor mit der erforderlichen technischen Ausstattung beim Chemischen Untersuchungsamt Oldenburg geschaffen; dort könnten künftig Lebensmittel auf Dioxine und Furane untersucht werden. Entsprechendes gelte für den Geschäftsbereich des Landwirtschaftsministers.

Beabsichtigt sei, dem Landesamt für Wasserwirtschaft im Zuge des Neubaues eines Labortraktes ebenfalls entsprechende Analysemöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Die toxikologische Forschung solle allerdings auch künftig, von den Überwachungsaufgaben getrennt, bei den entsprechenden Hochschuleinrichtungen des Landes verbleiben.

Die CDU-Ausschußmitglieder legten dar, aus den Ausführungen der Regierungsvertreter sei für sie hinreichend klargeworden, daß es einen Handlungsbedarf im Sinne des Antrages der Fraktion der Grünen nicht gebe. Für die Überwachungsaufgaben des Landes seien bzw. würden die jeweiligen Fachbehörden den speziellen Anforderungen entsprechend ausgestattet. Unter Berücksichtigung der vorhandenen privaten Institute sowie der Aktivitäten etwa der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung in Braunschweig, die wohl auf die Einrichtung eines Analysezentrums hinausliefen, bestehe auch für den Bereich der Forschung kein weiterer Bedarf.

Dieser Einschätzung vermochten sich die Vertreter der SPD-Fraktion nicht anzuschließen. Zwar habe sich nach ihrem Eindruck die bisherige Haltung der Landesregierung zur Überwachung und Erforschung von Umweltchemikalien seit Beginn der Beratungen des Antrages gewandelt. Die von den Ministerialvertretern erläuterten Maßnahmen deuteten dies jedenfalls an. Gleichwohl sei es weiterhin erwägenswert, auf dem Gebiet der Erforschung von hochgiftigen Umweltchemikalien eine Einrichtung zu schaffen, die die Forschungsvorhaben koordiniere. Diesem Aspekt trage der Antrag der Fraktion der Grünen allerdings nicht genügend Rechnung. Die SPD-Fraktion prüfe deshalb noch, ob sie zur abschließenden Beratung im Plenum einen Änderungsantrag vorlegen werde.

Auch das der Fraktion der FDP angehörende Ausschußmitglied hielt es für wünschenswert, wenn sich die Hochschulen des Landes stärker der Erforschung der umweltbelastenden Chemikalien annähmen. Dann bedürfe es lediglich noch der Koordination zwischen Überwachung und Forschung, nicht jedoch der Einrichtung des von der

Hildebrandt

Fraktion der Grünen für notwendig erachteten Untersuchungszentrums. Aus der Sicht der FDP-Fraktion sei der Antrag deshalb ebenfalls abzulehnen.

Ich schließe meine Berichterstattung mit der Bitte, der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Umweltfragen zu folgen, das heißt, den Antrag abzulehnen.

Vizepräsident Warnecke:

Ich eröffne die Besprechung. Dazu liegt mir die Wortmeldung der Abgeordneten Frau Garbe vor.

Frau Garbe (Grüne):

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Nachdem meine Fraktion im Frühjahr 1984 den Antrag auf Errichtung eines Untersuchungszentrums für hochgiftige Umweltchemikalien gestellt hatte, war hinter den Kulissen doch eine gewisse Rührigkeit zu vermerken. Mehr noch: Die Landesregierung hatte bei der Tierärztlichen Hochschule Hannover und bei der Universität Göttingen sogar gefragt, ob dort die Möglichkeit für die Einrichtung eines solchen toxikologischen Analysezentrums bestehe, was bejaht wurde. Es gab letztlich auch Bewerber, unter anderem die Universität Göttingen. Professor Meller sicherte optimale Möglichkeiten für eine solche Aufgabe zu und unterstrich eindringlich die Notwendigkeit eines Analysezentrums.

Im Februar 1985 hatte das Ministerium für Bundesangelegenheiten in Abstimmung mit dem Sozialministerium fünf Institutionen vorgeschlagen, die je einen Vertreter zu einer geplanten Anhörung in die Ausschußsitzungen entsenden sollten. Das Ganze wurde dann zu einem Riesenberg aufgebauscht, wobei letztendlich zwölf Professoren und Experten von den unterschiedlichsten Institutionen gehört werden sollten. Meine Herren und Damen, der Berg kreißte dann irgendwann und gebar ein Mäuslein. Das Chemische Untersuchungsamt in Oldenburg bekam nämlich ein Untersuchungslabor für Dioxine in Lebensmitteln und Muttermilch. Wahrlich eine "umfassende" Aufgabe!

Selbstverständlich müssen Lebensmittel und Muttermilch auf Dioxine hin untersucht werden. Aber hieran zeigt sich doch wieder einmal, daß die Landesregierung überhaupt nicht verstanden hat und, dickköpfig wie sie ist, überhaupt nicht verstehen will, daß es bei den Dioxinuntersuchungen überhaupt nicht daraum gehen kann, am Schluß die Symptome möglichst gut charakterisieren zu können, sondern daß es darum geht,

die Ursachen der Dioxinentstehung und das Verhalten von Dioxinen und anderen vergleichbaren Ultragiften wirklich beurteilen zu können. Wir Grünen haben es satt, immer neue Umweltskandale aufdecken zu müssen. Wir haben kein Interesse an der Chemikalie des Monats.

(Lauenstein [CDU]: O doch! — Maatmann [CDU]: Sonst hättet ihr doch nichts zu tun!)

Wir wollen endlich eine vorausschauende Forschung haben, die sich an dem Besorgnisprinzip orientiert. Das leistet keine einzige der Institutionen, die Minister Cassens in der Antwort auf die Jubelanfrage der CDU-Fraktion zum Thema "Umweltschutz durch Wissenschaft und Forschung" aufgezählt hat.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Daß die Landesregierung mit dem Labor zur Untersuchung von Dioxinen in Lebensmitteln jetzt eine wirkungsvolle Dioxinkontrolle vortäuschen will, ist eine pure Unverschämtheit.

Meine Herren und Damen, die Absichten der Landesregierung und der Mehrheitsfraktion lassen sich in fünf Punkten kurz zusammenfassen.

Erstens. Die Landesregierung mißbraucht Wissenschaft, um die Öffentlichkeit zu täuschen und die Versäumnisse bei Kontrolle und Überwachung zu verschleiern.

(Zustimmung bei den Grünen. — Maatmann [CDU]: Eine böse Unterstellung!)

Zweitens. Die Landesregierung will keine Spitzenforschung in Niedersachsen, die dem Menschen dient, denn gute Wissenschaftler sind auch immer unbequeme Wissenschaftler.

(Beifall bei den Grünen.)

Die Abwanderung guter Wissenschaftler nach Süddeutschland und ins Ausland wird also weitergehen.

(Kuhlmann [CDU]: Warum, glauben Sie, gehen die nach Süddeutschland?)

Drittens. Die Landesregierung ist an echter Wissenschaft nicht interessiert. Die Zerstörung der Lebensgrundlagen, die Vergiftung von Wasser, Boden und Luft sollen nicht erforscht werden.

Viertens. Die Landesregierung hat ein Interesse daran, daß die Bevölkerung eine diffuse Angst vor Umweltgiften hat und sich somit nicht unmittelbar gegen Umweltschädiger wehrt.

(Beifall bei den Grünen.)

Fünftens. Die Landesregierung hat kein Interesse daran, tatsächlich etwas gegen die Umweltzerstörung zu tun. Statt die Ursachen der Entstehung und Verbreitung der Ultragifte zu untersuchen, soll mit weder sachlich noch fachlich ausreichenden Mitteln lediglich ein Bruchteil der Gifte dann untersucht werden, wenn diese in Lebensmitteln und in der Muttermilch angekommen sind.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Das ist eine die Lebensinteressen des Menschen ignorierende und gegen die natürlichen Grundlagen gerichtete Politik. Diese gehört schleunigst abgeschafft! — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen. — Maatmann [CDU]: Endlich wissen wir's!)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Hildebrandt.

Hildebrandt (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann es wohl relativ kurz machen; denn der Vorschlag der Grünen bezieht sich im wesentlichen auf die Organisationsform, unter der Umweltchemikalien in Niedersachsen erfaßt und erforscht werden, und nicht auf die Tatsache selbst, daß so etwas notwendig ist. Das wird von den Grünen nicht bestritten, sondern gefordert.

Ich meine, man kann durchaus die Dickfelligkeit der Landesregierung ansprechen, Frau Garbe; aber Ihre Dickfelligkeit ist sicherlich mindestens ebenso groß, wenn Sie nicht einsehen, daß wir aufgrund der guten Forschung in allen möglichen öffentlichen und privaten Instituten erst auf diesen Stand der Erkenntnis gekommen sind, von dem aus Sie nun operieren und argumentieren können.

Ich meine, daß man die wissenschaftlichen Institute und Institutionen vielleicht noch weiter ausbauen sollte, als es heute der Fall ist, und ihnen vielleicht auch noch mehr Möglichkeiten personeller und sächlicher Art geben sollte. Das ist gar keine Frage. Aber es kann doch jetzt nicht einen Streit darum geben, was nun wirklich notwendig ist,

(Frau Garbe [Grüne]: Das ist notwendig!) ob wir ein organisiertes Zentrum brauchen oder ob wir auf den wissenschaftlichen Wettbewerb in den jeweiligen Instituten vertrauen, ob das nun innerhalb der Hochschule oder in privaten Institutionen geschieht.

Ich bin über Ihre Forderung etwas erstaunt. Die Grünen selbst und die ihnen nahestehenden Organisationen greifen doch im Augenblick auf private Institute zurück.

(Matthes [Grüne]: Warum wohl, Herr Hildebrandt? Das hat doch eine Ursache!)

— Offenbar sind diese Institute doch so gut, daß Sie sich auf deren Ergebnisse berufen.

(Matthes [Grüne]: Die sind zum Teil von uns gegründet worden! — Kuhlmann [CDU]: Gefälligkeitsgutachten für die Grünen!)

— Das mag ja sein. Mit welcher Motivation das geschieht, lasse ich dahingestellt. Die Institute sind jedenfalls so gut, daß man deren Ergebnisse hier gebraucht.

Die Grünen wollen nun aber diese privaten Institute mit der Gründung eines Zentrums aufheben.

(Widerspruch bei den Grünen.)

— Frau Garbe, Sie fordern ein entsprechendes Zentrum. In der Begründung zu Ihrem Antrag stellen Sie das als eine bessere Möglichkeit dar.

Uns kommt es darauf an, daß die Möglichkeiten der Wissenschaftler ausgebaut und verbessert werden und daß das notwendige Instrumentarium für das Land Niedersachsen vorhanden ist, damit den entsprechenden Erfordernissen Rechnung getragen werden kann. Wichtiger als die Schaffung eines Zentrums ist unserer Meinung nach, daß die unterschiedlichen Organisationen innerhalb der Landesregierung und damit auch der Zugriff auf die Ergebnisse besser koordiniert werden. Erforderlich ist also eine bessere Koordinierung der Funktionen innerhalb der Landesregierung im Umweltbereich.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP]. — Zuruf von Matthes [Grüne].)

Damit kommen wir sehr viel weiter, als wenn wir hier eine neue Zwischenebene schaffen. Wir haben im Umweltausschuß auch gehört, Frau Garbe, daß sich das eine oder andere schon ergibt.

Ich sage abschließend noch einmal, es ist wichtig, die sächliche und personelle Ausstattung der vorhandenen Institutionen zu stärken, die Institutionen weiter zu pflegen und die Umsetzung der Daten und Forschungsmöglichkeiten in die konkrete Politik zu verbessern. Die Kompetenzen und Funktionen innerhalb der Landesregierung müssen gebündelt werden, damit die Daten entsprechend eingesetzt werden können.

(Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Warnecke

Vizepräsident Warnecke:

Als nächster hat der Abgeordnete Thölke das Wort.

Thölke (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist bedauerlich, daß der zuständige Minister diese Debatte nicht verfolgt.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.

— Campen [Grüne]: Bravo!)

Er ist leider nicht hier. Das bedauere ich.

(Campen [Grüne]: Mißachtung des Parlaments! — Gegenruf von Kuhlmann [CDU]: Höchstens der Grünen! — Dr. Stratmann [CDU]: Wer ist der zuständige Minister?)

Wir unterstützen die Einrichtung eines Dioxinlabors in Oldenburg. Wir halten dies für richtig, ja sogar für überfällig,

(Zustimmung von Matthes [Grüne])

nachdem festgestellt worden ist, welche Auswirkungen Dioxine — —

(Dr. Stratmann [CDU]: Da ist Minister Schnipkoweit! Machen Sie mal die Augen auf! — Weitere Zurufe.)

— O ja. Es gibt aber noch einen anderen zuständigen Minister.

(Unruhe bei der CDU. — Kuhlmann [CDU]: Keine faulen Ausreden!)

Auch der Minister für Wissenschaft und Kunst ist nämlich angesprochen, da es um Forschungsinstitute geht.

> (Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Zuruf von Kuhlmann [CDU].)

Was die Einrichtung eines Dioxinlabors angeht, ist er die richtige Adresse. Das stimmt schon. Das Thema müßte aber auch für den Landwirtschaftsminister von Interesse sein; denn es geht hierbei um Lebensmitteluntersuchungen, die notwendig sind.

(Hattmann [CDU]: Wo ist der Oppositionsführer?)

Dies liegt in der Zuständigkeit des Landes. Das ist eine Aufgabe, die das Land verantwortlich wahrnehmen muß.

(Zuruf von Matthes [Grüne].)

Die Einrichtung des Instituts ist notwendig geworden, nachdem festgestellt worden war, welche Auswirkungen Dioxine auf die Gesundheit der Menschen haben können Die Kapazität der Einrichtung ist natürlich begrenzt. Wegen der Schwierigkeit der Analyse können dort pro Jahr nur etwa 150 bis 180 Proben untersucht werden.

Was die Grünen wollen — Frau Garbe hat das auch im Ausschuß ausführlich erläutert —, ist ja mehr als nur eine praktische Laboruntersuchung. Vielmehr geht es darum, daß auf dem Gebiet der Lebensmittel und der hochgiftigen Chemikalien sowie hinsichtlich der Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen Forschung betrieben wird. Ich meine, es hätte dem Land gut angestanden — wir alle wollen, daß die Forschung auf diesem Gebiet verstärkt wird —, wenn es angesichts der hier bestehenden ausgeprägten Agrarstruktur und der damit verbundenen großen Produktion von Lebensmitteln die Forschung entsprechend intensiviert hätte.

(Zustimmung von Matthes [Grüne].)

Die Voraussetzungen dafür sind zum Teil bereits gegeben. Das ist auch in dem Antrag angesprochen worden. Wir haben hier in Hannover die Tierärztliche Hochschule, die Universität und die Medizinische Hochschule.

Ich meine, wenn jetzt ein solches Dioxinlabor in Oldenburg eingerichtet worden ist, dann sollten diese Institutionmen in die Arbeit einbezogen werden. Hierbei geht es um eine Forschungsaufgabe, die zu übernehmen dem Land Niedersachsen gut anstünde. Ich bedauere außerordentlich, daß die Landesregierung offenbar nicht mehr die Kraft, die Fähigkeit oder den Mut hat, entsprechende Forschungen zu unterstützen. Die Fraktion der SPD unterstützt den Antrag der Fraktion der Grünen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Professor Dr. Freytag.

Dr. Freytag (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD rutscht also weiter den Grünen entgegen;

> (Beifall bei der CDU — Große Unruhe bei der SPD — Kuhlmann [CDU]: Auf Knien! — Campen [Grüne]: Ausgerechnet, wo Sie gerutscht sind! — Weitere Zurufe)

denn im Ausschuß haben sich die Vertreter der SPD-Fraktion der Stimme enthalten,

(Campen [Grüne]: Wo rutschen Sie noch hin?)

und jetzt unterstützen sie den Antrag der Grünen.

(Anhaltende Unruhe bei der SPD.)

Lassen Sie mich eine Bemerkung zu den Grünen machen. Frau Garbe hat hier soeben gesagt — das war ihr vierter Punkt —, die Landesregierung habe ein Interesse daran, daß eine diffuse Angst gegenüber Umweltschäden in der Bevölkerung entstehe.

(Matthes [Grüne]: Genau wie die "Bild-Zeitung"!)

Dieses Interesse haben ganz ausdrücklich Sie. Niemand weder bei der Landesregierung noch in der Landtagsfraktion der CDU noch in vielen anderen Fraktionen hat ein Interesse daran, daß die diffuse Angst vor Umweltschäden vermehrt wird, im Gegenteil, wir wollen den Abbau dieser Ängste

(Frau Garbe [Grüne]: Wir auch!)

Sie sagen ja in Ihrem Antrag, Ziel dieses Antrages sei es, das Land zu veranlassen, ein eigenes Untersuchungszentrum für die erforderliche Analytik zu schaffen, ein zweites Schwerpunktthema sei die Forschung, um nämlich die Wirkungen verschiedener Umweltchemikalien beurteilen zu können, eine dritte Aufgabe sei die Überwachung bei Schadstoffuntersuchungen. Unseres Erachtens - und das haben wir im Ausschuß ausführlich vorgetragen — sind genau diese Aufgaben im Lande Niedersachsen geregelt. Und zwar liegt die Überwachung bei den Ministerien. Das Sozialministerium wurde schon genannt. Hinzu kommen das Landwirtschaftsministerium und das Ministerium für Bundesangelegenheiten im jeweiligen Zuständigkeitsbereich. Außerdem haben wir das Landesamt für Immissionsschutz, das regelmäßig Schadstoffuntersuchungen durchführt.

(Frau Garbe [Grüne]: Wir wollen doch keine Messungen! — Schmidt [SPD]: Das ist aber alles ohne jede Grundlage!)

Herr Kollege Matthes, Sie sollten in Delmenhorst davon erfahren haben: Für den Bereich der Analytik, der bis jetzt nicht abgedeckt war, haben wir seit 14 Tagen nun eben das Dioxinlabor in Oldenburg, wo für immerhin 1 Million DM zunächst einmal das entsprechende Analysegerät und zusätzlich fünf Stellen etabliert worden sind, so daß jetzt dort die Dioxinanalysen und Furananalysen, die wir immer gefordert haben, durchgeführt werden können. Das findet jetzt statt, das ist sozusagen erledigt. Ich möchte an dieser Stelle auch sagen, daß wir als Oldenburger natürlich durchaus dankbar dafür sind, daß dieser wissen-

schaftlich-analytische Schwerpunkt nach Oldenburg vergeben worden ist.

Hinzu kommt Ihre dritte Forderung, die Forderung nach der toxikologischen Forschung. Diese toxikologische Forschung sehen wir zunächst einmal am besten in den Universitäten selbst und in den privaten Instituten angesiedelt. Herr Hildebrandt hat ja eben schon deutlich gemacht, daß wir die Schizophrenie nicht verstehen können, die Sie formuliert haben, indem Sie einerseits sagen, Sie wollten private Institute, andererseits aber sagen, Sie wollten ein landeseigenes Institut, das diese Angelegenheiten untersucht und erforscht. Neben den privaten Instituten und neben den Universitäten haben wir aber auch die Aktivitäten etwa der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung in Braunschweig zu nennen, die ebenso Analytik und Forschung auf diesem Gebiet betreibt.

(Bartels [SPD]: Was machen die denn?)

Im übrigen: Ob Jubelanfrage ja oder nein — wenn Sie das durchlesen, was wir nach der Mittagspause besprechen werden, sehen Sie, daß eine Fülle von Instituten und Institutionen angegeben ist, die genau das untersuchen, was Sie hier fordern, nämlich die Auswirkungen bestimmter Schadstoffe.

(Schmidt [SPD]: Das sind noch nicht einmal ausreichende Ankündigungen!)

- Das sind keine wortreichen Ankündigungen. Wenn Sie sich ein bißchen um die Forschung in Niedersachsen bemühen — wir werden das ja nachher besprechen —, dann werden Sie feststellen, daß sicherlich hier und da noch Mittelbedarf besteht. Es wäre auch lächerlich, wenn das nicht so wäre; das würde ja bedeuten, daß die Forscher angefangen hätten, phantasielos zu werden. Wissenschaftliche Phantasie zeigt sich eben auch in Forschungsanträgen. Und Forschungsanträge weisen meistens darauf hin, daß irgendwo Lücken sind, um deren Füllung es möglicherweise geht. Mit anderen Worten: Weder in der gegenwärtigen wissenschaftlichen Analytik noch in der Überwachung noch in der Forschung sehen wir hier einen Handlungsbedarf. Deswegen hat sich die CDU-Fraktion im Ausschuß auch zusammen mit der FDP-Fraktion eindeutig gegen diesen Antrag der Grünen ausgeprochen.

(Schmidt [SPD]: Wer ist denn nun aber wohin gerutscht?)

Vizepräsident Warnecke:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Besprechung.

Vizepräsident Warnecke

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 5533 zuzustimmen wünscht und damit den Antrag der Fraktion der Grünen in der Drucksache 2785 ablehnen möchte, den bitte ich, das durch ein Handzeichen zu bekunden. — Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Das erste war die Mehrheit. Der Ausschußempfehlung ist gefolgt worden.

Vereinbarungsgemäß rufe ich vor der Mittagspause noch den Tagesordnungspunkt 25 auf:

Zweite Beratung: Immissionsbelastung im Raum Dollbergen — Antrag der Fraktion der Grünen Drs 10/2013 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Umweltfragen — Drs 10/5512

Für die Beratung dieses Antrages stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 30 Minuten zur Verfügung. Dabei stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: CDU und SPD jeweils bis zu acht Minuten, Grüne und FDP jeweils bis zu vier Minuten.

Der Antrag der Fraktion der Grünen wurde am 11. Januar 1984 im Vorwege an den Ausschuß für Umweltfragen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen.

Berichterstatterin ist die Frau Kollegin Heinlein. Ich darf sie bitten, den Ausschußbericht zu erstatten.

Frau Heinlein (SPD), Berichterstatterin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie aus der Drucksache 5512 ersichtlich, empfiehlt Ihnen der Ausschuß für Umweltfragen mehrheitlich, den Antrag der Fraktion der Grünen, mit dem die Landesregierung aufgefordert werden soll, ein laufendes Forschungsvorhaben über Schadstoffbelastungen auf den Raum Dollbergen auszudehnen, abzulehnen. Der mitberatende Ausschuß für Haushalt und Finanzen hat sich dieser Empfehlung ohne weitere inhaltliche Diskussion mit den Stimmen der CDU-Mehrheit angeschlossen.

Zur Begründung des Antrages hatte die Vertreterin der Fraktion der Grünen in den Ausschußsitzungen vorgetragen, ihre Fraktion halte es für erforderlich, daß das seit 1977 laufende Forschungsvorhaben ausgeweitet werde, um in einem Sofortprogramm auch die Belastung von Flora und Fauna durch polychlorierte Biphenyle zu ermitteln, denn nach Aussage des Leiters dieses Forschungsvorhabens sei zwar bekannt, daß die PCB-Belastung der Umwelt kontinuierlich wachse. Genaue Untersuchungen über diese Stoffe und ihren Ein-

fluß auf Tiere, Pflanzen und Boden gebe es aber nicht. Im Hinblick auf die nach Ansicht der Fraktion der Grünen von der Altölraffinerie Dollbergen ausgehenden Emissionen solle diese Untersuchung schwerpunktmäßig dort stattfinden.

Die Vertreter der SPD-Fraktion legten im Ausschuß bereits zur ersten Beratung des Antrages im März 1984 einen Änderungsantrag vor. Wegen der zunehmenden Gefährdung der Umwelt durch PCB, so führten sie aus, sei es erforderlich, die Betreiberfirma der Altölraffinerie zu verpflichten. die Entstehung gesundheitsschädigender Emissionen bei der Verbrennung von Treibstoffrückständen durch technische Nachrüstungen auszuschließen. Der Landesregierung solle deshalb aufgegeben werden, dies durch entsprechende gewerberechtliche Auflagen und Meßprogramme sicherzustellen. Daneben spreche sich die SPD-Fraktion ebenfalls für die Ausweitung des im Antrag der Fraktion der Grünen erwähnten Forschungsprogrammes aus.

Angesichts einer Reihe noch offener Fragen zu dem laufenden Forschungsvorhaben hielten es die der CDU angehörenden Ausschußmitglieder für sinnvoll, zunächst den Leiter dieses Projektes im Ausschuß zu hören. Den Änderungsantrag der SPD-Fraktion hielten sie dagegen für ohne weiteres entbehrlich, denn das, was darin gefordert werde, sei exakt auch das, was die zuständigen Behörden im Rahmen der jeweils durchzuführenden Genehmigungsverfahren ohnehin zu prüfen und gegebenenfalls durch entsprechende Auflagen sicherzustellen hätten.

Zur Erläuterung hatten die zuständigen Ministerialvertreter in der Ausschußsitzung dazu vorgetragen, seit Herbst 1983 begleite das Land mit Hilfe des Lufthygienischen Überwachungssystems ein Forschungsvorhaben des Umweltbundesamtes. Mit diesen Untersuchungen wolle man Kenntnisse darüber gewinnen, ob unter Umweltschutzgesichtspunkten in Zukunft der Altölverbrennung oder aber der Aufarbeitung der Vorzug zu geben sei. Dabei würden auch polychlorierte Biphenyle analysiert.

Entgegen seiner ursprünglichen Absicht hat der Ausschuß für Umweltfragen die Beratung des Antrages dann im Herbst 1985 einvernehmlich ohne die zunächst vorgesehene Anhörung fortgesetzt. Die Vertreter des Landwirtschaftsministeriums legten in diesem sogenannten zweiten Beratungsdurchgang im Ausschuß dar, zwischenzeitlich seien im Rahmen des Forschungsprogramms, auf das sich der Antrag der Fraktion der Grünen, beziehe, 2500 Vögel und Eier untersucht worden. Mit diesen Untersuchungen werde man

landesweit feststellen können, inwieweit Vögel bzw. Eier durch Schadstoffe belastet seien und ob etwaige Schadstoffablagerungen gesundheitliche Beeinträchtigungen zur Folge haben könnten.

Die Vertreterin der Fraktion der Grünen machte geltend, ihrem Eindruck nach würden die möglichen Schädigungen durch PCB im Rahmen dieser Untersuchungen weiterhin vernachlässigt. Von örtlichen Bürgerinitiativen seien ihr Untersuchungsergebnisse zugegangen, die den Verdacht nährten, im Raum Dollbergen könnten Boden, Pflanzen und Tiere mit diesem Stoff belastet sein. Deswegen seien weiterhin spezielle Untersuchungen notwendig.

Dem hielten die Ministerialvertreter entgegen, ihres Wissens nach stammten die von der Bürgerinitiative gezogenen Bodenproben aus dem Bereich des Dollbergener Bahnhofsgeländes. Sie hätten ebenso wie eine dritte Probe aus diesem Bereich. die von einem anderen Institut analysiert worden sei, einen PCB-Gehalt von 1 ppm gehabt. In allen anderen zwischenzeitlich untersuchten Proben hätten keine polychlorierten Biphenyle nachgewiesen werden können. Daraus sei der Schluß zu ziehen, daß der relativ hohe Wert im Bereich des Bahngeländes nicht auf Emissionen der Altölraffinerie zurückzuführen sei. Vielmehr gebe es Hinweise darauf, daß auf dem Bahngelände früher einmal Schädlingsbekämpfungsmittel oder ähnliches ausgelaufen und in den Boden eingedrungen seien.

Die CDU-Ausschußmehrheit zog daraus den Schluß, es seien zwischenzeitlich die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, daß es im Raum Dollbergen nicht bzw. nicht mehr zu Umweltbelastungen durch Schadstoffe wie etwa PCB komme. Aus diesem Grunde hätten Untersuchungen über eventuelle Umweltschäden in dem betreffenden Gebiet lediglich noch dokumentarischen Charakter. Im Vergleich zu anderen Aufgaben genieße eine solche Untersuchung aber keine besondere Priorität. Die der CDU angehörenden Ausschußmitglieder sprachen sich deshalb für die Ablehnung des Antrags der Fraktion der Grünen aus.

Die Vertreter der SPD-Fraktion zogen zwar aufgrund der Darlegungen über die bereits von Amts wegen durchgeführten Prüfungen ihren Änderungsantrag zurück, unterstützten aber den Antrag der Fraktion der Grünen, da er nach ihrer Ansicht nach wie vor sinnvoll sei. Die geforderten Untersuchungen hätten keineswegs nur dokumentarischen Charakter.

Ein Vertreter der FDP-Fraktion war in der abschließenden Sitzung des Umweltausschusses nicht zugegen.

Mit den Stimmen der CDU-Ausschußmehrheit gegen die Stimmen der Vertreter der SPD-Fraktion und der Fraktion der Grünen empfiehlt Ihnen der Ausschuß für Umweltfragen aus den dargelegten Gründen die Ablehnung des Antrags. Als Berichterstatterin muß ich Sie bitten, dieser Empfehlung des Ausschusses zu folgen. — Danke.

(Heiterkeit. — Zustimmung von Dr. Stratmann [CDU].)

Vizepräsident Warnecke:

Ich danke der Kollegin Frau Heinlein für die Erstattung des Ausschußberichts. — Ich eröffne die Besprechung. Das Wort wird gewünscht von der Abgeordneten Frau Garbe.

Frau Garbe (Grüne):

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Gehen wir doch einmal so vor, wie die Landesregierung das immer macht. Angenommen, Sie haben irgendwo eine Fabrik, aus der jahraus, jahrein Dioxine abgegeben werden, und Sie wollen nicht wissen, wieviel Dioxin emittiert wird und wie groß der bereits eingetretene Umweltschaden ist. Dann untersuchen Sie irgendeine andere Chemikalie und behaupten, man könne vom Gehalt der anderen Chemikalien auf Dioxin schließen.

(Zuruf von Döring [CDU].)

Meistens ist dies unsinnig. Doch wie im Falle Uetze-Dollbergen wäre dies bei Untersuchungen von Bioindikatoren auf PCB ein brauchbarer Ansatzpunkt; denn PCB-Untersuchungen im Boden sind problematisch. Aber schließlich will die Landesregierung ja täuschen und nicht wissen, was tatsächlich los ist!

(Na, na! bei der CDU.)

Die Beweise für meine Bahauptungen mehren sich in erschreckender Weise.

Unser Antrag sah vor, daß die Landesregierung in einem Sofortprogramm — Frau Heinlein sagte das schon — die Belastung des Raums Uetze-Dollbergen feststellen lassen sollte, wo ja die Altölbeseitungsanlage seit Jahren arbeitet, wo auch Unfälle vorgekommen sind und wo sogar Säureharze verbrannt wurden. Die Belastung des Raumes zu untersuchen bedeutet, neben standorttreuen Tieren auch Nutztiere, Früchte, Getreide, Kartoffeln und Boden zu berücksichtigen.

Frau Garbe

Die Bürgerinitiative in Uetze-Dollbergen hat — mal wieder aus eigener Tasche bezahlt — zwei Bodenproben beim Bremer Umweltinstitut untersuchen lassen mit dem Ergebnis, daß die PCB-Belastung zwischen 5 und 38 Mikrogramm pro Kilogramm Boden lag und daß der Rat erteilt wurde, den Boden nicht mehr landwirtschaftlich zu nutzen. Erst daraufhin sah sich die Niedersächsische Landesregierung veranlaßt, Bodenproben aus dem Raum Dollbergen untersuchen zu lassen. Nun stehen wieder einmal zwei unterschiedliche Ergebnisse zur Diskussion. — Ich erwähnte diesen unhaltbaren Zustand ja bereits bei der Beratung des Gesetzentwurfs zum Akteneinsichtsrecht.

Es bliebt beim alten: Die Landesregierung sieht mal wieder keinen Handlungsbedarf. Diese Landesregierung ist umweltpolitisch eine Tragödie.

(Zuruf von der CDU: Na, so was! — Zuruf von Döring [CDU].)

Auf der einen Seite geht sie mit ihren Umweltprahlereien hausieren, auf der anderen Seite zieht sie sich mit den fadenscheinigsten Argumenten aus der Affäre, wenn es um die Abwehr von Belastungen unserer Umwelt geht.

(Beifall bei den Grünen.)

Unser Antrag wird mit Sicherheit auch deshalb abgelehnt, weil die Landesregierung befürchtet, die Ergebnisse der Untersuchungen könnten ihr Anschen bei den Bauern weiter sinken lassen. Die aber haben längst erkannt, meine Herren und Damen Kollegen und Kolleginnen von der CDU, wer sich für die Existenz der Bauern einsetzt. Sie nicht!

(Zuruf von der CDU: Aber die Grünen!)

Denn belastete Feldfrüchte und andere Erzeugnisse ruinieren die Existenz der Landwirte.

Ich fordere die Landesregierung auf: Kommen Sie endlich Ihrer Aufsichtspflicht nach, und schaffen Sie endlich Klarheit in der Region Dollbergen! Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen. — Zustimmung von Ravens [SPD] und von Kasimier [SPD].)

Vizepräsident Warnecke:

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hildebrandt

Hildebrandt (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Garbe, Sie machen es einem wirklich etwas schwer. Sie bringen das Ergebnis dieser Bodenprobe mit den hohen PCB-Werten und wissen doch ganz genau, daß diese Bodenprobe eben die besagte ist, die von dem Bahngelände genommen worden ist.

(Zuruf von Frau Garbe [Grüne].)

Es wäre natürlich eine unbillige Forderung, heute auch noch Bahngelände in die landwirtschaftliche Nutzung zu überführen, wenn wir eine Politik betreiben wollen, die landwirtschaftliche Flächen aus der Produktion nehmen will.

Ich glaube also, Sie können diese Argumentation hier nur schwer durchhalten. Sie haben eben nicht gesagt, Frau Garbe, daß in allen anderen Bodenproben aus dem Raum Dollbergen ein PCB-Gehalt nicht nachgewiesen werden konnte.

(Frau Garbe [Grüne]: Ich habe von unterschiedlichen Ergebnissen gesprochen!)

— Wobei Sie nur das eine nennen und dabei die in Ihrem Sinne negativen Ergebnisse nicht nennen.

(Zuruf von Frau Garbe [Grüne].)

- Nein, das mache ich eben nicht, Frau Garbe.

Es ist festgestellt worden — dem wurde im Ausschuß ja auch nichts entgegengehalten -, daß es bei diesem Unternehmen keine PCB-haltigen Emissionen mehr gibt und daß es ein entsprechendes fortlaufendes Untersuchungsprogramm aus dem Jahre 1983 gibt - das LÜN -, mit dem die Luft auf polychlorierte Biphenyle hin überwacht wird. Es wurde im Ausschuß auch unwidersprochen gesagt, daß es ein entsprechendes Untersuchungsprogramm über Vögel und Eier gibt. Ich meine, daß die Ergebnisse in der Tat im Rahmen dessen liegen, was in bezug auf nicht festgestellte PCB-Belastungen im Raum Dollbergen - mit Ausnahme eben dieses Bahngeländes - gesagt worden ist. Ich meine also, daß der Sachstand einen solchen Antrag, eine solche Erweiterung dieses Untersuchungsprogramms nicht rechtfertigt. Daher werden wir diesen Antrag auch ablehnen.

Ich meine, Frau Garbe, wenn man seinem politischen Gegner hier bewußte Täuschung unterstellt, muß man mit stärkeren Fakten kommen, als Sie sie hier vorgelegt haben. So läßt sich eine Unterstützung von unserer Seite nicht einholen!

— Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Thölke.

Thölke (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt einen Bericht des Bundesumweltamtes aus dem Jahre 1984 über polychlorierte Biphenyle. In diesem Bericht wird festgestellt, daß die Umwelt in der Bundesrepublik mit ca. 30 000 bis 40 000 t PCB belastet ist.

(Frau Garbe [Grüne]: Hört, hört!)

Verbreitungsquellen für dieses PCB können sein Mülldeponien, Müllverbrennungsanlagen, Altölverbrennungsanlagen, Industriemüllaufbereitungsanlagen und unter Umständen auch Öle aus der Altölaufbereitung.

In Dollbergen gibt es die größte Altölaufbereitungsanlage in der Bundesrepublik. Ich kann verstehen, daß die dortige Bevölkerung die Sorge hat, daß hier möglicherweise Belastungen vorliegen.

Der Neunte Parlamentarische Untersuchungsausschuß ist in Dollbergen gewesen und hat sich die Anlage angeschaut. Er hat auch mit der dortigen Gemeindeverwaltung und der dortigen Bürgerinitiative gesprochen. Ein Wunsch der dortigen Bürgerinitiative ist es gewesen, einmal zu untersuchen, ob nun tatsächlich eine Belastung vorliegt oder nicht. Ich meine, es ist weiß Gott keine übertriebene Forderung, wenn man einmal feststellen lassen will, ob die Umwelt in Ordnung ist oder ob es Belastungen gibt.

Uns liegt der Antrag der Grünen vor, der ganz konkret eine Ausweitung der Untersuchungen auf Vögel fordert, was Belastungen anbelangt. Es gibt hierzu bereits seit 1979 eine entsprechende Untersuchung im Lande. Sie wird im Auftrag der Landesregierung von der Tierärztlichen Hochschule Hannover durchgeführt. Dabei ist in verschiedenen Bereichen Niedersachsens festgestellt worden, wie stark die Belastung in den Tieren ist, die sich über die Nahrungskette anreichert. Hier bieten sich eben auch Vögel oder Eier an, um das feststellen zu können. Ähnliche Untersuchungen, die katastermäßig und rastermäßig durchgeführt worden sind, gibt es zum Beispiel auch in Nordrhein-Westfalen.

Es handelt sich hierbei also um eine Methodik, die sich im Prinzip durchaus bewährt hat. Es spricht nach Angaben von Experten auch überhaupt nichts dagegen, diese Methode auch für das Gebiet Dollbergen anzuwenden, um festzustellen, ob es dort Belastungen gibt oder ob es sie nicht gibt. Ich verstehe die Landesregierung überhaupt nicht, daß sie angesichts eines Forschungsprogramms, das jetzt läuft und das mit Landesbzw. Lotto-Toto-Mitteln von über 1 Million DM

gefördert wird, nicht bereit ist, das Untersuchungsfeld auch auf Dollbergen auszudehnen, was rund 60 000 DM kosten würde. Ich könnte mir vorstellen, daß sich die Sorge und das Mißtrauen der betroffenen Bevölkerung vergrößern werden, wenn der vorliegende Antrag abgelehnt wird.

(Beifall bei den Grünen.)

Die Bürger haben Sorge, daß die Umwelt belastet ist, und sie haben gegenüber der Landesregierung und der Obrigkeit Mißtrauen, wenn man eine solche Forderung, die Ausweitung des Untersuchungsfeldes, ablehnt. In diesem Falle könnte leicht vermutet werden, daß hier etwas verborgen werden soll. Das wäre bedauerlich. Wir werden dem Antrag der Grünen daher zustimmen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Dr. Stratmann.

Dr. Stratmann (CU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin über das Vorbringen der Vertreterin der Fraktion der Grünen wieder einmal sehr enttäuscht, Frau Garbe.

(Frau Garbe [Grüne]: So?)

Denn das, was Sie hier gesagt haben — die Landesregierung wolle täuschen —, empfinde ich als eine unerträgliche Beschimpfung. Ich glaube, die Bürger dieses Landes werden dies auch erkennen und werden Ihnen diese Polemik nicht abnehmen.

(Beifall bei der CDU. — Campen [Grüne]: Warten Sie es ab!)

Es geht um den Antrag der Fraktion der Grünen, ein Forschungsvorhaben, das im übrigen bereits seit 1977 läuft und nicht, wie von einigen Rednern gesagt wurde, seit 1986 oder seit 1979, auf ein bestimmtes Gebiet auszuweiten. In dieser Untersuchung sollen die Auswirkungen von Schadstoffen auf die Vogelwelt festgestellt werden. Dazu sind bisher rund 2 500 Vögel bzw. Eier untersucht worden. Ich glaube, es ist eine begrüßenswerte Sache, daß die Landesregierung diese weitsichtige Untersuchung angestellt hat.

Nun muß man sich allerdings fragen, ob es sehr sinnvoll ist, das Verfahren, von dem hier gesprochen wird, auf eine bestimmte, eng begrenzte Region zu übertragen. Dazu muß man zwei Fragen beantworten: Besteht erstens die Chance, daß

Dr. Stratmann

dort eine Verunreinigung vorhanden ist, und besteht zweitens die Chance, daß dort eine Verunreinigung austritt? Wenn das beides nicht der Fall sein sollte, dann, meine Damen und Herren, ist es sicherlich schade ums Geld. Wenn wir beliebig viel Geld hätten, könnten wir auch eine Untersuchung beginnen, die im Ergebnis nichts bringen kann. Wenn Sie nicht von einem bestimmten Zeitpunkt an eine zeitliche Analyse machen, bringt die Untersuchung von Vogeleiern gar nichts; dann können Sie nämlich eine Veränderung von Belastungen in keiner Weise feststellen.

Ich will darum versuchen, die zwei Fragen, die ich gestellt habe, kurz für Sie und die Öffentlichkeit zu beantworten. Zunächst: Besteht eine Verunreinigung im Raum Dollbergen? - Dazu muß man sagen: Ja, und zwar an einem Bahndamm. Dazu ist glaubhaft versichert worden, dort sei irgendwann einmal ein Unkrautvertilgungsmittel ausgelaufen. Die zwei von der Bürgerinitiative gebrachten Bodenproben sind genau in diesem Bereich genommen worden. Die Landesregierung hat daraufhin weiträumig im Gebiet Dollbergen Bodenproben untersuchen lassen und hat, so wie Sie auch, nur an dieser Stelle eine Belastung mit PCB festgestellt. Das Ergebnis ist von dem FDP-Kollegen in aller Sachlichkeit richtig dargestellt worden: 1 part per million, also 1 ppm, in einer einzigen Bodenprobe. Bei allen anderen ist PCB unterhalb der Nachweisgrenze, d. h. nicht vorhanden, nicht nachgewiesen worden. Das ist nach meiner Meinung die Antwort auf die Frage 1: Eine Verunreinigung besteht nicht.

Zweite Frage: Besteht die Gefahr einer Verunreinigung? Dazu muß man wissen, was dort gemacht wird. Da sehe ich schon wieder, Frau Garbe, wie Sie versuchen, Emotionen zu schüren statt sachliche Informationen zu geben. In der Begründung zu Ihrem Antrag schreiben Sie: "Die Firma Haberland ist . . . der größte Beseitiger von Altöl in Europa mit ca. 500 000 t Altöl pro Jahr." Damit erwecken Sie den Eindruck, das geschähe in Dollbergen. Nach Auskunft der Landesregierung hat die Dollbergener Anlage überhaupt nur eine Genehmigung für 120 000 t, und tatsächlich sind im Jahre 1983 nur 75 000 t dort behandelt worden. Das zunächst zu dem Eindruck, den Sie erwecken wollen.

Ich will jetzt aber die zweite Frage beantworten: Besteht die Gefahr einer Verunreinigung? — In Dollbergen werden Altöle raffiniert. Dabei wird in einer Art Destillation bei verschiedenen Temperaturstufen das Öl in mehrere Fraktionen aufgetrennt. Nun weiß man aus der Wissenschaft, daß polychlorierte Biphenyle einen Siedepunkt

zwischen 290 und 390 °C haben. Die dort zur Verbrennung anstehenden Treibstoffreste werden bei einer Temperatur von 150 °C destilliert. Ich bitte, sich das einmal auf der Zunge zergehen zu lassen.

(Kasimier [SPD]: Lieber nicht! — Heiterkeit.)

PCB verdampft bei rund 300 °C, die Destillationstemperatur der Treibstoffreste beträgt 150 °C, die Temperaturdifferenz 150 °C. Sie könnten ebensogut sagen, meine Damen und Herren, daß Wasser vom Eis verdampft; der Temperaturunterschied ist dort noch geringer. Es ist zunächst einmal also sehr wahrscheinlich, daß nur ein sehr geringer Dampfdruck herrscht und daß minimale Mengen destillieren.

Wie wird es dann verbrannt? — Die SPD hat einsehen müssen, daß dies in aller Vorsicht und Umsicht geschieht; denn alle Forderungen, die sie in ihrem Zusatzantrag gestellt hat, sind voll erfüllt. Weil sie sich davon überzeugen konnte, hat die SPD ihren Zusatzantrag zurückziehen müssen. Ich will aber für die Öffentlichkeit und für alle noch einmal schildern, was dort gemacht wird. Es wird der Treibstoffrest bei einer Temperatur von etwa 1 200 °C bei einer Verweildauer von größenordnungsmäßig einer Sekunde verbrannt. Das entstehende Abgas wird durch eine sorgfältige Abgaswäsche geleitet. Alle drei Bedingungen schließen aus, daß polychlorierte Biphenyle aus dem Schornstein entweichen können; denn die Bedingungen sind: genügend lange Aufenthaltsdauer in der Flamme, hohe Temperatur und Wäsche des Abgases. Alle drei Maßnahmen erfolgen. Das hat sogar das Gericht bescheinigt; denn es hat gesagt, daß die Sache in Ordnung ist. Ich darf hinzufügen: Der TÜV Hannover hat dort einen Probeversuch laufen lassen. Er hat sogar belastete Stoffe — mehrere Kilogramm oder mehrere Tonnen; die Zahl weiß ich jetzt nicht - unter Aufsicht über mehrere Stunden verbrennen lassen. Es war am Ausgang kein PCB nachweisbar. Das war auch die Voraussetzung dafür, daß das Gericht der Landesregierung recht gegeben hat.

Insofern stelle ich fest, meine Damen und Herren: Nach dem Stand der heutigen Erkenntnisse besteht keine Verunreinigung, und es besteht auch nicht die Gefahr einer Verunreinigung. Deswegen muß dort ein Vorhaben, das man normalerweise als vernünftig erklären kann, das aber Geld kostet, nicht hinkommen. Die CDU-Fraktion und die Landesregierung haben nichts gegen sorgfältige Untersuchungen. Ich bin sicher, bei dieser Landesregierung erfolgen diese Untersuchungen. Darum können wir dem Antrag der

Grünen nicht folgen; denn das wäre meiner Meinung nach Verschwendung von Steuergeldern. Ich bitte Sie, lehnen Sie den Antrag der Grünen ab, und folgen Sie der Auffassung des Ausschusses.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Meinsen für eine Minute.

Meinsen (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur zwei Anmerkungen zu dem, was Herr Stratmann gesagt hat. Erstens. Gerichtsentscheidungen besagen nur, daß etwas Stand der Technik ist. Der Stand der Technik hat dazu geführt, daß die Bundesrepublik in dem Maße mit PCB verunreinigt ist, wie das eben hier geschildert worden ist.

(Beifall bei den Grünen.)

Das muß man zunächst einmal feststellen.

Zweitens. Herr Stratmann, wenn Sie hier etwa den Dampfdruck anführen wollen, 150 bis 300 °C, so wissen Sie doch ganz genau, daß das Beispiel Wasser hier nicht greift; dazu sind Sie doch zu sehr Fachmann. Sie wissen, daß Wasser einen sehr engen Bereich hat zwischen dem Punkt, an dem es gefriert, und dem, an dem es siedet. Das trifft für Kohlenwasserstoffe in dem Maße nicht zu. Der Vergleich hinkt. Ich sage das jetzt einmal provokativ: Wenn Sie zu solch einem hinkenden Vergleich greifen müssen, dann schließe ich daraus, daß Sie ein schlechtes Gewissen haben!

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Warnecke:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Besprechung.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Umweltfragen — Drucksache 5512 — zustimmen will und damit den Antrag der Fraktion der Grünen — Drucksache 2013 — ablehnen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Ausschußempfehlung wurde gefolgt; der Antrag der Fraktion der Grünen ist damit abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir treten nunmehr in eine Mittagspause bis 14.30 Uhr ein. Ich unterbreche die Sitzung bis dahin.

Unterbrechung: 13.08 Uhr.

Wiederbeginn: 14.32 Uhr.

Präsident Dr. Blanke:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir setzen die Sitzung fort. Ich fühle mich fast so allein wie Sie da unten. Ich denke aber, das wird sich noch vervollständigen.

(Stock [CDU]: Gemeinsam sind wir wiederum stark, Herr Präsident!)

Hier liegt ein Zettel mit einer Wortmeldung des Abgeordneten Horrmann; aber das ist wohl ein Relikt von heute vormittag.

(Horrmann [CDU]: Nein, das gilt für jetzt!)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 22 auf:

Umweltschutz durch Wissenschaft und Forschung
— Große Anfrage der Fraktion der CDU vom
7. 10. 1985 — Drs 10/4982 — Antwort der Landesregierung — Drs 10/5707

Das Wort hat der Abgeordnete Horrmann.

Horrmann (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Umweltschutz ist — das ist unbestritten — eine politische Schwerpunktaufgabe geworden. Ich erinnere daran, daß die CDU bei umweltpolitischen Maßnahmen in den vergangengen Jahren erhebliche Anstrengungen und Aktivitäten unternommen hat, sei es auf Fachtagungen oder sei es auf einem Parteitag in Oldenburg im letzten Jahr, auf dem ein umweltpolitisches Programm verabschiedet worden ist. Die Landesregierung hat in der Umweltpolitik in den letzten Jahren eine Fülle von Einzelmaßnahmen auf den Weg gebracht.

Ziel und Zweck dieser Großen Anfrage ist es, den Beitrag, den Wissenschaft und Forschung zum Umweltschutz zu leisten haben, gemeinsam mit Ihnen zu debattieren. Unsere Zielsetzungen in der Umweltschutzpolitik liegen klar auf der Hand. Es geht darum, die eingetretenen Schäden in der Umwelt zu begrenzen. Dabei soll herausgestellt werden, welchen Beitrag Forschung und Wissenschaft dazu leisten können. Der weitere Schwerpunkt besteht darin, Umweltbelastungen zu verhindern. Dabei ist wiederum die Frage zu stellen: Was können Wissenschaft und Forschung dazu beitragen, daß zukünftig Umweltbelastungen verhindert werden?

Horrmann

Zur Durchsetzung umweltpolitischer Maßnahmen, meine sehr geehrten Damen und Herren, gehört zunächst einmal der große Bereich der politischen Entscheidungen, über die wir heute sicherlich nicht debattieren wollen. Ich will sie nur der Vollständigkeit halber an Einzelbeispielen anführen. Bei der TA Luft oder bei der Einführung des Katalysators haben politischen Setzungen dazu geführt, daß die Umweltbelastungen minimiert werden.

Zweitens. Durch wirtschaftliches Handeln muß es zu einem Einklang, zu einer Versöhnung von Ökologie und Ökonomie kommen. Hier werden wir zukünftig unsere Aufmerksamkeit auf die Produktionsverfahren lenken müssen. In diesem Bereich ist nun angewandte Forschung bei der Technologie gefordert und gefragt. Hinzu kommt der Bereich des Verbrauchs. Wir meinen, daß die Produkte auch verbraucherfreundlich und umweltfreundlich gestaltet werden müssen. Forschung und Wissenschaft haben hierzu einen erheblichen Beitrag zu leisten.

Der dritte Bereich hängt nicht unmittelbar mit der Großen Anfrage zusammen, ist aber für das Umweltbewußtsein von entscheidender Bedeutung. Es geht darum, entsprechende Erziehungsmaßnahmen einzuleiten, damit sich die Bevölketung und jeder einzelne von sich aus umweltbewußt verhält.

Der Beitrag von Forschung und Wissenschaft zum Umweltschutz wird an Bedeutung gewinnen; denn nur durch Forschung werden die Technologien vorgehalten werden können, die notwendig sind, um eine moderne und effektive Umweltschutzpolitik zu betreiben. In diesem Bereich ist es wichtig zu erfahren — das ist ein Ziel unserer Großen Anfrage -, wie die Landesregierung innerhalb der Grundlagenforschung dazu beitragen wird, daß die Umweltprobleme und die Umweltproblematik hinreichend berücksichtigt werden. Das heißt im Klartext: Inwieweit ist die Landesregierung bereit, Haushaltsmittel und andere finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, damit innerhalb der Grundlagenforschung für den Umweltbereich genügend getan werden kann?

Der nächste Bereich betrifft die angewandte Forschung und Technologie. Wir hatten in diesem Hause ja schon vielfach Gelegenheit, über die neu eingerichteten Institute und die rein wissenschaftlichen Einrichtungen zu debattieren. Ich gehe davon aus, daß der Herr Minister für Wissenschaft und Kunst zu diesem Bereich — in der vorgelegten Antwort kommt dies ja bereits zum Ausdruck — noch Stellung beziehen wird. Wir sind der Meinung, daß die Zeitspanne zwischen

Grundlagenforschung und angewandter Forschung immer mehr verkürzt werden muß,

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Allerdings!) damit im Bereich des Umweltschutzes die in der Forschung gesammelten Erkenntnisse unmittelbar umgesetzt werden können.

Wir wollen damit zum Ausdruck bringen, daß eine verbesserte Umweltforschung natürlich nicht dazu führen darf, daß man in anderen Bereichen sorglos wird. Sondern — das ist wie bei den kommunizierenden Röhren — je mehr uns die Forschung und die Wissenschaft auf Umweltproblematiken hinweisen, desto mehr muß der einzelne Bürger bereit sein, in seinem eigenen Leben auf Umweltschutz zu achten. Dies ist sicherlich voneinander abhängig.

Wir wollen, daß im Haushalt in den nächsten Jahren die entsprechenden Absicherungen für den Umweltschutz im Bereich der Wissenschaft und Forschung vorgenommen werden. Wir werden die Entwicklung von umweltschutzrelevanten Forschungseinrichtungen auch zukünftig unterstützen. Wir gehen davon aus, daß der Minister neben der bereits schriftlich vorgelegten Leistungsbilanz zusätzliche Perspektiven des Landes in diesem Bereich vorstellen wird. Wir als CDU-Fraktion werden jede Möglichkeit nutzen, in den nächsten Haushalten die entsprechenden finanziellen Absicherungen vorzuhalten.

(Beifall bei der CDU. — Bruns [Reinhausen] [SPD]: Da warten wir aber drauf! — Hirche [FDP]: Vor allen Dingen hätten wir erwartet, daß Sie das in diesem Jahr auch schon tun!)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön, Herr Kollege Horrmann. — Nach der Begründung der Großen Anfrage gebe ich bekannt, welche Redezeiten den einzelnen Fraktionen nach der Vereinbarung im Ältestenrat zur Verfügung stehen: CDU und SPD jeweils bis zu zwölf Minuten, Grüne und FDP jeweils bis zu sechs Minuten.

Zunächst hat Herr Minister Dr. Cassens ums Wort gebeten. Bitte schön!

Dr. Cassens, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Text der Antwort auf die Große Anfrage liegt Ihnen seit gestern vor. Ich darf darauf verweisen. Erlauben Sie mir daher, daß ich meine Worte im wesentlichen auf zwei Dinge konzentriere. Ich möchte eine Abschlußbilanz ziehen und danach versuchen, die Perspektiven deutlich zu machen, unter denen sich Umweltschutz durch Wissenschaft und Forschung in den nächsten Jahren etablieren soll.

Das Ziel der Niedersächsischen Landesregierung ist, die Forschungsaktivitäten zu beleben, die sich aus einer intensiven Forschungstätigkeit für die Menschen ergeben. Neben der Medizinforschung sowie der Forschung auf den Gebieten der Biotechnologie und der Mikroelektronik erfüllt gerade die Umweltforschung diesen Zweck in besonderer Weise. Umweltpolitik ist ohne Erkenntnisse aus der Forschung nicht möglich. Die Forschung erlaubt es uns eigentlich erst, auf der Basis empirischer Grundlagen sachgerechte, an den Realitäten und an den empirischen Kenntnissen ermittelte Lösungen umzusetzen. Die Ursachen von Umweltbeeinträchtigungen bedürfen — dies als erste wichtige Erkenntnis, meine Damen und Herren der präzisen Aufklärung.

Nach dem quantitativen Ausbau der Hochschulen hat sich die Landesregierung unter anderem der qualitativen Schwerpunktbildung in der Umweltforschung zugewandt. Sowohl in den Hochschulen als auch in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen gibt es in Niedersachsen ein außerordentlich breit gefächertes Umweltforschungspotential.

In Göttingen hat das Forschungs- und Studienzentrum Landwirtschaft und Umwelt im Wintersemester 1985 seine Tätigkeit aufgenommen. Ebenfalls in Göttingen haben wir im Jahr 1984 das Forschungszentrum Waldökosysteme und Waldsterben als interdisziplinäres Zentrum eingerichtet. Wir haben das größte Fraunhofer-Institut, das Institut für Toxikologie und Aerosolforschung, nach Hannover geholt. Dieses größte Umweltforschungsinstitut der Fraunhofer-Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland bindet mit seinen derzeit 130 Mitarbeitern rund 48 % der von der Fraunhofer-Gesellschaft für die Umweltforschung insgesamt geplanten Personalkapazität von 270 Mitarbeitern. Auch hier zeigt sich eine sehr deutliche Schwerpunktbildung.

Der Ausbau Braunschweigs zu einem nationalen Zentrum für die biotechnologische Großforschung wird auch der Umweltforschung mit biotechnologischen Methoden künftig ganz wesentliche Impulse geben.

Nicht zu vergessen sind die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, die Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft und die Biologische Forschungsanstalt für Land- und Forstwirtschaft.

Damit gibt es in Niedersachsen drei der größten und für die Umweltforschung wichtigsten Forschungseinrichtungen des Bundes. Allein hiermit hat Niedersachsen eine Kapazität von mehr als 30 % gebunden.

Auch das niedersächsische Institut für Radioökologie, das Institut für Fernwärmetechnologie in Hannover und das Institut für Vogelforschung in Wilhelmshaven leisten meines Erachtens sehr wichtige Beiträge zum Umweltschutz.

Die Intensität, mit der in Niedersachsen Umweltforschung betrieben wird, spiegelt sich auch in Vergleichszahlen wider. In die außeruniversitären Forschungseinrichtungen Niedersachsens fließen jährlich Haushalts- und sonstige Forschungsförderungsmittel in Höhe von insgesamt 769 Millionen DM. Nach den Meldungen der Institute werden ca. 87 Millionen DM — das entspricht einem Anteil von 11,3 % — für umweltschutzrelevante Arbeiten verwendet.

Den Hochschulen standen im Jahr 1984 für Forschungszwecke Haushaltsmittel in Höhe von 600 Millionen DM und Drittmittel in einer Größenordnung von 220 Millionen DM zur Verfügung. Hiervon wurden nach den Meldungen, die mir vorliegen, für umweltschutzrelevante Forschungsarbeiten rund 8 %, also rund 70 Millionen DM, aufgewendet. Umgerechnet entspricht das einem Anteil von rund 10,6 % an den im Jahr 1984 in den niedersächsischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen beschäftigten Mitarbeitern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Interessant war für mich in diesen Tagen ein Auszug aus der Datenbank für Umweltforschung des Umweltbundesamtes in Berlin. Hieraus ergeben sich deutliche Vergleichszahlen zu den übrigen Bundesländern. Von den im Jahr 1983 — das ist der aktuellste verfügbare Stand der Erhebungen — insgesamt erfaßten 18 355 Umweltforschungsprojekten mit einem Gesamtvolumen von 19,1 Milliarden DM werden 2613 mit einem Gesamtvolumen von 2,073 Milliarden DM in Niedersachsen bearbeitet. Das ist eine sehr stolze und eine sehr beachtliche Zahl. Wir selbst waren von dem großen Ausmaß dieser Forschungsaktivitäten überrascht.

Auch die Auswertung einer Zusammenstellung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie über die Projektförderung in den Jahren 1982 bis 1984 macht den mit 14,7 % im Jahre 1984 überproportional hohen Anteil Niedersachsens an der direkten Projektförderung auf dem Gebiet der Umweltforschung deutlich. Niedersachsen liegt damit im Bundesvergleich an dritter Stelle.

Dr. Cassens

Ich meine, das Entscheidende, auf das wir hinweisen sollten und auf das wir miteinander — einschließlich der Opposition — stolz sein können, ist die unwahrscheinliche Dynamik der Entwicklung, die hieran deutlich wird. Aus der Übersicht wird gleichzeitig die große Dynamik der niedersächsischen Umweltforschung erkennbar, die in der Steigerung um 87 % von 1982 auf 1984 der Steigerung der baden-württembergischen Umweltforschung, 86 %, ebenbürtig ist. Deshalb braucht man sich nicht zu wundern, wenn der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg sagt, das Land Niedersachsen trete ihm auf die Hacken.

(Hirche [FDP]: Es wäre besser, wenn Niedersachsen ihm die Hacken zeigte!)

Genauso ist es. An den Zahlen wird es deutlich. Diese Erkenntnis ist noch beeindruckender, wenn man berücksichtigt, daß die direkte Projektförderung auf dem Gebiet der Umweltforschung durch das Bundesministerium für Forschung und Technologie von 1982 bis 1984 lediglich um 36 % gestiegen ist. Hieran wird die besondere Dynamik noch einmal deutlich. Die Forschungsaktivitäten auf dem Gebiet des Umweltschutzes werden auch in Zukunft konsequent und zielstrebig fortgesetzt.

Gestatten Sie mir abschließend noch einige Hinweise zu den Perspektiven für den Umweltschutz durch die Wissenschaft und durch die Forschung.

Das Biozentrum der Technischen Universität Braunschweig, für das 48 Millionen DM an Investitionskosten veranschlagt worden sind, wird auf den Gebieten der Ernährung, des Gesundheitswesens und der biologischen Umweltforschung neue Akzente setzen.

Die Bildung eines Instituts für Molekulare Genetik in Göttingen ist bereits genehmigt worden. Dies ist eine sinnvolle Ergänzung im Bereich der Grundlagenforschung.

Die Landesregierung wird ferner den Aufbau eines Instituts für Entsorgungs- und Wiederverwertungstechnik disperser Stoffe an der Technischen Universität Clausthal-Zellerfeld zügig fördern. Ich bin dankbar, daß wir dafür auch die Mittel des VW-Vorabs haben konzentriert einsetzen können.

Das Konzept der Universität Braunschweig für ein Institut für Abfallanalytik und Abfallbehandlung liegt vor. Die Landesregierung wird den entsprechenden Vorschlag aufgreifen und zügig umsetzen.

Die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung beabsichtigt, ihrem Braunschweiger Insti-

tut für Tieflagerung eine weitere Abteilung anzugliedern, durch die die Möglichkeiten der Endlagerung nichtradioaktiver toxischer Abfälle in Salzkavernen erforscht werden soll. Die Landesregierung hält dies für ein sehr interessantes Vorhaben, das in Abstimmung mit dem Bund zunächst in einer Anlaufphase von etwa zwei Jahren seine Arbeit aufnehmen soll.

In Kürze wird ein Konzept für ein Institut für Solarenergieforschung fertiggestellt werden. Wir werden auch dieses Konzept prüfen und es dann Schritt für Schritt umzusetzen versuchen.

Des weiteren hat die Landesregierung die notwendige finanzielle Vorsorge für den Aufbau eines Instituts für angewandte Elektrochemie in Hannover getroffen. Es hat bekanntlich überhaupt keinen Sinn, mit Forschungsarbeiten über alternative Energien, sei es Wind, sei es Solarenergie, zu beginnen, wenn man nicht auch die wichtige dritte Komponente, nämlich die Energiespeicherung, berücksichtigt. Ich glaube, daß gerade dieses Institut hinsichtlich der Anwendung alternativer Energien in den nächsten Jahren wichtige Hilfen geben wird.

Die Landesregierung legt besonderen Wert darauf, daß auch in anderen Forschungszweigen, die nicht primär Umweltschutzziele verfolgen, die Umweltschutzaspekte weiterhin sachgerecht berücksichtigt werden. Ich nenne hier nur einige Stichworte: Meerestechnik, Vermeidung von Umweltverschmutzung bei der Rohstoffgewinnung aus dem Meer und das kontinentale Tiefbohrprogramm. Dies ist übrigens eines der größten Forschungsvorhaben überhaupt, das von Niedersachsen aus projektiert und geleitet wird. Hierbei geht es darum, die Erdwärme zur Energieversorgung besser zu nutzen.

Als weitere wichtige Stichworte möchte ich anführen die nachwachsenden Rohstoffe, die Nutzung von organischen Abfallstoffen zur Vermeidung von Umweltbelastungen bei der Verarbeitung von agrarischen Rohstoffen und das Wilhelm-Klauditz-Institut für Holzforschung in Braunschweig. Auch dies ist übrigens ein Fraunhofer-Institut. In diesem Institut sollen neue Forschungsvorhaben im Zusammenhang mit der Herstellung von Gipsspanplatten aufgelegt werden. Dazu sind mir bereits einige wichtige Projekte vorgeschlagen worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dies alles fügt sich ein in die erfolgreiche Umweltpolitik der Landesregierung. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den Naturschutz, an den Moorschutz, an die Beendigung der Dünnsäureverklappung bis Ende 1988 und an die enorme

Absenkung der Luftverschmutzung um zwei Drittel bis 1988.

Eine unserer wichtigen Aufgaben, meine Damen und Herren, ist es, die Umwelt für die nachfolgenden Generationen zu erhalten. Wir machen allerdings — und das ist wichtig zu wissen – Umweltpolitik mit Augenmaß. Dazu gehört es vor allem, die Interessen der Ökologie und der Ökonomie miteinander in Einklang zu bringen. Umweltschutz zum Nulltarif gibt es nicht. Eine konsequent durchgeführte Umweltpolitik erfordert Investitionen, aber auch laufende Aufwendungen. Sie führt auf der einen Seite zu Kostenbelastungen für die Wirtschaft, zugleich aber stellen die Aufwendungen für Umweltschutzmaßnahmen eine Nachfrage nach Gütern, Personal und Dienstleistungen dar. In einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung — darauf kommt es an - stehen den Aufwendungen daher positive ökonomische Effekte wie die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen gegenüber.

Deshalb werden wir den eingeschlagenen Weg mit klaren Zielvorgaben, verständlichen Fragestellungen und einer verläßlichen Politik auch in den nächsten Jahren konsequent und beharrlich fortsetzen.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke, Herr Minister. — Für die Fraktion der SPD hat der Abgeordnete Bruns (Reinhausen) das Wort.

(Horrmann [CDU]: Er ist kein Umweltschützer und auch kein Forscher!)

Bruns (Reinhausen) (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Zu befürchten war, daß die Große Anfrage der CDU — Umweltschutz durch Wissenschaft und Forschung — weniger der sachlichen Unterrichtung dienen, sondern zur Propaganda und überzogenen Selbstdarstellung der Landesregierung vor den Wahlen benutzt werden sollte.

(Beifall bei der SPD.)

Welcher Zweck mit der Anfrage verfolgt wurde, zeigen nicht nur die Ausführungen von Ihnen, Herr Horrmann, sondern auch die mit nicht nachprüfbaren Zahlenreihen über die Förderung der Umweltforschung gespickte umfangreiche, sich selbst lobpreisende Antwort.

(Hartmann [CDU]: Oh!)

Auf Seite 17 lesen wir: "Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, Niedersachsen zu einem Zentrum der Umweltforschung zu entwickeln"

(Beifall bei der CDU. — Jahn [CDU]: So ist das!)

Um zu beweisen, daß man diesem anspruchsvollen Ziel schon sehr nahe gekommen ist, werden dann alle Aktivitäten in der Umweltforschung angeführt, die an den Hochschulen und Forschungsanstalten unseres Landes teils seit eh und je und auftragsgemäß durchgeführt werden.

Die uns zur Verfügung stehende Redezeit von zweimal fünf Minuten — nach mir wird noch mein Kollege Kirschner sprechen — wird weder dem Thema gerecht, noch läßt sie eine kritische Bewertung aller Angaben zu, um darzulegen, inwieweit es sich nur um Ankündigungen und Aufzählungen handelt und inwieweit es sich um offensive Initiativen der Landesregierung mit entsprechender Förderung geht.

(Horrmann [CDU]: Um das Zweite handelt es sich!)

Wir anerkennen eine ganz Reihe wichtiger lobenswerter Initiativen dieser Landesregierung, doch die Lobhudelei und Selbstherrlichkeit, mit der die Landesregierung behauptet, alles im Griff zu haben, und zwar auf allen Gebieten, und immer führend zu sein, ist allmählich unerträglich.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Hirche [FDP]: Herr Bruns, kennen Sie den Schlager: "Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff"?)

Ich selbst glaube, daß ich den Studenten und Professoren in Göttingen etwas näher bin als der Wissenschaftsminister.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn der Wissenschaftsminister hier die Zustände und die Leistungen an den Hochschulen schildert, dann glaube ich immer, daß ich mich in einer anderen Welt befinde.

(Hirche [FDP]: Das denke ich auch manchmal! — Trittin [Grüne]: Er kommt doch immer nur durch den Hintereingang in die Uni!)

Ich habe daher nur einen in der Antwort der Landesregierung angeführten Schwerpunkt der Umweltforschung herausgegriffen, und zwar das aktuelle Thema Landwirtschaft und Umwelt. Wir wissen um die umwelt- und agrarpolitische Bedeutung dieses Themas und haben die Initiative von Professoren und Studenten der Universität

Bruns (Reinhausen)

Göttingen begrüßt, ein Forschungszentrum "Landwirtschaft und Umwelt" einzurichten. Die Vorrangigkeit der Aufgabe, alsbald zu einer umweltverträglichen Landnutzung zu kommen und unsere natürlichen Lebensgrundlagen wie den Boden, das Wasser, die Landschaft und den Artenreichtum wildlebender Pflanzen und Tiere zu bewahren, ist unumstritten. Das Umweltgutachten des Rates der Sachverständigen und die Bodenschutzkonzepte der Bundesregierung und der Opposition zeigen die vielfältigen Bedrohungen und die noch ungeklärten Fragen, die mit der derzeitigen hochintensiven Landnutzung auftreten. Die ökonomisch und ökologisch verhängnisvolle Überproduktion in der EG schreit direkt nach sofortigem Kurswechsel und Handeln in Politik und Praxis.

(Horrmann [CDU]: Haben wir jetzt eine Landwirtschaftsdebatte?)

Die Einrichtung eines Forschungszentrums "Landwirtschaft und Umwelt" war daher überfällig und der Bedeutung der Agrarwissenschaften in unserem Lande angemessen. Im Anhang zur Antwort der Landesregierung auf Seite 3 sind 20 äußerst wichtige Forschungsgebiete für dieses Zentrum aufgezählt. Ich nenne nur folgende Beispiele: Bodenerosion, Umweltchemikalien im Ökosystem, Ackerbausysteme mit konservierender Bodenbearbeitung, alternative Landbausysteme, integrierter Pflanzenschutz usw.

Auf all diesen Gebieten sollen vorhandene Erkenntnisse vermittelt werden — es gibt eine Fülle vorhandener Erkenntnisse —, soll gelehrt werden, und zwar sofort.

(Matthes [Grüne]: Ökologischer Landbau!)

Damit die jungen Landwirte und Wissenschaftler diese Verbindung zwischen Umwelt und Landwirtschaft sofort in den Griff bekommen, soll geforscht werden, soll interdisziplinär zusammengearbeitet und koordiniert werden, sollen Praxis und Politik beraten werden.

Was aber hat diese Landesregierung bisher getan zum wirkungsvollen und beschleunigten Funktionieren dieses Forschungszentrums? — Herr Horrmann, Sie haben tichtig gesagt: Es eilt. Es eilt, weil wir im Umweltschutz vor so vielen Aufgaben stehen, auf die wir heute Antworten erwarten, die wir eigentlich schon gestern hätten haben müssen.

(Beifall bei der SPD.)

Es wurden eine Sekretärin und ein zusätzlicher wissenschaftlicher Mitarbeiter bewilligt sowie 15 000 DM für Sachmittel bereitgestellt. Zur Frage "Optimierung des Düngens" wurden 100 000 DM bereitgestellt, und es wurde, was für eine Universiät neu ist, ein Bericht bis zum Ende des Jahres angefordert. Die von uns von Anfang an geforderten zusätzlichen Forschungsmittel blieben aus. Herr Horrmann, es ist schön, wenn Sie hier heute sagen: Wir werden alle Initiativen der Landesregierung gerade um dieser dringenden Aufgaben willen fördern und in den nächsten Haushalten berücksichtigen. — Lassen Sie einmal die Ankündigungen. Geben Sie Butter bei die Fische, und zwar jetzt, und nicht immer erst in Zukunft.

(Beifall bei der SPD.)

Die Universität soll sich mit dem vorhandenen Personal und mit dem Einwerben von Forschungsaufträgen selbst helfen und so im Laufe der Zeit das Forschungszentrum und seine Konzeption entwickeln. Das werden die Professoren tun. Nur werden sie ihre Zeit brauchen, wenn sie so wenig Unterstützung bekommen. Wann aber werden wir bei dieser kümmerlichen, halbherzigen Starthilfe und dem zwangsweise zögerlichen Anlauf endlich die Antworten und die Hilfestellung der Wissenschaft für eine umweltdienliche Agrarpolitik und umweltverträgliche Landwittschaft erhalten, die wir schon heute dringend benötigen? Haben wir angesichts der Situation der Umwelt und der Krise innerhalb der Europäischen Gemeinschaft noch so viel Zeit? Herr Minister, ich frage Sie: Wann werden wir in Niedersachsen Schrittmacher in Forschung und Praxis?

(Stock [CDU]: Wir sind es!)

Wann werden wir Schrittmacher für eine Bodennutzung, die unseren Nachfahren einen fruchtbaren Boden und eine heile Umwelt hinterläßt? Die Aufgabe, Schrittmacher zu sein, ist uns auf den Leib geschrieben. An diesem einen Beispiel mögen Sie erkennen, wie sehr die Antwort der Landesregierung wohlklingende Ankündigungen enthält und wie weit wir von einem Forschungsschwerpunkt entfernt sind,

(Horrmann [CDU]: Eindrucksvolle Leistung!)

der uns zu einer sachgerechten und alsbald wirksamen gemeinsamen Umweltpolitik verhilft.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön, Herr Kollege Bruns. Wunsch und Wirklichkeit klaffen manchmal etwas auseinander. Sie haben doch schon acht Minuten Redezeit in Anspruch genommen.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Ich war so stolz, Herr Präsident, weil ich glaubte, ich wäre in der Zeit!)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Matthes für die Fraktion der Grünen.

Matthes (Grüne)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren, Herr Horrmann, was Sie uns hier vorgeführt haben, ist wieder ein Beispiel für die unüberwindliche Diskrepanz zwischen Wort und Tat bei dieser Landesregierung. Die Anfrage ist, gelinde gesagt, ein Witz. Sie dient aber nicht der Volksbelustigung — leider —, sondern der Volksverdummung. Es paßt auch nur die Redensart: Man merkt die Absicht und ist verstimmt. — Herr Bruns hat das ja deutlich gemacht. Es ist also eine reine Wahlveranstaltung, was sie hier abziehen

(Zuruf von Kruse [CDU].)

— Das müssen Sie sich doch auch einmal anhören. — Nicht unbändiger Wissensdurst Ihrerseits war die Ursache für diese Anfrage, sondern das schier nicht nachvollziehbare Selbstdarstellungsverlangen der Landesregierung. Das ist doch wohl die Ursache, die zu dieser Anfrage geführt hat. Sie ist ein Witz. Die Große Anfrage lautet ja: "Umweltschutz durch Wissenschaft und Forschung". Dahinter fehlt das Fragezeichen. Jeder in diesem Lande weiß, daß 75% aller Forschung und Wissenschaft direkt oder indirekt der Rüstung und der Militarisierung der Welt dienen.

(Jahn [CDU]: So ein Quark!)

— So ein Quark ist das nicht. Das TZN haben Sie doch mitbeschlossen. Und wenn irgendwo noch Minipigs für Schußversuche gezüchtet werden, dann ist das doch nun wirklich ein Rüstungsvorhaben und hat mit Umweltschutz nichts zu tun.

(Beifall bei den Grünen. — Jahn [CDU]: Hör doch auf!)

Ein Hinweis auf die Relation zwischen dem, was für den Umweltschutz getan wird, und dem, was für die Rüstung getan wird, fehlt in der Antwort einfach. Das könnte für Sie nämlich peinlich werden.

Das hat sich im Volk aber herumgesprochen, und die Landesregierung muß sich jetzt irgendwie anders darstellen. Deswegen hat sie dieses Papier, das der Minister sehr wortreich vorgetragen hat und bei dem man zum Lesen viel Zeit braucht, fix und fertig vorbereitet, hat es dann der Fraktion vorgelegt und ihr die Aufgabe gestellt, die richtigen Fragen dazu zu formulieren, damit das vorge-

lesen werden kann. So ist das doch wahrscheinlich gewesen.

(Stock [CDU]: So können sich die Grünen Regierungsarbeit vorstellen! Sie müssen Joschka mal anrufen! — Horrmann [CDU]: Was Sie für tiefschürfende Hintergedanken haben!)

— Nun gut, ich habe den besseren Draht zu ihm und werde ihn dazu befragen. Lassen Sie mich jetzt aber erst einmal ausreden. — Ein besseres Konzept wäre es natürlich, die Umweltschädigung zu verhindern. Was macht aber die Landesregierung? — Sie läßt erst forschen, damit die Umwelt zerstört wird, und anschließend läßt sie forschen, damit diese Schäden eventuell wieder beseitigt werden.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Radioaktive Verseuchung zum Beispiel könnte man verhindern, indem man die Atomkraftwerke stillegt. Über Bodenzerstörung, Bodenversiegelung, Luftbelastung, Wasservergiftung wird doch tagtäglich in der Presse berichtet. Dazu wollen Sie jetzt forschen. Besser wäre es aber, Sie würden das von vornherein verhindern: Keine Verklappung von Dünnsäure, keine Radioaktivität, Schluß mit der Überdüngung der Böden. Das wäre sinnvoller.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Das weiß aber jedes Kind; das braucht man nicht zu erforschen. Das ist ja wirklich abenteuerlich. Sie lassen in einem Programm sogar erforschen — das steht ja auch in dem Papier —, ob Salz als geeignete Lagerstätte für radioaktiven Abfall dienen kann. Alle Forschungen haben bisher ergeben, das das nicht geht. Das ist rausgeschmissenes Geld.

(Widerspruch bei der CDU. — Hildebrandt [FDP]: Woher wissen Sie das?)

Bezeichnend ist auch Ihre Stellungnahme — die der Landesregierung — zu unserem Gesetzentwurf über das Einsichtsrecht in Umweltakten. Auch dabei wird die Diskrepanz zwischen Wort und Tat deutlich.

Dann noch etwas: Die Forschung hat eine eigene Dynamik. Sie wird nie zu einem Ergebnis kommen, denn wenn das Ergebnis da ist, ist das Institut seinen Auftrag los und muß die Leute entlassen. Also wird man so lange über das Waldsterben forschen, bis der Wald weg ist. Dann braucht man das nicht mehr.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Matthes

Dann wird aber auch noch geforscht, warum er weg ist.

Die Peinlichkeit in Ihrer Antwort ist doch, daß genau diese Fragen nicht beantwortet werden, sondern daß Sie sich eigentlich nur in einem Zahlenroman darstellen wollen, daß sie darlegen wollen, wieviel Geld Sie ausgeben und wie viele Institute Sie beschäftigen können. — "Mit wenig Aufwand nichts erreicht" ist doch das Fazit dieser Landesregierung und ihrer Politik. — Schönen Dank.

(Beifall bei den Grünen. — Briese [CDU]: Mit vielen Worten nichts gesagt!)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön, Herr Kollege Matthes. — Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Hirche für die Fraktion der FDP.

(Dr. Freytag [CDU]: Jetzt gibt es Substanz!)

Hirche (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf eine Jubelanfrage war natürlich eine Jubelantwort zu erwarten.

(Matthes [Grüne]: Genau!)

Wir kennen diesen Vorgang aus der Politik. Ich begrüße es, Herr Minister, daß verschiedene Vorhaben aufgelistet worden sind. Dies ist ein statistischer Überblick über das, was an unseren Hochschulen gemacht wird. Ich vermisse eigentlich nur, daß in dieser umfangreichen Aufzählung auch noch alle Diplomarbeiten und Semesterarbeiten mit ihren Themen aufgeführt werden.

(Beifall bei der FDP und bei den Grünen.

— Zustimmung von Kirschner [SPD].)

Das würde das Bild über das, was an unseren Hochschulen passiert, erst so richtig abrunden; und das alles natürlich mit der persönlichen Unterstützung des Ministers oder der einzelnen Kollegen der CDU-Fraktion, die diese Studenten an das Händchen nehmen und dafür verantwortlich sind, daß sich unsere Studenten und Professoren draußen aktueller Forschungsthemen annehmen.

(Zuruf von Hildebrandt [FDP].)

Ich glaube allerdings — das zeigt ja auch das Lächeln in den Mienen der Mitglieder der CDU-Fraktion —, daß Sie selber nicht so ganz glauben, daß das von der Öffentlichkeit ernst genommen wird. Ich nehme dagegen ernst, was Herr Horrmann hier für die Zukunft angekündigt hat, daß die CDU nämlich jede Unterstützung für For-

schungen im Umweltbereich geben wolle. Ich wiederhole noch einmal meinen Zwischenruf, Herr Horrmann: Es wäre glaubwürdiger gewesen, wenn Sie im Rahmen der Haushaltsberatungen für 1986 den Anträgen,

(Horrmann [CDU]: Da haben wir eine Menge hineingebracht!)

die auf Ştärkung der Forschungsausstattung zielten — ich erinnere an zwei Anträge der FDP-Fraktion, um das nur mal zu sagen —, Ihre Unterstützung gegeben hätten.

(Beifall bei der FDP.)

Statt dessen kündigen Sie jetzt an, was Sie nach den Wahlen alles machen wollen. Meine Kritik betrifft auch Ihr praktisches Verhalten, nämlich die Behandlung der Anträge, die zu diesen Themen im Landtag vorliegen. Ich erinnere nur daran, daß es über zwei Jahre gedauert hat, ehe der Entschließungsantrag der FDP zum Thema Waldschadensforschung im Fachausschuß abschließend behandelt worden ist, und zwar dabei natürlich mit dem Versuch — ich sage sogar: mit dem geglückten Versuch —,

(Horrmann [CDU]: Sehen Sie!)

in der Zwischenzeit durch gewisse Handlungen der Landesregierung den Eindruck zu erwecken, als sei in dieser Situation ein Entschließungsantrag natürlich überflüssig.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Alles im Griff!)

— Alles im Griff, wie wir gesagt haben, auf dem sinkenden Schiff!

(Horrmann [CDU]: Vorsicht!)

— Meine Damen und Herren, Sie kennen doch diesen Schlagertitel. Lassen Sie doch auch einmal ein bißchen Spaß dabei sein!

Die Sache ist aber ernst. Das ist ein Entschließungsantrag meiner Fraktion, der liegengeblieben ist, den Sie verschleppt haben und wo immer noch die Einbindung Göttingens in die europaweiten Forschungen in diesem Bereich aussteht.

(Beifall bei der FDP.)

Das ist nicht begonnen worden. Das ist ein konkreter Punkt zur Umweltforschung.

Ein zweiter Entschließungsantrag meiner Fraktion, der im Wissenschaftsausschuß liegenbleibt, ist der Antrag "Umweltforschung und Denkmalschutz". Was passiert eigentlich konkret in diesem Bereich auf Landesebene — Forschungsbeiträge aus dem Hochschulbereich —, um die vom Verfall bedrohten Denkmäler zu retten?

Ich habe nur mal zwei Anträge herausgegriffen, die von meiner Fraktion eingebracht worden sind und die von der CDU-Fraktion — das ist doch praktische Politik — liegengelassen und nicht bearbeitet werden.

(Kohlenbach [CDU]: Das stimmt überhaupt nicht!)

— Doch! — Das ist dem entgegenzuhalten, was hier in dem Bericht vorgelegt wird.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Wenn man sich den Bericht ansieht, so wird eines sehr deutlich: Was passiert im Bereich der Umweltforschung? — Ich begrüße zunächst ohne jede Einschränkung, daß in den letzten Jahren im Bereich der außeruniversitären Forschung eine Menge auf den Weg gebracht worden ist. Ich meine aber, daß den Bemühungen von Professoren auf Hochschulseite nicht die Unterstützung gegeben worden ist, die möglich gewesen wäre und die notwendig ist. Denn, Herr Horrmann, Sie haben vorhin gesagt, es sei notwendig, die Zeitspanne zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung zu verkürzen. Herr Bruns hat dann dazwischengerufen: "Sehr richtig!" — Das ist auch richtig, die Verkürzung der Zeitspanne. Nur, meine Damen und Herren, darüber darf nicht verlorengehen, daß Grundlagenforschung im breiten Umfang notwendig ist und bleibt.

(Beifall bei der FDP. — Horrmann [CDU]: Das wird ja nicht bestritten!)

Das betrifft die Hochschulseite, Herr Horrmann. Das betrifft das Thema Grundausstattung. In puncto mangelhafter Grundausstattung, auch im Zusammenhang mit der Genehmigung von Sonderforschungsbereichen, -schwerpunkten oder Forschergruppen bei der DFG, werde ich auch auf Dauer bei einer anderen Beurteilung als der Minister bleiben.

(Zuruf von Horrmann [CDU].)

Wegen der Kürze der Zeit möchte ich nun auf einen konkreten Punkt eingehen, bei dem deutlich wird, wie die Landesregierung Selbstbetrug durch Schönfärberei betreibt.

(Hildebrand [FDP]: Bilanzfälscher!)

Herr Minister, ich nehme einmal die Seite 27 der ausgedruckten Antwort auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion. Sie haben daraus selbst zitiert, was eigentlich das Schöne daran ist. Hier haben Sie die "große Dynamik" der niedersächsischen Umweltforschung belegt und gesagt: absolute Steigerung mit 87% von 1982 auf 1984, Steigerung der baden-württembergischen Umweltforschung: 86 %. Das hört sich ja gut an; Don-

nerwetter! Meine Damen und Herren, ich will aber doch einmal genauer untersuchen — das muß ich an dieser Stelle noch machen dürfen —, was das eigentlich bedeutet. Ich versuche Ihnen dazu sechs Zahlen zu nennen, von denen ich hoffe, daß sie verständlich sind.

Präsident Dr. Blanke:

Herr Kollege Hirche, Sie müßten dann aber zu Ende kommen.

Hirche (FDP):

Lassen Sie mich das hier nur zu Ende führen, Herr Präsident.

Die Ausgangsbasis von Baden-Württemberg bei der BMFT-Projektförderung im Bereich Umweltforschung war im Jahre 1982 10 Millionen DM — ich lasse einmal das andere weg —, die von Niedersachsen etwa 4,5 Millionen DM. Der Abstand betrug rund 5,5 Millionen DM. Im Jahre 1984 — dem Steigerungsjahr, das der Minister angibt — waren es in Baden-Württemberg absolut knapp 19 Millionen DM — also Steigerung von 10 Millionen DM auf 19 Millionen DM —, in Niedersachsen aber gab es nur eine Steigerung von ca. 4,5 Millionen DM auf ca. 8,5 Millionen DM.

In Wirklichkeit ist hier folgendes passiert: Der Abstand zwischen Baden-Württemberg und Niedersachsen hat sich in diesen zwei Jahren verdoppelt!

(Beifall bei der FDP.)

Das ist die Bilanz dieser Forschungspolitik. Das ist das, was ich mit Methoden russischer Statistik gemeint habe, indem Zahlen geschönt werden, weil die Basis einfach falsch ist. Meine Damen und Herren, wenn Sie sich den Abstand und die wahre Situation des Landes Niedersachsen in diesem Bereich vor Augen führen, dann können Sie sich nicht mit relativen Steigerungen und mit Prozentsätzen betrügen, sondern Sie müssen sehen, wie die akute Situation ist. Da ist der Abstand zwischen Baden-Württemberg und Niedersachsen in dem hier angesprochenen Bereich doppelt so groß geworden wie vor zwei Jahren. Das ist die Leistung dieser Landesregierung.

(Lebhafter Beifall bei der FDP. — Minister Hasselmann: Das glaubt er selbst nicht! — Wernstedt [SPD]: Nein, aber die russischen Methoden sitzen Ihnen sehr stark im Nacken! — Weitere Zurufe.)

Präsident

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön, Herr Kollege Hirche. — Das Wort hat nun für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Professor Dr. Freytag.

Dr. Freytag (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte ohne Vorbemerkungen gleich ebenfalls auf die Seite 27 der schriftlich vorgelegten Antwort des Ministers eingehen, auf die darauf abgedruckte Tabelle. Herr Hirche hat natürlich recht. Aber es ist ein altes Problem, daß man, um von einem niedrigen Niveau auf ein hohes zu kommen, natürlich sehr hohe Wachstumsraten braucht,

(Hirche [FDP]: Das ist richtig!)

d. h. sehr große zusätzliche Impulse benötigt.

(Hirche [FDP]: Das ist unbestritten! — Weitere Zurufe.)

Insofern sind die ersten Schritte besonders schwierig. Um einmal zu zeigen, wie schwer das ist, braucht man sich nur einmal die Zahlen der anderen Bundesländer anzugucken. Hamburg zum Beispiel liegt bei rund 1 Million DM im Jahre 1982 und bei rund 2 Millionen DM im Jahre 1984, also im 2 Millionen-Bereich — ganz gering — für immerhin zwei große Universitäten und einige Forschungseinrichtungen. Oder nehmen Sie das Land Hessen. In Hessen ist der Forschungsanteil am BMFT, sind also die Ausgaben für diese Projektforschung von 6,6 Millionen DM auf 5,1 Millionen DM zurückgegangen. Der Anteil von Rheinland-Pfalz liegt bei rund 1 Million DM. In Bayern ist der Forschungsanteil mit 1,8 Millionen DM 1982, gestiegen auf 5,9 Millionen DM, noch immer wesentlich niedriger als in Niedersachsen, obwohl Bayern viel mehr Universitäten und mit dem Ballungszentrum München natürlich sehr ausgewiesene Universitäten und Forschungseinrichtungen hat. Man muß also zunächst einmal feststellen, daß diese Große Anfrage doch mehr gebracht hat, als ich selbst von dieser Anfrage erwartet hatte. Wenn man einem Unbefangenen außerhalb dieses Hauses diese Liste von Projekten und diese Statistik an die Hand gibt, dann wird er mit Erstaunen feststellen, was in Niedersachsen in relativ kurzer Zeit auf dem Gebiete der Umweltforschung gewachsen ist.

(Beifall bei der CDU.)

Herr Kollege Hirche, gerade in Niedersachsen ist es nicht nötig, daß Politiker die Wissenschaftler an die Hand nehmen und sagen: "Macht mal schön." Denn der Boden für Umweltprojekte scheint in Niedersachsen besonders fruchtbar zu sein.

(Hirche [FDP]: Dann soll der Minister aber nicht den Eindruck erwecken, als hätte er das bewirkt!)

Sieh dir mal die Projekte der neuen Universitäten Osnabrück und Oldenburg an. Das ist eine lange von interessanten Umweltprojekten. Warum? - Da gibt es Wissenschaftler, die im Konkurrenzkampf gegen andere Wissenschaftler und gegen gestandene Einrichtungen bestehen wollen, die sich deswegen auf neue, interessante Gebiete begeben und dort mit Erfolg — denn sie müssen um Geldmittel konkurrieren - Mittel für ihre wissenschaftliche Tätigkeit einwerben. Das ist genau die Form von Aufbruchstimmung, von Dynamik, die ich mir für eine Hochschullandschaft, für eine Forschungslandschaft, wünsche, nämlich daß Neues zügig in Angriff genommen wird. Wenn wir im Durchschnitt einen Anteil von 11 % an den Fördermitteln des Bundes erhalten, dann haben wir damit mehr, als dem Anteil unserer Universitäten und Forschungseinrichtungen, wahrscheinlich mehr, als dem Anteil unserer Wissenschaftler an der Gesamtzahl der Wissenschaftler in der Bundesrepublik entspricht. Das ist eine eindrucksvolle Leistung.

Ich möchte auf einen zweiten Punkt hinweisen. In der Antwort des Ministeriums fehlt meines Erachtens ein zweiter Teil. Herr Minister Cassens, ich bitte zu entschuldigen, wenn ich das einmal ganz deutlich sage: Dadurch, daß immer nur ein einzelnes Ressort auf eine Große Anfrage antwortet, fehlen wesentliche Teile. Sie hätten diese Antwort durch einen Teil aus dem Wirtschaftsministerium ergänzen können.

(Hirche [FDP]: Das ist ein Beleg für den Mangel an Koordination in der Landesregierung!)

Ein Großteil der Umweltforschung in Niedersachsen, sowohl in der Grundlagenforschung als auch insbesondere in der anwendungsnahen Forschung, findet heute in kleinen, mittleren und großen Industriebetrieben statt, und zwar mit sehr großen Wachstumsraten. Der Markt für Forschung ist ein hochinteressanter, sowohl für Arbeitskräfte, für junge Wissenschaftler, für intelligente Arbeitskräfte als auch hinsichtlich des Verkaufs der Unternehmen, hinsichtlich des Anbietens am Markt. Ich darf nur einmal einige solche Dinge nennen — dann wird das vielleicht deutlicher —: Filter werden gebaut, Entstickungstechniken. Techniken zum sparsamen Umgang mit Ressourcen, z. B. mit Benzin, mit Diesel, mit Öl, mit Gas, mit Chemikalien, Techniken zur sparsamen Anwendung von Giften oder anderen Vernichtungsmitteln werden entwickelt. Forschung und Entwicklung sind also arbeitschaffende, kostenintensive Gebiete überall im Lande, und zwar aktiv und passiv; aktiv in der Weise, daß die Unternehmen solche Aufgaben übernehmen und solche Projekte anbieten, andererseits passiv deshalb, weil viele Unternehmen im Lande durch Auflagen, die wir oder der Bundesgesetzgeber machen, verpflichtet werden, derartige oder auch andere Anlagen bei sich selbst zu installieren, und dafür Forschungs- und Entwicklungsaufwand leisten müssen. Ich erinnere nur einmal an Investitionen für Katalysatoren, für Kläranlagen, für Rauchgasentschwefelungsanlagen oder für Hochtemperaturverbrennungsanlagen.

Ein dritter Punkt. Die Grünen haben, viel beachtet, auf ihrem letzten Parteitag — ab und zu hört man da hinein — gefordert, die gentechnologische Forschung in der Bundesrepublik zu verbieten. Die CDU-Fraktion hat gerade eine Anhörung zu einem Teil der gentechnologischen Forschung durchgeführt. Wir haben interessanterweise zu hören bekommen, daß die Gentechnologie durchaus verwendet werden kann, um sowohl die Quellenverstopfung als auch den Reparaturbetrieb im Bereich Umweltschutz zu vereinfachen, billiger zu machen, umweltfreundlicher zu machen und intelligenter zu machen.

(Horrmann [CDU]: Überhaupt erst möglich zu machen!)

Das sind nicht nur Möglichkeiten; dies wird zum Teil schon gehandhabt. Das ist meine erste Bemerkung zu dem Verbot der Gentechnologie.

Die zweite Bemerkung: Nach meiner Auffassung ist es völlig ausgeschlossen, die gentechnologische Forschung zu verbieten. Das Interessante ist gerade, daß neue Entwicklungen gemacht werden — die Wissenschaftler werden sie machen —, selbst wenn es Ihnen gelingen sollte, ein solches Verbot zu erlassen.

(Dr. Riege [SPD]: Auch mit Embryonen?)

— Ich habe von einem Teil der gentechnologischen Forschung gesprochen. Die ethischen, humanen Fragen der Gentechnologie — völlig klar — müssen behandelt werden. Da müssen natürlich Regeln geschaffen und Regeln verfeinert werden, die den Abusus, den Mißbrauch, eingrenzen.

Ich möchte aber auch eine Bemerkung zur internationalen Kooperation machen. Ich weiß, daß etwa die Universität Oldenburg einen Kooperationsvertrag mit der Reichsuniversität Groningen hat, durch den länderübergreifende umwelt-

schutzrelevante Forschung angeschoben und verfolgt wird, intensiv z.B. auch im Hinblick auf den Dollart.

Oder: Wir sprechen gern von der Vogelwarte Helgoland und ihren länderübergreifenden Untersuchungen etwa zur Belastung der Nordsee mit Öl und deren Beseitigung. Das sind länderübergreifende Forschungen, die von unserem Land, von Niedersachsen ausgehen. Sie sind ein Indiz für mich, daß solche Forschungen nicht unbedingt nur von der Landesregierung, vom öffentlichen Haushalt angeschoben werden müssen, sondern durchaus aus sich heraus, aus wissenschaftlichem und gesellschaftspolitischem Interesse heraus in Gang kommen. Das müssen wir nicht immer miesmachen.

Lassen Sie mich jetzt noch kurz auf die Frage eingehen, ob es eigentlich immer das Land sein muß, das die Forschungsimpulse geben muß. Die Forschungslandschaft ist nun einmal so, daß die Landesmittel nur einen Teil der Forschungsaktivitäten in einem Land bestimmen, einen wichtigen Teil. Ich füge gleich hinzu: Wenn es um die Forschungsförderung generell, nicht die projektbezogene Forschungsförderung, geht, könnte ich mir wesentlich mehr Hilfe vom Land vorstellen, z. B. im Bereich der Titelgruppe 71. Die Titelgruppe 71 ist für viele Universitäten die entscheidende Titelgruppe. Da sind wir in den Universitäten alle notleidend. Da könnte ich mir durchaus mehr Hilfe vorstellen. Mein persönlicher Etat für Forschung und Lehre an der Universität Oldenburg aus dieser entscheidenden Titelgruppe 71 beträgt 650 DM pro Jahr!

(Hirche [FDP]: Die FDP hatte für 1986 eine Aufstockung um 10 Millionen DM vorgeschlagen!)

So sieht das konkret sozusagen bei uns am Ende aus. Ich könnte mir durchaus mehr Hilfe vorstellen. Das ist die generelle Forschungsförderung. Die interessante Forschungsförderung für den einzelnen Wissenschaftler, der sich in der Konkurrenz mit anderen bewähren will, ist die projektbezogene Forschungsförderung. Da haben wir das Land als Finanzierungsquelle, da haben wir den Bund und die Deutsche Forschungsgemeinschaft als Finanzierungsquellen, da haben wir die Stiftungen — wir hier als besonderen Vorteil die Stiftung Volkswagenwerk — als Finanzierungsquellen, und da haben wir die Industrie als Finanzierungsquelle. Da muß man sich dann mit seinem Projekt gegenüber den Konkurrenten durchsetzen, etwa über den Weg von Begutachtungen, die erfolgreich sein müssen. Das ist ein interessanter Prozeß. Dabei bleiben unter UmDr. Freytag

ständen schlechtere Projekte tatsächlich auf der Strecke. Es kann auch einmal sein, daß ein gutes Projekt untergeht. Ich will durchaus etwas von dem akzeptieren, was der Kollege Bruns gesagt hat: Dabei kann passieren, daß ein interessantes Thema eine gewisse zeitliche Verzögerung erfährt. Aber ich muß sagen, daß es oft auch die Schuld der Wissenschaftler selbst ist, wenn sie keinen Zugang zu den Finanzierungstöpfen finden. Ich kann auch da persönlich werden und sagen: Mir ist das — bis auf ein einziges Mal; das war aber nicht sehr wichtig — praktisch noch nicht passiert.

Zusammenfassend möchte ich sagen, daß der Boden für Umweltprojekte in Niedersachsen meines Erachtens gut und fruchtbar ist und das, was für Universitäten sehr wichtig ist, nämlich die Zusammenarbeit zwischen Universitäten und der Industrie in Entwicklung und Produktion, ständig besser wird. Ich glaube daher, daß das ganze Land viel davon haben wird, daß diese Forschung bei uns einen hohen Stellenwert hat.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön, Herr Kollege Dr. Freytag. — Das Wort hat der Abgeordnete Kirschner für die Fraktion der SPD. Von der verabredeten Redezeit verbleiben ihm bis zu zwei Minuten; er muß sie nicht ausschöpfen.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Zwölf Minuten ist uns gesagt worden!)

— Zwölf? Entschuldigung. Dann haben sie dreieinhalb Minuten, aufgerundet auf vier.

Kirschner (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Professor Freytag hat bereits heute morgen von einer bestellten Anfrage gesprochen, und der Wissenschaftsminister hat das eigentlich bestätigt. Er hat in seiner Rede von "etablieren sollen", von "Aktivitäten beleben sollen" gesprochen. Eines ist dabei allerdings sicher: Der Wissenschaftsminister hat endlich den Umweltschutz entdeckt. In seinem Rechenschaftsbericht oder in seiner Antwort auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion hat er sich vorwiegend darauf beschränkt, die Aktivitäten zu beschreiben, die in den großen Bundesanstalten im Lande Niedersachsen in der Zwischenzeit getätigt werden. Er hat sich allerdings nicht mit seinem eigentlichen

Aufgabengebiet beschäftigt, nämlich mit der Koordinierung der Hochschulforschung im Lande Niedersachsen.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Jawohl!)

Das Thema der CDU-Anfrage ist sicherlich wichtig, aber die Landesregierung hat schlicht und einfach durch statistisches Summieren von Aktivitäten glänzen wollen und dabei am Thema vorbeigeredet, sie hat sich um das eigentliche Thema gedrückt.

(Beifall bei der SPD.)

Der Dank an die Hochschulen ist besonders wichtig, denn die Hochschulen — das zeigen die langen Listen - haben lange vor der Landesregierung erkannt, daß der Umweltschutz eine Daueraufgabe ist und daß auf diesem Gebiet wesentliche Forschungsdefizite bestehen. Das beweisen die langen Listen, die die Hochschulen auf die Rückfrage des MWK zurückgeschickt haben. Als ich die erste dieser Listen in die Hand bekam, stellte sich mir die Frage: Herr Minister, haben Sie im Wissenschaftsministerium eigentlich gar nicht gewußt, was auf diesem wichtigen Forschungsgebiet im einzelnen an den Hochschulen geforscht wird, weil Sie erst anfragen mußten, als eine solche Große Anfrage der CDU gestellt wurde? Ich war davon ausgegangen, daß zur Forschungspolitik auch gehört, daß man weiß, was an den Hochschulen geforscht wird. Aber dem ist offensichtlich nicht so.

(Beifall bei der SPD.)

Die Durchsicht der Vorhaben, die dem Wissenschaftsminister auf seine Anfrage genannt worden sind, zeigt eigentlich auch, daß die Mehrzahl der Aktivitäten, die heute in die Erfolgsbilanz eingeflossen sind, zu dem Bereich gehört, der sowieso dem Umweltschutz traditionell zuzurechnen ist.

Bei den Listen fallen vielfältige, notwendige und wichtige Aktivitäten der Hochschulen auf. Es fehlt aber ein roter oder von mir aus schwarzer Faden. Schwerpunkte kann man nicht erkennen. Hochschulübergreifende Vorhaben sind nicht vorhanden oder stecken noch in den Kinderschuhen. Aus den Listen wird weiter deutlich, daß uns nur die positiven Antworten mitgeteilt worden sind.

(Beifall bei der SPD.)

Daraus ergeben sich folgende Schlußfolgerungen: Erstens. Der Minister wußte nicht, was an Umweltforschung an den niedersächsischen Hochschulen stattfindet. Er mußte abfragen.

(Horrmann [CDU]: Das ist ein ganz normales Verfahren!)

Zweitens. Die politische Vorgabe und die Koordinierung fehlen. Es sind keine politischen Schwerpunkte gesetzt worden.

(Zuruf von Isernhagen [CDU].)

Wissenschaftspolitik muß Schwerpunkte setzen und Vorgaben machen sowie koordinieren helfen, und das nicht nur verbal. Dieses fehlt an den niedersächsischen Hochschulen. Der Minister mußte sich um die Frage bemühen: Was ist für den praktischen Umweltschutz in Niedersachsen und für den wirtschaftlichen Nutzen der wissenschaftlichen Umweltforschung besonders wichtig? Auch darauf haben wir heute keine Antwort erhalten. Es reicht nicht aus, Hochschulen vor der Wahl zu bereisen, Presseerklärungen herauszugeben und dann schöne Reden zu produzieren. Forschungspolitik muß aktiv gestalten, sie darf nicht passiv verwalten und darauf hoffen, daß die Hochschulen von sich aus schon genügend und wichtige Aktivitäten entwickeln.

Präsident Dr. Blanke:

Herr Kollege Kirschner, ich habe schon viel Geduld gehabt.

Kirschner (SPD):

lch komme zum Schluß. — Die Anfrage zeigt, daß statistisches Zusammenbringen noch kein Forschungsprofil ergibt.

(Beifall bei der SPD.)

Aus diesem Grunde ist die Antwort auf die Große Anfrage mehr zu lesen wie ein Rechenschaftsbericht zu einem DDR-Fünfjahresplan als wie ein Ausblick in die Forschungspolitik im Umweltbereich. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat die Abgeordnete Frau Garbe für die Fraktion der Grünen. Es verbleibt Ihr noch eine Redezeit von einer Minute.

Frau Garbe (Grüne):

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Die Botschaft hör' ich wohl, Herr Minister Cassens, allein mir fehlt der Glaube.

(Jahn [CDU]: Daran liegt es!)

Zu groß ist doch die Diskrepanz zwischen dem hier Dargestellten und dem konzeptionellen Handeln dieser Landesregierung.

Nach allem, was Sie, Herr Minister Cassens, und Sie, Herr Kollege Horrmann, hier gesagt haben, kann ich es absolut nicht verstehen, daß Sie sich uns auf dem Wege erst entgegenkommend, dann aber wieder die Kurve kratzend - nicht für das von uns geforderte Analysezentrum entschließen konnten. Konnten Sie das nur deshalb nicht, weil der Antrag von den Grünen kam? Ist das der Grund, der Sie daran hindert, die notwendigen Initiativen zu starten, Herr Minister? Geht es Ihnen eigentlich gar nicht an die Ehre, daß Niedersachsen bei den Analysen von Dioxinen und Ultragiften immer auf anderer Leute Hilfe angewiesen ist? Sind nicht gerade von den privaten Instituten oft genug falsche Werte genannt worden, z.B. von der Natec in Hamburg, bei der die Landesregierung auch untersuchen läßt? Das ist kein Umweltschutz mit Augenmaß, Herr Minister! Das ist bis jetzt fast nur ein Kurieren an Sympto-

(Beifall bei den Grünen.)

Das können wir uns in der Tat nicht leisten. Es eilt, Herr Kollege Horrmann! Da stimme ich Ihnen vorbehaltlos zu. — Danke!

(Beifall bei den Grünen.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön, Frau Kollegin Garbe, vor allem für die präzise Einhaltung der Redezeit.

Wir sind damit am Ende der Besprechung der Großen Anfrage.

(Dr. Freytag [CDU]: Der Herr Minister!)

- Herr Minister Dr. Cassens, bitte schön!

Dr. Cassens, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, zu den einzelnen Redebeiträgen noch einmal ganz kurz Stellung zu nehmen.

Herr Abgeordneter Bruns, Sie beklagten, daß es sich nur um Ankündigungen handele. Ich glaube, Sie haben den Bericht nicht richtig gelesen.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Nicht nur, aber auch!)

Es war richtig, daß Sie auf die Frage des Forschungs- und Studienzentrums Landwirtschaft und Forschung zu sprechen kamen. Was Sie zitiert haben, sind in der Tat reale Forschungsaktivitäten. Das heißt: Minderung der umweltbelastenden Düngerabgabe, Schwermetalle in kontaminierten Böden bei Verwendung von Müllkom-

Dr. Cassens

post und Klärschlamm, Rückgewinnung von Phosphat aus Klärschlämmen.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Das soll doch alles erst gemacht werden! Gehen Sie doch einmal hin!)

Das ist eine Reihe von Projekten, an denen in Göttingen sehr viele tüchtige Wissenschaftler arbeiten.

(Beifall bei der CDU.)

Sie haben doch lediglich die Koordinierung der vielfältigen Aufgaben zitiert. Die Personen, die Sie genannt haben, beschäftigen sich lediglich mit der Vielfalt der vorhandenen Koordinierungsaufgaben. Deshalb war das im Ansatz falsch.

Ich finde es bedauerlich, daß weder Sie noch Herr Kirschner auch nur mit einem Jota irgendeine Alternative aufgezeigt haben. Angesichts dieser Diskussion ist das doch beklemmend.

(Beifall bei der CDU.)

Hier hätten Sie doch einmal die Chance gehabt zu sagen: Wir haben einen umfassenden Bericht. Wir möchten aber gerne, daß auf diesem oder jenem Gebiet, bei diesem oder jenem Projekt noch geforscht wird.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Nein, auf dem Gebiet wollen wir etwas machen! Nicht nur reden, sondern handeln!)

Nichts dergleichen ist gesagt worden. Man hat überhaupt nichts zu bieten. Keine Alternative! Das ist eine ganz erschreckende Bilanz angesichts eines solch wichtigen Themas.

(Kirschner [SPD]: Herr Minister, wenn ich soviel Redezeit hätte wie Sie, wäre das auch noch möglich gewesen!)

Herr Hirche, Sie haben von den Anträgen gesprochen, die Sie gestellt haben. Ich bitte Sie, diese Anträge noch einmal in den Kontext zu den erheblichen Aufwendungen, die wir leisten, zu stellen. In der außeruniversitären und in der universitären Forschung werden in Niedersachsen pro Jahr zusammen mit den Drittmitteln etwa 1,5 Milliarden DM ausgegeben. Ich habe von Ihnen nicht gehört, daß es nicht richtig war, auf den wichtigen Gebieten der Schlüsseltechnologien, z. B. der Biotechnologie, der Geotechnologie, der Gentechnologoie, der Umweltforschung, der Lasertechnologie und der Werkstoffkunde, Erhebliches zu leisten. Das sind wichtige Schlüsselforschungsbereiche, meine Damen und Herren. Und in allen wichtigen Forschungsbereichen und Schlüsseltechnologien haben wir die Weichen in Niedersachsen richtig gestellt. Das ist doch das Entscheidende.

(Beifall bei der CDU.)

Herr Hirche, ich komme noch auf die europäische Koordinierung im Hinblick auf die Waldsterbensforschung zu sprechen. Sie wissen, dort läuft unter dem Stichwort Eurosilva ein Arbeitsprojekt. Wir alle miteinander wissen, daß es wenig Sinn hat, bezüglich der Waldsterbensforschung große Anstrengungen zu unternehmen, wenn es nicht zu einer europäischen Abstimmung kommt; denn nur die Hälfte der Schadstoffe wird von uns produziert. Der Rest kommt über die Grenzen. Von daher ist eine Abstimmung unabweisbar notwendig. Es ist ja verabredet worden, eine Koordinierungsstelle einzurichten. Ich bin dankbar dafür, daß Sie das aufgegriffen haben. Die Göttinger Forscher werden sich um diese Koordinierungsstelle bemühen. Ich bin sicher, daß gerade der ökosystematische Ansatz, den wir in Göttingen gefunden haben, eine ganz wichtige Grundlage ist.

Eines, Herr Hirche, war, glaube ich, fehl am Platz. Bei den Sonderforschungsbereichen ein Defizit festzustellen, muß Ihnen schwerfallen, und zwar deshalb, weil Niedersachsen in den Sonderforschungsbereichen mit einem Anteil von 13,5 % die Nase vorn hat. Wir haben insgesamt 22 Sonderforschungsbereiche nach Niedersachsen geholt; etwa zwölf sind noch in Arbeit. Alle haben deshalb vor der Deutschen Forschungsgemeinschaft so hervorragende Ausgangspositionen, weil wir sie mit Hilfe des VW-Vorabs in die Lage versetzen, sich in der Grundausstattung so zu etablieren, daß es ihnen möglich ist, auch sehr gute Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Das heißt, bei den Sonderforschungsbereichen gibt es meines Erachtens keinen Nachholbedarf.

Herr Kirschner, es ist doch müßig. Sie hätten doch einmal den Bericht nachlesen sollen. Dann hätten sie feststellen müssen, daß allein in Niedersachsen gegenwärtig etwa 2 600 Forschungsprojekte laufen. Daran sind Wissenschaftler in Niedersachsen beteiligt. Wir alle sind stolz darauf, daß es diese Arbeiten gibt.

(Beifall bei der CDU.)

Selbstverständlich können weder Sie noch einer von uns die Themen dieser 2600 Projekte im Kopf behalten. Aber es war wichtig zu wissen, daß es diese Aktivitäten in dieser Spannweite gibt. Ich glaube, wir sollten unsere Forscher ermutigen, auf diesem Weg voranzugehen.

Eins hat diese Debatte gezeigt: Wir von der Landesregierung sind mit dieser Forschungspolitik der klaren und verständigen Vorgaben auf dem richtigen Wege.

(Beifall bei der CDU. — Lachen bei der SPD.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön, Herr Minister Cassens. — Die Fraktion der FDP bittet um zusätzliche Redezeit. Ich gewähre ihr zwei Minuten.

Hirche (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, niemand in diesem Hause nimmt nicht befriedigt zur Kenntnis, daß in Niedersachsen geforscht wird und daß sich auch auf dem Gebiet der Umweltforschung an den Hochschulen vieles tut. Wogegen ich mich unter anderem gewandt habe, ist das, was ich als Selbstbetrug durch Schönfärberei bezeichnet habe, nämlich daß man sich Sand in die Augen streut, indem man sich vormacht, man sei auch nur entfernt dabei, den Vorsprung anderer Länder aufzuholen. Ich habe darauf hingewiesen, daß sich im Gegenteil in den letzten zwei Jahren der Abstand zu Baden-Württemberg in einem bestimmten Bereich verdoppelt hat, meine Damen und Herren.

Diese Aussage steht. Sie müssen diese Schönfärberei aus der Welt räumen. Mit diesem Vorwurf werden doch andere Aktivitäten nicht herabgesetzt.

Hier wurde nach konkreten Alternativen gefragt. Herr Minister, meine Fraktion bemängelt, daß die Idee von Herrn Pestel, für Niedersachsen einen Forschungsstrukturplan erarbeiten zu lassen, nach dem Jahr 1979 nicht weiterverfolgt worden ist.

(Zustimmung bei der FDP.)

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, hätte man das Thema Meeresforschung und Meerestechnik europaweit und weltweit aufgreifen können; Stichwort: Meeres-NASA in Niedersachsen. Weil wir heute speziell über die Umweltforschung sprechen, füge ich hinzu, meine Damen und Herren: Das Thema Altlastensanierung ist ein so wichtiges Thema, daß man damit nicht bestimmte Institute, zum Beispiel in Braunschweig, alleinlassen kann. Vielmehr müßte das Land Niedersachsen das Thema Altlastensanierung zu einem solchen Forschungsvorhaben machen, daß es auch im Rahmen von Eureka mit einem Schwerpunkt in Niedersachsen bearbeitet werden kann.

(Beifall bei der FDP.)

Ich denke, das ist ein konkreter Vorschlag.

Eine allerletzte Bemerkung. Es wäre schon wichtig, daß das Land Niedersachsen seine Forscher nicht etwa — wie es im Zusammenhang mit Mitteln der Fraunhofer-Gesellschaft der Fall ist — durch einen Verwaltungsaufwand belastet, der in anderen Ländern nicht vorhanden ist. Das sind solche kleinen Erschwernisse wie die Erstattung und Abrechnung der Mehrwertsteuer, die in dieser Form in anderen Bundesländern nicht gang und gäbe sind. In dieser Beziehung besteht in Niedersachsen eine konkrete Erschwernis.

Präsident Dr. Blanke:

Herr Kollege Hirche, Sie sind im Begriff, auch die zwei Minuten Redezeit noch zu überziehen.

Hirche (FDP):

Wir haben Hinweise gegeben. Herr Minister, es bleibt der Vorwurf, daß Sie sich durch diese Schönfärberei selbst weitere Möglichkeiten verstellen. Dieser Landtag will Ihnen helfen. Er will Ihnen nicht Knüppel zwischen die Beine werfen.

(Beifall bei der FDP.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön, Herr Kollege Hirche. — Die Fraktion der SPD hat durch den Abgeordneten Kirschner ebenfalls um zusätzliche Redezeit gebeten, weil ein Mitglied der Landesregierung am Schluß der Debatte gesprochen hat. Sie haben drei Minuten, Herr Kirschner.

Kirschner (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei meinem Beitrag ging es nicht so sehr darum, zu kritisieren, was alles geforscht wird. Wir sind hoch erfreut, daß im Land Niedersachsen so viel geforscht wird.

(Zurufe von der CDU.)

— Das haben doch nicht Sie angeregt, oder? — Was mir bei der Antwort der Landesregierung gefehlt hat, ist folgendes: Ein wirkliches Forschungsförderprogramm, meine Damen und Herren,

(Zustimmung bei der FDP)

sollte Hochschulen und Fachhochschulen besondere Schwerpunkte zuweisen, die jedem Standort eine besondere Profilbildung für die 90er Jahre ermöglichen, und dies besonders auf dem Gebiet

Kirschner

der Umweltforschung. Darüber haben wir heute kein Wort gehört.

(Zuruf von der CDU: Freiheit der Hochschulen!)

Gerade im Umweltbereich müssen wir in eine neue Phase der Forschungspolitik eintreten, in der Arbeit und Umwelt zusammengeführt werden sollen und zusammengeführt werden müssen. Da muß man doch Perspektiven aufzeigen und darf bei der Beantwortung der Großen Anfrage nicht nur statistisches Material auf den Tisch legen.

(Beifall bei der SPD.)

Die CDU hat zwar eine technokratische Frage gestellt, aber niemand hat den Wissenschaftsminister gezwungen, darauf eine technokratische Antwort zu geben. Er hätte politische Perspektiven aufzeigen können, damit klargeworden wäre, wie es in diesem Bereich weitergehen soll. Das hat er nicht getan.

(Ravens [SPD]: Kann er doch nicht!)

Meine Damen und Herren! Es fehlen Antworten auf die folgenden Fragen: Erstens. Wie und wo soll in Zukunft koordiniert werden? Diese Frage darf nicht mit dem Hinweis abgetan werden, daß in Zukunft sicherlich viel zu tun sein werde. Zweitens. Wo besteht Handlungsbedarf? Drittins. Wo und wie sollen Forschung und Entwicklung durch staatliche Nachfrage angestoßen werden? — Das alles sind wichtige Fragen, die die Forschungspolitik im Bereich der Umwelt ausmachen.

Herr Minister, unsere Kritik liegt darin, daß wir darauf keine Antwort bekommen haben und daß Sie nur aufgezählt haben, was es im Augenblick gibt. Sie haben aber nicht dargestellt, wie Ihre Politik in der Zukunft aussehen kann.

(Zurufe von der CDU.)

Von uns aus kann das doch nur zu folgender Schlußfolgerung führen: Sie haben keine Perspektive. Deshalb konnten Sie auch keine nennen. Wir haben erwartet, daß Sie heute vor diesem Hause eine Perspektive aufzeigen.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön, Herr Kollege Kirschner. — Ich stelle fest, daß die Besprechung der Großen Anfrage damit abgeschlossen ist.

Wir kommen jetzt zu etwas spezifisch Niedersächsischem, nämlich zu einem Jagdschloß.

(Heiterkeit.)

Punkt 23 der Tagesordnung:

Zweite Beratung: 5 Jahre Bemühungen um den Verkauf des "Jagdschlosses Nienover" — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 10/3375 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst — Drs 10/5502 — Änderungsantrag der Fraktion der SPD — Drs 10/5595

Für die Beratung dieses Antrages stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 30 Minuten zur Verfügung. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: CDU und SPD jeweils bis zu acht Minuten, Grüne und FDP jeweils bis zu vier Minuten.

Der Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 3375 wurde in der 64. Sitzung am 8. November 1984 zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuß für Wissenschaft und Kunst überwiesen. Berichterstatter ist der Abgeordnete Fischer (Göttingen).

Fischer (Göttingen) (CDU), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine Damen und Herten! Mit der Beschlußempfehlung in der Drucksache 5502 empfiehlt Ihnen der Ausschuß für Wissenschaft und Kunst, den Antrag der Fraktion der SPD abzulehnen.

(Zurufe von der SPD: Was?!)

Namens des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst bitte ich Sie, der Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 5502 Ihre Zustimmung zu geben. — Ich bitte Sie um Verständnis dafür, daß ich den Ausschußbericht zu Protokoll gebe.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP.)

(zu Protokoll:)

Mit dem Jagdschloß Nienover hat sich der Ausschuß für Wissenschaft und Kunst in einer ganzen Reihe von Sitzungen — insbesondere im Rahmen der Haushaltsberatungen — befaßt. Gegenstand dieser Beratungen waren auch die in dem Antrag der SPD-Fraktion geforderte Vorlage eines Nutzungskonzepts für das Jagdschloß. Ermittlung des gegenwärtigen Substanzverlustes und der übrigen seit 1979 entstandenen Verluste. Zu diesen Punkten nahmen die Ministerialvertreter umfassend Stellung. Sie führten zum Nutzungskonzept aus, daß nach einem Beschluß des Landesministeriums vom 17. September 1985 das

Jagdschloß zukünftig für Forschung und Lehre im Forstwirtschaftlichen Fachbereich der Universität Göttingen und für sonstige kulturelle Zwecke genutzt werden solle. Die Nutzungskonzeption decke Bereiche aus Forschung und Lehre sowie Kunst und Denkmalpflege ab. Für die Realisierung des Konzepts seien siehen Stellen notwendig, die jedoch nicht in den Haushalt 1986 eingestellt worden seien, weil zunächst die Haushaltsunterlage Bau abgewartet werden müsse. Der Minister für Wirtschaft und Verkehr habe die Staatshochbauverwaltung inzwischen angewiesen, diese Vorlage vorzubereiten. Die Kosten für den erforderlichen Umhau des Jagdschlosses seien daher auch nur überschläglich in den 16. Rahmenplan übernommen worden.

Hinsichtlich der Verluste trugen die Ministerialvertreter vor. daß für die Zeit des Ankaufs des Schlosses durch das Land bis zum Jahre 1981 ein Betrag von 264500 DM aufgelaufen sei. In der Zeit ab 1982 seien gegenüber Herrn Biedermann Schadenersatzforderungen in Höhe von 731 000 DM geltend gemacht worden. Die in den Räumen der Landesregierung befindlichen Kunstgegenstände hätten einen Gesamtwert von 205 000 DM. Hinzugerechnet werden müßten die dem Braunschweigischen Landesmuseum zur Verfügung gestellten Kunstgegenstände mit einem Wert von 49 000 DM. Die Diebstahlsverluste beliefen sich auf einen Betrag von knapp 100 000 DM. Hinsichtlich des Substanzverlustes konnten sie jedoch keine Auskunft geben. Eine Wertermittlung für das Schloß sei nicht erstellt worden, weil Nienover in die Nutzung des Landes übernommen werden solle.

Die SPD-Ausschußmitglieder sahen angesichts der entstandenen Verluste und Kosten ihre Einschätzung bestätigt, daß die Landesregierung mit dem Ankauf des Jagdschlosses einen teuren Fehler begangen habe. Die Landesregierung hätte besser daran getan, die nunmehr anstehenden Umbaukosten von mehr als 4 Millionen DM für einen Neubau zu verwenden. Unabhängig davon stelle das vorgelegte Konzept angesichts der Stellenausstattung nur ein Minimalkonzept dar. Die SPD-Fraktion gehe davon aus, daß nach der Realisierung des Konzeptes mindestens 10 bis 15 Stellen benötigt würden.

Das FDP-Ausschußmitglied schloß sich der Kritik an. Die FDP-Fraktion sei der Auffassung, daß es besser gewesen wäre, wenn die Landesregierung das Jagdschloß notfalls zum halben Anschaffungspreis wieder verkauft hätte. Die Kosten hätten sich mit diesem Entschluß in einem vertretbaren Rahmen gehalten. Der Abgeordnete hielt der SPD-Fraktion allerdings vor, zur Kostensteigerung beizutragen, wenn sie in ihrem Antrag forderte, im Jagdschloß Wanderausstellungen niedersächsischer Museen durchzuführen.

Die CDU-Ausschußmitglieder vertraten die Auffassung, daß der SPD-Antrag durch die von der Landesregierung bereits eingeleiteten Maßnahmen als erledigt anzusehen sei.

Der Antrag wurde schließlich von den CDU-Ausschußmitgliedern gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktionen der SPD und der Grünen abgelehnt. Der nicht stimmberechtigte Vertreter der FDP-Fraktion gab zu erkennen, daß er sich im Falle der Abstimmungsberechtigung der Stimme enthalten hätte.

Der mitberatende Ausschuß für Haushalt und Finanzen schloß sich mehrheitlich dieser Empfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst nach kurzer Aussprache an.

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön, Herr Kollege Fischer. — Wir kommen zur Beratung. Das Wort hat der Abgeordnete Silkenbeumer für die Fraktion der SPD.

(Schlotmann [CDU]: Das ist aber überraschend, daß der Kollege Silkenbeumer nach vorn kommt! — Lauenstein [CDU]: Was will der bloß machen, wenn es Nienover nicht mehr gibt? — Weitere Zurufe von der CDU.)

Silkenbeumer (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Beschlußempfehlung des Ausschusses lautet auf Ablehnung, da sich der Antrag angeblich erledigt habe. Der Antrag hat sich aber ganz und gar nicht erledigt. Wir haben Fragen über Fragen. Nach der Lektüre der "HAZ" von heute haben wir im übrigen nicht nur Fragen, sondern eventuell auch noch den Vorwurf der Strafvereitelung zu erheben.

(Beifall bei der SPD. — Oh! bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, es muß eine besondere Verbindung zwischen dem Ministerpräsidenten, Herrn Albrecht, und dem Jagdschloß Nienover geben. Bislang ging es um ein vom Minister-

Silkenbeumer

präsidenten persönlich dilettantisch geführtes Maklergeschäft in Millionenhöhe.

(Kuhlmann [CDU]: Mäßige dich!)

Es ging um zahllose blamable Peinlichkeiten, und es ging um ein Liebhaberprojekt des Herrn Ministerpräsidenten, das für die Steuerzahler bis heute nicht nur 1,8 Millionen DM an Kaufkosten, sondern zusätzlich noch 1,8 Millionen DM an weiteren Kosten verursacht hat und das in den Jahren 1986 und 1987 noch einmal 4,3 Millionen DM kosten soll. Das sind die Kosten für den Umbau des Jagdschlosses für die Zwecke der Universität Göttingen. Das macht summa summarum 8 Millionen DM.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, es geht aber heute nicht mehr nur um dieses Maklergeschäft, sondern es geht offensichtlich auch um private Recherchen des Herrn Ministerpräsidenten an Polizei und Staatsanwaltschaft vorbei. Der Herr Ministerpräsident — so die Lektüre — spricht persönlich mit einem Einbrecher und spielt damit einen obersten Landesdetektiv, an der Polizei und der Staatsanwaltschaft vorbei.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion legt Ihnen daher einen Änderungsantrag mit der Ergänzung vor, und wir bitten, der Landtag möge beschließen, die Landesregierung aufzufordern, umgehend offenzulegen, ob und inwieweit Ministerpräsident Dr. Albrecht oder andere Mitglieder der Landesregierung auf die Ermittlungen zur Aufklärung des in der Nacht zum 7. November 1979 im Jagdschloß Nienover erfolgten Diebstahls Einfluß genommen haben.

(Döring [CDU]: Haben Sie sich den Zeitungsartikel bestellt?)

Aus Zeitgründen lese ich das nicht vor. Sie haben es auf Ihrem Tisch liegen.

Meine Damen und Herren, ich habe im Februar 1983 ein Schreiben bekommen, das ich nicht ernst genommen habe. Nach der heutigen Lektüre nehme ich dieses Schreiben ernst. Ich darf den Absender hier nicht verlesen, aber ich gebe den Namen gerne den zuständigen Behörden, wenn das gewünscht wird. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

"Sehr geehrter Herr Silkenbeumer ... Es ist bei uns im Solling bekannt, was im Schloß geschehen ist. Der Polizeihubschrauber ist hier laufend, insbesondere in der Zeit, wo noch das wertvolle Inventar vorhanden war. Die Frau des Ministerpräsidenten persönlich hat wertvolle Gegenstände

mit in den Hubschrauber genommen und ist davongeflogen."

(Lachen bei der CDU.)

"Dies wird bewußt totgeschwiegen. Der große Macher Brandes spielt hier wieder einmal eine große Rolle. Mit seinem Wissen erpreßt er den Ministerpräsidenten. Dies ist auch der örtlichen CDU bekannt."

(Döring [CDU]: Schlammschlacht!)

"Wenn es Sie interessiert, gebe ich Ihnen auch einen Mann bekannt, der über diese gesamte Bandbreite sehr viel weiß, um nähere Einzelheiten bekanntzugeben."

Es folgt ein Name, voll ausgeschrieben, mit Telefonnummer, und dieser Name deckt sich mit dem, der heute in dem Artikel der "Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" genannt wird. Und das Schreiben stammt vom 11. Februar 1983.

Herr Ministerpräsident, ich habe dieses Schreiben nicht ernst genommen. Ich habe auch nichts weiter veranlaßt. Aber nach dem Artikel heute bitte ich Sie, dazu Stellung zu nehmen. Wir freuen uns darüber, daß Sie persönlich anwesend sind. Meistens sind Sie, wenn es um Nienover geht, nicht in diesem Raum.

(Schlotmann [CDU]: Das ist unverschämt!)

- Wenn es um Nienover geht, ist der Ministerpräsident sehr oft nicht im Raum.

Meine Damen und Herren, das Kapitel Nienover weitet sich offensichtlich doch zu einem Skandal ohne Ende aus. Ich darf ganz kurz daran erinnern: Vor der Vertragsunterzeichnung im Oktober 1979 hatte die Gattin des Ministerpräsidenten höchstpersönlich mit dem Landeskonservator Möller wertvolle Kunstgegenstände und Möbel ausgesucht und in das Gästehaus und in die Staatskanzlei bringen lassen. - Vor Vertragsunterzeichnung. Dann hatten wir den Diebstahl. Es war nichts versichert. Ab und zu hört man etwas. Zum Beispiel wurde ein Teppich für 4000 DM gefunden, ein anderes Mal etwas für 10 000 DM. Über die Prozeßführung, die Klageschrift und die Verurteilung ist nie etwas in der Presse verlautet worden.

Im November 1981 dann der sogenannte Verkaufserfolg an Herrn Biedermann. Ministerpräsident Albrecht in der Debatte: "Großer Erfolg der Denkmalpflege." Einige Monate später stellte sich das als der größte Reinfall dieses privaten Maklergeschäftes heraus. Herr Brandes, CDU-Landtagspräsident in einer Debatte im Januar 1982: "Meine Damen und Herren, ich möchte zum Ausdruck bringen, daß meine Fraktion eini-

ge Fragen für bedenklich im Interesse des Landes hält." Es ist interessant zu wissen, was damit wohl gemeint gewesen sein mag.

Dann folgten die sogenannten ernsthaften Gespräche mit Kaufinteressenten, insgesamt zwölf an der Zahl. Bis heute ist nie aufgeklärt und öffentlich vor uns gesagt worden, um was es dort ging und warum man nicht zum Abschluß kam.

1985 hieß es dann auf einmal: "Das Schloß muß weg, koste es, was es wolle." Und jetzt bestehen Pläne, es für die Universität Göttingen zu nutzen. Umbaukosten: 3,8 Millionen DM; erste Einrichtungskosten: 500 000 DM.

(Horrmann [CDU]: Das ist doch in Ordnung, Herr Silkenbeumer!)

1986/87 soll umgebaut werden. Bis jetzt ist völlig offen, ob die Universität Göttingen die sieben erforderlichen Stellen zusätzlich bekommt. Es gibt lediglich eine Absichtserklärung.

(Horrmann [CDU]: Warten Sie einmal ab!)

Wenn wie sehen, was Herr Cassens Vechta, Oldenburg, Osnabrück und anderen Universitäten vor der Landtagswahl versprochen hat, so sind das mittlerweile insgesamt knapp 100 Stellen. Wie das durch unsere Landesregierung im Juni eingelöst werden soll, weiß ich nicht. Wir werden es nicht tun können.

(Horrmann [CDU]: Ich denke, ihr wollt dauernd Stellen vermehren!)

Denkmalpflegerische Aspekte — und dies ist eigentlich das Entscheidende, meine Damen und Herren — spielen bei dieser Umbauplanung überhaupt keine Rolle mehr. Immer wieder wurde gesagt: Wir wollten das Schloß kaufen und haben es gekauft, um es vor dem Verfall zu retten. Alle Fragen, die wir im Ausschuß für Wissenschaft und Kunst gestellt haben, wurden wie folgt beantwortet: Es geht nur um Umbau. Denkmalpflege vielleicht eine Million DM, vielleicht etwas mehr. Was wir da berücksichtigen wollten, wissen wir überhaupt nicht mehr. — Es ist schon eigenattig mit Ihrem denkmalpflegerischen Verständnis

Das Entscheidende — das Land hat jetzt gegen Herrn Biedermann einen Prozeß angestrengt; man sprach bisher nie von Zinsverlusten; Herr Minister Cassens versuchte ja sogar sehr ironisch, uns hier lächerlich zu machen, wenn wir danach gefragt haben — ist die Akte Biedermann/Land Niedersachsen. Meine Damen und Herren, das Land Niedersachsen hat Herrn Biedermann insgesamt auf 731 581,19 DM verklagt. Das ist eine Summe, bei der man sich fragt: Wie kommt denn

das? Ich lese an Ihren Gesichtern ab, daß auch Sie es nicht wissen. Das ist einschließlich der Verzugszinsen. Wenn Sie das Schreiben des Herrn Finanzministers an den Minister für Wissenschaft und Kunst sehen, in dem minuziös aufgelistet wird, wie viele Zinsen zu verlangen sind, dann ist das geradezu peinlich, blamabel und dilettantisch.

(Beifall bei der SPD.)

Sie haben uns hier in diesem Parlament bisher die Unwahrheit erzählt, wenn Sie sagten, diese Zinsen spielten keine Rolle.

Nun erscheint Herr Ministerpräsident Albrecht hier heute als oberster Privatdetektiv. Herr Ministerpräsident, wir bitten Sie, uns in dieser Diebstahlsaffäre auch aufgrund des Artikels Auskunft zu geben und Rede und Antwort zu stehen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie unseren Änderungsantrag mit den darin vorgesehenen Ergänzungen ablehnen sollten, dann würden wir das nicht verstehen — wir würden das sehr bedauern —, und dann tragen Sie Mitverantwortung an der Verschleierung bei diesem sehr mysteriösen Spiel und bei der peinlichen Affäre Nienover.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat der Abgeordnete Schörshusen. — Hatten Sich sich gemeldet, Herr Minister Möcklinghoff? — Bitte schön, das geht vor.

Dr. Möcklinghoff, Minister des Innern:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zur Geschichte Nienover selbst nichts sagen, sondern nur zu dem Änderungsantrag, den die SPD-Fraktion hier vor wenigen Stunden eingebracht hat.

(Wernstedt [SPD]: Es spricht Mr. Watson!
— Heiterkeit.)

Ich habe mich in der Zwischenzeit bemüht, das in Erfahrung zubringen, was zur Beantwortung notwendig ist.

Sie haben die Landesregierung aufgefordert, umgehend offenzulegen, ob und inwieweit Ministerpräsident Albrecht oder andere Mitglieder der Landesregierung auf die Ermittlung zur Aufklärung des in der Nacht zum 7. November 1979 erfolgten Diebstahls Einfluß genommen haben, insbesondere — jetzt folgt der erste Spiegelstrich — ob und wodurch der Ministerpräsident oder andere Mitglieder der Landesregierung an der Zurückhaltung von Erkenntnissen Anteil ge-

Dr. Möcklinghoff

habt haben. — Die Antwort auf die Frage lautet eindeutig: Nein! Weder der Ministerpräsident ——— Von den übrigen Mitgliedern der Landesregierung können nur noch die beiden genannten Minister, der Innenminister oder der Justizminister, gemeint sein. Der Justizminister ist nicht erreichbar. Ich habe den Staatssekretär eben gefragt, und der hat das für sein Haus ebenfalls verneint.

(Schmidt [SPD]: Dann ist das eine Lüge in der "HAZ"?)

Hierdurch ist klar: Es sind keine Erkenntnisse zurückgehalten worden. Im Gegenteil: Es hat im August auf Bitte eines Einsitzenden mit diesem beim Ministerpräsidenten ein Gespräch stattgefunden, in dem der Einsitzende — weil er der Polizei offensichtlich nicht traute — mitteilen wollte, was er über den Einbruch in Nienover wisse.

(Lachen bei der SPD.)

— Ich hatte den Eindruck, Sie nähmen diese Frage ernst, weil Sie sie heute unmittelbar an die Landesregierung gerichtet haben. Deswegen gebe ich mit allem Ernst Antwort. Wenn Sie darüber lachen, dann kann ich nur annehmen, daß Sie die Frage gar nicht ernst genommen haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU. — Schlotmann [CDU]: Große Schau ist das hier! — Zuruf von Lauenstein [CDU].)

Der Ministerpräsident hat die Erkenntnisse aus diesem Gespräch an den Kriminaldirektor Reisacher weitergegeben, der augenblicklich im Urlaub ist.

(Ah! bei der SPD.)

— Ja, ah! — Aber zufälligerweise ist sein Stellvertreter hier, der bei diesem Gespräch dabei war und der das bestätigt. Der Brief, der ebenfalls von diesem in der Vollzugsanstalt Einsitzenden an den Ministerpräsidenten gegeben worden ist, ist von Herrn Reisacher dann ebenfalls weitergegeben worden, und zwar — hören Sie bitte zu! — am 20. August an das LKA mit dem Auftrage, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten. Die erste Vernehmung hat am 7. September, die zweite am 30. September stattgefunden

(Ravens [SPD]: 1982?)

— Am 7. September und am 30. September 1982, jawohl! — Daraus ergibt sich, daß der Ministerpräsident die Erkenntnisse, die ihm von einem Einsitzenden gegeben worden waren, unverzüglich an die für die Durchführung zuständige Polizeidienststelle weitergegeben hat und daß diese wiederum unverzüglich das LKA mit den entsprechenden Ermittlungen beauftragt hat.

Wenn ich auf die Frage in dem zweiten Spiegelstrich eingehe, die da lautet, ob und wodurch es — auf Aktivitäten des Ministerpräsidenten oder anderer Mitglieder der Landesregierung zurückgehende — Einflußnahmen gab, dann kann ich sagen, daß es nur positive Einflußnahmen gab, nämlich die, ein Ermittlungsverfahren so schnell wie möglich zum Erfolg zu bringen, wobei ich auch sagen kann, daß die Polizei dieses Ermittlungsverfahren tatsächlich mit Erfolg abgeschlossen hat. Die Täter sind gefaßt worden. Unter anderem ist als Mittäter auch der überführt worden, der dem Ministerpräsidenten diese Hinweise gegeben hat.

(Hört, hört! bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, in den Formulierungen, die vorhin gefunden worden sind, war wieder ein Zeichen von Vorverurteilung enthalten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU. — Pfui! bei der CDU.)

Es wird verurteilt, ohne daß der andere vorher die Chance erhält, darauf eine Antwort zu geben. Damit wird versucht, diesen Ministerpräsidenten zu diskreditieren und ihn in die Nähe von Kriminellen zu stellen. Ich weise das namens der Landesregierung entschieden zurück.

(Starker Beifall bei der CDU. — Lauenstein [CDU]: Das sind doch miese Kerle! So etwas Mieses habe ich noch nicht erlebt! — Lachen bei der SPD.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke, Herr Minister. — Das Wort hat der Abgeordnete Schörshusen für die Fraktion der Grünen.

Schörshusen (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das, was Herr Möcklinghoff hier eben über den Ministerpräsidenten in der Rolle als Überredungskünstler gebracht hat, hörte sich ja sehr interessant an.

(Kuhlmann [CDU]: Hör auf! Das ist ja nicht mehr zu ertragen!)

Vielleicht könnte die Polizei in zukünftigen Ermittlungsverfahren häufiger auf ihn zurückgreifen.

(Zuruf von Lauenstein [CDU].)

Auf das Thema, das die "HAZ" aufgegriffen hat, werde ich am Schluß noch eingehen. Zunächst möchte ich ein paar Worte zu dem vorliegenden Antrag sagen, den wir hier beraten wollten.

Der Antrag der SPD-Fraktion zielt im wesentlichen in die Richtung, endlich mal eine sinnvolle öffentliche Nutzung des Jagdschlosses Nienover zu ermöglichen, und zwar alles nach dem Motto: Wenn das Land Niedersachsen schon ein Schloß besitzt, das niemand für einen angemessenen Preis kaufen will, und wenn jährlich fast 200 000 DM an Unterhaltungskosten anfallen, so muß man damit etwas anstellen, damit zumindest ein Teil der Steuerzahler etwas davon hat. — Das ist der Tenor des SPD-Antrages. Man kann das auch Politik der Sachzwänge nennen, die seit sechs Jahren durch die Politik der Landesregierung entstanden sind. Die CDU hat jetzt nach jahrelangen Verkaufsversuchen auch einmal reagiert und im Ausschuß für Wissenschaft und Kunst ein Nutzungskonzept vorgelegt. Allerdings soll diese Nutzung, die vorgeschlagen worden ist, noch einmal fast so viel kosten wie das, was das Land Niedersachsen bisher in dieses Schloß hineingesteckt hat. Zusätzlich zu den schon angefallenen 3,5 Millionen DM sollen nun noch 4,3 Millionen DM für den Umbau ausgegeben werden. Und das alles, um letztendlich den Platz, allerdings einen sehr fürstlichen Platz, für sieben Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir halten das vorgelegte Nutzungskonzept der CDU-Landesregierung für ein reines Alibikonzept, um das Nienover-Desaster zu kaschieren. Hier wird trotz Millionenaufwandes keine überzeugende Nutzung des Schlosses erreicht, sondern hier wird allenfalls dem Ministerpräsidenten für seine 79er Fehlentscheidung Absolution erteilt.

Das vorgelegte Konzept der Landesregierung ist ein hilfloses Beschäftigungskonzept mit dem Ziel, das leerstehende Schloß wenigstens mit sieben Leuten zu beseelen. Dann kann ja niemand mehr sagen, hier werde Geld verschwendet. Der nach sechs Jahren vorgelegte Nutzungsvorschlag ändert aber überhaupt nichts an der gigantischen Verschwendung von Steuergeldern.

(Zuruf von Hartmann [CDU].)

Es kann auch niemand ernsthaft glauben, daß die Untersuchungen — wie es so schön heißt — von ökosystemaren Zusammenhängen zwischen sauren Depositionen und Waldsterben durch die Ansiedlung einer BAT-II a-Stelle im Solling entsprechend dem Einsatz der Mittel vorankommen. Zum dilettantischen Kauf des Jagdschlosses und den dilettantischen Verkaufsverhandlungen der Vergangenheit kommt jetzt noch ein dilettantisches und konzeptionsloses Forschungsvorhaben.

(Zustimmung von Trittin [Grüne].)

Von sinnvoller Nutzung kann da überhaupt keine Rede sein. Die Versäumnisse der letzten sechs Jahre werden durch neue teure Fehlentscheidungen nicht kompensiert, sondern auf die Spitze getrieben. Das Schloß Nienover ist dabei zu einem Geschichts- und Kulturdenkmal geworden; allerdings in einem ganz anderen Sinn als das, was der Herr Minister Cassens hier immer darstellt. Das ist ein Denkmal für eine sehr sonderbare Geschichte in diesem Lande geworden. Nachdem nämlich der hannoversche Ölhändler Beyer das Schloß für 170 000 DM gekauft hatte, aber dann nicht mehr weiter nutzen wollte, kaufte, wie wir wissen, Ernst Albrecht das Schloß für 1,8 Millionen DM. Bis heute sind die wahren Motive für diesen Kauf immer noch im Dunkel geblieben.

(Horrmann [CDU]: Blödsinn!)

Man kann da eigentlich nur spekulieren: Ursprünglich wollte der Welfenverehrer und Jagdfreund Albrecht das Schloß anscheinend selbst nutzen

(Dr. Remmers [CDU]: Das sind wieder diese schwachsinnigen Nebenbemerkungen!)

nach dem Motto: Was ist denn ein Landesfürst ohne Schloß? — Ein Kapitän ohne Schiff!

(Trittin [Grüne]: Fisch ohne Fahrrad! — Kuhlmann [CDU]: Esel ohne Ohren! — Heiterkeit.)

Vielleicht haben dann die Argumente aus den eigenen Reihen den Ausschlag dafür gegeben — aus Angst vor den Wählern und dem Bund der Steuerzahler —, das Schloß wieder — wenn auch mit Verlust — verkaufen zu wollen. Vorher hat — Herr Silkenbeumer hat das schon ausgeführt — die Staatskanzlei zur fürstlichen Ausstatung ihrer Räume allerdings noch Kunstgegenstände im Wert von 205 000 DM abgestaubt nach dem Motto: Wenn schon kein Schloß, dann wenigstens entsprechender Wandschmuck!

Die beim Einbruch in der Nacht zum 7. November 1979 gestohlenen Antiquitäten scheinen Ernst Albrecht darüber hinaus so fasziniert zu haben, daß er, wie heute bekanntgeworden ist, mit einem der gefaßten Täter ein zweistündiges Gespräch unter vier Augen organisierte.

(Lauenstein [CDU]: Sie haben doch eben gehört, was gesagt worden ist! Warum bringen Sie es denn noch einmal?)

Präsident Dr. Blanke:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist schon etwas überschritten!

Prasident

Schörshusen (Grüne):

Kann ich vielleicht weiterreden? — Dieses Gespräch hatte anscheinend das Ergebnis, daß dieser erst dann ein Geständnis ablegen sollte, wenn grünes Licht aus der Staatskanzlei gegeben werde. Das ist eine sicherlich sehr dubiose Kumpanei,

(Stock [CDU]: Das ist doch unglaublich hier!)

wobei die Frage unbeantwortet blieb, was der Ministerpräsident als Gegenleistung bekommen hat.

Präsident Dr. Blanke:

Herr Kollege, Ihre Zeit - - -

Schörshusen (Grüne):

Ich bin sofort fertig!

(Jahn [CDU]: Setz dich mal hin! — Unverschämtheit! — Weiterer Zuruf von der CDU: Das ist ja ungeheuerlich! — Weiterer Zuruf von der CDU: Schluß!)

Präsident Dr. Blanke:

Dann können Sie auf Ihren Platz gehen! Wir haben schon sehr viel Geduld gehabt. Nur einen Schlußsatz, bitte!

Schörshusen (Grüne):

Die Geschichte von Nienover ist ganz offensichtlich eine Geschichte von lauter Peinlichkeiten. Wir meinen, daß das vorgelegte Nutzungskonzept der CDU nicht ausreicht. Wir werden deshalb den Antrag der SPD, der weitergehend ist, auch unterstützen. — Vielen Dank!

(Beifall bei den Grünen. — Zustimmung bei der SPD.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön! — Das Wort hat der Abgeordnete Hirche für die Fraktion der FDP.

Hirche (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben es mit zwei Sachverhalten beim gleichen Thema zu tun. Ich werde zunächst etwas zum Antrag und zur Ausschußberatung sagen. Es ist in der Tat so, daß die SPD mit ihrem Antrag den Versuch macht, der CDU bzw. der Regierung aus der Patsche zu helfen, in die sich die Regierung selbst hineingebracht hat. Die SPD hat hier einen Nutzungsvorschlag für Nienover vorgelegt, der nach meiner Einschätzung und der Einschätzung meiner Fraktion in sich alles andere als überzeugend ist und eine weitere Vergeudung von Landesmitteln bedeuten würde.

(Beifall bei der FDP.)

Die klare Antwort auf den Kauf von Nienover kann eigentlich nur sein, es — denkmalgeschützt — wieder zu verkaufen, damit das Land diese Immobilie loswird.

(Zuruf von Silkenbeumer [SPD].)

Man kann und sollte einen Fehler, 1,8 Millionen DM ausgegeben zu haben, nicht dadurch wettmachen, daß man weitere Millionen ständig hinterherschießt.

(Beifall bei der FDP.)

Ich glaube, das ist der falsche Weg. Wenn zu diesem Preis kein Käufer am Markt ist, dann wäre der einzige Weg der gewesen — wie jeder das in einer solchen Situation macht —, das Schloß zu einem geringeren Preis zu verkaufen. Das hätte vielleicht einen Verlust von einer Million DM gegeben. Jetzt werden wir in eine Ausgabenpolitik getrieben, die unnötig und überflüssig ist.

(Beifall bei der FDP.)

Sie steht mit einem korrekten Haushaltsgebaren vielleicht formal in Einklang; das will ich überhaupt nicht bezweifeln. Es hätte aber andere Möglichkeiten gegeben, z. B. auch dem Forstbereich in Göttingen zu helfen.

Wir werden deshalb den Antrag der SPD ablehnen, wenngleich aus anderen Gründen als die CDU. Beide Verhaltensweisen scheinen uns in keiner Weise konsequent und in keiner Weise sparsamer Haushaltsführung angemessen zu sein.

(Beifall bei der FDP.)

Durch Zeitungsberichte und durch die Intervention des Kollegen Silkenbeumer sind heute neue Aspekte in dieser Angelegenheit aufgetaucht. Ich finde es zunächst einmal richtig, daß jetzt nicht nach einer Landtagsdebatte, sondern vorher schon Dinge auf den Tisch kommen, zu denen der Innenminister sofort Stellung genommen hat. Es bleiben natürlich Fragen, auch nach dem, was der Innenminister gesagt hat.

(Beifall bei der SPD.)

Bis auf einen einzigen Punkt hat er im Grunde die Angaben bestätigt, die die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" in dem Artikel veröffentlicht hat. Der einzige Unterschied besteht darin, daß die "HAZ" behauptet — der Kollege Silkenbeumer hat diesen Vorwurf aufgenommen —.

die Ergebnisse aus dem Gespräch des Ministerpräsidenten seien nicht weitergegeben worden, während der Innenminister mit aller Deutlichkeit gesagt hat, sie seien weitergegeben worden.

Meine Damen und Herren, es ist ein alter Grundsatz im Gerichtsverfahren, daß man beide Seiten hören muß, bevor man sich ein Urteil bildet. Man kann nicht von einem Zeitungsartikel her über Dinge entscheiden. Das hat auch der Kollege Silkenbeumer nicht beabsichtigt, wenn ich das richtig sehe.

(Jahn [CDU]: Was?! Der hat noch viel mehr beabsichtigt! — Zuruf von der CDU: Der hat uns an die Wand gestellt! — Zuruf von Schlotmann [CDU].)

Meine Damen und Herren, Sie mögen das ja anders einschätzen. Ich will das hier jetzt nur einmal so sagen. Ich halte nämlich nichts davon, daß jetzt mit Emotionen auf eine Sache geantwortet wird, die natürlich mit emotionalen Gründen vorgebracht worden ist.

(Zuruf von Schlotmann [CDU].)

Ich denke aber, Herr Kollege, daß die Erklärung des Innenministers für dieses Haus auch eine Erklärung ist und deswegen zur Kenntnis genommen wird. Sie ist zu diesem Sachverhalt nach heutigem Erkenntnisstand und nach bisherigem Vorbringen auch eine Erläuterung, Herr Kollege Silkenbeumer. Ich halte das — das mag Sie vielleicht stören — als Erklärung bis zum Vorbringen weiterer Argumente deswegen für glaubwürdig, weil es mir im Zusammenhang mit Nienover psychologisch ohnehin immer höchst merkwürdig vorgekommen ist, in welcher persönlichen Art und Weise sich der Ministerpräsident um dieses nachrangige Landesproblem gekümmert hat.

(Beifall bei der FDP.)

Von daher und in Kenntnis des Verhaltens des Ministerpräsidenten in Gnadensachen halte ich es für wahrscheinlich und plausibel, daß dieses Gespräch auf die hier dargestellte Art und Weise zustande gekommen ist.

Präsident Dr. Blanke:

Herr Kollege Hirche, es bleibt Ihnen weder von der Redezeit noch vom Tagesordnungspunkt her Gelegenheit, noch auf die Gnadenpraxis einzugehen.

(Lachen bei der CDU.)

Hirche (FDP):

Herr Präsident, ich will das auch nicht. Ich möchte nur den Gedanken noch zu Ende führen. Ich

denke, daß das Thema ernst genug ist, um zumindest den Versuch zu machen, jetzt in Kürze zu Ende zu kommen.

Präsident Dr. Blanke:

Ja, aber bitte sehr in Kürze; denn die Zeit ist um.

Hirche (FDP):

Meine Damen und Herren, ich denke, wir sollten diese Erklärung, solange keine neuen Sachverhalte vorgebracht werden, für heute als eine ausreichende Erklärung annehmen. Ich glaube aber, daß man nicht sagen kann, daß die Angelegenheit damit völlig erledigt ist, weil bestimmte Fragestellungen offenbleiben. Ich halte es nur der Ernsthaftigkeit des Gegenstandes für angemessen, nicht mit Verdächtigungen zu operieren. Das liegt mir und meiner Fraktion fern. Deswegen mögen die Ausführungen des Innenministers für heute genügen. Aber nehmen Sie uns bitte ab, daß die Kürze der Antwort hier auch weitere Fragen offenläßt, weshalb wir anhand des Protokolls und in Gesprächen weitere Aufklärung erbitten.

(Beifall bei der FDP.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön, Herr Kollege Hirche. — Das Wort hat der Abgeordnete Ravens für die Fraktion der SPD.

Ravens (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Vorwürfe, die heute in der "Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlicht wurden,

(Lauenstein [CDU]: Das waren doch keine Vorwürfe!)

hätten die Landesregierung eigentlich sofort, und zwar schon heute morgen, zum Reden und zum Antworten bringen müssen.

(Lauenstein [CDU] und Schlotmann [CDU]: Das hat sie doch!)

Erst als sich die Landesregierung nach mehreren Stunden noch immer nicht gemeldet hatte, erst als dies geschah, hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion ihren Antrag hier eingebracht. Der ist kurz vor Mittag eingebracht worden.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU.)

Ravens

So lange hatte die Landesregierung Zeit zu antworten. Ihr hat es die Sprache verschlagen. Sie hat geschwiegen.

(Beifall bei der SPD. — Widerspruch bei der CDU.)

Wir haben den Antrag deshalb eingebracht, damit die Landesregierung vor diesem Hause reden sollte.

(Knemeyer [CDU]: Hat sie doch!)

Herr Möcklinghoff, Sie haben hier von Vorverurteilungen durch meinen Kollegen Silkenbeumer gesprochen.

(Schlotmann [CDU]: Natürlich!)

Ich weise diesen Vorwurf zurück.

(Schlotmann [CDU]: Wer hat denn den Artikel in die "HAZ" gebracht?)

Mir scheint, die Nerven der Landesregierung sind schon so dünn,

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen — So ist es! bei der SPD — Lachen bei der CDU)

daß kritische Fragen, die an sie gestellt werden, jeweils solche Reaktionen hervorrufen, wie sie durch Herrn Möcklinghoff hier gezeigt wurden.

(Zuruf von Schlotmann [CDU].)

Ich frage deshalb ganz einfach noch einmal ab: Herr Ministerpräsident, trifft es also nicht zu, daß es erstens eine Vereinbarung mit dem sagenhaften Herrn S. am Treffpunkt Telefonzelle am Niedersachsenstadion und ein zweistündiges gemeinsames Gespräch gegeben hat?

Trifft es also zweitens nicht zu, daß damals, im Februar 1983, die Beamten der Sonderkommission 303 des Landeskriminalamtes

(Stock [CDU]: Er hat wieder nicht zugehört! — Jahn [CDU]: Hören Sie gefälligst mal zu, wenn hier geantwortet wird! — Weitere Zurufe von der CDU)

ihren Ohren nicht trauten, als der Herr S. ihnen von den Kontakten mit dem Ministerpräsidenten und anderen erzählte?

(Stock [CDU]: Das ist ja nicht zu fassen!) Das heißt, haben sie zu diesem Zeitpunkt von diesen Kontakten also nicht gewußt, oder haben

Stock [CDU]: Haben Sie nicht zugehört, Herr Ravens? — Jahn [CDU]: Das paßt

nicht in sein Konzept hinein!)

Das dritte: Ich möchte gern wissen, ob es nach dem, was Herr Möcklinghoff hier gesagt hat, auch

zutrifft, daß Herr S. Verbindungen mit dem früheren Herrn Landtagspräsidenten gehabt hat.

Ich frage viertens: Trifft es also nicht zu, daß sich Herr S. bei seiner Vernehmung vor der Sonderkommission jeder Aussage versagt hat, mit dem Hinweis darauf, er werde erst auf ein bestimmtes Codewort antworten?

Trifft es also fünftens nicht zu, daß Herr S. seine Aussage erst gemacht hat, nachdem dieses Codewort gefallen ist, und daß er behauptet hat, dieses Codewort sei mit dem Herrn Ministerpräsidenten vereinbart worden?

Dies sind Fragen, die wir gern beantwortet haben möchten. Wir sind gespannt auf Ihre Antwort.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke, Herr Kollege Ravens. — Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Dr. Albrecht, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will noch einige Worte dazu sagen. Zunächst Herr Ravens, noch einmal zum Sachverhalt.

Was erstens die Verabredung in der Telefonzelle angeht — ich kann nicht sagen, ob es eine Telefonzelle war oder nicht. Tatsache ist, daß mein persönlicher Referent gesagt hat, wo er den Mann aufnehmen würde. Er hat ihn dann in die Lüerstraße gebracht.

Zweitens. "Gespräch von zwei Stunden" ist schlichter Unsinn. Wenn es 15 Minuten gedauert hat, allenfalls 20 Minuten, dann wird das das Maximum sein.

(Schlotmann [CDU]: Das paßt doch nicht in das Konzept von Herrn Silkenbeumer!)

Drittens. Zu der Bemerkung in der Zeitung, daß die Beamten dieser Sonderkommission aus allen Wolken gefallen seien — oder wie der Ausdruck lautet —, kann ich nur folgendes sagen, was Herr Möcklinghoff schon gesagt hat: Am selben Tage, an dem dieser Mann im August des Jahres 1982 mir Andeutungen gemacht hatte, er wüßte usw., habe ich die Sache Herrn Reisacher, dem Chef des Landeskriminalamtes, mitgeteilt mit der Bitte, das so zu ermitteln, wie alle Fälle dieser Art ermittelt werden. Wer sich ein bißchen in diesen Dingen auskennt, weiß auch, daß das alles häufig nur Großsprecherei, Großmannssucht, Versuche von Leuten sind, sich nun hervorzutun. Das

heißt, man weiß nicht, ob da etwas dran ist oder nicht.

(Zuruf von der SPD: Dann hätte ich ihn gar nicht empfangen!)

— Ich empfange aber fast alle Bürger unseres Landes, bei denen ich den Eindruck habe, daß das, was sie mir einmal sagen möchten, wirklich wichtig ist.

(Beifall bei der CDU. — Widerspruch von der SPD, von den Grünen und von der FDP.)

Man kann nicht vorher wissen, was bei solchen Gesprächen herauskommt. Das werden Sie vielleicht nicht wissen: Es gehört nun einmal zu meiner Praxis, zu meinem Amtsverständnis, daß ich etwa einmal im Monat einen Besuchstag abhalte. Da kommen gerade die zu Worte, die nicht eine offizielle Position haben und nicht ständig mit dem Ministerpräsidenten reden können, sondern für die das schon einmal eine Ausnahme darstellt.

(Beifall bei der CDU.)

Aber eines ist zweifelsfrei: Das Landeskriminalamt hat von Anfang an die Sache in die Hand genommen. Ob es hier oder da irgendeinen Beamten gibt, der später von sich sagt, er habe davon nichts gewußt, ist völlig unerheblich. Entscheidend ist, daß das Landeskriminalamt von Anfang an die Angelegenheit in der Hand gehabt hat.

Was den Landtagspräsidenten angeht, so weiß ich nichts darüber.

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Das ist auch völlig unerheblich; denn ich habe es mit dem Staate und nicht mit der Person des Landtagspräsidenten zu tun.

Schließlich zu Ihrer letzten Frage hinsichtlich des Codewortes: Das kann ich verbindlich sagen.

(Schmidt [SPD]: Das andere nicht?)

— Nein, weil ich da ja selber gefragt worden bin.

— Ich selber habe über ein Codewort mit einem solchen Mann natürlich niemals gesprochen. Ich habe versucht herauszufinden, was überhaupt dahinterstecken könnte. Das Landeskriminalamt sagt, daß Herr Reisacher diesem Mann, der vor den Leuten, die ihn bisher schon befragt hatten, nicht aussagen wollte, gesagt hat: Wenn Sie in Zukunft vernommen werden, dann wird das ein Beamter sein, zu dem Sie Vertrauen haben können, und dann können Sie sich auf mich berufen. So soll das gewesen sein. Aber es ist auch völlig unerheblich. Das Entscheidende ist, daß die Staatskanzlei mit Codewörtern oder ähnlichem nichts zu tun hat.

Nun will ich zu der Sache doch noch etwas Grundsätzlicheres sagen. Erstens. Wir brauchten die SPD nicht. Im Gegenteil, Herr Ravens, wenn Sie den Artikel in der "Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" gelesen haben, dann müßten Sie ebensogut wie ich wissen, daß am Schluß dieses Artikels bereits die Stellungnahme der Staatskanzlei wiedergegeben worden ist, obwohl es schon sehr spät war. Wir haben das in allerletzter Minute zu hören bekommen. Die Stellungnahme der Staatskanzlei ist in dem Artikel enthalten. Dafür brauchten wir die SPD nicht.

Zweitens. Sie können sich doch denken, daß wir dann, wenn eine solche Räuberpistole erzählt wird, geradezu glücklich darüber sind, daß der Punkt heute auf der Tagesordnung steht. Wenn Sie den Antrag nicht gestellt hätten, dann hätten wir

(Lachen bei der SPD)

eine Erklärung dazu abgegeben, um dies klarzustellen.

(Beifall bei der CDU.)

Drittens. Was die Nerven angeht, will ich nun einmal folgendes sagen. Wir sind ziemlich sicher, wie das in den nächsten Monaten laufen wird. Ich merke nur, daß es immer mehr um sich greift, daß die SPD, anstatt sich mit unserer Politik auseinanderzusetzen, zu solchen Mätzchen und zu unfairen Dingen greifen muß.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Das ist nicht gerade ein Zeichen dafür, daß sich die SPD ihrer politischen Position im Lande sicher ist. Eigentlich ist das nur ein Verzweiflungsakt, mit dem man versucht, das große Ansehen, das unsere Politik Gott sei Dank hier im Lande hat, doch noch etwas zu beeinträchtigen.

(Beifall bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

Ich will noch ein letztes Wort dazu sagen, und zwar mit aller Deutlichkeit. Es hat vielleicht in einer Vorwahlkampfzeit keine Chance, gehört zu werden, aber es kommt ja auch eine Zeit danach, und es gibt ja vielleicht auch noch den einen oder anderen Nachdenklichen hier im Hause. Ich sehe, daß in der Republik insgesamt — ich meine, daß dafür die Grünen ganz wesentlich mitverantwortlich sind — die Tendenz besteht, die politische Auseinandersetzung mit Andersdenkenden über den richtigen Weg für unser Land zu verlassen.

(Schmidt [SPD]:Fragen Sie mal Herrn Geißler!)

und den politisch Andersdenkenden persönlich zu verunglimpfen.

Dr. Albrecht

(Beifall bei der CDU. — Zurufe von der SPD und von den Grünen.)

Davor kann ich nur warnen.

(Trittin [Grüne]: Das "Geißlern" haben Sie doch erfunden, nicht wir! — Weitere Zurufe von der SPD.)

Ich gebe zu, daß es in jeder Partei mal Ausrutscher gibt. Aber bei Ihnen ist es Methode, und das ist ein Unterschied.

(Beifall bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

Das, was mich stört, ist nicht, daß die da (auf die Grünen zeigend) so sind — das wissen wir ja, das wissen wir ja auch aus dem Bundestag in Bonn, wie die sich dort aufführen —, sondern daß die Sozialdemokratische Partei dieses Spielchen mitmacht. Das finde ich höchst bedauerlich.

(Beifall bei der CDU.)

Ich glaube, daß es viele in der Sozialdemokratischen Partei gibt, die das ebenso sehen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat der Abgeordnete Kohlenbach für die Fraktion der CDU.

Kohlenbach (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Art und Weise, wie die SPD-Fraktion aus diesem Thema Wahlkampfhonig zu saugen versucht, ist bedrückend.

(Engels [SPD]: Ach du lieber Gott!)

Für diesen miesen Stil fehlt mir jedes Verständnis.

(Beifall bei der CDU.)

Er wird vielleicht noch übertroffen — das hat der Redebeitrag des Vertreters der Fraktion der Grünen hier gezeigt — von den Mitgliedern der Fraktion der Grünen. Dazu gehört auch die rhetorische Maßlosigkeit, mit der sich der Kollege Silkenbeumer seit Jahren immer wieder an diesem Thema hochzieht.

(Beifall bei der CDU)

ohne daß irgendwelche neuen, besseren Argumente vorgebracht werden.

(Schmidt [SPD]: 8 Millionen sind ganz schön!)

Die CDU-Fraktion begrüßt die Lösung für eine sinnvolle Nutzung des Jagdschlosses Nienover, die nunmehr gefunden worden ist. Sie wissen aus den Beratungen im Ausschuß, daß dieses Gebäude für Forschung, Lehre und Kultur genutzt werden wird.

Wenn die Landesregierung dieses Gebäude nicht erworben hätte, wäre es verfallen, weil der Eigentümer keinen potenten Käufer hatte. Das, denke ich, ist in der ganzen Diskussion bisher überhaupt nicht genügend betont worden.

(Zurufe von der SPD.)

Ich kann mir vorstellen und es auch verstehen, daß der Kollege Silkenbeumer darüber traurig ist, daß er in Zukunft bei dem Thema Nienover auf einen erfolgreichen Abschluß der Bemühungen der Albrecht-Regierung zur Erhaltung und Nutzung eines wertvollen niedersächsischen Kulturdenkmals hinweisen muß.

(Silkenbeumer [SPD]: Wir werden uns nach den Umbaumaßnahmen wieder sprechen!)

Es ist richtig, wenn wiederholt darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Bewältigung dieses Problems nicht einfach und schnell zu erreichen war. Aber es gibt nun einmal — das wissen Sie — im Leben und damit auch in der Politik Aufgaben, die sich nicht so leicht und von heute auf morgen lösen lassen. Wichtig ist schließlich, daß gerade auch schwierige Probleme zu einem guten Ende geführt werden.

(Zempel [SPD]: Einem teuren Ende!)

Dafür möchte ich der Landesregierung, insbesondere dem Minister für Wissenschaft und Kunst, im Namen meiner Fraktion herzlich danken.

(Beifall bei der CDU. — Aller [SPD]: Der ist ganz erstaunt!)

Wir geben der Empfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst unsere Zustimmung.

(Beifall bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Die Fraktionen der SPD und der Grünen haben um zusätzliche Redezeit nach § 71 Abs. 2 der Geschäftsordnung gebeten, weil ihre Redezeit erschöpft ist und ein Mitglied der Landesregierung gesprochen hat. Die Kollegen Ravens und Silkenbeumer haben sich für die SPD gemeldet. Ich gehe davon aus, daß der Kollege Ravens den Vortritt hat. Der Fraktion der SPD gewähre ich eine Redezeit von drei Minuten, der Fraktion der Grünen von anderthalb Minuten.

Ravens (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, wenn Sie den Vorwurf, der heute in der niedersächsischen Öffentlichkeit durch eine niedersächsische Zeitung gegen Sie erhoben wurde, ein Mätzchen nennen, dann fehlt mir dafür eigentlich jedes Verständnis.

(Beifall bei der SPD.)

Ich denke, daß ein so schwerwiegender Vorwurf wie der der Strafvereitelung oder des Vorenthaltens von Wissen gegenüber der Staatsanwaltschaft sofort ausgeräumt werden muß.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU.)

So etwas kann man nicht Mätzchen nennen. Das ist ein schwerwiegender Vorwurf.

(Jahn [CDU]: Mätzchen ist Ihre Methode!)

Wenn Sie dann meinen, dieses Thema ziele auf die Person, dann muß ich sagen: Herr Ministerpräsident, bei aller Liebe ist Nienover nun wirklich ein Beispiel für eine traurige Politik dieser Landesregierung, für Verschwendung von Staatsvermögen.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU: Neue Heimat!)

lch will gern Ihren Vorwurf, den Sie im Blick auf meinen Kollegen Silkenbeumer und auf andere erhoben haben, und ihre Warnung, die Sie hinsichtlich des Wahlkampfes ausgesprochen haben, aufnehmen. Herr Ministerpräsident, bis heute hat kein Mitglied meiner Fraktion und kein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei in Niedersachsen wie Ihr Generalsekretär Biermann behauptet, daß es am 15. Juni um den Bestand der freiheitlichen Demokratie gehe und daß man deshalb Sozialdemokraten nicht wählen dürfe.

(Beifall bei der SPD.)

Einer Partei mit einer Geschichte zur Bewahrung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, für die Tausende von Sozialdemokraten gestorben sind, einen solchen Vorwurf zu machen, das ist der Tiefpunkt eines Wahlkampfes, der noch nicht einmal begonnen hat.

(Beifall bei der SPD. - Zurufe von der CDU.)

Bis heute, Herr Ministerpräsident, hat es keinen Sozialdemokraten gegeben,

(Zuruf von der CDU: Herbert Wehner!)

der einem politisch Andersdenkenden im Parlament unterstellt hat, er würde die Methoden der Nazis anwenden. Sie waren der erste, der solches getan hat.

(Beifall bei der SPD.)

Ich denke, man soll nicht im Glashaus sitzen, wenn man mit Steinen schmeißt. Es würde uns allen gut bekommen, wenn sich solche Unterstellungen und Vorwürfe, wie sie hier in den letzten Wochen durch Mitglieder der Union gegenüber Mitgliedern der Oppositionsparteien des Landtages ausgesprochen worden sind, in Zukunft nicht wiederholen würden. Es wäre besser für unser Land.

(Lebhafter Beifall bei der SPD. — Silkenbeumer [SPD]: Eine halbe Minute!)

Präsident Dr. Blanke:

Jetzt ist erst einmal die Fraktion der Grünen an der Reihe. Die SPD hat dann noch eine Redezeit von einer halben Minute. — Meine Damen und Herren, es läßt sich offenbar nicht verbergen, daß der Wahlkampf näherrückt. — Anderthalb Minuten für die Fraktion der Grünen!

Trittin (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den hier gepflogenen Stil aufgreifend, kann ich nur sagen: Von dem da lasse ich mich nicht über politischen Stil belehren!

(Beifall bei den Grünen. — Zurufe von der CDU.)

Von einer Partei, die sich hier im Lande einen Generalsekretär hält, der das Geißlern auf dem letzten Parteitag in schlimmster Art und Weise betrieben hat, Belehrungen über den politischen Stil entgegennehmen zu müssen, ist schlicht und ergreifend unerträglich.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Es ist auch unerträglich, meine Damen und Herren, sich das hier von einem Ministerpräsidenten anhören zu müssen, der sich angesichts der schlicht rechtsstaatlichen Handlung einer simplen Strafanzeige zu dem maßlosen Vergleich mit den Methoden der Nazis verstiegen hat.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Herr Ministerpräsident, ich erwarte, daß Sie das hier öffentlich zurücknehmen!

(Beifall bei den Grünen. — Lachen bei der CDU. — Jahn [CDU]: Setz dich mal hin auf deinen Platz! Da sitzt du besser!)

Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie haben versucht, das Parlament — um es

Trittin

einmal salopp zu sagen — zu verkohlen. Sie haben versucht, uns hier weiszumachen, daß es üblich sei, daß an Ihren Besuchstagen Personen mit gefestigten Beziehungen zur kriminellen Szene während ihres Hafturlaubs mit Fahrzeugen der Staatskanzlei vom Niedersachsenstadion in die Staatskanzlei transportiert werden, um mit Ihnen ein Gespräch zu führen. Sie haben versucht, uns weiszumachen, daß das die Normalität Ihres Regierungshandelns sei.

(Beifall bei den Grünen. — Zurufe von der CDU.)

Genau das, Herr Ministerpräsident — mit allem Respekt —, nehme ich Ihnen nicht ab.

(Beifall bei den Grünen.)

Ich will zum Schluß kommen. Ich war mir heute morgen, als ich den Artikel in der "HAZ" gelesen habe, nicht sicher, ob an diesem Artikel wirklich etwas dran sein soll.

(Jahn [CDU]: Setz dich jetzt hin! Deine Redezeit ist abgelaufen! — Weitere Zurufe.)

Insbesondere nach Ihrem letzten Beitrag, den Sie, Herr Ministerpräsident, hier gehalten haben, kann ich nur sagen: An diesem Artikel muß verdammt viel dran sein; denn wer so hektisch reagiert wie Sie, der ist offensichtlich zutiefst im Innersten getroffen.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD. Jahn [CDU]: Setz dich hin! — Gansäuer [CDU]: Ach du großer Gott!)

Präsident Dr. Blanke:

Der Kollege Silkenbeumer hat noch eine halbe Minute Redezeit.

Silkenbeumer (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident und Herr Minister Möcklinghoff, ich möchte Sie bitten, das Protokoll nachzulesen. Ich habe hier in keiner Art und Weise eine Vorverurteilung vorgenommen.

(Widerspruch bei der CDU. — Jahn [CDU]: Hör doch auf, Mensch!)

Ich habe Sie gebeten, aufgrund dieses Artikels Rede und Antwort zu stehen. Ich habe gesagt, ich hätte einen Brief vom Februar 1983, den ich bis heute nicht ernst genommen und auch nicht wahrgenommen habe. Heute bin ich aber unsicher. Ich bitte Sie — so wörtlich —, hier und heute eine Antwort zu geben.

(Jahn [CDU]: Hören Sie doch auf! — Weitere Zurufe von der CDU.)

Mein Engagement in der Angelegenheit Nienover, verehrter Herr Kollege Kohlenbach, ist seit Jahren deshalb so groß, weil im Land im Kulturbereich — wir werden am Freitagfrüh in der Fragestunde eine Frage zu den Museen behandeln — Geld gestrichen wurde und auch weiterhin gestrichen wird und für das Projekt Nienover Geld über Geld ausgegeben wird.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Erneut um das Wort gebeten hat der Herr Ministerpräsident. Bitte schön!

Dr. Albrecht, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich nehme das, was Herr Silkenbeumer gesagt hat, zur Kenntnis. Wir werden das nachlesen. Mein entschiedener Eindruck ist aber, daß das Nachlesen bestätigen wird, daß Sie, ohne sich die Mühe zu machen, selbst erst einmal Recherchen anzustellen, und ohne ein einziges Mal etwa beim Innenministerium oder bei der Staatskanzlei zurückzufragen, ob sich das tatsächlich so verhalten könnte, sofort versucht haben, eine öffentliche Angelegenheit daraus zu machen, und zwar mit dem unterschwelligen Ton: Aha, da muß es doch irgend etwas Skandalöses geben!

(Beifall bei der CDU. — Zurufe von der CDU: Genau! — Weitere Zurufe.)

Ich meine schon, daß das ein Teil der Art ist, in der man hier unterschwellig versucht, die Person und nicht die politische Überzeugung des Gegners zu treffen.

Herr Ravens, ich möchte Ihnen — wenn Sie einen Augenblick zuhören — sagen, ich habe nicht die geringste Schwierigkeit zu sagen, daß ich über das, was der Generalsekretär der CDU auf dem Parteitag gesagt hat, nicht glücklich gewesen bin.

(Zurufe von der SPD.)

Ich weiß sehr wohl, daß wir in allen Parteien darauf achten müssen, daß wir nicht die gegnerische Partei zu diffamieren oder gar die Personen zu treffen versuchen, sondern daß wir eine sachliche Auseinandersetzung miteinander führen. Für mich ist die Diskussion zwischen Sozialdemokraten und Christlichen Demokraten nicht eine Frage der freiheitlichen Demokratie. Das will ich hier in aller Deutlichkeit gesagt haben.

Schließlich, was den Herrn Trittin angeht: Herr Trittin, wenn Sie mich etwas besser kennen würden oder wenn Sie einmal Ihren Nachbarn gefragt hätten, dann wüßten Sie, daß ich fast jeden zweiten Monat einen Kriminellen in meiner Sprechstunde habe.

(Beifall bei der CDU. — Trittin [Grüne]: Die holen Sie auch immer mit dem Auto ab, was?)

Präsident Dr. Blanke:

Danke, Herr Ministerpräsident. — Wir sind am Ende der Beratung und kommen zur Abstimmung.

(Unruhe.)

- Ich möchte um etwas mehr Ruhe bitten.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst in der Drucksache 5502 entfernt sich inhaltlich am weitesten von dem Antrag.

(Unruhe.)

— Ich bitte zuzuhören. — Nach § 39 in Verbindung mit § 31 unserer Geschäftsordnung ist zunächst über diese Beschlußempfehlung abzustimmen. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 5502 zustimmen und damit den Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 3375 ablehnen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Die Beschlußempfehlung des Ausschusses ist angenommen worden. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 5595 abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 24 der Tagesordnung:

Zweite Beratung: 5 Jahre Bemühungen zur Errichtung der 3. Bundesakademie für kulturelle Bildung in Wolfenbüttel — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 10/3374 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst — Drs 10/5504

Für die Beratung dieses Antrags stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 30 Minuten zur Verfügung. Die Redezeit wird wie folgt auf die Fraktionen aufgeteilt: CDU und SPD jeweils bis zu acht Minuten, Grüne und FDP jeweils bis zu vier Minuten.

Der Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 3374 ist in der 64. Sitzung am 8. November 1984 an den Ausschuß für Wissenschaft und Kunst zur Beratung und zur Berichterstattung überwiesen worden.

(Unruhe.)

— Ich möchte um etwas Ruhe für den weiteren Verlauf der Beratung bitten.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Herbst. Bitte schön!

Herbst (CDU), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Wissenschaft und Kunst empfiehlt Ihnen, den Antrag der SPD-Fraktion in einer geänderten Fassung anzunehmen.

Der Ausschuß für Wissenschft und Kunst hat sich in mehreren Sitzungen mit der geplanten Errichtung der 3. Bundesakademie für kulturelle Bildung in Wolfenbüttel befaßt. Der Ausschuß ließ sich in diesen Sitzungen von der Landesregierung über den jeweiligen Stand der Planungen unterrichten.

Bei der abschließenden Beratung des Entschließungsantrags führte die Ministerialvertreterin hierzu aus, daß die Gründung der Bundesakademie nunmehr als beschlossene Sache angesehen werden könne. Im Dezember 1985 habe das Landesministerium den Minister für Wissenschaft und Kunst ermächtigt, einen Trägerverein zu gründen und den bereits erstellten Satzungsentwurf mit dem Minister der Justiz abzustimmen. Diese Maßnahmen seien bereits eingeleitet worden. Als Termin für die Einberufung der Gründungsversammlung des Trägervereins sei der Anfang des Frühjahrs in Aussicht genommen worden.

(Vizepräsident Warnecke übernimmt den Vorsitz.)

Hinsichtlich der Finanzierung der Bundesakademie ergänzte sie, daß sich die Bundesregierung hieran in zweierlei Hinsicht beteilige. Einmal sei der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen bereit, sich mit einem Betrag in Höhe von bis zu 9 Millionen DM, verteilt über mehrere Haushaltsjahre, aus Zonenrandfördermitteln an den Investitionskosten zu beteiligen. Für den gleichen Zweck müsse das Land Niedersachsen voraussichtlich rund 13 Millionen DM im Einzelplan 20 ausweisen. Zum anderen wolle der Bundesminister des Innern zwei Fünftel der laufenden Kosten des Betriebes der Akademie übernehmen.

Die in dem Antrag der Fraktion der SPD geforderte finanzielle Beteiligung der norddeutschen Länder an den laufenden Kosten der Bundesakademie ist nach Auffassung der Regierungsvertreterin nicht zu verwirklichen. Sie machte deutlich, daß bei den Vorgesprächen, in denen es darum gegangen sei, die norddeutschen Länder an der

Herbst

Gründung der Bundesakademie zu beteiligen und zu einer Mitgliedschaft zu bewegen, niemals davon die Rede gewesen sei, daß diese Länder an der Finanzierung mitwirken sollten. Die norddeutschen Länder hätten unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß sie sich nur dann an der Gründung beteiligten, wenn sie nicht zur Finanzierung herangezogen würden.

Auf die Bitte der SPD-Ausschußmitglieder, daß ein neuerlicher Versuch gewagt werden sollte, entgegnete das FDP-Ausschußmitglied, ein derartiges Vorgehen wäre geeignet, die Gründung der Bundesakademie zu verhindern. Die Landesregierung solle sich auf die Gründung konzentrieren und ihre Energie nicht in aussichtslosen Verhandlungen vergeuden.

Im weiteren Verlauf der Beratung kam der Ausschuß für Wissenschaft und Kunst überein, die Nrn. 3 und 5 des Antrags zu streichen. Der übrige Text der Entschließung wurde auf Wunsch der CDU-Ausschußmitglieder noch einmal geringfügig überarbeitet. Die Ihnen vorliegende Beschlußempfehlung wurde vom Ausschuß für Wissenschaft und Kunst einstimmig beschlossen. Namens des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst bitte ich Sie, meine Damen und Herren, der Beschlußempfehlung Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Ich danke dem Kollegen Herbst für den Ausschußbericht und eröffne die Besprechung. — Das Wort hat der Abgeordnete Schmidt.

Schmidt (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man sich die Debatten und die Themen von heute nachmittag vor Augen führt, dann kommt man sich vor wie in einem Geleitzug: denn zusammen mit dem Thema "5 Jahre Bemühungen um den Verkauf des Jagdschlosses Nicnover" ist in den letzten Jahren immer wieder das Thema "5 Jahre Bemühungen zur Errichtung der 3. Bundesakademie für kulturelle Bildung in Wolfenbüttel" auf die Tagesordnung gesetzt worden. Dieses Thema mußte deshalb auf die Tagesordnung gesetzt werden, weil in Wolfenbüttel ebenfalls seit 1979 die Realisierung eines Projektes auf uns wartet und die Landesregierung mit ihren Entscheidungen und Maßnahmen nicht in dem Maße rüberkommt, wie es notwendig wäre. Fünf Kulturbereiche stehen hier seit 1979 in den Startlöchern und werden immer und immer wieder vertröstet.

Wir haben unseren Antrag, der heute hier abschließend beraten werden soll, am 8. November

1984 eingebracht. Wir haben uns in den Ausschußberatungen damit einverstanden erklärt, daß die Nr. 5 des Antrages gestrichen wird, weil sich inzwischen tatsächlich einiges auf den Weg begeben hat. Dabei handelt es sich darum, daß immerhin einige Absichtserklärungen abgegeben worden sind, was die Finanzierung anbetrifft, und darum, daß inzwischen auch baufachliche Untersuchungen durchgeführt worden sind, die offensichtlich ein vorläufiges Ergebnis gebracht haben. Aus diesem Grunde konnte die Nr. 5 gestrichen werden.

Ansonsten aber — das ist nach wie vor die Kritik unserer Fraktion — hat sich nur unheimlich viel Papier aufgehäuft, und es sind noch viel mehr Ankündigungen seitens der Landesregierung gemacht worden.

(Zustimmung von Silkenbeumer [SPD].)

Aber es gab keine konkreten Taten. In Wolfenbüttel, vor Ort und in der Umgebung, ist von der Bundesakademie leider, leider immer noch nichts zu spüren.

Wir fragen hier und heute noch einmal ganz konkret und bitten den Wissenschaftsminister um Antwort auf die folgenden Fragen:

Was ist mit der Abstimmung der Zusammenarbeit mit dem Bund und den anderen Bundesländern? Was ist mit dem Satzungsentwurf und mit der Rahmenkonzeption für die Bundesakademie? Was ist mit der Trägerschaft? Wie sieht es aus mit dem Termin für die Gründung des Trägervereins? Wie sieht es aus mit der Einstellung eines Akademieleiters? Dieser Akademieleiter könnte zunächst auf kommissarischer Basis tätig werden; denn wir wollen natürlich auch nicht, daß zuviel präjudiziert wird. Der Inhaber eines solchen Amtes sollte sehr sorgfältig ausgewählt werden; man sollte mit der Auswahl allerdings auch nicht mehr allzuviel Zeit verbringen. Wir meinen, daß auch dies von Ministerialbeamten erledigt werden könnte, die sich allerdings auf diese Aufgabe konzentrieren müßten. - Seit vielen Jahren ist insoweit aber nichts passiert.

Wir fragen heute erneut nach den Abstimmungen der Landesregierung mit der Stadt Wolfenbüttel, mit dem Landkreis Wolfenbüttel und mit den Landesinstitutionen vor Ort, also mit der Herzog-August-Bibliothek und mit dem Landesmuseum, die ja alle bereit sind und mehrfach Erklärungen entsprechender Art abgegeben haben, in diese Arbeit einzusteigen und Vorausleistungen mit zu erbringen, damit der Akademiebetrieb umgehend eröffnet werden kann.

(Zustimmung von Silkenbeumer [SPD].)

Ich glaube, wenn wir diese Fragen in den vergangenen Monaten beantwortet bekommen hätten, wäre uns allen schon viel wohler und man könnte der Verabschiedung des heutigen Papiers mit Gelassenheit entgegensehen. Leider ist das nicht der Fall, und deswegen sind auch die Nrn. 1 bis 3 in der neuen Fassung gewählt worden — um das deutlich hervorzuheben: einvernehmlich im Ausschuß -, und deswegen ist auch die Überschrift angepaßt worden; denn aus den fünf Jahren Bemühungen hat sich inzwischen ein Zeitraum von sechseinhalb Jahren ergeben; deswegen waren mindestens sechs Jahre daraus zu machen. Ich hoffe nicht, daß wir am Ende dieser Legislaturperiode sagen können: Es waren sieben Jahre Bemühungen, und es ist immer noch nichts dabei herausgekommen.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Warnecke:

Vielen Dank. — Das Wort hat der Minister für Wissenschaft und Kunst, Herr Dr. Cassens.

Dr. Cassens, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der ersten Beratung dieses Entschließungsantrages - das war am 8. November 1984 - hatte ich Ihnen die weiteren Schritte zur Vorbereitung der Gründung der Akademie wie folgt geschildert. Erstens, die Verhandlung mit der Bundesregierung über die Mitfinanzierung zum Abschluß zu bringen. Dies ist geschehen. Der Bundesminister des Innern ist bereit, sich an der Finanzierung der laufenden Kosten mit 40 % zu beteiligen. Das macht nach den heutigen Schätzungen etwa 480 000 DM im Jahr aus. Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen wird sich mit Mitteln aus dem nichtwirtschaftlichen Zonenrandförderungsprogramm an den Investitionskosten von insgesamt etwa 20 Millionen DM bis zur Höhe von 9 Millionen DM beteiligen.

Zweitens hatte ich angekündigt, daß das Ministerium für Wissenschaft und Kunst und der zuständige Wirtschaftsminister für die unverzügliche Erstellung der Haushaltsunterlage Bau Sorge tragen und daß Haushaltsmittel im Einzelplan 20 für das Haushaltsjahr 1986 eingestellt werden. Auch dies ist geschehen. Die Haushaltsunterlage Bau wird dem Wirtschaftsministerium in der nächsten Woche vorliegen. Die bei allen staatlichen Bauvorhaben vorgesehene Beratung dieser Unterlagen soll im Ausschuß für Haushalt und Finanzen im März und im April dieses Jahres noch stattfinden. Danach wird die Ausführungspla-

nung unverzüglich in Angriff genommen, so daß mit dem Beginn des ersten Bauabschnittes noch vor Jahresende gerechnet werden kann.

Drittens hatte ich auch meine Zuversicht darüber zum Ausdruck gebracht, daß in absehbarer Zeit ein Trägerverein gegründet werden kann. Der Satzungsentwurf ist inzwischen mit dem Justizministerium abgestimmt und mitgezeichnet und wird zur Zeit dem zuständigen Registergericht zur vereinsrechtlichen Vorabprüfung zugeleitet. Der Trägerverein kann demnach zügig im Laufe des Frühjahres gegründet werden. Sobald das geschehen ist, soll ein Direktor berufen und eine Geschäftsstelle in Wolfenbüttel eingerichtet werden.

Was die inhaltliche Konzeption anbelangt — Punkt 3 des Entschließungsantrages —, so habe ich darüber sehr ausführlich am 8. November 1984 vorgetragen, und seitdem hat sich an der Konzeption nichts geändert. Sie ist im übrigen ja auch einvernehmlich mit allen Betroffenen abgesprochen worden.

Sie mögen aus diesen kurzen Ausführungen entnehmen, meine Damen und Herren, daß dem Entschließungsantrag bereits in seinen wesentlichen Teilen entsprochen worden ist. Der einzige Vorwurf, den man erheben kann, ist, daß das so lange dauert. Es ist in der Tat so, daß der Standortbeschluß vom 3. Juli 1979 stammt. Die Landesregierung hat in den zurückliegenden Jahren immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß sie der Gründung der Bundesakademie nur dann nähertritt, wenn sich auch der Bund, wie übrigens auch in Remscheid und in Trossingen bei den dortigen Akademien, finanziell beteiligt. Eine derartige Zusage hat die Landesregierung in der Zeit der sozial-liberalen Bundesregierung nicht erhalten. Erst die Regierung unter Bundeskanzler Kohl hat im November 1985 gegenüber der Landesregierung verbindlich erklärt, sich sowohl an den Investitionskosten als auch an der Finanzierung der laufenden Kosten zu beteiligen.

> (Schmidt [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! Aus Hannover ist doch nichts gekommen in dieser Zeit! Sie waren doch verantwortlich!)

Somit waren auch erst im Dezember 1985 die Voraussetzungen des Kabinettsbeschlusses vom 3. Dezember 1985 gegeben, der den Minister für Wissenschaft und Kunst zur Gründung der Bundesakademie ermächtigt.

Das sind die klaren Fakten. Herr Schmidt, Sie täten gut daran, wenn Sie sich an diese Fakten einmal hielten und nicht vor Ort, wie mir der Dr. Cassens

Kollege Jahn immer wieder sagt, mehr Schwierigkeiten machten, als der Sache nutzten. Was haben Sie beispielsweise in der Zeit der sozial-liberalen Regierung getan, um dieses Projekt zu fördern? — Gar nichts ist geschehen! Die Bundesregierung unter Helmut Kohl hat jetzt die entscheidenden Zusagen für die Investitionskosten gemacht. Das ist doch die Wahrheit, und daran wollen wir festhalten, und darauf bauen wir auch, und deshalb wird die Akademie auch so Schritt für Schritt umgesetzt werden.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Graetsch.

Graetsch (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieses dürfte heute das letzte Mal sein, daß uns das Thema Bundesakademie

(Kirschner [SPD]: Na!)

in der 10. Wahlperiode beschäftigt.

(Kirschner [SPD]: In der zehnten ja!)

lch glaube allerdings, daß wir auch in der 11. Wahlperiode über das Thema Wolfenbüttel noch werden reden müssen.

Es ist zwar begrüßenswert, daß aufgrund der Beratungen innerhalb des Parlaments und aufgrund des Druckes, der seit 1984 im Ausschuß gemacht worden ist, nun doch endlich etwas Bewegung in die Sache gekommen ist. Es ist mir allerdings nach wie vor unverständlich — ich finde das auch bedauerlich —, daß von dem Kabinettsbeschluß bis heute nun fast sieben Jahre vergangen sind und in Wolfenbüttel immer noch keine Akademie steht. Immerhin scheinen die Vorplanungen nunmehr zumindest doch zu einem gewissen Abschluß gekommen zu sein, obwohl auch das nach den bisherigen Ausführungen in manchen Teilen heute noch fraglich ist.

Wir haben aber im Ausschuß einen gemeinsamen Beschluß gefaßt — den tragen auch wir von der FDP mit —, der ja ein letztes Signal an die Landesregierung sein soll, nun wirklich zügig dafür zu sorgen, daß diese Bundesakademie, daß dieses für die musisch-kulturelle Bildung so wichtige Vorhaben in Niedersachsen nun endlich realisiert werden und die Ausbildung in Wolfenbüttel beginnen kann.

lch möchte heute nur noch einmal deutlich machen, daß die FDP ein solches Vorhaben immer mitgetragen hat und daß wir auch künftig daran mitarbeiten werden, daß der weiteren Realisie-

rung dieser Bundesakademie keine Bremsschübe mehr in den Weg gelegt werden, damit wir in der 11. Wahlperiode des Niedersächsischen Landtages nicht mehr weiter über Vorbereitungen zu diskutieren brauchen, sondern uns dann darüber unterhalten können, welche Erfolge die Akademie aufzuweisen hat. — Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Horrmann.

Horrmann (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Sache, daß die dritte Bundesakademie in Wolfenbüttel errichtet werden soll, sind sich alle Fraktionen einig. In der Vorgehensweise haben wir uns unterschieden.

(Hirche [FDP]: Sie neigen zu Trippelschritten! — Gegenruf von Jahn [CDU]: Wenn es die wenigstens gewesen wären!)

Die SPD hat den Eindruck zu erwecken versucht, die Landesregierung sei in dieser Frage nicht ausreichend tätig und nicht ausreichend bemüht.

(Frau Pistorius [SPD]: Das kann man wohl sagen!)

Dieser Eindruck, meine Damen und Herren von der SPD, ist eben falsch.

(Silkenbeumer [SPD]: Sie ist überaus untätig gewesen!)

Der Herr Minister hat eben noch einmal verdeutlicht, Herr Silkenbeumer, daß die Bemühungen um die Finanzierung ——— Das ist ja der Kernpunkt. Erst wenn das Finanzierungskonzept steht, sind alle anderen Fragen realistischerweise zu behandeln.

(Silkenbeumer [SPD]: Erst mal muß das Land wissen, was es will!)

— Das war klar!

(Zuruf von der SPD: Nee!)

Ohne jede Frage war das klar, Herr Silkenbeumer!

(Schmidt [SPD]: Das Konzept ist doch erst 1983 auf den Tisch gelegt worden!)

Die Bemühungen für ein Konzept, Herr Schmidt, waren von vornherein klar, wenn es auch gewisse Varianten gegeben hat. Ob nun ein 20-Millionen-Konzept oder ein 22-Millionen-Konzept zu realisieren ist, das ist doch nun von nachgeordneter Bedeutung.

Entscheidend war, inwieweit der Bund bereit war, sich zunächst an den Investitionskosten und nachher natürlich auch an den laufenden Kosten zu beteiligen. Da können Sie doch nicht bestreiten, daß in dieser Frage bis 1982 unter der SPD-geführten Bundesregierung Sendepause war. Es wäre doch unverantwortlich gewesen, wenn das Land bei einer Bundesakademie allein in Vorleistung getreten wäre. Das hören Sie zwar nicht gerne, aber es ist so gewesen.

(Silkenbeumer [SPD]: Da gibt es auch andere Bundesländer, die mitmachen wollen!)

— Das Mitmachen, Herr Silkenbeumer, ist auch so eine Sache. Wir haben ja in den umformulierten Antrag gemeinsam extra hineingeschrieben: unter Einbeziehung der norddeutschen Länder. Aber da ist eine äußerst große Zurückhaltung gegeben. Denn immer dann, wenn sich andere an Finanzierungen beteiligen sollen, sollte man sich zumindeste keine allzu großen Hoffnungen auf eine entsprechende Bereitschaft machen. Das ist ja auch eines unserer Probleme gewesen.

Mittlerweile ist das jetzt alles geklärt. Der Bund beteiligt sich mit 9 Millionen DM an den Investitionkosten und mit 480 000 DM jährlich an den laufenden Kosten. Das sind — wie der Minister eben ausführte — 40 %. Das Konzept steht, und ein Träger ist gefunden worden. Was Sie immer gefordert haben, daß nämlich endlich einmal ein Geschäftsführer berufen wird, ist dann die logische Konsequenz daraus, und nicht umgekehrt wäre daraus ein Schuh geworden.

lch bin froh, daß wir uns im Ausschuß auch zum Wohle der Region Wolfenbüttel darauf haben verständigen können, die mit einem solchen weiteren kulturellen Schwerpunkt, der dort hinkommen wird, ein Ensemble im Kulturbereich wird anbieten können, wie es weit und breit in der Region und darüber hinaus nirgendwo vorgezeigt werden kann. Dies ist sicherlich ein Verdienst der Wolfenbütteler Abgeordneten und insbesondere — weil Sie sich damit immer so gern in das Licht stellen, Herr Schmidt — meines Kollegen und des dortigen Landrats Ernst-Henning Jahn,

(Zustimmung bei der CDU — Oh! bei der SPD)

der in dieser Frage mehr im stillen, dafür aber um so effektiver gearbeitet hat.

(Hirche [FDP]: Er verzweifelt an diesem Minister! — Zuruf von Silkenbeumer [SPD].)

Die Bundesakademie wird in diesem Jahr realisiert werden. Dies wird eine entsprechende Sogwirkung für die kulturelle Bildung in der Region haben.

(Zuruf von Silkenbeumer [SPD].)

Wir können jetzt gemeinsam ans Werk gehen. Wir sind froh darüber, daß es zu einem Abschluß gekommen ist. Sie haben sicherlich einen gewissen Anteil daran, aber nicht den maßgeblichen.

(Beifall bei der CDU. — Lachen bei der SPD.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Schmidt.

Schmidt (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mir schon gedacht, daß das eine Replik erfordert. Deshalb hatte ich mir noch ein paar Minuten für den weiteren Verlauf der Debatte aufgehoben.

Herr Minister, zunächst einmal sei festgestellt, daß die Aktivitäten der Landesregierung, insbesondere Ihres Ministeriums, erst aus den achtziger Jahren — und zwar aus der letzten Zeit — herrühren und daß natürlich in Bonn gar nichts hat passieren können. Ich erinnere nur daran, wie Ihre Mitarbeiter immer wieder durch das Land gereist sind, von einer Konzeption zur anderen geradezu getaumelt sind und überhaupt nicht wußten, was sie auf den Weg bringen sollten, um auch dem Bund entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

(Horrmann [CDU]: Das ist unfair!)

Natürlich wird sich der Bund nicht finanziell engagieren, wenn keine Konzepte vorzuweisen sind. Hier gibt es ganz klar Versäumnisse. Man kann sich dabei nicht auf die Theorie vom Huhn und vom Ei berufen. Es ist ganz deutlich, daß die Landesregierung in der Pflicht war und dieser Pflicht über Jahre nicht nachgekommen ist.

(Zustimmung von Frau Pistorius [SPD].)

Ein zweiter Punkt. Damit wende ich mich an den Kollegen Jahn. Herr Jahn, sie wissen, wie lange gerade ich dieses Thema vor Ort sehr niedriggehalten habe.

(Jahn [CDU]: Niedriggehalten! Da kann ich ja nur lachen!)

Ich habe daraus keine parteipolitische Sache machen wollen.

(Jahn [CDU]: Ach du liebe Güte!)

Wenn Sie sich aus Ihren persönlichen Animositäten heraus aus der Arbeit herausziehen, die wir

Schmidt

vor Ort mit einem solchen Verein schon im Jahre 1979 auf die Beine zu bringen versucht haben,

(Jahn [CDU]: Erzählen Sie doch keine Märchen!)

dann können Sie jetzt hier nicht den Türken aufbauen und behaupten, ich hätte das zu einer parteipolitischen Masche machen wollen.

(Beifall bei der SPD. — Jahn [CDU]: Natürlich haben Sie das getan! Eindeutig und einseitig parteipolitische Masche, mehr nicht!)

Das ist überhaupt nicht der Fall. Sie können sich ja gern einmal von den vielen Vereinen und Verbänden, die an der Akademie ein Interesse haben, schriftlich bestätigen lassen, wie die das sehen. Die sehen das genauso, nämlich daß es notwendig war, daß man sich vor Ort und hier im Landtag dafür eingesetzt hat. Wir haben ein Dutzend Initiativen ergriffen, um das nach vorn zu bringen und nicht gewissermaßen schnöder Wählerstimmen willen, wie Sie das darzustellen versuchen.

(Lachen bei der CDU.)

Hier mußte das Projekt nach vorn gebracht werden. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Erst durch den Druck, den wir — und zwar nicht nur Mitarbeiter der SPD und nicht nur Abgeordnete der SPD, sondern vor allem auch die Verbände und Vereine vor Ort in Wolfenbüttel verursacht haben, ist es so weit gekommen, daß heute konktete Dinge auf dem Tisch liegen. Das mußte einmal ausgeräumt werden. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD. — Jahn [CDU]: Er glaubt ja selber nicht, was er alles erzählt hat! — Schmidt [SPD]: Herr Jahn, Sie können ja das Gegenteil beweisen. — Jahn [CDU]: Das kann man beweisen, was Sie vor Ott angestellt haben, Herr Schmidt!)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Schmelich.

Schmelich (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon erstaunlich, daß ein Antrag, der die Zustimmung aller Fraktionen in diesem Hause findet, in der Debatte noch so emotionale Wogen verursacht. Für meine Fraktion darf ich erklären, daß auch wir dem jetzt vorliegenden Entschließungsantrag unsere Zustimmung nicht verweigern werden, weil wir einerseits mit der Zielrichtung der Einrichtung einer solchen Akademie grundsätzlich einverstanden sind und weil uns andererseits das Tempo der gegenwärtigen Realisierung zu langsam ist. Wir sind der Auffassung, Herr Kollege Horrmann, daß die Verabschiedung dieses Antrages nicht den Abschluß dieses Themas bedeutet. Dieser Antrag hat ja auch die Zielsetzung, die Landesregierung aus dem Schneckentempo herauszubringen und die Bemühungen weiter zu forcieren.

Die Tatsache, daß wir heute über diesen Antrag entscheiden müssen, ist auch ein Symptom für die Schwerfälligkeit niedersächsischer Kulturpolitik, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Die Fraktion der Grünen würde es begrüßen, wenn auch in der Kulturpolitik das gleiche Tempo vorhertschte wie bei solchen Projekten, die auf den Ehrgeiz zum Beispiel des Niedersächsischen Ministerpräsidenten stoßen. Offensichtlich hat der Niedersächsische Ministerpräsident in dieser Frage keinen großen Ehrgeiz entwickelt. Deshalb haben wir es hier auch mit Bemühungen zu tun, die sehr lange fruchtlos waren.

(Beifall bei den Grünen.)

Meine Damen und Herren von der CDU, wir gehen also davon aus — das möchte ich mal so sagen —, wenn Sie diesem Antrag zustimmen, erkennen Sie an bzw. geben Sie auch ein Stückchen zu, daß es auch Ihnen, also Ihren Kulturpolitikern, vielleicht auch speziell Ihnen, Herr Horrmann, etwas zu langsam geht mit dieser Akademie und daß Sie auch die Notwendigkeit sehen, daß es hier schnell und noch in diesem Jahr zu einem Abschluß kommt. Aus diesem Grunde werden wir diesem Antrag unsere Zustimmung geben.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Warnecke:

Vielen Dank! — Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Besprechung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 5504 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. — Enthaltungen? — Ich stelle Einstimmigkeit fest.

Den Tagesordnungspunkt 25 haben wir bereits erledigt. Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 26:

Zweite Beratung: § 116 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 10/5137 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Sozial- und Gesundheitswesen — Drs 10/5513

Für die Beratung dieses Antrages stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 50 Minuten zur Verfügung. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: der CDU und der SPD jeweils bis zu zwölf Minuten, den Grünen und der FDP jeweils bis zu sechs Minuten.

Der Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 5137 wurde in der 97. Sitzung am 13. Dezember 1985 an den Ausschuß für Sozial- und Gesundheitswesen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichterstatter des Ausschusses ist der Abgeordnete Derben. Ich erteile ihm das Wort.

Derben (CDU), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Beschlußempfehlung in der Drucksache 5513 empfiehlt Ihnen der Ausschuß für Sozial- und Gesundheitswesen, den Antrag der SPD-Fraktion abzulehnen.

Ziel des Antrages ist es, jede Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz abzulehnen. Die Beratung im Ausschuß war nur kurz. Im Hinblick auf die in den letzten Wochen und Monaten geführten intesiven Erörterungen der beabsichtigten Änderungen des § 116 Arbeitsförderungsgesetz in der Öffentlichkeit hielt die Mehrheitsfraktion eine Wiederholung der Diskussion im Ausschuß für wenig sinnvoll. Sie wies darauf hin, daß die Debatte über die Änderungen auf Bundesebene geführt werde und daß im übrigen keine wesentlichen Unterschiede zwischen der Beurteilung durch die Landtagsfraktion der CDU und den Argumenten der Bundes-CDU bestünden.

Der Vertreter der SPD hielt an dem Antrag seiner Fraktion fest. Er bezweifelte, daß durch die Änderung des § 116, wie sie die Koalitionsregierung in Bonn vorsehe, eine Klarstellung der Rechtslage bewirkt werde.

Die Mehrheitsfraktion wies an dieser Stelle darauf hin, daß in der erwähnten Stellungnahme auch von weiteren Nachbesserungen die Rede gewesen sei, die die Zustimmung der CDU-Fraktion fänden.

Der Abgeordnete der Fraktion der Grünen sprach sich ebenso wie die SPD-Ausschußmitglieder gegen jede Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz aus, da hierfür nach seiner Auffassung kein Bedarf bestehe. Er bezeichnete es als unverständlich, daß den Gewerkschaften vorgeworfen werde, mit dem kleinstmöglichen Einsatz die größtmögliche Wirkung erzielen zu wollen. Es sei zu fragen, warum dies bei den Gewerkschaften als besonders verwerflich angesehen werde, wenn dieses Prinzip doch auch von anderen angewendet werde.

Ohne weitere Aussprache empfahl der Ausschuß mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktionen der SPD und der Grünen, den Antrag abzulehnen.

Der nicht stimmberechtigte Abgeordnete der FDP sprach sich ebenfalls für eine Ablehnung des Antrages aus.

Ich bitte Sie, der Beschlußempfehlung in der Drucksache 5513 zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Ich danke dem Kollegen Derben für die Erstattung des Ausschußberichts. — Wir treten in die Besprechung ein. Das Wort hat der Abgeordnete Schultze.

Schultze (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Anläßlich der ersten Beratung unseres Entschließungsantrages am 13. Dezember 1985 habe ich hier für meine Fraktion dargestellt, daß es einen Bedarf für eine Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz nicht gebe. Ich habe deutlich gemacht, daß die vorgesehenen Neuregelungen dem eigentlichen Ziel, das vorgegeben wurde, nämlich Rechtsklarheit zu schaffen, in keiner Weise gerecht werden und daß der Entwuf der Bundesregierung vor allen Dingen jegliche vernünftige Tarifpolitik und Schlichtungsfähigkeit in Tarifkonflikten nahezu unmöglich machen würde.

Wir haben mit unserem Entschließungsantrag die Absicht verfolgt, die Landesregierung und insonderheit den Herrn Ministerpräsidenten zu veranlassen, zwischen den polarisierten Fronten zu diesem Thema die Chance einer Vermittlung zu nutzen. Um so mehr müssen wir heute bedauern, daß unser Entschließungsantrag einfach abgelehnt werden soll und daß Herr Ministerpräsident Dr. Albrecht alles, aber auch wirklich alles versäumt hat, was zu einer sachlichen Erörterung zum Thema § 116 AFG hätte beitragen können.

(Beifall bei der SPD.)

Schultze

Ich finde es darüber hinaus außerordentlich bedauerlich, daß die Landesregierung es bewußt unterlassen hat, ein schwieriges Thema von hohem verfassungsrechtlichen Rang mitgestalten zu wollen. Dieses Verhalten steht in einem krassen Gegensatz zu dem Engagement vieler Arbeitnehmer in Niedersachsen, die sich sehr wohl ein klärendes und auch ein entgegenkommendes Verhalten dieses Ministerpräsidenten gewünscht hätten. Statt dessen haben auch Sie, Herr Ministerpräsident, durch Ihr Schweigen die Fronten deutlich verhärtet.

(Beifall bei der SPD.)

Ich muß sogar darüber hinausgehen und Ihnen vorwerfen, daß Sie höchstwahrscheinlich wegen der bevorstehenden Landtagswahl und wegen der Komplikationen im Zusammenhang mit diesem Thema mit zu denen gehört haben, die das Gesetzgebungsverfahren in Bonn unter einen unverantwortlichen Zeitdruck gestellt haben,

(Beifall bei der SPD)

so daß eine sachgerechte und verantwortungsgemäße und bewußte Behandlung des Themas im Deutschen Bundestag kaum noch innerhalb der Fristen stattfinden kann, die uns heute bekannt sind.

Die deutsche Arbeitnehmerschaft ist von den Gewerkschaften und gerade auch von meiner Organisation immer wieder darauf hingewiesen worden, daß in unserem politischen System der Deutsche Bundestag und der Bundesrat sehr wohl die rechtliche Zuständigkeit zur Regelung dieser zugegebenermaßen schwierigen Materie hat. Sie wissen sehr wohl, Herr Ministerpräsident, daß radikale Kräfte außerhalb der Parlamente den Gewerkschaften in diesem Falle ein anderes Verhalten als die Wahrnehmung von Demonstrationen, Versammlungen oder Meinungsäußerungen bei anderer Gelegenheit sehr wohl empfohlen haben. Es gab und gibt politische Kräfte, die die Gewerkschaften bei dieser Gelegenheit gern zu politischen Streiks überreden wollten und entsprechende Ratschläge erteilt haben. All diese Vorschläge und Forderungen sind von der Führung der Gewerkschaften abgelehnt worden, und auch die Sozialdemokratie hat klargestellt, daß die Entscheidung schließlich im Deutschen Bundestag fallen wird und an keiner anderen Stelle.

(Hirche [FDP]: Sehr gut!)

Durch Ihr Schweigen, Herr Ministerpräsident, und durch die unnütze Beschleunigung des Verfahrens haben Sie aber gerade diese auf Polarisierung ausgerichteten Kräfte gestärkt und haben damit jenen Kräften Unterstützung gegeben, von

denen Sie sich sonst so gerne distanzieren. Während innerhalb der Gewerkschaften und auch innerhalb der Sozialdemokratischen Partei darüber diskutiert wurde, welche anderen Möglichkeiten. etwa durch eine Änderung der Verwaltungsanordnung der Bundesanstalt für Arbeit, zur Regelung dieses Sachverhaltes bestehen könnten. haben Sie für Ihre Regierung volle Zustimmung zur Position der Bundesregierung signalisiert und ein entsprechendes Verhalten im Bundesrat bei der ersten Beratung gezeigt. Sie haben dies getan, obwohl namhafte Juristen und Politiker die Unzulänglichkeit des Regierungsentwurfs sowohl von der juristischen, speziell aber auch von der verfassungsrechtlichen Seite als auch von der Seite der praktischen Anwendung her deutlich gemacht haben und diesen Entwurf als unzulänglich, unnütz, überflüssig und verfassungswidrig bezeichnet haben.

(Beifall bei der SPD.)

Sie sind damit — vielleicht haben Sie das nicht übersehen — zum Vollstrecker von Positionen geworden, die im Unternehmerlager eigentlich nur noch vom Präsidium des Bundesverbandes der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Führung des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall geteilt werden. Sie, Herr Ministerpräsident, haben nicht einmal differenzierende Ansätze zu diesem Thema aus anderen Arbeitgeberverbänden oder von anderen Unternehmern aufgegriffen. Das heißt, Sie haben nichts getan, um dieses Problem zu entschärfen. Sie haben nicht einmal Ihre Parteifreunde, Professor Biedenkopf und Professor Benda, unterstützt, die doch schließlich den letzten Versuch unternommen haben, eine Rückzugsmöglichkeit von den verfassungswidrigen Positionen einzuleiten, um damit einen Teil des Gesichtsverlustes, den die Union hiermit erleiden wird, abzuwenden.

In der Sache selbst, Herr Präsident, meine Damen und Herren, will ich nur noch einmal klarstellen, daß es um die Erhaltung der Streikfähigkeit und damit um die Erhaltung des Streikrechts insbesondere für unsere größte Gewerkschaftsorganisation, die IG Metall, geht. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung stellt die Streikfähigkeit dieser größten Gewerkschaft praktisch in Frage, weil diese Gewerkschaft gezwungen werden soll, im Konfliktfall in allen Tarifgebieten des Bundesgebietes an ihre Mitglieder entweder Streikunterstützung oder Aussperrungsunterstützung zu zahlen, oder aber selbst under den Druck der eigenen Mitgliedschaft kommen soll, die außerhalb des Kampfgebietes keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosenhilfe oder auf Kurzarbeitergeld

haben soll. Das ist eine Position, die tief in die verfassungsrechtliche Seite hineinragt.

(Oestmann [CDU]: Und wie war das früher?)

Nun ist in diesem Zusammenhang schon gesagt worden, daß in diesen Fällen Sozialhilfe gezahlt würde. Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor einigen Tagen ist in unsere Postfächer die neueste Ausgabe der Zeitung "Aktiv", die vom Metallarbeitgeberverband Niedersachsen herausgegeben wird, gelegt worden. Darin wird triumphierend darüber berichtet, daß die Gemeinden nicht mit Belastungen zu rechnen hätten, weil in den Fällen, in denen streikbedingte Kurzarbeit auftritt, wenn die Bundesanstalt für Arbeit nicht zahlt, auch die Gemeinden keine Sozialhilfe, sondern bestenfalls Überbrückungsgeld zu leisten hätten und dieses Überbrückungsgeld zurückzuzahlen sei, wenn die von Kurzarbeit betroffenen Menschen wieder Arbeit bekommen hätten. Dies, was als Triumph der Arbeitgeberseite gemeint ist, ist im Grunde genommen eine schlimme Entlarvung, ein weiteres Indiz dafür, daß es hier gar nicht um Neutralität, sondern um Streikunfähigkeit der IG Metall geht.

(Beifall bei der SPD.)

Hier wird immer gesagt, es ginge um die Minimaxtechnik. Ich verweise dazu auf die Zahlen für die Beträge, die durch Streik und Aussperrungsrechte der Unternehmer im Kampfgebiet entstehen können. Aber wenn wir diesen neuen § 116 AFG bekommen, dann kann es der IG Metall passieren, daß, wenn keine Sozialhilfe gezahlt wird, tatsächlich von den 2 Millionen betriebstätigen Mitgliedern verlangt wird, wenn sie ausgesperrt sind oder durch streikbedingte Kurzarbeit betroffen sind, von ihrer Gewerkschaft eine Unterstützung zu erhalten. Das bedeutet bei 500 DM Streikunterstützung pro Woche, daß die IG Metall pro Woche 1 Milliarde DM Unterstützung zahlen müßte. In vier Wochen wären das logischerweise 4 Milliarden DM. Das ist ein Betrag, der von keiner Gewerkschaft aufzubringen ist. Das wissen Sie ganz genau, meine Damen und Herren, die Sie auch in Bonn die Verantwortung tragen. Damit werden über die Hintertür die Streikfähigkeit und damit das Streikrecht aufgehoben. Dagegen protestieren wir.

(Beifall bei der SPD.)

Es ist auch ganz klar, daß damit die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit in keiner Weise mehr bestehenbliebe; es gäbe vielmehr eindeutig in einem Tarifkonflikt eine Parteinahme zugunsten der Arbeitgeberseite. Die Sozialdemokraten werden daher im Parlament und bei allen demokratischen Aktionen der Gewerkschaften alles daransetzen, das von Ihnen, Herr Ministerpräsident, mitgetragene Ziel einer Einschränkung der Streikfähigkeit möglichst nicht Wirklichkeit werden zu lassen. Wir werden uns am 6. März 1986 gemeinsam mit den Gewerkschaften zusammenfinden, um gegen Ihre politische Position, die der CDU und der FDP, zu demonstrieren und zu protestieren. Wir lassen uns auch nicht einreden, daß die für den 6. März 1986 geplanten Aktivitäten etwa Streiks gegen den Staat oder gegen die Demokratie wären. Die Gewerkschaften haben zu Protestveranstaltungen aufgerufen, und um die Wahrnehmung dieser Proteste geht es.

Hier noch einmal eine ganz klare Aussage, damit wir da nicht immer ins falsche Boot geschoben werden: Die Arbeiterbewegung in Deutschland hat sich im März 1920 durch einen politischen Generalstreik, der sich gegen die bewaffneten Putschisten des Herrn Kapp und seine Anhänger richtete, für die Funktionsfähigkeit der Verfassungsorgane, d.h. des Reichstages und der Reichsregierung eingesetzt.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.

— Zustimmung von Hirche [FDP].)

Die Arbeiterbewegung hat damit ihren Beitrag in den Anfängen der Demokratie geleistet. Sie steht auch heute in dieser Tradition, und davon lassen wir uns schon gar nicht von gesellschaftlichen Gruppen ablenken, die — historisch gesehen — diesen Beitrag für die Demokratie nicht geleistet haben, um hier nicht deutlicher zu werden.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Herr Ministerpräsident, ich fordere Sie auf, nun endlich einmal selbst zu diesem Thema etwas zu sagen und sich vor allen Dingen durch ein mutiges Beispiel mit den Kräften zu verbünden, die eine Entschärfung dieses Konfliktes wollen. Schweigen, Verdrängen und Durchmarschierenwollen, weil der Landtagswahltermin näherkommt und weil man dieses Thema als lästig empfindet, ist keine Lösung. Die Arbeitnehmer warten darauf, daß die Parlamente ihrer Verpflichtung gerecht werden. Wenn so mit unserem Entschließungsantrag umgegangen wird, wie das im Ausschuß geschehen ist — hier wurde darüber berichtet -, dann ist das nicht der Beitrag, den die Arbeitnehmer in diesem Lande Niedersachsen von uns erwartet haben. Wir stehen dann hinter diesen Erwartungen zurück. Leisten Sie nun endlich ihren Beitrag dazu, daß über den Bundesrat die Verschlechterung des Gesetzes aufgehalten

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Warnecke

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Schmelich.

Schmelich (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die erste Beratung dieses Antrages und der Schnelldurchgang im Ausschuß haben erwarten lassen, daß dieser Antrag hier eine Beerdigung erfahren wird. Das ist natürlich nicht überraschend, aber es ist schon enttäuschend, meine Damen und Herren, zumal insbesondere der Arbeitnehmerflügel in der CDU in dieser Frage offensichtlich auf Tauchstation gegangen ist. In dieser Frage ist es offenkundig, daß das Bild von dem Volkspartei-Adler der CDU, unter dessen Fittichen alle gesellschaftlichen Gruppen Platz haben, schlichtweg falsch ist, weil offensichtlich der linke Flügel

zumindest was die Sozialausschüsse der CDU in Niedersachsen angeht — nicht nur lahm, sondern bereits abgehackt zu sein scheint. Der Herr Sozialminister und die von ihm geführten Sozialausschüsse haben sich im Gegensatz zu anderen Landesverbänden nicht — zumindest bisher nicht im Parlament -- zu Wort gemeldet und Kritik an den Plänen zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes geübt. Ich bestreite nicht, daß man durchaus draußen im Lande herumzieht und die eine oder andere Abschwächung der Vorstellungen der Bundesregierung begrüßt. Aber hier im Parlament hat man sich dazu konkret nicht geäußert. Wir sind der Auffassung, meine Damen und Herren, daß die Änderung des § 116 und die Einschränkung des Streikrechts kein Thema für kluge Sonntagsreden ist, sondern konkrete Handlungen erwarten läßt. Da haben Sie leider nichts zu bieten.

(Beifall bei den Grünen.)

Viele Gewerkschafter, auch Gewerkschafter, die der CDU angehören, meine Damen und Herren, sind von dieser Landesregierung enttäuscht. Sie werden es sich gefallen lassen müssen, daß am 6. März auch CDU-Gewerkschafter gegen Ihre Politik auf die Straße gehen werden. Sie tragen dafür die Verantwortung.

Meine Damen und Herren, ich hätte mir gewünscht, daß es in dieser konkreten Frage, die auch ein Stückchen an den Lebensnerv der Arbeitnehmerorganisationen geht, so etwas wie eine Solidarität der Arbeitnehmervertreter in den Parlamenten gegeben hätte, wie das 1972 bei der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes der Fall gewesen ist.

(Beifall bei den Grünen.)

Das hat es in dieser konkreten Frage nicht gegeben.

Ich meine aber auch, meine Damen und Herren. daß Sie alle als Politiker Ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden sind. Man greift mit der Änderung des § 116 nicht nur in die Taschen der Gewerkschaften und nicht nur in die Taschen der Arbeitnehmer, Sie greifen damit auch in die Taschen der Gemeinden. Wenn Sie heute diesen Entschließungsantrag ablehnen, werden Sie sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, daß Sie schuld daran sind, wenn zum Beispiel bei Streiks und Aussperrungen die Sozialämter der Kommunen vor dem Ansturm zusammenbrechen. Die Änderung des § 116 — das haben die Beratungen doch bewiesen - hat das Ziel, die Gewerkschaften an ihrem Lebensnerv, nämlich der Streikfähigkeit, zu treffen. Wenn Sie, CDU und FDP, in diesem Landtag den Entschließungsantrag der SPD ablehnen, dann beteiligen Sie sich an einer Strategie, die langfristig eine politische Kriegserklärung an die Gewerkschaften ist.

(Beifall bei den Grünen.)

Für meine Fraktion kann ich erklären, daß wir in dieser Frage ohne Wenn und Aber hinter den Forderungen der Gewerkschaften stehen. Wir stehen hinter der Forderung nach dem Verbot der Aussperrung, hinter der Forderung nach der Selbstverwaltung der Sozialversicherungsbeiträge durch die Arbeitnehmer selber — so würde sich das Problem der Neutralitätspflicht von selbst erledigen — und selbstverständlich hinter der Forderung "Hände weg vom § 116".

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Hirche.

(Engels [SPD]: Jetzt kommt wieder der liberale Eiertanz! — Kreibohm [SPD]: In dieser Frage nicht!)

Hirche (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich begrüße zunächst einmal, daß der Kollege Schultze hier erklärt hat, es werde im Zusammenhang mit § 116 AFG keine politischen Streiks geben, sondern das sei eine Frage der Entscheidung der Parlamente. Ich finde, das muß festgehalten werden, und das verdient Würdigung, auch und gerade weil wir in der Sache selbst unterschiedlicher Auffassung sind. Das ist ein Beitrag — wie immer die Diskussion ausgehen wird — zur Festigung von demokratischen Spielregeln.

Meine Damen und Herren, die FDP ist bekanntlich der Auffassung, daß der § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes geändert werden muß,

(Zustimmung bei der FDP)

weil er in der heutigen Form nicht mehr die notwendige Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit gewährleistet, eine Neutralität, die 1969 bei der Verabschiedung des Gesetzes ausdrücklich gewollt war, als festgelegt worden ist, daß das Wort "gleich" in der Formulierung "gleiche Forderungen" nicht "identisch" heißen sollte, wie das später von Gerichten ausgelegt worden ist. Meine Damen und Herren, von daher bedarf es einer Änderung und Präzisierung.

lch denke, es ist auch völlig eindeutig, daß sich noch etwa 1973, ja, man kann sagen, bis Anfang der 80er Jahre, alle Seiten, auch alle Gewerkschaften, darüber einig waren, daß diese Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit so zu verstehen ist, wie sie 1969 diskutiert worden ist. Weitgehend Einigkeit bestand auch darüber, daß die 1984 gefundenen Tarifkampfformen zu einem vorsätzlichen Mißbrauch der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit geführt haben.

(Beifall bei der FDP.)

Jedermann weiß auch, daß nicht alle Gewerkschaften damit einverstanden sind, wie die IG Metall in diesen Tarifauseinandersetzungen versucht hat, mit Hilfe von Geldern der Bundesanstalt für Arbeit ihre Streiktaktik zu verändern. Damit hat sie die Bundesanstalt für Arbeit in die Tarifauseinandersetzungen hineingezogen,

(Beifall bei der FDP)

und damit ist die Kampfparität, die gewahrt werden muß, verletzt worden.

(Trittin [Grüne]: Die gibt es doch nicht, solange es die Aussperrung gibt!)

Meine Damen und Herren, man kann sich — ich will das gern einräumen — über die Änderungsformulierungen unterhalten. Aber der Antrag der SPD, der uns zur Abstimmung vorliegt, zielt gegen jede Änderung des § 116. Dieses ist inakzeptabel. Herr Kollege Schultze, wenn Sie hier von anderen einfordern, bei polarisierten Fronten einen Beitrag zu leisten, dann unterschlagen Sie, daß Sie selbst jeden Beitrag dazu verweigern, die ursprüngliche Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit wiederherzustellen. Sie wissen ganz genau, daß bis 1980/82/83 alle Tarifauseinandersetzungen mit dem eigentlich gemeinten Verständnis von Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit im gewerkschaftlichen Sinne erfolgreich geführt worden sind. Wieso soll auf einmal 1984,

nur weil die IG Metall eine neue Taktik angewendet hat, diese alte Form der Interpretation der Neutralität nicht mehr gelten?

(Zustimmung bei der FDP.)

In dieser Frage liegen völlig unterschiedliche Rechtsgutachten auf dem Tisch. Daß das nicht anders zu erwarten war, wissen Sie, Herr Schultze, genausogut wie ich. Es wird hier eine Fülle von Staatsrechtlern gegeneinander aufstehen.

Ich möchte nur eines festhalten: Die FDP ist der Auffassung, daß dieser Sachverhalt einer gesetzlichen Regelung bedarf und nicht den Regelungen etwa der Selbstverwaltung allein überlassen werden darf.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Deswegen führen Vorschläge, die darauf abzielen, etwa Schiedsstellen einzubauen, im Endeffekt nur zu einer weiteren Bürokratisierung und erübrigen nicht den Weg, den jeder Bürger, auch Organisationen, in diesem Zusammenhang gehen kann, nämlich die Gerichte anzurufen. Das heißt, es werden nur zusätzliche Umwege eingebaut. Von daher denke ich, daß diese Vorschläge, so gut sie gemeint sein mögen — das will ich ausdrücklich konzedieren —, kein Weg sind, um zum Erfolg zu kommen.

(Zustimmung bei der FDP.)

Ich denke auch, daß der im Sinne einer Entpolarisierung gemachte Vorschlag des Vorsitzenden der IG Chemie, zwischen Lohnforderungen und übrigen Forderungen zu trennen, in der weiteren Diskussion kein Vorschlag sein kann, durch den man den Konflikt, um den es hier geht, wirklich lösen kann, meine Damen und Herren, obwohl auch dieses immerhin ein Ansatz ist, während sonst im Gewerkschaftslager nur Stillschweigen herrscht und eine Diskussion verweigert wird, wie man zueinander finden und das Neutralitätserfordernis wieder besser fassen kann.

Meine Damen und Herren! Warum denn die ganze Diskussion? Weil die Gelder der Bundesanstalt für Arbeit zur Vorsorge für die Arbeitslosigkeit gezahlt und angespart werden, also für die Situation, in der sich im Augenblick bedauerlicherweise mehr als 2 Millionen Mitbürger in diesem Lande befinden.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Im Interesse der Sicherung dieser Gelder kann es nicht zugelassen werden, daß einer der Tarifpartner in Tarifauseinandersetzungen mit einer bestimmten Taktik die Gelder der Bundesanstalt für Arbeit in Streikauseinandersetzungen lenkt, die dann für die dauerhafte soziale Sicherung aller Hirche

Arbeitslosen in diesem Lande Niedersachsen und in der Bundesrepublik Deutschland verlorengehen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Dr. Albrecht, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möche im Namen der Landesregierung zu dieser Diskussion gern einiges sagen. Wir alle wissen, daß sich an der Frage der Neufassung des § 116 eine erhebliche Konfrontation entwickelt hat.

(Arens [SPD]: Das hätte man ja umgehen können!)

Das ist weiß Gott viel zu billig; denn schon die Diskussion hier zeigt ja, daß wir es mit einem wirklichen Problem zu tun haben. Das Problem ist ganz einfach — und das wird auch nicht von denen bestritten, die sich in dieser Materie ein bißchen auskennen —, wie man unter den heutigen Bedingungen unserer Wirtschaft in Arbeitskämpfen die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit, die wir alle wollen — wenigstens habe ich offiziel nichts anderes gehört —, sicherstellen kann.

(Schultze [SPD]: Auch die Gewerkschaften!)

Es muß eigentlich nicht verwundern, daß es hierüber eine engagierte Auseinandersetzung gibt; denn es ist nicht leicht, diese Neutralität angesichts der immer größer werdenden Verflochtenheit unserer Wirtschaft zu gewährleisten.

Tatsache ist, daß unsere Wirtschaft immer abhängiger von kleinen Einheiten geworden ist. Tatsache ist auch, daß die Arbeitsteilung immer mehr dazu geführt hat, daß große Unternehmen und größte Unternehmen stilliegen, wenn relativ kleine Unternehmen nicht mehr in der Lage sind, zuzuliefern. Das, was am Anfang dieser Diskussion stand, war, daß daraus nur die IG Metall — ich möchte im übrigen sagen: nach damaliger Rechtslage durchaus legitimerweise — eine Strategie entwickelt hat, nämlich die, die sie dann selbst als Minimax-Strategie verkündet hat, was heißt, daß sie als Gewerkschaft nur ein Minimum an finanziellem Aufwand zu betreiben braucht, um ein Maximum an wirtschaftlicher Wirkung zu erzielen.

Herr Arens, ich weiß, daß das von der Gewerkschaft offiziell in Abrede gestellt wird. Wenn Sie mit den Verantwortlichen aber einmal einige ver-

trauliche Gespräche führen, dann werden Sie sehr schnell feststellen, daß es auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung viele gibt, die nicht glücklich darüber sind, daß die IG Metall a) diese Strategie entwickelt hat und b) sich offiziell damit gerühmt hat, eine so fabelhafte Minimax-Strategie entwickelt zu haben.

(Beifall bei der CDU. — Hirche [FDP]: So ist es! — Zurufe von der SPD.)

Nun ist die Frage, wie man in dieser Situation, die man unterschiedlich beurteilen kann - ich sage weiß Gott nicht, daß das ein leichtes Problem ist -, zu einer richtigen Lösung finden kann. Die Bundesregierung hat einen Lösungsvorschlag unterbreitet und gesagt: Wir gehen zurück auf das, was ursprünglich der gemeinsame Wille des Gesetzgebers war, daß nämlich nicht nur dann nicht gezahlt wird, wenn bei den Forderungen eine völlige Identität gegeben ist. Die ursprüngliche Intention des Gesetzgebers war es nicht, eine Identität der Forderungen zur Voraussetzung zu machen. Im übrigen sagen auch die Gewerkschaften, sie stünden immer noch auf dem Standpunkt, daß dieses "gleiche Forderungen" nicht heißt "identische Forderungen".

Jetzt geht es nur um die Frage: Was heißt diese Nichtidentität, und wo ist da die Grenze?

Hierzu sagt die Bundesregierung: Es kann nicht so sein, daß 20 Forderungen vorliegen, eine ist mit den anderen nicht identisch und damit ist schon die Zahlungspflicht der Bundesanstalt gegeben; vielmehr kann das vernünftigerweise nur heißen, daß man sich auf die Hauptforderungen konzentriert. Sind diese annähernd gleich — nicht identisch —, oder sind sie es nicht? Die Bundesregierung hat deshalb auch den Begriff "annähernd gleich" eingefügt.

(Schultze [SPD]: Dann sind sie es immer!)

Nun möchte ich gern einräumen, Herr Schultze, daß die Frage, was ist eine Hauptforderung, und die Frage, was ist "annähernd gleich", auch noch viel Raum für einen Streit unter Juristen und Praktikern läßt. Daß hiermit ein größeres Maß an Rechtsklarheit gefunden wäre, das würde ich nicht behaupten. Die Formulierung stellt eigentlich nur eines klar, nämlich daß es nicht auf alle Einzelforderungen ankommen kann, und sie stellt klar, daß Identität nicht vom Gesetzgeber zur Voraussetzung gemacht wird. Das, würde ich sagen, ist auch richtig.

(Schultze [SPD]: Warum haben Sie das nicht im Bundesrat ausgeführt?)

— Das werde ich Ihnen gleich noch sagen. — Solange die Diskussionslage so ist, wie sie ist, und

solange die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten so darauf reagieren, wie sie reagiert haben, wird es nur die Frage sein: Werden sich die einen durchsetzen, oder werden sich die anderen durchsetzen? An einem möchte ich keinen Zweifel lassen: Wenn die Lage so bleibt, wird dieser Gesetzentwurf im Bundesrat nicht an Niedersachsen scheitern.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Das ist aber nur der eine Teil des Satzes. Der andere Teil ist, daß sich der Entwurf jetzt in der Anhörung befindet, gerade in diesen Tagen, heute und wohl auch noch morgen, und daß dort das versucht wird und sorgfältig aufgenommen wird, was ich immer auch den Gewerkschaften nahegelegt habe, nämlich nicht in der Position zu verharren, hier dürfe überhaupt nichts geschehen. Die Gewerkschaften sollten sagen: Wenn da schon etwas geschehen muß, so könnte das in der und der Richtung für uns vielleicht — zwar nicht gern, aber notfalls, wenn schon etwas geschehen muß — akzeptabel oder doch zumindest leichter hinnehmbar sein.

Ich habe in diesen Anhörungen, über die ich mir habe berichten lassen, manchen interessanten Gedanken gefunden. Ich will hier nicht verheimlichen, daß ich der Meinung bin, wenn es so schwierig ist, sich über Begriffe wie "Hauptforderung" oder "annähernd gleich", "Neutralität", "keine Beeinflussung des Arbeitskampfes durch die Bundesanstalt für Arbeit" zu verständigen, dann spricht manches dafür, daß man das Verfahren besonders sorgfältig regelt, wie diese Begriffe zu interpretieren sind.

Ich halte gar nichts davon, mit großen öffentlichen Erklärungen, die nicht viel hergeben können, zu operieren. Ich halte mehr davon, in dieser Situation den Versuch zu machen, das vernünftige Gespräch im vertraulichen, kleinen Kreise wieder in Gang zu bringen. Ich bin ziemlich sicher, daß Ihnen bei dem guten Informationsstand, den die Gewerkschaften in der Regel haben, nicht verborgen geblieben ist, daß der Niedersächsische Ministerpräsident diese Frage in den letzten Tagen und Wochen mit einer ganzen Reihe führender Gewerkschafter in Deutschland erörtert hat. Das wird auch nicht zu Ende sein. Ich darf sagen, daß wir innerhalb der Regierungskoalition und auch innerhalb der Christlich-Demokratischen Union das sehr sorgfältig auswerten werden, was in den Anhörungen an vielleicht interessanten Vorschlägen gemacht worden ist.

Ich möchte hierin nicht mißverstanden werden. Wenn erst einmal eine solche Konfrontationslage entstanden ist, dann ist es sehr, sehr schwierig, die Fronten überhaupt noch zu verrücken und der Vernunft, der Kompromißbereitschaft und dem Bemühen um Konsens eine Gasse zu bahnen. Aber ich würde mich freuen, wenn das gelänge.

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen. Ich will auch keinen Zweifel daran lassen, daß der Fahrplan, den der Bundestag, d. h. die Bundestagsmehrheit, in dieser Angelegenheit festgelegt hat, gültig ist. Wir müssen also schon in den nächsten Wochen so oder so die Schlußfolgerungen ziehen aus dem Stand der Diskussion, den wir heute haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Warnecke:

Der Abgeordnete Schmelich hat unter Hinweis auf die seiner Fraktion noch verbliebene Redezeit ums Wort gebeten. Im übrigen ist die Besprechung wieder eröffnet worden, weil ein Mitglied der Landesregierung nach Schluß der Besprechung das Wort erhalten hat.

Schmelich (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer jetzt von uns als Parlamentarier oder vielleicht auch von den Gewerkschaften erwartet, daß wir in einen konstruktiven Dialog über die vorgelegten Änderungsvorschläge einsteigen, der muß erst einmal beweisen, daß die Änderungsvorschläge notwendig sind. Diesen Beweis ist die Bundesregierung schuldig geblieben. Dies gilt auch hinsichtlich dessen, was der Ministerpräsident gerade gesagt hat.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Lassen Sie mich noch zwei Dinge erwähnen. Sie müssen sich da vielleicht auch einmal mit der FDP über das verständigen, was von der FDP, d. h. vom Bundeswirtschaftsminister, immer wieder vertreten wird und was Herr Hirche hier gerade nachgeredet hat. Es heißt immer, es gehe darum, in einer angeblich unklaren gesetzlichen Situation Klarheit zu schaffen.

(Hirche [FDP]: Die Situation ist unklar!) Wenn ich den Ministerpräsidenten richtig verstanden habe, dann schaffen die bisher auf dem Tisch liegenden Formulierungen nicht mehr Klarheit. Es gäbe im Falle der Realisierung der Vorschläge die gleiche Problematik, die unter Umständen jetzt besteht. Es gibt also weder einen Handlungsbedarf, noch sorgen die jetzt auf dem

Schmelich

Tisch liegenden Formulierungen dafür, daß mehr Klarheit geschaffen wird.

(Zustimmung von Trittin [Grüne].)

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zu dem machen, was gerade auch der Ministerpräsident angesprochen hat. Herr Albrecht, Sie haben gesagt, das Problem, daß kleinste Streikmaßnahmen sofort große wirtschaftliche Auswirkungen mit sich bringen, ist darauf zurückzuführen, daß wir in einer arbeitsteiligen Gesellschaft leben. Dem muß ich entgegenhalten, daß die von Ihnen genannten Auswirkungen u. a. deshalb so frühzeitig eintreten, weil die Unternehmen - das liegt also in der Sphäre der Arbeitgeber — die Entscheidung getroffen haben, ihre Lagerhaltung zu verknappen. Deshalb meine ich, wenn aufgrund der verknappten Lagerhaltung im Falle einer Streikmaßnahme sehr schnell die Bänder stillstehen, dann sind die Unternehmen selbst daran schuld, und sie können dieses nicht den Gewerkschaften in die Schuhe schieben.

(Beifall bei den Grünen. — Lachen bei der CDU. — Unruhe.)

Sie haben im übrigen so getan, als ob die Minimax-Strategie in Arbeitskämpfen und die damit verbundenen Auswirkungen nur auf die Arbeitnehmer zurückzuführen sind. Sie haben dabei vergessen zu sagen, daß bisher und auch gerade bei den zur Diskussion stehenden Arbeitskämpfen in der Metallindustrie in Hessen und in Baden-Württemberg

(Zuruf von Graeber [SPD])

den Streiks eine große Zahl von Aussperrungen gegenüberstehen. Daran sieht man, daß die Arbeitgeber die Möglichkeit haben, auf einer zweiten Schiene die Streikkassen der Gewerkschaften zu belasten und die Taschen der Arbeitnehmer zu plündern, d. h. sie können auf einen kleinen Streik mit großen Flächenaussperrungen reagieren. Wenn Ihre Argumentation stimmen soll, Herr Ministerpräsident, dann müssen Sie sich eigentlich auch für das Verbot der Aussperrung einsetzen. Das wäre logisch.

(Beifall bei den Grünen. — Zuruf von Hirche [FDP].)

Nun möchte ich noch eine Bemerkung zu Ihnen, Herr Hirche, machen. Gerade von Ihnen als Vertreter der FDP hätte ich erwartet, daß Sie auch einen Ton dazu sagen, wie denn z. B. in unserer gesamten Verfassungsgeschichte und in unserer Rechtsgeschichte Streiks behandelt worden sind. Das ist ein politisch sehr sensibles Thema.

Warum gibt es denn kein Gesetz zur Regelung von Streiks?

(Zuruf von Silkenbeumer [SPD].)

Gerade in diesem Zusammenhang wird die Koalitionsfreiheit immer wieder in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt. Wenn ausgerechnet von Ihrer Fraktion in einer so wichtigen Frage gefordert wird, daß eben die Entscheidung nicht durch die Selbstverwaltungsgremien getroffen werden soll, dann klingt das für mich nicht mehr liberal. Wenn Sie als kleiner Koalitionspartner einer mächtigen Bundesregierung also in dieser Frage jetzt höchstwahrscheinlich fordern werden, daß der Gesetzgeber als erster tätig wird, dann verraten Sie eigentlich das Prinzip der Liberalität; denn Sie gestehen selbst zu, daß eigentlich die Bundesanstalt für Arbeit,

(Zuruf von Hirche [FDP])

die Selbstverwaltungsgremien, diese Sache hätten regeln können.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Warnecke:

Für eine neue Diskussionsrunde erteile ich dem Abgeordneten Arens von der SPD-Fraktion das Wort. Redezeit: drei Minuten.

(Zuruf von Schmelich [Grüne].)

— Herr Kollege Schmelich, Sie haben Ihre zusätzliche Redezeit schon verbraucht.

Arens (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Leider habe ich nur ganz wenig Zeit und kann deshalb nur einige Punkte ansprechen.

(Kreibohm [SPD]: Das waren schon 20 Sekunden! — Zuruf von der CDU.)

Herr Hirche, ich meine, es ist noch einmal deutlich geworden, daß Sie die Neutralität nur in den Vordergrund schieben und daß als wirkliche Absicht dahintersteckt, die Gewerkschaften zu schwächen. Damit kehrt die FDP im übrigen zu ihren Ursprüngen zurück; denn sie hat ja seit 1949 praktisch bei jeder Erweiterung der Mitbestimmung immer gegen die Arbeitnehmer gestimmt.

(Beifall bei der SPD.)

Es tut mir leid, daß ich das nicht weiter ausführen kann.

Herr Dr. Albrecht, die Neutralitätspflicht muß auch — ich meine, das wird überhaupt nicht be-

achtet — vor dem Hintergrund des Aussperrungsurteils von 1980 betrachtet werden. Es gibt ja die Minimax-Methode überhaupt nicht. Das Bundesarbeitsgericht hat 1980 im Aussperrungsurteil festgestellt, daß auch wenn in einem Tarifgebiet nur in ein oder zwei Betrieben gestreikt wird, sofort die Arbeitgeber 25 % der Arbeitnehmer dieses Tarifgebietes aussperren können. Das sind in Baden-Württemberg dann sofort einige Hunderttausend. Von daher gibt es doch in der Praxis die Minimax-Methode überhaupt nicht.

(Herbst [CDU]: Herr Steinkühler und Herr Jansen machen das doch selbst vor!)

Das hat sich doch auch im letzten Arbeitskampf erwiesen. 55 000 sind im Streik gewesen, und rund 170 000 sind ausgesperrt gewesen. Dies hat das doch ganz deutlich gezeigt.

(Beifall bei der SPD.)

Herr Dr. Albrecht, wenn Sie einmal nachlesen: In den Beratungen des Bundesarbeitsgerichtes ist gesagt worden, mit diesem Viertel sei die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften bis an die Grenzen erschöpft, und man dürfe im Sinne des Gleichgewichtes nicht weitergehen. Dies muß man doch heute mit berücksichtigen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Deshalb gibt es keine Notwendigkeit dafür, den Streikparagraphen jetzt zu ändern.

Lassen Sie mich zu einem anderen Punkt kommen. Herr Dr. Albrecht, Sie sollten noch einmal nachsehen, was der Bundesrat 1969 bei der Beratung dieses Gesetzes gesagt hat. Der Bundesrat hat 1969 einstimmig eine Entschließung beschlossen. Nun muß man ja sehen, daß sich die gesellschaftspolitische Lage insofern verändert hat, als das jetzt anders gesehen wird, aber nicht durch die Gewerkschaften. Damals hat der Bundesrat im Interesse der Arbeitnehmer gesagt, dieses Gesetz gehe nicht weit genug. Der Bundesrat hat in seiner Entschließung einstimmig gefordert, daß für mittelbar Betroffene ständig gezahlt werden solle, und zwar aus zwei Gründen, einmal, weil befürchtet wurde, daß sonst die Länder und die Gemeinden die Sozialhilfe für die kalt Ausgesperrten bezahlen müßten, und zum zweiten wurde gesagt, dies verstoße gegen den § 102 des Ubereinkommens des Internationalen Arbeitsamtes. Dies ist heute noch Standpunkt der Gewerkschaften. So haben sich doch die Gewerkschaften seit 1969 in ihrer Auffassung nich geändert, sondern das gesellschaftspolitische Umfeld hat seine Auffassung geändert. Es wird zumal von CDU und FDP heute anders beurteilt.

(Hirche [FDP]: Nein, von den Gewerkschaften!)

Letzter Punkt — damit komme ich zum Schluß; die Lampe leuchtet schon —: Das Problem ist ja - Herr Dr. Albrecht, Sie haben das deutlich gemacht —, daß es durch die Formulierung keine Rechtsklarheit mehr gibt. Der Beurteilungsspielraum der Gerichte verändert und erweitert sich zuungunsten der Arbeitnehmer. Jetzt heißt es nämlich mit einem unbestimmten Rechtsbegriff: wenn konkludentes Verhalten vorliegt. Was bedeutet denn das? Wenn die Gewerkschaft auf dem Gewerkschaftstag die Forderung aufstellt, daß sie in den nächsten Jahren die 35-Stunden-Woche anstreben will, und fängt dann irgendwo an, dann kann ein Gericht daraus folgern, daß dies ja gleichgerichtetes Handeln aller Gewerkschaft ist. Insofern kann man die kalt Ausgesperrten immer von der Zahlung des Kurzarbeitergeldes ausschließen.

Wer nicht erkennen will, daß dies ganz eindeutig die Position der Arbeitnehmer bei der Durchsetzung ihrer Rechte verschlechtert und die Position der Arbeitgeber stärkt, der will etwas anderes als Rechtsklarheit, der führt im Schilde, die Gewerkschaft in ihrer Durchsetzungsfähigkeit zu schwächen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Hirche.

Hirche (FDP).

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Arens, daß Sie hier gegen die FDP polemisieren, habe ich erwartet.

(Zurufe von der SPD.)

Sie werden nicht erwarten, daß ich das so stehenlasse, meine Damen und Herren. Vielleicht sollten Sie meine vorigen Ausführungen einfach einmal nachlesen. Daraus ist schon klargeworden, daß es um die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit geht.

(Beifall bei der FDP.)

Meine Damen und Herren, die Absicht ist bei der Neuformulierung klar. Das hat auch der Ministerpräsident eben gesagt.

(Ravens [SPD]: Es ist nicht klar; so sagt es Herr Benda!)

Hirche

Die neue Formulierung stellt viel klarer die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit heraus. Herr Arens, ich habe das zum Schluß noch einmal gesagt. Der Hauptzweck der Bundesanstalt für Arbeit ist es, Arbeitslosen zu helfen,

(Beifall bei der FDP — Ravens [SPD]: Das stimmt nicht!)

und das heißt, den zwei Millionen Arbeitslosen und genauso in Streiksituationen entsprechend Arbeitslosen zu helfen, unter der Voraussetzung, daß durch diese Zahlung die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit nicht verletzt wird und daß nicht einseitig Gewichte verschoben werden.

(Senff [SPD]: Fünf Milliarden DM Überschuß habt ihr gemacht! — Weitere Zurufe von der SPD.)

Die FDP – Herr Arens, das ist der Unterschied zu Ihnen ist immer – das läßt sich anhand der Protokolle der Bundestagsdiskussionen nachweisen für die Mitbestimmung des einzelnen Arbeitnehmers eingetreten, aber nicht für die Fremdbestimmung durch Organisationen.

(Beifall bei der FDP.)

Das unterscheidet uns und wird uns auch auf Dauer unterscheiden.

(Unruhe bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, ein letzter Hinweis. Seien Sie einmal bereit, Herr Arens, bei aller Kritik, die Sie gegen Begriffe — verständlicherweise tuge ich einmal hinzu — wie "annähernd gleich" oder "Hauptforderung" hier äußern können, einzuraumen, daß diese Neuformulierung auch beinhaltet, daß künftig ein Übermaß an Ausspertung von Arbeitgebern

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP])

nicht zum Verlust der Zahlung von Geld durch die Bundesanstalt für Arbeit führt. Das heißt, die Bundesregierung macht mit diesem Entwurf genau den Versuch, ein Übermaß der Gewerkschaften im Zusammenhang mit Streiks — Greiten in die Kasse der Bundesanstalt für Arbeit — zu bremsen

(Zuruf von Ravens [SPD])

und auf der anderen Seite zu verhindern — wie das auch 1984 von uns gesehen wurde —, daß Arbeitgeber mit einem Übermaß an Aussperrung versuchen, die Dinge zu ihren Gunsten zu beeintlussen.

(Beifall bei der FDP. — Zuruf von Ravens [SPD].)

Insofern widerspiegelt dieser Gesetzentwurf genau den Versuch, die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit in vollem Umfang — wie 1969 gewollt — wiederherzustellen.

(Beifall bei der FDP. — Schmelich [Grüne]: Aber zu Lasten der Arbeitnehmer!)

Vizepräsident Warnecke:

Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Ich schließe die Besprechung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 5513 zuzustimmen wünscht und damit den Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 5137 ablehnen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Das erste war die Mehrheit. Der Ausschußempfehlung wurde gefolgt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 27:

Zweite Beratung: Östrogenskandal bei der Kälbermast — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 10/5154 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten — Drs 10/5529

Für die Beratung dieses Antrages stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 30 Minuten zur Verfügung. Davon stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: CDU und SPD jeweils bis zu acht Minuten, Grüne und FDP jeweils bis zu vier Minuten.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Der Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 5154 wurde in der 97. Sitzung am 13. Dezember 1985 an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur Beratung und Berichterstattung überwiesen.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Kruse. Ich erteile ihm das Wort.

Kruse (CDU), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfiehlt Ihnen, den Antrag der Fraktion der SPD in einer geänderten Fassung anzunehmen. Diese Empfehlung wurde im Ausschuß einstimmig beschlossen. Bei der Beratung des Antrages unterrichteten Vertreter des Landwirtschaftsministeriums den Ausschuß dahingehend, daß sich der Östrogenskandal zwischenzeitlich nicht ausgeweitet habe. Es seien zwar noch

Berichte aus Hamburg eingegangen, nach denen bei der Schlachtung von Kälbern aus Niedersachsen Hormonrückstände gefunden worden seien. Diese Behauptungen seien dann aber in den durchgeführten Untersuchungen nicht bestätigt worden.

Auch bei den Untersuchungen, die nun im Lande konsequent in allen Kälbermastbeständen durchgeführt würden, hätten sich keine weiteren negativen Ergebnisse gezeigt. Diese Aussage könne allerdings nur auf die den Untersuchenden bisher bekannten Stoffe bezogen werden. Zu der Frage, ob nicht möglicherweise andere Stoffe verwendet würden oder verwendet worden seien, deren Nachweis noch nicht geführt werden könne, konnten die Vertreter des Landwirtschaftsministeriums nichts sagen. Sie wiesen darauf hin, daß ein Institut Anzeichen dafür entdeckt zu haben glaube, daß auch andere Stoffe in der Kälbermast Verwendung fänden, die zur Zeit noch nicht identifiziert werden könnten. Da sich die Untersuchungen immer nur auf die Stoffe beziehen könnten, die bekannt seien, scheine es erforderlich zu sein, darüber hinaus mehr als bisher auch im präventiven Raum, das heißt, im Rahmen der Arzneimittelüberwachung, zu kontrollieren. Nur so sei schon frühzeitig festzustellen, in welche Kanäle bestimmte von der Arzneimittelindustrie hergestellte Stoffe flössen.

Die Vertreter des Landwirtschaftsministeriums gaben zu erwägen, auch diesen Gesichtspunkt durch eine entsprechende Ergänzung der Nr. 1 des Antrages zu berücksichtigen. Diesem Vorschlag ist der Ausschuß gefolgt.

Zu den Nrn. 2 und 3 wiesen die Vertreter des Landwirtschaftsministeriums darauf hin, daß ihr Haus für die Kälberhaltung bereits einen Erlaß herausgegeben habe und daß sich das Land beim Bund für eine Kälberhaltungsverordnung stark machen wolle. Aber auch diesbezüglich gebe es bestimmte EG-bedingte Schwierigkeiten.

Zu dem auf EG-Ebene vereinbarten und von 1988 oder 1989 an geltenden Verbot des Einsatzes von Hormonen wiesen sie darauf hin, daß die Landesregierung durch einen entsprechenden im Bundestag eingebrachten Entschließungsantrag ihren Beitrag zu diesem Komplex geleistet habe. Sie habe sich in den Beratungen auch eindeutig gegen eine solche Übergangsfrist bis 1988 oder 1989 ausgesprochen. Angesichts des starken Widerstandes, der von einigen EG-Mitgliedstaaten grundsätzlich gegen ein Hormonverbot geleistet worden sei, müsse die jetzt erreichte Regelung schon als Erfolg angesehen werden.

Die Nr. 3 des Ursprungsantrages sah der Ausschuß angesichts der Einigung auf EG-Ebene übereinstimmend als erledigt an, auch wenn diese Absprache zumindest in zeitlicher Hinsicht nicht voll befriedigen könne. Die Nr. 3 des Ursprungsantrages wurde daher einvernehmlich gestrichen.

Zu der Nr. 4 des Ursprungsantrages — der jetzigen Nr. 3 — führte der Vertreter der FDP-Fraktion aus, daß er der Einführung von Bestandsobergrenzen im Prinzip zustimme, sofern sich die Forderung nach deren Einführung vorwiegend auf große Betriebe und nicht so sehr auf die flächengebundene Erzeugung kleiner Betriebe beziehe.

Auch die Vertreter der CDU-Fraktion stimmten der in Nr. 4 enthaltenen Forderung grundsätzlich zu. Sie gingen dabei davon aus, daß sie mehr deklaratorischen Charakter habe und offenlasse, wie eine Regelung der Bestandsobergrenzen letztendlich aussehen sollte.

Da die Nrn. 2 und 4 des Ursprungsantrages nur in indirektem Zusammenhang mit dem Östrogenskandal stehen, kam der Ausschuß einvernehmlich zu dem Ergebnis, die Überschrift des Antrages dahingehend zu ändern, daß von Problemen bei der Kälbermast gesprochen wird.

Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, bin ich am Ende meines Berichts. Wie eingangs bereits erwähnt, ist die vorliegende Beschlußempfehlung im Ausschuß für Ernährung, Landwittschaft und Forsten einstimmig beschlossen worden. Namens des Ausschusses bitte ich Sie, der Beschlußempfehlung Ihre Zustimmung zu geben. — Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall. — Auditor [SPD]: Hoch die Kälber!)

Vizepräsident Warnecke:

Danke, Herr Kollege Kruse, für die Erstattung des Ausschußberichts. Ich eröffne die Besprechung.
— Das Wort hat der Herr Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Glup, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es dient der Verbesserung Ihres Informationsstandes, wenn ich kurz zu einigen Punkten aus der Sicht der Landesregierung — das heißt, insbesondere aus der Sicht meines Hauses — Stellung nehme.

Glup

Erstens. Seit den siebziger Jahren werden in Niedersachsen regelmäßig in Tierbeständen und Schlachtbetrieben Untersuchungen auf verbotswidrige Anwendung von hormonwirksamen Substanzen durchgeführt. Diese Untersuchungen können jedoch gesetzwidrige Verhaltensweisen einzelner - wie das auch in anderen Lebensbereichen immer wieder vorkommt - nie ausschließen. Solche strafbaren Handlungen bleiben meistens für eine gewisse Zeit unentdeckt. Der jetzt aufgedeckte illegale Einsatz von anabol wirksamen Hormonen in der Kälbermast ist für uns Anlaß gewesen, verstärkt in Betrieben und vor allen Dingen auch auf Schlachthöfen Proben zu entnehmen. Personelle Verstärkungen der zuständigen staatlichen Veterinäruntersuchungsämter für die jetzt mehr anfallenden Untersuchungsmaßnahmen sollen dies auch langfristig sicherstellen.

Zweitens. Die Landesregierung hat wiederholt zuletzt auf der Agrarministerkonferenz am 2./3. Dezember 1985 — den zuständigen Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gebeten, bei der EG-Kommission nachdrücklich die Wiederaufnahme der Beratungen einer EG-Richtlinie zur tierschutzgerechten Kälberhaltung zu verlangen. Die Kommission hatte die Vorbereitungen zu einer entsprechenden EG-Richtlinie aus personellen Gründen eingestellt. Im Falle einer erneuten Ablehnung der Kommission, dieser Forderung nachzukommen, wird die Landesregierung auf eine nationale Regelung drängen.

Drittens. Der mißbräuchliche Einsatz von Hormonen und anderen Tierarzneimitteln ist keine Frage der Tierzahl und kann deshalb auch nicht dadurch verhindert werden, daß ein generelles Verbot der gewerblichen und bodenunabhängigen Tierhaltung ausgesprochen wird. Auch die Einführung von Bestandsobergrenzen würde einen solchen strafbaren Mißbrauch nicht ausschließen können. Hier können nur die von der Landesregierung in die Wege geleiteten gezielten Maßnahmen der Lebensmittelüberwachung weiterhelfen.

Zur Problematik der gewerblichen Tierhaltung und zu Bestandsobergrenzen hat die Landesregierung in der jüngeren Vergangenheit Stellung genommen. Wir haben heute morgen bereits darüber diskutiert. Schon aus verfassungsrechtlichen Gründen kann es hier zur Zeit und überhaupt nur ein zwischen Bund und Land abgestimmtes Maßnahmenbündel — Steuerrecht, Bodenverkehrsrecht, Pachtrecht, Immissionsschutzrecht, Abfallrecht und, ich sage noch einmal, Gülleer-

laß — geben. Auch das haben wir heute morgen diskutiert. Ich habe dazu entsprechende Erklärungen abgegeben. Ich wollte Sie gern über den Stand unserer Aktionen in Sachen verbotswidriger Hormonverwendung informiert haben. — Ich bedanke mich!

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Ich danke dem Herrn Minister für die Abgabe der Erklärung der Landesregierung. Wir setzen die Besprechung fort. Das Wort hat der Abgeordnete Bruns (Reinhausen).

(Kruse [CDU]: Jetzt aber nicht schimpfen!)

Bruns (Reinhausen) (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Das Interesse in diesem Hause an Fragen der Agrarpolitik, der Produktion gesundheitlich einwandfreier Agrarprodukte und der tiergerechten Haltung unserer Nutztiere steht in krassem Gegensatz zu der Bedeutung der Lösung dieser Fragen.

(Boekhoff [SPD]: Das ist ja unerhört! — Heiterkeit.)

Wir Sozialdemokraten hatten aufgrund der skandalösen Vorgänge bei der Kälbermast in einigen Betrieben in unserem Lande den Entschließungsantrag "Östrogenskandal bei der Kälbermast" eingebracht.

(Kruse [CDU]: Einiger Betriebe! Man soll das nicht verallgemeinern!)

— Ich habe "einiger Betriebe" betont. — In diesem Antrag hatten wir ein für die gesamte EG geltendes Verbot des Einsatzes von Hormonen und anderen schädlichen Stoffen bei der Tierzucht und -mast sowie eine Verschärfung der Kontrollen und eine Vermehrung des Personals bei den Veterinäruntersuchungsämtern gefordert. Wir hatten darüber hinaus gefordert, die Haltung der Kälber in zu engen, tierfeindlichen Boxen zu unterbinden, und dementsprechend die Landesregierung aufgefordert, sich beim Bund für den Erlaß einer Kälberhaltungsverordung einzusetzen.

Wir Sozialdemokraten hier im Hause sind erfreut darüber, daß unseren damaligen Forderungen mit der vorliegenden Entschließung "Probleme bei der Kälbermast" weitestgehend Rechnung getragen wird.

Die Forderung nach einem die gesamte EG erfassenden Verbot des Einsatzes von Östrogenen, an-

deren Hormonen und schädlichen Stoffen bei der Tierzucht und -mast wurde inzwischen durchgesetzt, allerdings gegen den anhaltenden Widerstands Englands und leider mit dem Zugeständnis an die eiserne, aber auch umwelt- und tierfeindliche Lady Thatcher,

(Auditor [SPD]: Was? — Bartels [SPD]: Diese Frauen!)

daß das Verbot in England erst 1988 in Kraft tritt. Ich glaube, wir sollten dieses Verhalten Englands in der Agrar- und Umweltpolitik immer wieder deutlich machen.

(Beifall bei der SPD.)

Denn letzten Endes kann die EG nicht funktionieren, wenn wir nicht in umweltpolitischen Fragen auf einen Nenner kommen.

Unter Nr. 1 des Entschließungsantrages werden zusätzliche Kontrollen im Rahmen der Arzneimittelüberwachung und weitere regelmäßige Kontrollen im Rahmen der Lebensmittelüberwachung in Tierhaltungen gefordert. Im Text der Entschließung heißt es dann: "sollte zur regelmäßigen Durchführung solcher Kontrollen zusätzliches Personal erforderlich sein, wird sie (die Landesregierung) aufgefordert, entsprechende Vorschläge vorzulegen;". Wir Sozialdemokraten, Herr Minister Glup, erwarten eine alsbaldige Aufstockung des Personals, da die bisherigen Vorgänge und Erfahrungen eindeutig auch auf eine unzureichende Personalausstattung, zum Beispiel der Veterinäruntersuchungsämter, hinweisen. Eine Aufstockung des Personals ist um so dringlicher, als Niedersachsen als Agrarexportland alles tun sollte, um den Ruf eines Landes zu festigen, dessen Bauern Produkte höchster Qualität und absoluter gesundheitlicher Unbedenklichkeit erzeugen. Der Östrogenskandal, den wenige Schwarze Schafe in unverantwortlicher Raffgier verursacht haben, hat dem Ansehen unserer Landwirtschaft insgesamt Schaden zugefügt und die Arbeit der großen Mehrheit fleißiger, gewissenhafter Bauern in Mißkredit gebracht.

(Beifall bei der SPD. — Kruse [CDU]: Das kann ich unterstreichen!)

Die in Nr. 2 aufgenommene Forderung von uns nach einer Kälberhaltungsverordnung seitens des Bundes ist unabdingbar und mit Nachdruck zu verfolgen.

(Beifall bei der SPD.)

Wir brauchen in der Bundesrepublik dringendst einheitliche klare Rechtsverhältnisse bei der Tierhaltung und gleiche Wettbewerbschancen für die Bauern. Die Bundesregierung bleibt aufgefordert, weiterhin Druck auf die EG auszuüben, um in der gesamten EG Formen der Tierhaltung durchzusetzen, die den natürlichen Lebensansprüchen der Tiere und unserer Verantwortung gegenüber den Tieren entsprechen. Je schärfer und tiergerechter die Tierhaltungsverordnung auf der Grundlage des Tierschutzgesetzes gefaßt wird, desto einfacher ist es, die gewerbliche Massentierhaltung zu verhindern, und desto mehr leisten wir zur Existenzsicherung bäuerlicher Familienbetriebe. Deshalb, Herr Minister Glup, möchte ich Sie bitten, Ihre Bemühungen fortzusetzen, den Bund zu veranlassen, weiterhin Druck auf die EG auszuüben. Denn wir sollten nicht den Anschein erwecken, daß wir die zur Zeit zum Teil unerträglichen Zustände in den Massentierhaltungen nur deshalb dulden, weil sich in der EG andere nicht zu vernünftigeren Haltungsformen entscheiden.

Dankenswerterweise hat der Landwirtschaftsminister die Bezirksregierungen durch Erlaß angewiesen, ihrerseits die Landkreise anzuweisen, Mindestanforderungen an die Kälberboxen durchzusetzen. Der Text dieser Anweisung beweist, wie unerträglich die Haltungsformen in zahlreichen dieser Mastställe waren. Jetzt bitte ich einmal zuzuhören; denn es verschlägt einem wirklich die Stimme, wenn man das liest.

In der Verordnung des Ministers heißt es notgedrungen und richtigerweise: Gefordert wird, daß die Länge und Breite der Boxen so zu bemessen ist — —

(Unruhe.)

— Ich wäre sehr froh, wenn Sie jetzt zuhören könnten!

(Anhaltende Unruhe.)

Ich darf Sie bitten, diese Gespräche ein wenig zu unterbinden; denn was jetzt kommt, ist wirklich bedrückend. Es ist im übrigen auch bedrückend, daß die Redner hier immer gegen den Schwall der Reden unserer Kollegen ankämpfen müssen!

(Vajen [CDU]: Schicken Sie Ihre Fraktionskollegen doch raus, Herr Bruns!)

Es wird dort gefordert, daß die Länge und Breite der Boxen so bemessen sind, daß die Tiere während der gesamte Mastdauer in normaler Körperhaltung stehen können; das ist also zum Teil bisher nicht gewährleistet. Außerdem soll es Ihnen möglich sein, in artgerechter Liegehaltung die Beine auszustrecken; auch das war nicht möglich. Auch das ungehinderte Aufstehen und Niederlegen müssen gewährleistet sein. Diese Anforderungen sprechen für sich und zeigen, wie dringend es ist, alsbald tiergerechte Haltungsformen

Bruns (Reinhausen)

für alle Tierarten durchzusetzen. Wir sind sehr beunruhigt, wenn wir in der "Südoldenburgischen Zeitung" lesen, daß der Leiter des Veterinäramtes des Kreises Vechta die Aufforderung an die wenigen Mäster nur als Tip verstanden wissen und daß er, bevor er tätig werde, erst ein Gespräch mit dem Landvolkverband führen wolle. Der Geschäftsführer dieses Landvolkverbandes hat beklagt, daß die Anordnung, tiergerechte Kälberboxen einzusetzen, ein "harter Hammer" sei und leider nur noch zwei Drittel der bisherigen Tierzahlen untergebracht werden könnten.

(Vajen [CDU]: Das ist die Zweidrittelgesellschaft!)

Wir Sozialdemokraten und, glaube ich, wir alle erwarten von Ihnen, Herr Minister, daß Ihre Kälberhaltungsanweisung strikt und alsbald durchgesetzt wird.

(Kruse [CDU]: Darüber wird es keinen Parteienstreit geben!)

Ich komme zum Schluß. Zuletzt sprechen wir Sozialdemokraten unsere Verwunderung und Genugtuung darüber aus, daß die CDU in dieser Eintschließung endlich der Einführung von Bestandsobergrenzen zustimmt, nachdem sie sich bis zum letzten dagegen gewehrt hat und in ihrer Agrarpolitik bis heute die Gießkanne zugunsten der Einkommenstarken verteidigt, statt die Zuschüsse und Hilfen nach den Maßstäben sozialer Gerechtigkeit zu verteilen. Wir hoffen, daß diese Landesregierung nunmehr die Forderungen dieser Entschließung zügig und tatkräftig durchsetzt.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Meinsen.

Meinsen (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir begrüßen, daß die parlamentarische Behandlung des Hormoneinsatzes bei der Kälbermast ein relativ schnelles Ende gefunden hat. Wir werden der Beschlußempfehlung zustimmen. Aber man sollte sich nichts vormachen: Denjenigen, die für diese verbrecherischen Machenschaften in der Tierhaltung verantwortlich sind, hat man mit dieser Entschließung das Handwerk nicht gelegt. Ich meine jetzt mit "Verantwortlichen" nicht unbedingt diejenigen, die dafür zahlen müssen, sondern die Hintermänner. In den Laboratorien wer-

den doch schon heute Hormone oder andere, neue Stoffe zusammengebraut, denen unsere Arznei- und Lebensmittelüberwachung lange vergeblich hinterherlaufen wird. Das Ausmaß, das ein solches Bestreben erreichen kann, haben wir ja in diesem Fall sehr drastisch gesehen. Aber das war nicht das erstemal; ich erinnere nur an die in Südoldenburg unter dem Namen "Bullenhasch" bekannten Skandale der früheren Jahre, und da gab es ja anderes mehr.

Was jedoch in den nächsten Jahren vorrangig betrieben werden sollte, ist zunächst einmal - das ist uns wirklich wichtig, neben dem, was Herr Bruns schon gesagt hat, abgesehen von den Formen der Tierhaltung, die unbedingt verändert werden müssen; hier ist es zum Glück bereits geschehen, in anderen Fällen steht eine Lösung noch aus — eine Abschaffung der gewerblichen Massentierhaltung. Herr Glup hat natürlich recht: Man kann damit Mißbräuche nicht verhindern. Aber eines kann man doch heute schon sagen: Wenn man diese Haltungsformen und die damit verbundene Erpreßbarkeit sogenannter Mäster, die im Grunde nur der verlängerte Arm irgendwelcher Tierfuttermittelfabriken oder ähnlicher Institutionen sind, nicht abschafft, dann wird ein Skandal dem anderen in regelmäßigen Abständen folgen.

(Zustimmung von Frau Garbe [Grüne].)

Damit muß man rechnen. Wie gesagt, auf dem einen Wege kann man nichts ausschließen, aber ohne diese Lösung werden wir nichts Grundlegendes ändern.

Wir freuen uns, daß in dieser Entschließung über die Einführung der Bestandsobergrenzen nachgedacht wird. Im Interesse der Landwirtschaft und im Interesse der Qualität von Lebensmitteln sollte man damit nicht zu lange warten.

(Zustimmung von Frau Garbe [Grüne] und bei der SPD.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Hruska.

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Angesichts der Einstimmigkeit des Beschlusses im Ausschuß und angesichts der ausführlichen Berichterstattung des Kollegen Kruse hier glaube ich, daß ich mich auf einige wenige, aber doch noch wichtige Bemerkungen beschränken kann.

(Dreesmann [SPD]: Sehr richtig, Herr Kollege!)

Erste Bemerkung. An diesen Östrogen-Fällen ist klargeworden, daß es sich um einige verantwortungslose Massentierhaltungen handelt, nicht um die große Menge der bäuerlichen Mastbetriebe. Im Gegenteil, die Berufsvertretung der Landwirte hat eine strikte Bestrafung dieser Massentierhalter gefordert, um festzustellen, wer an diesen Skandalen schuld ist. Die kleineren Landwirte, die Kälbermast betreiben, leiden darunter. Es ist ein Preisverfall auf dem Markt eingetreten. Angebot und Nachfrage sind auf dem Markt seit Bekanntwerden gestört. Das ist gerade für die kleinen Mäster, die auf ihr Einkommen aus der Kälbermast angewiesen sind, ein harter Schlag gewesen, den sie nicht selbst verschuldet haben.

Zweite Bemerkung. Es liegt kein Versagen der Überwachungsbehörden vor. Aus den Worten des Kollegen Bruns hat man einen solchen Vorwurf heraushören können, als er sagte — —

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Sie wissen, daß auch von Ihren Kollegen mehr Personal gefordert wird!)

- Wir wollen auch mehr Personal,

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Mehr habe ich nicht gewollt!)

nur muß man deutlich feststellen, daß die Frage der Untersuchungen nicht nur eine Frage der Quantität ist, sondern die Frage ist, wo man diese Untersuchungen ansetzt und wie sie durchgeführt werden. Angesichts der Tatsache, daß immer neue Hormone in neuen chemischen Zusammensetzungen angewandt werden, für die bisher kein Prüfmuster vorliegt, ist es immer schwieriger, bei den Untersuchungen zu einem Nachweis zu kommen. Außerdem ist es notwendig, die Untersuchungen vom Endverbraucher bzw. vom Einzelhandel weg immer weiter in die Produktion hinein zu verlagern. Deshalb haben wir ja auch die Nr. 1 des Antrages dahingehend geändert, daß wir nicht nur vermehrte Untersuchungen im Kälberstall fordern, sondern gerade im Arzneimittel-

Die dritte Bemerkung schließt an das an, was wir heute morgen diskutiert haben: die Frage der Bestandsobergrenzen, die Frage der bäuerlichen Familienbetriebe. Man kann sicherlich nicht den Schluß ziehen, mit Bestandsobergrenzen sei dieses Problem völlig gelöst, oder dieses Problem sei völlig gelöst, wenn wir nur noch bäuerliche Familienbetriebe hätten. Aber ein mittelbarer Zusammenhang zwischen der Struktur der Kälbermast und der Anwendung von verbotenen Hormonen ist festzustellen. Dieser Zusammenhang ist in der Praxis festzustellen, er ist aber auch in sich lo-

gisch, wenn man sich die Vertriebsstrukturen und die Art und Weise, wie so etwas illegal angewendet wird, ansieht. Aus dem Grunde haben wir ja auch die Forderungen, die sowohl die tierschutzrechtlichen Bestimmungen als auch die Bestandsobergrenzen angehen, in diesem Antrag belassen, haben allerdings die Überschrift geändert. Ich meine also, daß man diesen Zusammenhang sehen muß, und daß wir dann, wenn wir den Zusammenhang sehen, in diesem Bereich auch zu Konsequenzen kommen müssen, d. h. im tierschutzrechtlichen Bereich und im Bereich der Regelung der Bestandsgrößen.

Ich freue mich aber, daß wir diesem Antrag insgesamt einstimmig zustimmen, und zwar zum Schutze der bäuerlichen Kälbermast und zum Schutze unserer Verbraucher, die noch immer gerne Kalbfleisch essen möchten, wenn ihnen die Erzeuger vernünftiges Fleisch anbieten können.

(Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Vajen.

Vajen (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! In der 97. Sitzung im Dezember letzten Jahres war aus den Redebeiträgen zu dem Thema "Östrogenskandal bei der Kälbermast" herauszuhören, daß man sich in der Sache in etwa einig war. Niemand wollte Hormone in der Kälbermast. Nach der Ausschußberatung, die recht gründlich geführt worden ist, können wir diesem Antrag zustimmen, nachdem einige Änderungen vorgenommen worden sind.

Herr Bruns, wir konnten uns mit der ursprünglichen Fassung, die Sie uns vorgelegt haben, allerdings nicht in vollem Umfange anfreunden. Der Antrag ging in einigen Punkten an der Sache vorbei. Davon ist hier schon mehrfach die Rede gewesen. Die Nrn. 2 und 4 haben mit dem Einsatz von Östrogenpräparaten in der Kälbermast nun wirklich nichts zu tun, wenngleich das, was unter diesen beiden Punkten gefordert wird, auch wünschenswert ist. Wir haben deshalb diese beiden Punkte in der Ausschußempfehlung nicht gestrichen, sondern wir haben schlichtweg die Überschrift zu diesem Gesamtantrag geändert. Wir reden nicht mehr von einem "Östrogenskandal bei der Kälbermast", sondern wir gehen das Problem allgemein und in einer größeren Breite an, indem wir von "Problemen bei der Kälbermast" reden. Damit ist all das, was unter den Nrn. 2 und 4 von der SPD gefordert worden ist, aber mit Ostrogen Vaien

nichts zu tun hat, in diesen Antrag voll mit eingebunden.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Das wurde aber beim Östrogenskandal sichtbar!)

Unter der Nr. 1 sind verstärkte Kontrollen gefordert worden. Herr Bruns, Sie wissen aus Ihrer Ministerzeit, daß es seit den 70er Jahren Kontrollen gibt und daß diese Kontrollen nun verstärkt worden sind. Sie fordern zusätzliches Personal. Ich weiß nicht, ob das sofort erforderlich ist. In der Sache kann man durch Straffung sicherlich auch einiges machen. Das Ministerium oder die Landesregierung können am besten beurteilen, ob zusätzliches Personal sofort erforderlich ist oder ob es noch so geht. Wenn zusätzliches Personal gebraucht wird, dann wird es wohl auch mit Sicherheit zur Verfügung gestellt werden.

(Vizepräsident Kreibohm übernimmt den Vorsitz.)

Unter der Nr. 2 ist von der Kälberhaltungsverordnung die Rede. Der SPD war zum Zeitpunkt der Antragstellung bekannt, daß eine Initiative in der EG lief, daß die Sache aber nicht so recht vorwärtskam, daß vom Bund aus versucht worden ist. die Sache in Gang zu schieben, und daß letzten Endes das Ganze auch von Niedersachsen aus mit angeschoben worden ist. Ich kann heute sagen, daß, nachdem sich die EG dort recht schwer tut, der Bund doch einiges auf den Weg gebracht hat und daß vor allem Niedersachsen diese Verordnung - Herr Bruns hat es hier im einzelnen erläutert - nun schrittweise einführen will. Herr Bruns hat die Maße für die künftigen Kälberboxen bereits genannt. Ich kann es mir deshalb ersparen, das alles zu wiederholen.

Unter der Nr. 3 ging es um das Hormonverbot. Diesen Absatz konnten wir streichen, weil das Thema in der Sache erledigt ist. EG-weit soll der Hormoneinsatz ab 1988 verboten werden. Uns gefällt es nicht, daß dieses Verbot erst ab 1988 gelten soll, aber man muß auch mit Kompromissen leben. Wir können auf diesem Gebiet im Moment wohl wenig mehr tun.

Bei der Nr. 4 — das ist von allen Rednern immer wieder herausgestellt worden — geht es um Bestandsobergrenzen. Wir haben uns in diesem Zusammenhang ein wenig schwer getan. Auch wir von der CDU-Fraktion wollen weg von den großen Vicheinheiten. Nur, wir haben in den Ausschußberatungen nicht festgelegt, was denn nun sofort passieren kann und muß und welche Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Ich meine, die Regierung bleibt durch diesen Antrag aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu er-

greifen. Dabei stellt sich die Frage, wann Tierhaltung noch Landwirtschaft ist und wann Tierhaltung keine Landwirtschaft mehr ist. Auch die Frage, ob das nur für den Kälbermastbereich oder auch für andere Tiergattungen zutrifft, wird noch recht schwierig zu beantworten sein. Hier werden sich ferner die Fragen stellen, mit welchen Mitteln man diese großen Tierbestände verhindern kann, ob steuerpolitische Maßnahmen oder noch andere gesetzliche Maßnahmen ergriffen werden müssen und ob unsere Rechtsgrundlagen dafür ausreichen. Alle diese Fragen konnten wir im Ausschuß nicht klären. Wir haben diese Forderungen aber zunächst einmal im Antrag so belassen, damit die Regierung weiß, daß hier alles versucht werden muß.

Herr Bruns, ich habe kein Verständnis dafür — das darf ich an dieser Stelle noch einmal sagen —, daß der Regierung Vorwürfe gemacht werden. Die Regierung hat nach Bekanntwerden dieser kriminellen Praktiken sofort gehandelt.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Wer hat denn der Regierung Vorwürfe gemacht?)

— Ich darf Ihnen sagen, daß Sie heute recht moderate Töne angeschlagen haben. Wenn ich mir aber noch einmal vor Augen führe, was Sie in der letzten Sitzung bei der ersten Beratung zu diesem Thema gesagt haben, dann war das wirklich unberechtigt.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Wer denn und wann denn? — Auditor [SPD]: Das war sehr notwendig!)

Man kann die Regierung nicht beschimpfen. Gleich nach Bekanntwerden dieser Dinge ist von der Regierung nämlich alles versucht worden. Bund und EG sind eingeschaltet worden. Verstärkte Kontrollen sind angelaufen. Dafür wollen wir die Regierung nicht beschimpfen. Dafür sollten wir uns bei dieser Regierung und bei all denjenigen, die damit zu tun gehabt haben, bedanken.

(Zuruf von Bruns [Reinhausen] [SPD].)

Es würde Ihnen gut zu Gesicht stehen, Herr Bruns, wenn ich Sie in diesen Dank einschließe und Sie nichts dagegen hätten.

Wir wollen hoffen, daß es möglichst bald gelingt, diese kriminellen Handlungen, die mit Rauschgiftdelikten vergleichbar sind, zu unterbinden.

(Dreesmann [SPD] und Auditor [SPD]: Sehen Sie!)

- Ich weiß, wie schlimm das ist. Deshalb freue ich mich auch sehr darüber, daß diese Regierung

die Sache so forsch angepackt hat und jetzt auch Erfolge vorzeigen kann.

Wir wissen, daß die Verwendung von Hormonen in der Kälbermast bei den Verbrauchern zu gesundheitlichen Schäden führen kann. Wir möchten auch nicht, daß die redlichen und seriösen Kälbermäster in Mißkredit gebracht werden. — Die rote Lampe leuchtet; ich komme sofort zum Schluß, Herr Präsident.

Wir empfehlen dem Landtag, den Antrag in der neuen Fassung zu beschließen. Wir wollen damit deutlich machen, daß wir die bisherigen Bemühungen der Regierung gutheißen und unterstützen. Wir wollen die Regierung ermuntern, an geeigneter Stelle und in geeigneter und erfolgversprechender Weise weiterhin an der Lösung dieses Problems zu arbeiten. — Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Kreibohm:

Meine Damen und Herren! Wir sind am Schluß der Beratungen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 5529 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt auf den Tagesordnungspunkt 28:

Zweite Beratung: Smog-Verordnung — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 10/4473 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Umweltfragen — Drs 10/5531

Für die Beratung dieses Antrages sind 30 Minuten Redezeit vereinbart worden, acht Minuten jeweils für die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion und vier Minuten jeweils für die Fraktionen der Grünen und der FDP.

Der genannte Antrag wurde in der 87. Sitzung am 11. Juli 1985 an den Ausschuß für Umweltfragen zur Beratung und zur Berichterstattung überwiesen. Berichterstatter ist der Abgeordnete Dr. Stratmann. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Kollege.

Dr. Stratmann (CDU), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Drucksache 5531 empfiehlt Ihnen der Ausschuß für Umweltfragen, den Antrag der Fraktion der Grünen, durch den die Landesregierung aufgefordert werden soll, eine Smogverordnung auf der Grundlage eines Entwurfs der Antragsteller zu erlassen, abzulehnen. Der federführende Ausschuß hat diese Empfehlung mit den Stimmen der CDU-Vertreter am 2. Dezember 1985 beschlossen, also rechtzeitig vor dem Erlaß der Verordnung am 19. Dezember und ihrem Inkrafttreten am 1. Februar 1986.

Im Hinblick auf die Erörterung des Antrags in der Plenarsitzung am 11. Juli 1985, in der die grundsätzlichen Standpunkte der Fraktionen bereits verdeutlicht worden sind, und, meine Damen und Herren, mit Rücksicht auf Ihre kostbare Zeit möchte ich mich darauf beschränken, die im Ausschuß angesprochenen zusätzlichen Aspekte darzustellen.

Der Ausschuß für Umweltfragen hat sich, bevor er den zur Entscheidung anstehenden Antrag beraten hat, zunächst eingehend über die vorgesehene Smogverordnung der Landesregierung unterrichten lassen.

Die Ministerialvertreter haben dabei verdeutlicht, die für Niedersachsen vorgesehene Verordnung lehne sich sehr eng an den Musterentwurf der Umweltministerkonferenz an. Gleichwohl enthalte sie einige nennenswerte Abweichungen. So solle das Verbot des Kraftfahrzeugverkehrs in der ersten Alarmstufe abweichend geregelt werden. In Niedersachsen solle kein totales Verbot ausgesprochen, sondern die Benutzung von Kraftfahrzeugen nur in den Hauptverkehrszeiten untersagt werden. Des weiteren werde abweichend von der Musterverordnung ein Verkehrsverbot nur dann vorgesehen, wenn zusätzlich zu den allgemeinen Voraussetzungen für die Auslösung der "Vorwarnstufe" auch die kraftfahrzeugspezifischen Schadstoffe bestimmte Werte erreichten.

Die Vertreterin der Fraktion der Grünen hielt dem entgegen, ihre Fraktion habe gerade deshalb einen eigenen Verordnungsentwurf vorgelegt, weil der Entwurf der Landesregierung ihrer Ansicht nach noch erheblich hinter der Mustersmogverordnung zurückbleibe. Die Grenzwerte für die Auslösung des Smogalarms seien viel zu hoch. Ein wirksamer Schutz der Bevölkerung lasse sich damit nicht erzielen. Auch sei es nicht hinnehmbar, daß Smogalarm erst dann ausgelöst werden solle, wenn bei mindestens der Hälfte der Meßstationen in einem Smoggebiet die entsprechenden Grenzwerte überschritten würden. Schließlich erfasse der Verordnungsentwurf nur einen Teil der relevanten gesundheitsgefährdenden Schadstoffe. Insgesamt halte sie es für geboten, daß die Landesregierung den von der Fraktion der Grünen vorgelegten Entwurf zur Grundlage der künftigen Verordnung mache.

Dr Stratmann

Auch die der SPD angehörenden Ausschußmitglieder hielten die für den Kraftfahrzeugverkehr vorgesehenen Abweichungen von der Musterverordnung für nicht hinnehmbar. Unabhängig von der Frage, wer die Schadstoffbelastung verursacht habe, müsse bei austauscharmen Wetterlagen jede Möglichkeit der Reduzierung genutzt werden, meinten sie. Im übrigen müsse man im Hinblick auf die Vorlaufzeiten, die etwa die Unternehmen brauchten, um sich auf den Einsatz Brennstoffe einzurichten. schadstoffärmerer damit rechnen, daß die Verordnung für die Winterperiode 1985/86 noch gar nicht voll wirksam werden könne.

Überdies halte es die Fraktion der SPD für notwendig, vor einer abschließenden Meinungsbildung im Ausschuß Sachverständige anzuhören. Die Diskussion darüber, welche Grenzwerte für Schadstoffkonzentrationen festgelegt werden sollten, sei keineswegs abgeschlossen. Auch müßten eingehende Überlegungen über synergistische Wirkungen verschiedener Schadstoffe angestellt werden. Es sei nicht auszuschließen, daß sich auf der Grundlage einer entsprechenden Anhörung für die SPD fundierte Änderungsvorschläge ergäben.

Der Vertreter der FDP im Umweltausschuß meinte, auch wenn die Anhörung von Experten aufgrund der Zeitplanung der Landesregierung keinen Einfluß mehr auf die Verordnung selbst haben könne, so halte er sie doch für sinnvoll. Immerhin könnten Fragen geklärt werden, die sich auch nach Erlaß der Verordnung stellten und die zu entsprechenden späteren Änderungen führen könnten.

Sprecher der CDU-Ausschußmehrheit ließen verlauten, sie hätten gegen eine Anhörung grundsätzlich nichts einzuwenden, wenn sichergestellt sei, daß sich diese nicht nur auf einen Aspekt der Smogverordnung beschränke. Darüber hinaus sei es sinnvoll, zunächst einmal gewisse Erfahrungen mit einer in Kraft befindlichen Smogverordnung zu sammeln. Den Antrag der Fraktion der Grünen könnten die der CDU-Fraktion angehörenden Ausschußmitglieder ohnehin nur ablehnen.

Zur Begründung legten sie dar, im Gegensatz zu den Antragstellern hielten sie den Verordnungsentwurf der Landesregierung sehr wohl für geeignet. Denn wollte man tatsächlich die von den Grünen für notwendig gehaltenen Schadstoffgrenzwerte in der Verordnung festlegen, so könnte man gewissermaßen "Dauersmogalarm" auslösen. Es sei aber ganz einfach unrealistisch, Schadstoffkonzentrationen so festzulegen, daß sie an dem Anspruch orientiert seien, eine "Nullemis-

sion" zu erreichen. Eine derartige Erwartung erwecke den völlig irrigen Eindruck, mit Hilfe einer Smogverordnung ließen sich irgendwelche Probleme der Luftreinhaltung einer Lösung näherbringen. Eine Smogverordnung könne tatsächlich nur darauf gerichtet sein, akute Belastungen durch Luftschadstoffe infolge austauscharmer Wetterlagen abzumildern bzw. zu verhindern.

Der mitberatende Ausschuß für Sozial- und Gesundheitswesen hat sich dem ablehnenden Votum des Ausschusses für Umweltfragen mit den Stimmen der CDU-Vertreter bei Stimmenthaltung der der SPD angehörenden Abgeordneten angeschlossen.

Ich bitte Sie deshalb, die Beschlußempfehlung in der Drucksache 5531 anzunehmen, also den Antrag der Fraktion der Grünen abzulehnen.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Kreibohm:

Ich danke Ihnen, Herr Kollege Dr. Stratmann, für die Berichterstattung. Wir kommen zur Aussprache. — Erster Redner ist der Kollege Rippich. Ich erteile ihm das Wort. — Wollen sie nicht? Sie reagieren so zögerlich.

(Hildebrandt [FDP]: Etwas müde, wie?)

Rippich (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Wenn man sich mit der Smogverordnung befaßt, dann ist es sicherlich richtig, darauf hinzuweisen, daß über den Antrag der Fraktion der Grünen bereits am 11. Juli 1985 eingehend diskutiert worden ist. Dennoch meine ich, daß man auch heute dazu einiges sagen sollte.

Sicherlich ist es die Aufgabe der Opposition, kritisch das zu würdigen, was die Landesregierung getan oder, besser gesagt, nicht getan hat. Man kann feststellen, daß die Landesregierung auch dieses Thema sehr zögerlich aufgenommen hat — eigentlich erst durch Druck, wenn man es richtig nimmt — und daß sie jahrelang behauptet hat, Niedersachsen sei nicht smoganfällig. Aufgrund dieser Haltung ist über viele Jahre hin keine Vorsorge getroffen worden.

(Zustimmung von Frau Garbe [Grüne].)

Wenn man dabei bedenkt, daß der Musterentwurf des Länderausschusses für Immissionsschutz aus dem Jahre 1975 stammt — im Jahre 1984 ist der Entwurf überarbeitet worden —, dann wird einem klar, wie die Landesregierung gerade Belange des Umweltschutzes beurteilt. Ich kann mir vorstellen, daß gleich wieder von einem Vertreter der CDU der übliche Hinweis auf das kommt, was irgendwelche sozialdemokratischen Regierungen früher einmal versäumt haben. Da dieser Hinweis noch nicht gekommen ist, empfehle ich Ihnen, vielleicht einmal auf Otto Braun zurückzukommen.

(Hildebrandt [FDP]: Hat der auch viel versäumt?)

- Bitte?

(Hildebrandt [FDP]: Hat der auch so viel versäumt?)

— Nein, aber die CDU kann das ja mal behaupten, denn die anderen Sachen werden langsam langweilig.

(Zustimmung von Auditor [SPD] und von Fruck [Grüne].)

Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch darauf hinweisen, daß wir bereits im Jahre 1981

(Fruck [Grüne]: 1982!)

— 1981! — in Niedersachsen eine smogträchtige Situation hatten. Darauf hat die Landesregierung wie folgt reagiert. Minister Hasselmann hat in einer Presseerklärung vom 18. Januar 1985 nicht ausgeführt, welche Sorgen ihm die Smogsituation in diesem Lande mache, sondern er hat gesagt: Luftüberwachung und Luftqualität in Niedersachsen unübertroffen!

(Zurufe von der SPD.)

— Das hat er gesagt, ja!

(Zempel [SPD]: Er sagt vieles! — Zuruf von Matthes [Grüne].)

Das stand in der Überschrift der Erklärung.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß die Landesregierung ihre umfassende Tätigkeit auf diesem Gebiet in einem sogenannten grünen Lexikon zusammengefaßt hat, das im April 1985 herausgegeben worden ist. In diesem grünen Lexikon fehlt der Begriff Smog.

(Waike [SPD]: Aha!)

Im übrigen verweise ich auf das, was der Kollege Bartels bereits im Juli 1985 ausgeführt hat.

Die Frage ist jetzt — das ist in den Ausschußdiskussionen schon angedeutet worden —, ob der Antrag der Grünen überholt ist

(Fruck [Grüne]: Niemals! — Zurufe von der SPD)

und ob weitere Diskussionen nicht erforderlich sind. Wir Sozialdemokraten sind der Auffassung, daß weitere Diskussionen erforderlich sind. Ich muß an dieser Stelle aber auch sagen, daß wir dem Antrag der Grünen heute nicht zustimmen können,

(Zuruf von Fruck [Grüne])

sondern uns der Stimme enthalten werden. Ich hoffe, Herr Fruck wird das ertragen können.

(Fruck [Grüne]: Nein, überhaupt nicht!)

Ich möchte einige Gründe anführen, die uns dagegen gebracht haben. Ein Grund ist, daß in dem Antrag der Fraktion der Grünen gegenüber der Mustersmogverordnung eine Minderung der Grenzwerte zwischen der Hälfte und dem Zehnfachen vorgesehen ist. Wenn man sich das vor Augen führt — das meine ich jetzt nicht bissig oder zynisch —, dann muß man doch zu dem Ergebnis kommen, daß in den betreffenden Gebieten ständig ein Ausgehverbot und ein Fahrverbot angeordnet werden müßten.

Hier, meine ich, müssen wir noch sehr sorgfältig prüfen. Wir Sozialdemokraten haben uns dazu umfassende Unterlagen besorgt, aber wie gesagt, muß man auch sehen, daß die Wissenschaftler solche Fragen auch sehr unterschiedlich beurteilen. So sind wir trotz sorgfältiger Prüfung zur Zeit nicht in der Lage, dies alles so nachzuvollziehen, wie das erforderlich wäre. Einiges ist uns also an dem Antrag der Grünen unklar. Sie führen ja auch alles auf, was an Schadstoffen im Gespräch ist, zumindest weitgehend. Zum Beispiel wird nicht berücksichtigt, ob die Schadstoffe in den angegebenen Bereichen vorhanden und inwieweit sie für die Smogsituation bedeutend sind. Nicht klar ist auch, nach welchen Kriterien die Gebiete ausgewiesen worden sind.

Die Verordnung der Landesregierung. Wir werden gleich von der CDU-Fraktion hören, daß sie der Landesregierung für den beispielhaften Einsatz auf diesem Gebiet dankt. Wir schließen uns diesem Dank vorsorglich nicht an.

(Beifall bei der SPD. – Zurufe von der CDU.)

Ich darf vielleicht an dieser Stelle sagen, daß bereits aufgeführt wurde, daß sie teilweise hinter den Werten der Musterverordnung zurückbleibt. Was uns fragen läßt, ob die Landesregierung ihre Verordnung überhaupt selbst ernst nimmt, ist die Tatsache, daß zum Beispiel Strafbestimmungen fehlen. Wie soll man etwas umsetzen? Gewisser Druck muß ja ausgeübt werden, wenn solche Verordnungen durchgeführt werden sollen. Zumindest in Teilbereichen sieht das nach einer Alibi-Verordnung aus, die mit sehr heißer Nadel gestrickt wurde. Vielleicht hat es hier keine wesentliche Rolle gespielt, daß man um die Umwelt sehr

Rippich

besorgt ist, vielleicht ist man doch etwas mehr besorgt wegen des 15. Juni und hat diese Verordnung deshalb jetzt auf den Tisch gelegt.

(Waike [SPD]: Katastrophenalarm!)

Auch die Gebiete sind nicht so recht klar und auch nicht, wo Meßgeräte aufgestellt werden sollen usw. usw. Ich denke zum Beispiel an Salzgitter

Nun die Vorstellungen der SPD-Fraktion in Stichworten. Wir meinen, daß diese Verordnung bis zum Herbst 1986 unter folgenden Gesichtspunkten überprüft und überarbeitet werden sollte: Wirksamkeit, Glaubwürdigkeit, Durchsetzbarkeit. Wir meinen — es ist eben bereits angedeutet worden —, daß der Weg über die Anhörung von kompetenten Sachverständigen führen müßte, über die Überprüfung der Werte, die darin enthalten sind, im Vergleich mit dem, was beispielsweise die Grünen vorgeschlagen haben, was in der Musterverordnung steht und was an neuen Erkenntnissen auch bei uns inzwischen vorliegt. Wir behalten uns einen eigenen Entwurf bzw. eigene Vorschläge dazu vor.

Ich fasse zusammen: Die SPD-Fraktion wird sich also in diesem Punkt der Stimme enthalten.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Kreibohm:

Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Frau Garbe, Ich erteile ihr das Wort.

Frau Garbe (Grüne):

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen und andere Bürgerinitiativen haben die Niedersächsische Smogverordnung heftig kritisiert und unsere Smogverordnung ebenso heftig gelobt.

(Trittin [Grüne]: Sie wissen, was gut ist! — Matthes [Grüne]: Es geht eben nichts über grüne Arbeit!)

und sie haben nur recht damit. Ich will und muß mich wegen der knappen Zeit auf ein Beispiel beschränken, das deutlich macht, daß diese Landesregierung die Bürger in Niedersachsen betrügt

(Oh! bei der CDU)

und wie wichtig aus diesem Grunde unsere Smogverordnung ist. In § 6 der Smogverordnung der Landesregierung — dies ist der Paragraph, der das Kfz-Verbot regelt — wird eine Einschränkung des Autoverkehrs vom Erreichen einer Stickstoffdioxidkonzentration von 0,3 Milligramm pro Kubik-

meter abhängig gemacht, ein Verbot gar von einem Wert von 0,5 Milligramm. Diese emittentenspezifische Regelung widerspricht im übrigen den Intentionen der Länderarbeitsgemeinschaft Immissionsschutz. Dieser § 6 ist ein Paradebeispiel für den luftreinhaltepolitischen Betrug der Landesregierung. Der Beleg hierfür findet sich in Heft 7 der Zeitschrift "Reinhaltung der Luft", sinnigerweise vom Bundesratsministerium herausgegeben.

(Matthes [Grüne]: Von Reinhaltung kann man nun wirklich nicht sprechen!)

Eine Gegenüberstellung der Tagesgänge von NO_x-Immissionsbelastungen in der Sallstraße und auf dem Welfenplatz, beide in Hannover, ergibt eindeutig, daß die NO_x-Konzentrationen standortabhängig sind. Am 13. Februar 1980 überschritt zu keinem Zeitpunkt die straßenfernliegende Meßstation Welfenplatz den NO_x-Wert von 0,22 Milligramm pro Kubikmeter, während am gleichen Tag an der Sallstraße, also da, wo die Menschen leben, um 7 Uhr Werte von 0,5 Milligramm pro Kubikmeter und von 16 bis 18 Uhr Werte von über 0,7 Milligramm pro Kubikmeter von einer mobilen Meßstation gemessen wurden.

Meine sehr verehrten Kollegen und Kolleginnen, ich denke, Ihnen ist klargeworden, daß nach Maßgabe des § 6 der zur Zeit geltenden Niedersächsischen Smogverordnung angesichts der Standorte der kontinuierlich arbeitenden Meßstationen eine Verkehrsbeschränkung nie eintreten wird, obwohl die Werte tatsächlich gesundheitsgefährdende Konzentrationen erreichen. Die Landesregierung mißt nicht da, wo die Menschen leben, sondern die Landesregierung mißt da, wo die Werte garantieren, daß sie nicht an die Luftverschmutzer herantreten muß.

(Matthes [Grüne]: Genauso ist es!)

Die Landesregierung handelt also unredlich,

(Beifall bei den Grünen)

wenn sie emittentenspezifische Auslösewerte zur Beschränkung des Verkehrs festlegt, ohne emittentenspezifisch zu messen.

Hinzu kommt, meine Herren und Damen, daß alle niedersächsischen LÜN-Meßstationen fernab von Straßen und Autos liegen. Man fragt sich inzwischen doch wirklich, warum die Landesregierung die NO_x-Immissionen noch nicht auf der autofreien Nordseeinsel Juist gemessen hat,

(Lachen bei den Grünen)

um zu belegen, daß die Luft in Niedersachsen Spitze ist. Oben angeführtes Beispiel belegt auch, daß die im Smogverordnungsentwurf der Grünen angegebenen Auslösewerte absolut realistisch sind. Während die Landesregierung nur 0,1 Milligramm NO_x auf dem Welfenplatz mißt, sind in der Sallstraße tatsächlich Konzentrationen von mehr als 0,5 Milligramm festzustellen. Hier zeigt sich doch, daß die von uns herangezogenen Werte die Immissionssituation weitaus besser widerspiegeln als die Werte der zur Zeit geltenden Smogverordnung.

Den vom Kollegen Grill — er ist leider nicht da — befürchteten Smogdaueralarm auszurufen ist doch angesichts dieser Tatsachen gerechtfertigt.

(Beifall bei den Grünen.)

Ab 0,15 Milligramm NO_x, meine Damen und Herren, werden nach Professor Schlipköter — nicht nur er sagt das — eindeutig gesundheitsschädigende Wirkungen beobachtet.

Meine Herren und Damen, wir fühlen uns verantwortlich, eine Umwelt zu schaffen, in der unsere Kinder gesund aufwachen können. Aus diesem Grunde ist eine Smogverordnung, wie wir sie vorgelegt haben, leider bittere Notwendigkeit.

— Danke schön.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Kreibohm:

Frau Kollegin Garbe, Sie haben im Rahmen Ihrer Ausführungen gesagt, die Landesregierung betrüge. Ich bitte Sie, mit solchen Vorwürfen in Zukunft etwas zurückhaltender zu sein.

(Frau Garbe [Grüne]: Das ist doch Betrug! Ich sehe das als Betrug an!)

Ich erteile jetzt dem Kollegen Hildebrandt das Wort.

Hildebrandt (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat inzwischen gehandelt, das muß man feststellen. Das ist natürlich kein Grund, sie zu loben. Sie hat bestenfalls schlichtweg Ihre Pflicht getan, und das in manchen Teilen sicherlich nicht in ausreichendem Maße.

(Beifall bei der FDP.)

Es ist keine Frage, auch wir sind mit der vorliegenden Smogverordnung nicht in allen Punkten einverstanden.

(Matthes [Grüne]: Dann stimmen Sie doch unserer zu!)

Es gibt Dinge, die man anders regeln kann und müßte. Ich will hier nur ein Beispiel nennen, das mir der Kollege Hruska für den Bereich Südniedersachsen genannt hat. Da kann aufgrund der vorliegenden Smogverordnung der Landesregierung ein Smogalarm nicht gegeben werden, obwohl die Belastungswerte dort höher sind als in dem benachbarten Kasseler Raum, wo ein Smogalarm ausgelöst wird.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP] und von Rehkopf [FDP]. — Trittin [Grüne]: Sehr richtig, Herr Hildebrandt!)

Der zuständige Ressortminister, Herr Hasselmann, hat bei einem Besuch in Hannoversch Münden ja auch angekündigt, daß er darüber nachdenken werde. Ich gehe davon aus, daß dieser Nachdenkensprozeß fortgesetzt wird und irgendwann zu einem Ergebnis führt,

(Trittin [Grüne]: Ankündigungsminister!) so daß es dann vielleicht im Herbst zu einer Überarbeitung der Smogverordnung kommen wird, zumindest, was die entsprechenden Festlegungsbereiche angeht. Das ist ein Punkt, der aufgrund der Erfahrung sicherlich verbessert werden kann.

Ich meine auch, daß die Standortauswahl bei den Meßvorrichtungen, die die Frau Kollegin Garbe angesprochen hat, bisher nicht befriedigend gelöst worden ist. In der Tat kann man Meßvorrichtungen so aufstellen, daß man zu dem Ergebnis kommt, wir hätten in Niedersachsen eine reine Luft. Man kann sie aber auch genau an den kritischen Stellen plazieren, so daß genau das Gegenteil herauskommt. Das heißt, man wird sicherlich zu einer vernünftigen Abwägung bei der Standortauswahl kommen müssen, um tatsächlich die notwendigen Werte herauszubekommen.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Wichtig wird sein — das hatte ich schon im Zusammenhang mit dem Kasseler bzw. niedersächsischen Beispiel angesprochen —, daß wir zu einer regionalen Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Bundesländern kommen. Es hat nämlich keinen Sinn, die entsprechenden Regelungen für die einzelnen Länder allein zu treffen. Vielmehr muß hier grenzüberschreitend gearbeitet werden.

(Beifall bei der FDP.)

Dies erfordert vor allem einen vernünftigen Austausch von Informationen und Daten zwischen den einzelnen Bundesländern.

(Zuruf von Matthes [Grüne].)

Ich hatte, glaube ich, schon angedeutet, Herr Matthes, daß ich bei meinem Besuch in der DDR in einem Gespräch mit dem dortigen Umweltminister, Herrn Dr. Reichelt, eine ZusammenarHildebrandt

beit zwischen der DDR und Niedersachsen im Bereich des Smogalarms angeregt habe. Ich meine, daß man dafür sorgen muß, daß es bei entsprechenden Wetterlagen auch hier zu einem gegenseitigen Datenaustausch kommt.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP] und von Rehkopf [FDP].)

Insgesamt stelle ich für meine Fraktion fest, daß wir über diese Smogverordnung nicht besonders beglückt sind. Immerhin greift sie auf die Smogerfahrungen aus Nordrhein-Westfalen zurück, und der Vorlage der Umweltministerkonferenz tolgt sie im wesentlichen. Dennoch sind immer noch einige Defizite vorhanden. Wir meinen, daß es notwendig ist, erst einmal die Erfahrungen mit dieser Smogverordnung abzuwarten, um sie dann eventuell noch einmal, auch in dem von uns angesprochenen Sinne, zu überarbeiten. Wir sehen zum jetzigen Zeitpunkt keine Notwendigkeit, dem Antrag der Grünen zu folgen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Kreibohm:

lch rufe jetzt die Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Stratmann auf. Bitte sehr, Herr Kollege!

(Kasimier [SPD]: Der war doch schon mal dran!)

Dr. Stratmann (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege der FDP-Fraktion hat soeben zwei Dinge angesprochen, die durchaus bedacht werden können. Auch ich wundere mich, daß die Grünen bei ihrer umfangreichen Liste zum Beispiel nicht an Hannoversch Münden gedacht haben. Natürlich kann man immer unterschiedlicher Meinung über die Standorte für Meßcontainer oder Meßplätze sein.

(Matthes [Grüne]: Nein!)

Nichts ist so gut, als daß man es nicht noch verbessern könnte. Darin sind wir uns völlig einig.

Ich habe aber eine große Sorge, meine Damen und Herren. Heute morgen hat der Kollege Engelhardt im Zusammenhang mit den alternativen Betrieben gesagt, er habe ein ungutes Gefühl, das Wort "alternativ" in den Mund zu nehmen. Ich befurchte, daß wir in wenigen Jahren auch Sorge haben müssen, das Wort "Umwelt" in den Mund zu nehmen. Wenn wir uns nicht alle in diesem Hause ob SPD, CDU, FDP oder Grüne —

(Matthes [Grüne]: Grüne oder FDP!)

bemühen, mit Vernunft zu handeln anstatt Hysterie zu pflegen, dann besteht diese Gefahr tatsächlich.

Leider, meine Damen und Herren, spricht, wie das Beispiel der Smogverordnung zeigt, vieles dafür, daß die Gefahr groß ist, daß wir uns in diesem Hause sogar gegen besseres Wissen äußern. Ich werde gleich begründen, warum ich diese Gefahr sehe.

Worum geht es? — Unumstritten ist zwischen allen Fraktionen, daß wir in Niedersachsen eine Smogverordnung haben wollen und daß wir sie auch möglichst schnell in Kraft setzen wollten. Sie ist ja inzwischen in Kraft. Unumstritten ist auch, daß man bei bestimmten Wetterlagen, bei Überschreiten bestimmter Grenzwerte bestimmte Emittenten daran hindern muß, ihre Emissionen in die Welt zu schicken. Das ist alles unumstritten.

Was wird nun aber von den Fraktionen in diesem Hause unterschiedlich beurteilt? — Die erste Frage, die unterschiedlich beurteilt wird, ist die Frage: Welche Stoffe? Die Fraktion der Grünen sagt, von ihrem Standpunkt aus gesehen, sehr konsequent: Wir haben viel zu wenig Stoffe erfaßt, wir müssen noch viel mehr betrachten, und es müssen Synergismen in Betracht gezogen werden. — Das kann man ja alles tun.

(Matthes [Grüne]: Das muß man tun! Nicht kann!)

ich glaube aber, daß dies auf der konkreten Grundlage einer konkreten Smogverordnung falsch wäre.

Noch ein Punkt dazu. Sie beschweren sich darüber, daß die Kraftfahrzeugabgase sozusagen nicht berücksichtigt würden. Meine Damen und Herren, ich meine, daß an einem einfachen Beispiel klar wird, daß das so richtig ist, wie es die Landesregierung macht: Wenn in einem Haus ein Wasserhahn undicht ist, dreht man die Wasserzuleitung ab. Wenn ein Gashahn undicht ist, stellt man das Gas ab und schaltet den Strom aus. — Kein Mensch würde aber auf die Idee kommen, den Strom auszuschalten, wenn der Wasserhahn undicht ist. Genau das machen Sie aber, meine Damen und Herren von den Grünen.

(Trittin [Grüne]: Und was machen Sie, wenn der Keller volläuft?)

Ich meine, es ist richtig, nur den Stoff abzuschalten, der tatsächlich belastend wirkt.

(Dr. Hruska [FDP]: Das zeigt den Fachmann!)

Es ist umstritten, welche Grenzwerte man nehmen soll. Die SPD-Fraktion ist mit uns der gleichen Meinung, da das, was die Grünen vorschlagen, total an der Wirklichkeit vorbeigeht. Das ist nur dazu geeignet, an möglichst vielen Orten möglichst oft Smogalarm auszulösen. Insofern können wir da nicht übereinstimmen.

Eine weitere Frage ist: Aufgrund welcher Messungen soll man den Alarm auslösen? Da beschweren sich die Grünen, und Frau Garbe hat dazu im Ausschuß gesagt, daß es nicht akzeptabel sei, zu sagen, daß mindestens die Hälfte der Meßstationen in einem Smoggebiet die entsprechenden Grenzwerte überschritten haben müßten.

Vizepräsident Kreibohm:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Trittin?

Dr. Stratmann (CDU):

Ich habe so wenig Zeit! Wenn ich zum Schluß noch etwas Zeit haben sollte, gerne. Aber jetzt möchte ich erstmal durchkommen.

(Kasimier [SPD]: Das ist keine Zwischenfrage mehr am Schluß!)

Das, was Frau Garbe vorgetragen hat, ist meiner Meinung nach wirklichkeitsfremd. Wenn man sozusagen eine Glocke über ein bestimmtes Smoggebiet gestülpt hat, wenn eine austauscharme Wetterlage und tatsächlich eine Smogsituation besteht, dann, meine ich, ist es berechtigt zu sagen, daß mindestens die Hälfte der Meßstationen Smogalarm anzeigen muß. Denn es kann ja auch mal sein, daß ein Meßgerät fehlgeschaltet ist, einen Fehler hat. Ich wäre sehr unglücklich, wenn wir dann aufgrund eines Fehlalarms oder aufgrund einer vereinzelten Messung Smogalarm auslösen müßten. Wenn die Glocke über einem Gebiet liegt, wenn die austauscharme Wetterlage da ist, dann messen alle Stationen den Anstieg der Schadstoffe. Darum, meine ich, ist das völlig richtig.

Bedauernswert und mitleiderregend ist die Position der Sozialdemokraten, meine Damen und Herren. Der Sprecher hat hier gesagt, sie seien nicht in der Lage, das alles nachzuvollziehen. — Na gut, das kann man ja sagen. Das ist wenigstens ehrlich.

(Zustimmung von Thole [CDU].)

Ich glaube aber, es ist ein anderer Grund. Der Kollege Bartels hat am 11. Juli hier im Plenum mit Vorwurf an die Grünen gesagt: "Sie...listen...alles auf, was sozusagen an Schadstoffen im Moment in der Diskussion ist. Dabei berücksichtigen Sie nach meiner Auffassung nicht, ob diese Schadstoffe auch tatsächlich in den von Ihnen angegebenen Räumen auftreten und ob sie im Zusammenhang mit Smogsituationen von Relevanz sind..."

Das kann man voll unterstreichen. Bloß dann, vier Monate später, am 18. November, sagte er im Ausschuß, daß jeder Schadstoff eine Belastung darstelle und daß jede Möglichkeit zur Verringerung von Schadstoffemissionen im Sinne einer vorbeugenden Umwelt- und Gesundheitspolitik genutzt werden müsse. — Das ist ein Wandel der Position in wenigen Monaten.

(Trittin [Grüne]: Herr Bartels ist eben lernfähig! — Matthes [Grüne]: Das begrüßen wir ausdrücklich!)

Ich glaube, das ist nicht mangelndes Durchschauvermögen, sondern das ist ein politischer Stellungswechsel.

Entsprechend ist auch das, was die Sozialdemokraten an Vorschlägen gebracht haben. Noch am 11. Juli hat Herr Bartels gesagt: "Wir werden die Inhalte der Smogverordnung sehr sorgfältig im Ausschuß überprüfen. Wir werden dabei unsere Verbesserungsvorschläge einbringen." — Nun kam die Sitzung im Ausschuß. Da hat er dann nur noch gesagt, es sei nicht auszuschließen, daß zusätzliche Informationen durch Sachverständige den Ausschuß in die Lage versetzten, Verbesserungsvorschläge zu machen. - Die SPD selber zeigte Fehlanzeige und hat natürlich nichts weiter vorgeschlagen. Das ist traurig. Ich halte das nicht für mangelnde Fachkenntnis, sondern ich halte das für Öpportunismus. Man möchte eigentlich von der Sache her sagen, der Antrag der Grünen müßte abgelehnt werden. Aber aus politischen Gründen wagt man das nicht. Darum enthält man sich der Stimme.

Damit ist die Gefahr gegeben, daß die Bürger in Niedersachsen tatsächlich den Eindruck gewinnen, daß hier Hysterie gepflegt wird. Darum sind wir als CDU-Fraktion der Landesregierung außerordentlich dankbar, daß sie nicht Hysterie pflegt, sondern Vernunft walten läßt. Ich glaube, die Bürger werden sich auch in Zukunft darauf verlassen können, daß unsere Landesregierung und diese Fraktion nicht panische Sprüche machen, sondern mit Umsicht handeln, und daß wir die kleinen Lösungen im Detail herbeiführen und nicht große Worte machen.

(Sehr gut! und Beifall bei der CDU.)

Vizeprasident Kreibohm

Vizepräsident Kreibohm:

Danke! — Zur Nachfrage reicht es nicht mehr. Die Redezeit war abgelaufen. — 30 Sekunden, Herr Rippich! Versuchen Sie es mal! Der Countdown läuft. Sie haben das Wort.

Rippich (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erstens. "Vernunft statt Hysterie" ist ein sehr schlimmer Ausdruck. Ich glaube, es hat sich erst langsam ein Bewußtsein entwickelt. Daran hat die CDU sicherlich kein Verdienst.

(Beifall bei den Grünen.)

Zweitens. "Umsicht" bedeutet bei der CDU doch sehr oft "langsam".

Drittens. Niemand sollte sich unterwinden, zu meinen, ohne zu wissen. — Kant.

(Schr gut! und Beifall bei der SPD. — Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Kreibohm:

Das waren 27 Sekunden. Ganz gut! — Herr Minister Hasselmann, ich erteile Ihnen das Wort!)

(Kasimier [SPD]: Der hat die ganze Zeit nicht zugehört! Jetzt bin ich aber gespannt!)

Hasselmann, Minister für Bundesangelegenheiten

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur noch einmal kurz Stellung nehmen. Wir haben eine Verordnung. Die Herausgabe von Verordnungen ist Sache des Kabinetts. Wir haben das Plenum selbstverständlich informiert, und wir haben Anregungen aufgenommen. Ich will das nur rekapitulieren.

Wir sind der Ansicht, daß diese Verordnung gut ist, daß sie wirkt. Wir haben heute für Braunschweig, Wolfenbüttel und Oker-Harlingerode die Vorwarnstufe ausgerufen. Wir haben eine schlechte Luftsituation, und der Luftaustausch findet nicht statt. Wir haben Südostwind. Ich will nicht sagen: mit freundlichen Grüßen von drüben, sondern wir wissen, daß das so ist.

(Frau Garbe [Grüne]: Wir schicken bei Westwind auch etwas rüber!)

Ja natürlich! Aber in Niedersachsen brauchen wir keinen Smogalarm auszurufen, noch nicht einmal die Vorwarnstufe, weil wir bei uns viel weiter sind und die Luft eben nicht so verpestet werden kann.

Ich suche mit der SPD-Fraktion, soweit es irgend möglich ist, Übereinstimmung. Ich glaube, wir können sie finden. Es lohnt nicht, über den Inhalt dieser Verordnung zu streiten. Sie ist wirkungsvoll, wir können sie einsetzen. Ich glaube, daß Ihre Haltung zu dem Antrag auch richtig ist.

(Trittin [Grüne]: Das ist Ideologie!)

— Das ist keine Ideologie, sondern bei der Sozialdemokratischen Partei — besonders deshalb nicht, weil die Mitglieder dieser Partei aus Nordrhein-Westfalen wissen, was das Ganze bedeutet — gibt es in der Mehrheit vernünftige und mit uns übereinstimmende Überlegungen zur Sache.

Was Sie von den Grünen wollen, ist immer das gleiche. Ich danke dem Herrn Präsidenten für die Belehrung der Frau — Garbe,

(Lachen bei der CDU.)

— Ihr Name fällt mir immer nicht ein, so bedeutend sind Sie! Mir tut das leid.

(Lachen und Beifall bei der CDU.)

Aber wir lügen nicht, und schon gar nicht ist es richtig, daß Sie hier solch einen Blödsinn reden. Die Luft ist bei uns mit all den Möglichkeiten, die wir technisch und finanziell der Wirtschaft zumuten konnten, in Ordnung. Es bedarf deshalb nach meinem Dafürhalten nur noch der Ablehnung dieses Antrages; dann sind wir wieder einig.

(Beifall bei der CDU.)

Dann arbeiten wir mit allen Möglichkeiten weiter und brauchen uns von den Grünen hier nicht belehren zu lassen.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Kreibohm:

Schönen Dank, Herr Minister. Gestatten Sie mir nur am Rande die Bemerkung: Die Behandlung der Kollegin Frau Garbe war nicht so ganz fair.

(Minister Hasselmann: Wir sind uns ja einig; das passiert ja häufiger!)

— Sie sind sonst so sehr charmant, diesmal aber nicht?

(Minister Hasselmann: Nein, nein, aber ich kann nicht immer so sein wie sonst!)

— Na gut! Aber jetzt sollten wir beide uns nicht darüber streiten.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses — Drucksache 5531 — zustimmen will und damit den Antrag der Fraktion der Grünen — Drucksache

4473 — ablehnen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Nun kommen die zahlreichen Stimmenthaltungen. Bitte sehr! — Danke. Der Antrag ist angenommen.

(Stock [CDU]: Masse ist nicht Klasse!)

- Das ist ein relativer Begriff.

Ich darf zwischendurch eine Bekanntmachung verlesen: Der Beginn der Veranstaltung der Architektenkammer, für 19 Uhr vorgesehen, verschiebt sich auf 15 Minuten nach Ende der heutigen Sitzung.

(Fruck [Grüne]: Wegen Smogalarm!) Ich sage dies für diejenigen, die teilnehmen wollen.

Ich rufe jetzt auf den Punkt 29:

Zweite Beratung: Rollenklischees über Mädchen und Frauen in Schulbüchern — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 10/4005 — Beschlußempfehlung des Kultusausschusses — Drs 10/5557

Auch für die Beratung dieses Punktes sind 30 Minuten Redezeit vereinbart worden,

(Kuhlmann [CDU]: Die müßt ihr doch nicht ausnutzen!)

und zwar wiederum jeweils acht Minuten für die Fraktionen der CDU und der SPD und jeweils vier Minuten für die Fraktionen der Grünen und der FDP.

Der Antrag der Fraktionen der SPD — Drucksache 4005 — wurde in der 80. Sitzung am 18. April 1985 an den Kultusausschuß zur Beratung und zur Berichterstattung überwiesen. Berichterstatter ist der Abgeordnete Kaiser. Herr Abgeordneter, ich erteile Ihnen das Wort.

Kaiser (SPD), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit und der gegebenen Sach- und Beschlußlage möchte ich meinen Ausschußbericht zu Protokoll geben. Ich denke, Sie sind damit einverstanden.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU.)

Vizepräsident Kreibohm:

Der Beifall des Hauses beweist, was Sie gesagt haben.

(zu Protokoll:)

Kaiser (SPD), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Beschlußempfehlung — Drucksache 10/5557 — empfiehlt Ihnen der Kultusausschuß, den Antrag der Fraktion der SPD in einer geänderten Fassung anzunehmen. Der Kultusausschuß hat den Entschließungsantrag in mehreren Sitzungen beraten.

Die Regierungsvertreterin trug zum Stand der von der Landesregierung eingeleiteten Maßnahmen vor, daß auf dem Forum "Das Mädchenund Frauenbild in unseren Schulbüchern" im Juni 1985 im Niedersächsischen Landesinstitut für Lehrerfort-, -weiterbildung und Unterrichtsforschung eine Bestandsaufnahme durchgeführt worden sei, bei der auch die Ergebnisse von ähnlichen Untersuchungen aus Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein berücksichtigt worden seien. Das Ergebnis der Untersuchung sei, daß in Schulbüchern — in den meisten Fällen ungewollt - Rollenklischees weitergegeben würden und daher ein Handlungsbedarf bestehe. Auf der Tagung sei allerdings auch festgestellt worden, daß es im Rahmen der Schulbuchbegutachtung schwierig sei, derartige Mängel aufzuspüren. Den Schulbuchautoren und -verlagen seien inzwischen entsprechende Hinweise für die Prüfung gegeben worden.

Ergänzend führte sie hierzu aus, daß das Kultusministerium seit Dezember 1985 zwei Halbtags-ABM-Kräfte beschäftige, deren Aufgabe es sei, alle Schulbücher, für die die bereits erteilte Genehmigung zur Verwendung im Unterricht verlängert oder für die diese Genehmigung erstmalig erteilt werden solle und in denen die in Rede stehende Thematik eine Rolle spiele, zu überprüfen. Sie wies weiterhin darauf hin, daß sich auch die Kultusministerkonferenz mit der Problematik befasse. Ein noch zu fassender Beschluß der Kultusministerkonferenz werde grundsätzliche Aussagen über die Bedeutung des Gleichheitsgrundsatzes für die Darstellung in Schulbüchern und gleichzeitig eine allgemeine Aufforderung an die Schulbuchverlage, diese Aussagen zu beachten, enthalten.

Die CDU-Ausschußmitglieder vertraten die Auffassung, daß es in den Schulbüchern noch zahlreiche Rollenklischees gebe, die aufgeabeitet werden müßten. Es sei allerdings festzustellen, daß auf diesem Gebiet in den letzten Jahren bereits zahlreiche Verbesserungen erreicht worden seien. Die Einflußmöglichkeit der Schule bzw. der Schulbücher bei der Überwindung von Rollenklischees dürften aber nicht überbewertet werden, da es

Kaiser

sich hier um eine langjährige gesellschaftspolitische Aufgabe handele.

Das FDP-Ausschußmitglied schloß sich dieser Meinung weitgehend an. Es hielt es darüber hinaus für geboten, die Lehrerfortbildung in stärkerem Maße an der Herbeiführung einer Bewußtseinsänderung zu beteiligen.

Die SPD-Ausschußmitglieder räumten zwar ein, daß durch die Gestaltung der Schulbücher nur ein hegrenzter Beitrag zur Überwindung von Rollenklischees geleistet werden könne, allerdings dürfe die Wirkung auch nicht unterschätzt werden. Der Landtag solle den Antrag als Möglichkeit verstehen, einen Beitrag zum Abbau von Rollenklischees zu leisten und die Landesregierung in ihren Bemühungen zu unterstützen.

Auch das Ausschußmitglied der Fraktion der Grünen hielt den Antrag für notwendig, obgleich sich die Landesregierung um die Lösung des Problems bemühe.

Im Kultusausschuß bestand Übereinstimmung, den Antrag so zu fassen, daß er von allen Fraktionen getragen werden kann. Die CDU- und die SPD Fraktion legten daher bei der abschließenden Beratung jeweils eine Neufassung vor.

Der Ausschuß einigte sich schließlich auf die Fassung der SPD-Fraktion, die geringfügig überarbeitet wurde. Diskussionen gab es lediglich zur Nr. 6 der Neufassung, die der Nr. 5 des ursprünglichen Antrags entspricht. Die CDU-Ausschußmitglieder vertraten hierzu die Auffassung, daß es pädagogisch äußerst problematisch sei, wenn die Schüler über einen Schülerwettbewerb aufgefordert werden würden, ihre Schulbücher unter dem Aspekt der Aufhebung oder der Bestätigung traditioneller Rollenfixierungen kritisch zu überprüfen. Sie lehnten daher diese Forderung ab.

Die übrigen Ausschußmitglieder teilten diese Meinung nicht; gleichwohl einigte sich der Ausschuß auf einen Kompromißvorschlag, der allen im Ausschuß angestellten Überlegungen und Bedenken Rechnung trägt.

Die Neufassung des Antrags wurde vom Kultusausschuß einstimmig beschlossen.

Namens des Kultusausschusses bitte ich Sie, der Beschlußempfehlung des Kultusausschusses – Drucksache 10/5557 – Ihre Zustimmung zu geben.

Vizepräsident Kreibohm:

Wir beginnen mit der Debatte. Erster Redner ist Herr Professor Dr. Ahrens. (Kuhlmann [CDU]: Der gibt das jetzt auch zu Protokoll! — Fruck [Grüne]: Kurz und bündig!)

Dr. Ahrens (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige wenige Worte zu dem vorliegenden Antrag. Er ist ja aus einer Arbeitsgruppe bei der SPD-Landtagsfraktion zur Gleichstellung der Frau in Beruf und Gesellschaft hervorgegangen.

Wir freuen uns — ich will das hier ausdrücklich sagen —, daß es möglich war, in den Ausschußberatungen zu einem gemeinsamen Antrag zu kommen. Bei dem Antrag hat es einige wenige Änderungen gegeben; aber die wesentlichen Punkte finden sich in dem Text des zur Beschlußfassung vorliegenden Antrags wieder.

Dieser Antrag — meine Damen und Herren, wir wollen ihn nicht überschätzen — soll ein Beitrag sein zur Vertiefung der öffentlichen Diskussion über das Thema "Gleichstellung der Frau". Dafür, daß eine solche öffentliche Diskussion nach wie vor nötig ist, gab es kürzlich wieder einmal einen Beweis. Ich meine die Äußerungen über die Voraussetzungen für eine Einstellung von Richterinnen, die wir in der Presse nachlesen konnten.

(Kuhlmann [CDU]: Das war euer Genosse Wassermann!)

Es war zu lesen, daß aus der Sicht desjenigen, der sich dazu geäußert hat, die "Gefahr" bestehe, daß nun weitere oder gar zu viele Frauen in den Richterberuf hineinwechselten. Wenn diese Äußerungen so gemacht worden sind, wie es in der Presse zu lesen war, weise ich sie zurück. Sie passen nicht in die Landschaft, sie werden der Sache nicht gerecht, sie waren unnötig und überflüssig.

Um so wichtiger ist es, daß man über das Thema öffentlich diskutiert. Dies ist ein Beispiel dafür, daß das, was in den letzten Jahren diskutiert worden ist, offenbar in den Köpfen noch nicht so richtig durchgesackt ist und daß man weiter darüber diskutieren muß, so daß wir künftig von solchen Äußerungen hoffentlich nicht mehr lesen müssen.

(Beifall bei der SPD.)

Soweit die Schulbücher betroffen sind — meine Damen und Herren, wir haben das sorgfältig geprüft —, bestehen nach wie vor sehr klischeehafte und mit Vorurteilen beladene Vorstellungen. Das muß nicht so sein. Wir finden dies übrigens nicht nur in Schulbüchern, sondern auch in vielen Kinderbüchern. Dafür, daß dies nicht so sein muß,

gibt es Beispiele. Wenn man einmal in Kinderbücher aus skandinavischen Ländern hineinschaut, dann sieht man, wie das anders aussehen kann. Es ist eben doch eine Frage des Bewußtseins, und man kann da sehr viel ändern. Wir wollen also Anstöße geben.

Ich habe noch einmal in die Richtlinien für die Schulbuchgutachter hineingeschaut, Herr Kultusminister, und habe dabei festgestellt, daß in die Richtlinien für die Schulbuchgutachter noch nichts hineingekommen ist, was ausdrücklich auf dieses Problem hinweist. Ich meine, man sollte das tun, man kann ohne Not einen weiteren Hinweis darauf geben.

Ich habe schon gesagt, daß dies ein Beitrag sein soll. Wir haben versucht, in dieser Legislaturperiode — lassen Sie mich das kurz so zusammenfassen — mit einer Reihe von parlamentarischen Initiativen auf die Fragen der Gleichstellung der Frau in Beruf und Gesellschaft hinzuweisen. Wir haben dazu insgesamt fünf Anträge eingebracht, die folgende Themen betrafen: Frauenförderplan, besserer Schutz der Opfer von Sexualstraftaten, Förderung von Frauenhäusern, Ausbildungsplätze für Mädchen in gewerblich-technischen Berufen, und jetzt diesen Antrag. Wir haben eine Serie von Kleinen Anfragen gestellt. Wir haben eine Große Anfrage zur Verbesserung der Ausbildungs- und Berufschancen von Frauen zur Diskussion gebracht. All dem liegt zugrunde, daß die Benachteiligung von Frauen in Beruf und Gesellschaft nach wie vor nachweisbar ist. Wir wollen nicht mehr und nicht weniger als dies: das Bewußtsein dieses Mangels in unserer Gesellschaft zu schärfen. Wir wollen einige Aktivitäten fördern, die dazu beitragen, diesen Mangel zu überwinden. Wir sind weiterhin aufgerufen, Beiträge dafür zu leisten, daß die Chancengleichheit von Frauen in Beruf und Gesellschaft hergestellt wird.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Kreibohm:

Der Herr Kultusminister hat um das Wort gebeten. Ich erteile es ihm. Bitte sehr!

Oschatz, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In Anbetracht der abendlichen Stunde möchte ich mich kurz fassen und, verehrter Herr Professor Ahrens, nicht auf all das hinweisen, was wir schon im Kultusministerium tun, was mir hier aufgeschrieben worden ist, um diesem Anliegen des Landtages und der wohl einmütig getragenen Entschließung gerecht zu werden. Das ist Ihnen im Ausschuß bereits im einzelnen vorgetragen worden.

Ich möchte nur zu Ihrer letzten Bemerkung, was die Richtlinien für die Schulbuchprüfung anbetrifft, darauf hinweisen, daß wir in unseren Kriterienkatalog für die Beurteilung von Schulbüchern unter Ziffer 1, letzter Spiegelstrich, folgendes aufgenommen haben: Entspricht die Darstellung von Männern und Frauen, Jungen und Mädchen dem Verfassungsgebot der Gleichberechtigung? Werden einseitige Rollenzuweisungen vermieden?

(Zustimmung von Matthes [Grüne].)

Wird die Gleichwertigkeit der Aufgaben von Mann und Frau in Familie, Beruf und Gesellschaft deutlich?

(Zustimmung von Matthes [Grüne].)

Im übrigen freut mich Ihr Glaube an die Richtlinien. Der Glaube möge Ihnen weiterhelfen.

Vizepräsident Kreibohm:

Danke, Herr Minister. — Herr Kollege Hildebrandt, Sie haben das Wort.

Hildebrandt (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege Ahrens hat hier auf der einen Seite diesen Antrag natürlich als eine Möglichkeit angesehen, das Bewußtsein für diese Problematik zu schärfen. Auf der anderen Seite hat er aber — dafür bin ich ihm dankbar — selbst eingeräumt, daß man mit diesem Antrag nicht Welten bewegen wird. So ist es in der Tat. Ich glaube, man muß aufpassen, daß man der Funktion von Schulbüchern für die Entwicklung der Gesellschaft kein allzu großes Gewicht beimißt.

Ich will es ebenfalls ganz kurz machen und Ihnen nur an einem Beispiel deutlich machen, daß andere Faktoren und andere Erfahrungen innerhalb der Gesellschaft ein sehr viel größeres Gewicht für das Verfestigen von Rollenklischees haben. Ich möchte Ihnen als Beispiel die Funktion des Professors Brinkmann aus der "Schwarzwaldklinik" nennen.

(Zurufe: Oh!)

Das, was hier

(Matthes [Grüne]: Das ist aber Baden-Württemberg!)

— Herr Kollege, darf ich meinen Satz zu Ende sprechen? Ich bin ja mit Mikrofon nicht so laut wie Sie ohne Mikrofon! — seit Jahren die SPD

Hildebrandt

fordert, die CDU unterstützt und wir mit Wohlwollen betrachten, wird völlig aufgehoben durch das, was dieser Professor Brinkmann in dieser Sendung als Schule der Nation, muß man beinahe sagen, zum Verfestigen von Rollenklischees tut. Das heißt, wir machen hier bestenfalls Trockenübungen. Wir können uns um alles Mögliche bemühen, wenn es uns nicht gelingt, in anderen Bereichen, die einen sehr viel größeren Einfluß als die Schulbücher auf das Bewußtsein von Kindern haben, unsere Vorstellungen einzubringen, dann wird das alles, was wir hier machen, eine Arbeit für den Papierkorb sein.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den Grünen.)

Deshalb ist dieser Antrag zwar gut und schön, er wird aber vielleicht irgendwo in die Listen der Landtagstätigkeiten als eine Pflichtübung eingehen. Er wird nichts verändern. Wir müssen daher über diesen Antrag hinaus daran arbeiten, daß in anderen Situationen, in denen es sehr viel wichtiger ist

(Kuhlmann [CDU]: Fangt damit mal in eurer Partei an und stellt mal 50 % Frauen auf! Wernstedt [SPD]: Der Landtag macht eine "Schwarzwaldklinik"-Sendung!)

Ich glaube, ich brauche das Beispiel nicht auszudehnen. Sie wissen alle, was ich damit gemeint habe. Damit wollte ich nicht den Namen Professor Brinkmann hier in den Landtag einführen, sondern nur das Bewußtsein dafür schärfen, woran es liegt. — Herr Kollege Kuhlmann, Sie wissen, daß Liberale es ablehnen, Frauen zur Quotierung freizugeben.

(Kuhlmann [CDU]: Das ist eine schöne faule Ausrede! — Matthes [Grüne]: Aber Herr Hildebrandt!)

Wir sind gegen Quoten in allen Bereichen. Wir meinen, daß die Leistung einer Person entscheidend ist, nicht das Geschlecht! — Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

Vizepräsident Kreibohm:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Matthes.

Matthes (Grüne):

Nichts aus der "Schwarzwaldklinik". Ich kenne die Sendung auch zuwenig. Aber ich habe hier eine ganze Menge gelernt; ich weiß ja jetzt Bescheid. Aber jetzt zur Sache.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zur Begründung dieses Entschließungsantrages haben Frau Lemmermann und Herr Neddermeyer seinerzeit eine ganze Menge Beispiele gebracht, die diese Entschließung schlichtweg notwendig machten. Auch im Kultusausschuß ist eingehend darüber beraten worden; das muß man der Fairneß halber hier deutlich sagen. Dankenswerterweise ist auch die Landesregierung nicht untätig geblieben. Herr Kultusminister Oschatz hat hier ein Beispiel dafür bekanntgegeben. Nur sollte er dann die alten Vordrucke schleunigst in den Altpapier-Container stecken, damit sie nicht noch weiter an den Schulen verwendet werden.

Es war von daher auch unumgänglich, die Vorlage entsprechend der Aktualität angemessen zu verändern. Der vorliegende Kompromiß ist auch für uns akzeptabel, weil er die wesentlichen Forderungen erfüllt. Es sei mir dennoch gestattet, eine kurze kritische Anmerkung zu machen.

Unter Punkt 3 heißt es in dem Antrag — wer ihn vor sich liegen hat, möge hineingucken —:

"bei Autoren und Schulbuchverlagen darauf hinzuwirken, daß in Schulbüchern auch Leitbilder vorgestellt werden, die dazu beitragen, Mädchen verstärkt für die Bereiche Wirtschaft, Naturwissenschaften und Technik zu motivieren, um sie für neue Ausbildungs- und Berufswege (z. B. Neue Technologie) zu interessieren..."

Ich kann es mir nicht versagen, darauf hinzuweisen, daß ich etwas angefaßt bin, wenn die neuen Technologien hier als Beispiel angeführt werden. Ich hätte mir gewünscht, daß dieses Beispiel fehlte, denn erst eine gründlich erarbeitete Technologiefolgenabschätzung sollte uns Klarheit darüber bringen, welche Technologien und unter welchen Umständen sie als ein Fortschritt anzusehen sind. Aber ich meine, wir können der Vorlage auch so zustimmen. Damit dürfte der Frieden wohl wiederhergestellt sein.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Kreibohm:

Die letzte Wortmeldung ist die der Kollegin Frau Stoll. Frau Abgeordnete, ich erteile Ihnen das Wort.

Frau Stoll (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist eigentlich ein Jammer, daß Kultusfragen immer zum Schluß kommen.

(Kuhlmann [CDU]: Das stimmt nicht! — Weitere Zurufe.)

— Ja, wir kennen das schon langsam in diesem Hause. Alles, was Kultus betrifft und wo Frauen angesprochen werden, kommt ziemlich am Schluß. Ich beklage es hiermit. Dazu bekomme ich wohl auch den Beifall der anderen Fraktionen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Wernstedt [SPD]: Frau Stoll, das ist bestimmt eine Premiere, daß Sie von uns Beifall bekommen!)

Wie es künftig anders zu machen wäre, kann ja einmal im Ältestenrat abgeklärt werden.

Ich möchte darum auf meine Rede insoweit verzichten, als ich nicht mehr alles ausführe. Ich möchte aber sagen: Daß diese Entschließung gemeinsam gefaßt wurde, halte ich für gut. Herr Hildebrandt, Sie sagten eben, daß wäre so halbwegs für den Papierkorb. Ich finde es nicht richtig, daß Sie so etwas sagen. Das ist eine Entschließung, die die begonnene Arbeit weiterführt. Wenn wir diese Arbeit nicht kontinuierlich weiterführen — ob sie Professor Brinkmann meinen oder nicht, ist mir egal —, werden wir eben nicht zu dem kommen, was wir wirklich wollen.

Ich möchte Ihnen nur einige Sätze vorlesen. -Einen Moment bitte; ich muß meine Rede etwas kürzen, da Sie alle ja zu der Archtiktenkammer wollen. - Ich möchte darauf zu sprechen kommen, daß wir uns auf die gewerblich-technischen Berufe umorientieren müssen. Wir haben 1979 einen Modellversuch durchgeführt, in dem wir Mädchen in die gewerblich-technischen Berufe einführen wollten. Sie wissen genau, daß festgestellt wurde, daß die Mädchen in diesen Berufen arbeiten können. Man stellte aber auch fest, daß diese Mädchen in der Schule selbst das Wahlpflichtfach Technik und die naturwissenschaftlichen Fächer überhaupt nicht genommen haben, auch gar nicht darauf hingewiesen wurden. Ich meine, das ist ein ganz wichtiger Fakt, den wir hier einmal ansprechen müssen. Man soll es sich abgewöhnen — das sage ich auch einmal den Herren der Schöpfung — zu sagen: Das können Mädchen doch nicht. — Das wird noch recht oft gemacht.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich möchte noch einige Bemerkungen zu einer Studie des Instituts der deutschen Wissenschaft machen. In dieser Studie heißt es unter der Überschrift "Werden die Frauen von der Computertechnik überrollt?":

"Die Frauen müssen sich mehr als bisher den sich ändernden Anforderungen stellen und ihre berufliche Qualifikation durch Weiterbildung und Anpassung verbessern."

Interessanterweise geht es in dem Text dann folgendermaßen weiter:

"Dem stehen jedoch die traditionellen Rollenvorstellungen entgegen, denen Frauen von Kindesbeinen an in Elternhaus und Schule ausgesetzt sind. Sie entwickeln aufgrund dieser oft unmerklichen Hinführung zu den überkommenen Werten eine immer größere Abneigung gegen Technik und Mathematik. Kein Wunder also, wenn die Schülerinnen schon programmiert sind, wenn sie in der Schule das Programmieren lernen sollen."

Ich wollte das einmal anführen, weil es kürzlich in dieser Studie stand.

Die vorliegende Entschließung halte ich für sehr gut. Ich empfinde auch die Aufforderung an die Autoren und an alle anderen Beteiligten als sehr positiv. Ich meine, wir sollten auf diesem Wege weitergehen. Wir sollten diese Entschließung nicht so ansehen, als wäre sie für den Papierkorb gedacht. Wir sollten uns vielmehr wirklich zielstrebig damit befassen, denn die Welt der Computer — ich spreche jetzt nur diesen Aspekt an, es gibt noch andere — kommt nicht nur auf die Männer zu, sondern auch in großem Maße auf die Frauen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Kreibohm:

Wir sind damit am Schluß der Beratung dieses Tagesordnungspunktes. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 5557 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke. Die Gegenstimmen! — Es gibt keine. — Enthaltungen gibt es wohl auch nicht. — Doch, eine. — Herr Fruck, Sie dürfen sich jetzt draußen wohl nicht wieder sehen lassen! — Der Antrag ist damit einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Punkt 30 der Tagesordnung:

Zweite Beratung: Maßnahmen zur Verringerung der Umweltbelastung durch persistente Chemikalien; hier: Paradichlorbenzol (PDCB) — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 10/4040 — Beschlußempfehlung des Ausschusses für Umweltfragen — Drs 10/5558

Es sind 30 Minuten Redezeit vorgesehen, jeweils acht Minuten für die Fraktionen der CDU und

Vizepräsident Kreibohm

der SPD und jeweils vier Minuten für die Fraktionen der Grünen und der FDP.

Der Antrag der Fraktion der Grünen in der Drucksache 4040 wurde am 10. April 1985 im Vorwege an den Ausschuß für Umweltfragen zur Beratung und zur Berichterstattung überwiesen. Berichterstatterin ist die Kollegin Frau Garbe. Ich erteile ihr das Wort.

Frau Garbe (Grüne), Berichterstatterin:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Der Bericht ist sehr kurz. Ich muß ihn hier aber leider vortragen.

Mit der Beschlußempfehlung in der Drucksache 5558 schlägt Ihnen der Ausschuß für Umweltfragen einstimmig vor, den Antrag der Fraktion der Grünen in einer geänderten Fassung anzunehmen. Der mitberatende Ausschuß für Sozial- und Gesundheitswesen hat sich dieser Empfehlung ebenso einstimmig angeschlossen. Deshalb kann ich mich auf wenige Anmerkungen beschränken.

Die nun zur Annahme empfohlene Fassung der Entschließung geht noch über den Ursprungsantrag hinaus. Die Landesregierung soll nicht nur aufgefordert werden, die Verwendung von Paradichlorbenzol in allen öffentlichen Einrichtungen des Landes vollständig zu unterbinden. Sie soll gemeinsam mit der Bundesregierung durch geeignete Maßnahmen auch sicherstellen, daß die Verwendung PDCB-haltiger Stoffe künftig in den privaten Haushaltungen ebenso unterlassen wird. Sowohl im Umweltausschuß als auch im Ausschuß für Sozial- und Gesundheitswesen bestandzwischen den Vertretern aller Fraktionen Einigkeit darüber, daß der Einsatz derartiger Stoffe es geht um sogenannte Luftverbesserer und Sanitärgeruchsminderer - angesichts der damit verbundenen Gewässerbelastung unvertretbar sei. Es sei zwar zu begrüßen, daß auf Bundes- und Landesebene durch entsprechende Appelle des Bundesgesundheitsamtes und des Niedersächsischen Sozialministeriums bereits versucht worden sei, den Verbrauch derartiger Produkte einzudämmen. Gleichwohl zeige sich, daß die bisherigen Bemühungen noch nicht den notwendigen Erfolg gehabt hätten. In manchen Behörden bestehe offenbar die Vorstellung, einmal eingekaufte Luftverbesserer müßten auch aufgebraucht werden. Sprecher aller Fraktionen befürworteten deshalb die Aufforderung an die Landesregierung, den Einsatz dieser Stoffe nachdrücklich zu unterbinden. Ebenso notwendig sei allerdings die Eindämmung des Verbrauches in den privaten Haushalten.

Unter Berücksichtigung des Hinweises der zuständigen Ministerialvertreter, eine Rechtsnorm, die den Einsatz derartiger Stoffe verbiete, gebe es bisher nicht, sollen Landes- und Bundesregierung nach der Beschlußempfehlung des Ausschusses deshalb "durch geeignete Maßnahmen" sicherstellen, daß die Verwendung auch in den privaten Haushalten unterlassen wird.

Namens des Ausschusses für Umweltfragen bitte ich Sie abschließend, der Beschlußempfehlung zu folgen und die Entschließung in der vorgeschlagenen Fassung anzunehmen. — Danke schön.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Kreibohm:

Ich danke Ihnen sehr für den Bericht. — Erste Rednerin ist die Kollegin Frau Heinlein. Bitte sehr!

Frau Heinlein (SPD):)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion der Grünen ist, wie Sie von Frau Garbe gehört haben, einstimmig angenommen worden. Das ist auch eine ganz selbstverständliche Sache. Ich werde mich deshalb sehr kurz fassen.

Es geht eigentlich nur darum, daß wir eine ganze Zeitlang darüber diskutiert haben, und jedesmal, wenn wir nachgefragt haben — ich muß ja nachfragen, weil ich zu den einschlägigen Örtlichkeiten keinen Zutritt habe —,

(Heiterkeit)

haben wir erfahren, daß diese Dinger im Landtag zum Teil noch verwendet werden. Das kann ja wohl nicht wahr sein! Ich muß deswegen ganz dringend bitten. Wenn eine sparsame Verwaltung aus Gründen der Verbilligung riesige Mengen von diesem Zeug gekauft hat, dann wäre es vielleicht günstig und auch einer sparsamen Verwaltung möglich, dieses Zeug zusammenzupacken und auf eine Sondermülldeponie zu transportieren.

Ich habe, wie wahrscheinlich alle Kollegen, ein Blatt der Stadt Weener in meinem Fach gefunden. Die Stadt Weener, die dazu Vorschläge macht, wie man Verbesserungen einführen und auf umweltschädliche Chemikalien verzichten kann, hat diese hier in Rede stehenden Steine bereits überall entfernt und im übrigen in diesem Bereich weiteres getan. Ich bitte darum, diesem Beispiel zu folgen.

Ich habe heute nachmittag von einer Besuchergruppe, einer großen Gruppe des Bundesgrenzschutzes aus Winsen, gehört, daß diese Steine in den Kasernen bereits nicht mehr in Benutzung sind, weil sie umweltschädlich sind. Es sollte möglich sein, daß dasselbe auch in den Landesbehörden geschieht. Ich bitte ganz herzlich darum, daß jetzt endlich im Sinne des Antrags gehandelt wird. — Danke.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Kreibohm:

Am Rande empfehle ich, daß wir zwischendurch auch einmal in die Becken des Landtags gucken. — Frau Garbe, Sie haben das Wort. Das ist ja ein Mammutpensum, das Sie heute erfüllen müssen.

Frau Garbe (Grüne):

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Offensichtlich vermag das einfache Gemüt eines Abgeordneten ein Problem nur dann zu begreifen, wenn es direkt vor ihm, wenn nicht auf dem Tisch, dann doch im Spülbecken liegt. Paradichlorbenzol ist ein völlig überflüssiges, stinkendes Abfallprodukt. Weitere Ausführungen dazu kann ich mir jetzt eigentlich schenken.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Wenn die Stadt Weener Informationsblätter verteilt hat, dann kann ich mir das schenken. Das ist alles offensichtlich begriffen worden. Deshalb hat man entschieden, Paradichlorbenzol hier im Landtag nicht mehr zu verwenden, auch nicht die Restbestände, so wurde mir gesagt. Aber noch stinkt es hier im Landtag

(Fruck [Grüne]: Genau!)

nach Paradichlorbenzol.

(Dierkes [CDU]: Seit wann sind Sie denn auf den Männerklos? — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

So weit, so gut, meine Herren und Damen. Aber ich knüpfte daran die Hoffnung, daß bald auch begriffen wird, wie notwendig es ist, chlorierte Kohlenwasserstoffe endlich in die Grenzwertregelung für Klärschlamm aufzunehmen. Vielleicht wird auch endlich begriffen, daß es nötig ist, chlorierte Kohlenwasserstoffe insgesamt abzuschaffen. Vielleicht muß man dazu den Politikern, die diese Notwendigkeit immer noch nicht begreifen, auch erst einmal kontaminierten Klärschlamm ins Spülbecken legen. Möglicherweise müssen wir auch dazu übergehen, hier über jede einzelne umweltbelastende Chemikalie abzustimmen, wenn anders prinzipielle Probleme in diesem Hause nicht verstanden werden.

Der Anfang ist gemacht, meine Herren und Damen. Es bleibt auf diesem Gebiet jedoch noch unendlich viel zu tun, und es muß schnell gehandelt werden. — Danke.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Kreibohm:

Danke schön. — Herr Kollege Hildebrandt, Sie haben das Wort.

Hildebrandt (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann für meine Fraktion erklären, daß wir in Toilettenfragen die Grünen unterstützen.

(Heiterkeit.)

Ich muß schon sagen, ich habe lange gebraucht, um in dieses Hohe Haus zu kommen. Sie wissen, wie schwer das manchmal auch für liberale Parteigänger ist. Ich hätte es mir nicht träumen lassen, daß ich mich hier über solche Fragen würde unterhalten müssen. Ich muß Ihnen sagen, Frau Garbe, von der Sache her sind wir einer Meinung. Nur, ich meine, wir entwerten das Mittel der Initiativanträge, wenn wir hier im Hause über solche Dinge sprechen. Ich meine, es müßte möglich sein, der Landesregierung im Fachausschuß eine entsprechende Anregung zu geben. Man sollte das nicht zu einem Gegenstand der Beratungen des Landtages machen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Zustimmung bei der SPD.)

Sie haben in der Sache völlig recht, aber ich muß sagen, Sie entwerten dieses Haus durch solche Geschichten.

(Zurufe von den Grünen.)

Ich bitte wirklich darum, daß wir unsere Zeit und unsere Aktivitäten Wichtigerem widmen.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Diese Sache ist nicht unwichtig, aber sie ist nicht so wichtig, daß sie zum Gegenstand einer Debatte in diesem Haus gemacht werden muß.

(Hirche [FDP]: Sie bestätigt das Rollenklischee über die Grünen!)

Ich meine, es muß ausreichen, daß dieses Haus der Landesregierung im entsprechenden Fachausschuß eine solche Anregung gibt. Ich meine auch, daß die Landesregierung nicht so dickfellig ist, daß sie eine solche Anregung nicht aufnähme. — Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU.)

Vizeprasident Kreibohm

Vizepräsident Kreibohm:

Jetzt hat der Kollege Barth das Wort.

Barth (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In Vorwahlzeiten wird das politische Klima erfahrungsgemäß immer etwas rauher.

(Zuruf von Fruck [Grüne].)

Das Trennende wird stärker herausgestellt als das Verbindende. Wir haben in den letzten Tagen verschiedentlich auch in diesem Hause erlebt, daß der eine oder andere etwas über die Stränge geschlagen hat.

In dieser Situation bereitet es mir besonders viel Vergnügen, zu diesem Tagesordnungspunkt zu sprechen; denn daß ein Antrag der Grünen einstimmig zur Annahme empfohlen wird, kann sicherlich nicht als Regelfall im Niedersächsischen Landtag bezeichnet werden. Insofern steht die Beschlußfassung über diesen Antrag in einem interessanten Gegensatz zu dem gegenwärtig herrschenden politischen Klima, das ich soeben beschrieben habe.

(Der Redner wird fotografiert. — Zuruf von den Grünen: Hier blitzt es!)

Ich meine, wir erleben damit sogar eine Premiere. Das Premierenerlebnis wird nicht dadurch geschmälert, daß der Antrag der Grünen nach den abgeschlossenen Ausschußberatungen in geänderter Fassung zur Annahme empfohlen wird; denn die Berichterstatterin hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, daß die vom Ausschuß empfohlene Fassung über den Ursprungsantrag noch hinausgeht. Den Hinweis, daß der Vorschlag zur Erweiterung des Ursprungsantrags aus meiner Fraktion kam, kann und will ich mir hier nicht verkneifen. Dieser Umstand an sich verdient meines Erachtens bereits Beachtung.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten. — Zuruf: Es blitzt!)

— Tragt es mit Fassung!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die zu erwartende Beschlußfassung über den Antrag macht deutlich, daß die Fraktionen in diesem Hause bereit sind, Anträge der Grünen mitzutragen, ja sogar darüber hinauszugehen, wenn es sachlich geboten ist. Diese neue Erfahrung zu verdauen fällt den Grünen möglicherweise schwerer als den anderen Fraktionen. Dieses politische Lehrstück in den kommenden Monaten nicht gänzlich aus den Augen zu verlieren möchte ich von dieser Stelle aus allen Matadoren in der politischen Arena anempfehlen.

(Beifall bei der CDU. — Meinsen [Grüne]: Das war ein kalkulierter Erfolg! — Zuruf von Campen [Grüne].)

Vizepräsident Kreibohm:

Die Debatte ist beendet. Bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich Ihnen mitteilen, daß unsere schnell schaltende Verwaltung mir soeben gesagt hat, nachdem das, was bisher in den Becken verwendet worden ist, beanstandet wurde, wird inzwischen umweltfreundliches Material eingesetzt.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 5558 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke sehr. Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich? — Niemand. Es ist also Einmütigkeit vorhanden.

Wir sind am Schluß der heutigen Beratungen. Die nächste Sitzung beginnt morgen um 9 Uhr mit der Fragestunde. — Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen angenehmen Abend.

Schluß der Sitzung: 19.23 Uhr.